



*Chronik der Kgl. Haupt-
und Residenz-stadt, Stuttgart*

Gemeinderat





Chronik
der
Haupt- und Residenzstadt
Stuttgart.





P. Smith

(3a 5. 10.)

Chronik

der
Kgl. Haupt- und Residenzstadt

Uttgart.

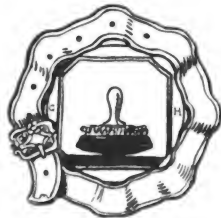
1899

V. 1 1899



V. sgegeben vom
Gemeinderat.

DD
901
S95
A3
1899



Greiner & Pfeiffer
Kgl. Hofbuchdrucker
Stuttgart
1900.



Inhalts-Verzeichnis.



	Seite
Vorwort	VII
I. Schicksale des Königl. Hauses	1
II. Stand und Bewegung der Bevölkerung.	
1. Stand der Bevölkerung	6
2. Bewegung der Bevölkerung	8
3. Totenschau	10
III. Gesundheitszustand, Gesundheitspflege.	
1. Krankheiten, Todesursachen	30
2. Gesundheitspflege	33
IV. Das wirtschaftliche Leben.	
1. Allgemeine Beobachtungen	40
2. Gewerbe und Industrie	44
3. Märktewesen	48
4. Ausstellungswesen	49
5. Güteraustausch und Verkehrsweisen.	
a. Güter- und Postverkehr	53
b. Personenverkehr	57
V. Lebensmittelpreise, Verbrauch, Löhne.	
1. Preise und Verbrauch	61
2. Löhne	64
VI. Landwirtschaft, Obst-, Wein- und Gartenbau.	
Obstbau	70
Weinbau	70
Viehstand	73
Volksfest	73
Rennen	75
VII. Höhere geistige Interessen.	
1. Theater	79
2. Musikalische Aufführungen	85
3. Bildende Kunst.	
a. Königl. Württembergische Kunstsammlung des Staates	88
b. Der Württembergische Kunstverein	90
4. Wissenschaft	91
5. Öffentliche Vorträge	93




	Seite
VIII. Vereinswesen	102
<u>IX. Kirchliches Leben.</u>	
1. Besondere Ereignisse	112
2. Seelsorge und Aeußerungen des kirchlichen Lebens	120
<u>X. Schulwesen.</u>	
1. Allgemeine Entwicklung desselben; Neueinrichtungen	123
2. Besuch der akademischen Schulen; Lehrnachrichten	131
<u>XI. Armenpflege und Wohlthätigkeit.</u>	
1. Gesellige Armenpflege	134
2. Private Wohlthätigkeit und Veranstaltungen	138
Ehrentafel	140
<u>XII. Bauliche Entwicklung und Verschönerung der Stadt.</u>	
1. Allgemeine Notizen	141
2. Die Bestrebungen nach Ausdehnung der Markung	142
3. Die Stadterweiterung	153
4. Die Bauhätigkeit im allgemeinen	156
5. Denkmäler	164
6. Feuerlöschwesen und Brände in der Stadt	167
<u>XIII. Allgemeine städtische Verwaltung.</u>	
1. Bewegung der Bürgerchaft; Stadtvorstandswahl; Bildung der bürgerlichen Kollegien	168
Wahl des neuen Stadtvorstandes	178
Amteinfegung des neuen Stadtvorstandes	194
Gemeinderatswahl	201
2. Gestaltung des städtischen Haushalts	203
3. Sonstige Angelegenheiten der Stadtverwaltung	206
4. Städtische Personalien	209
<u>XIV. Politische Denkwürdigkeiten</u>	211
<u>XV. Witterung des Jahres. Naturerscheinungen.</u>	
1. Allgemeine Uebersicht	215
2. Besondere Einzelheiten	225
Berichtigungen zur Chronik 1898	228
Personen-Verzeichnis	229





Vorwort.



as Unternehmen der Ortschronik hat der Herr Staatsminister des Innern v. Pischel, Excellenz, nach Einsichtnahme des I. Jahrgangs in einem Schreiben an den Stadtvorstand als „ein hocherfreuliches, den Bürgerstinn und gerechten Bürgerstolz zu heben geeignetes Werk“ bezeichnet. Inzwischen hat jener I. Jahrgang in Tausenden von Stuttgarter Familien Eingang gefunden, und es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß ein treuer, immer mehr sich ausdehnender Kreis von Lesern als sichtbares Zeichen dieses Bürgerstnns der Chronik für alle Zukunft werde erhalten bleiben. Für die Chronikkommission ergiebt sich hieraus die Pflicht, auf die stete Verbesserung des Werkes Bedacht zu nehmen. Der vorliegende II. Jahrgang, welcher das Jahr 1899 umfaßt, ist darum nicht nur textlich erweitert, sondern auch im Bilde besser ausgestattet worden. In ersterer Hinsicht haben die gemeindlichen Angelegenheiten im engeren Sinne, die Gemeindeverwaltung, eingehendere Darstellung gefunden. Insbesondere mußte diesmal der Wechsel in der Person des Stadtoberhauptes, und zwar sowohl was den heimgegangenen als was den neueintretenden Stadtvorstand betraf, eine der Bedeutung dieser Ereignisse für die Stadt entsprechende Berücksichtigung erfahren; zumal die programmatrischen Reden des neugewählten Bürgermeisters waren in der Stadtchronik festzuhalten. Der Bilderschmuck des Buchs



aber wurde dadurch wesentlich vervollkommenet, daß an Stelle des autotypischen Verfahrens der auf höherer künstlerischer Stufe stehende Lichtdruck angewendet wurde. In Zukunft soll insbesondere auch die bauliche Entwicklung der Stadt möglichst im Bilde zur Geltung kommen. Im vorliegenden Jahrgang wurde hiemit der Anfang gemacht durch eine in Lichtdruck vervielfältigte Aufnahme des Ameisenberges und der Gänshede, welche die Bebauung dieser Höhen zu Anfang des neuen Jahrhunderts naturgetreu wiedergiebt.

Auch für diesen Jahrgang richtet die Chronikkommission die Bitte an die Leser, etwaige Anregungen und Berichtigungen, welche gewissenhafte Prüfung und thunlichste Beachtung finden werden, ihr rechtzeitig zukommen zu lassen.

Stuttgart, Juni 1900.



Исландска

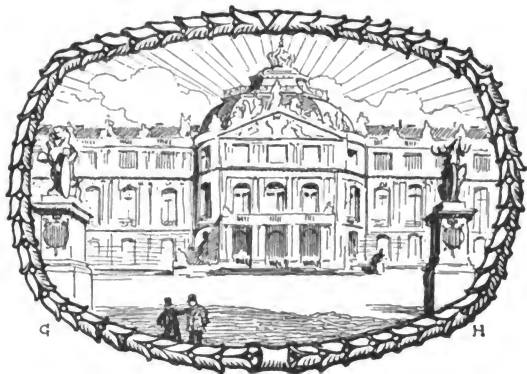
63



the und Gänseheide.

3a 5. VIII.)

I.



Schicksale des Königlichen Hauses.



Am 18. August wurden Ihre Majestäten der König und die Königin durch die in Potsdam erfolgte glückliche Entbindung Ihrer Königlich-keith der Erbprinzessin zu Wied von einem kräftigen Prinzen in hohe Freude versetzt. Mittels Schreibens vom 19. August brachten die bürgerlichen Kollegien der Hauptstadt und Residenzstadt ihre Glückwünsche dar, die alsbald huldvollst verdankt wurden. Am 8. Oktober fand in Anwesenheit beider Großeltern, sowie des Kaisers und der Kaiserin und anderer Fürstlichkeiten im Hause der Erbprinzlich zu Wied'schen Herrschaften in Potsdam die Taufe des Prinzen statt. Der selbe erhielt die Namen Hermann Wilhelm Friedrich. Taufpaten waren der Kaiser, die Königin der Niederlande, der König, die Fürstin Mutter und der Fürst zu Wied. Während des heiligen Aktes wurde der Täufling vom König gehalten.



Am 25. Februar vollendete Seine Majestät der König das 51. Lebensjahr. Wie alljährlich wurde der Tag in der königlichen Haupt- und Residenzstadt festlich begangen. Nach gemeinsamem feierlichem Kirchgang am Morgen vereinigten sich die bürgerlichen Kollegien nachmittags zum Festmahl im Hotel Marguarde. Neben den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien nahmen Bezirks- und städtische Beamte, Herren aus den verschiedensten Berufsständen, Mitglieder des Handelsvereins, der Schützengilde, der Stadtgarde und anderer Vereinigungen teil. An vier Tafeln hatten etwa 200 Gäste Platz genommen. Den Vorsitz führte an Stelle des erkrankten Oberbürgermeisters Gemeinderat Gauß. Die Rückwand des großen Speisesaals war mit Lorbeer und Palmen, sowie mit den Büsten des Königs und der Königin geschmückt. Auf den Tafeln prangte der Silberschmuck der Stadt und der Schützengilde. Die Sonntagssche Kapelle machte die Tafelmusik.

Den ersten Trinkspruch brachte der Stadtschultheißenamtsverweser Gemeinderat Gauß aus. In demselben wies er insbesondere darauf hin, wie dankbar das Volk seinem König dafür sei, daß das allgemeine Bedauern über das Mißlingen unentbehrlicher Reformgesetze von dem Monarchen geteilt werde. Die Stuttgarter Bürgerschaft erblicke in dieser Uebereinstimmung der Anschauung und der Ueberzeugung von Fürst und Volk eine Bürgerschaft für die Zukunft, für ein künftiges Gelingen.

Den Toast auf die Königin, der in der Versammlung freudigen Widerhall fand, brachte der Bürgerausschußobmann Kraut aus.

In der Küche des Bürgerospitals wurden die Armen der Stadt auf städtische Kosten gespeist. Gereicht wurde Nudelsuppe, Ochsenfleisch mit Beilage, Sauerkraut und geräucherter Schweinefleisch, $\frac{1}{2}$ Liter Rotwein und Kaffee. Die Zahl der Teilnehmer betrug 632. — In der Volksküche in der Ludwigsstraße wurde allen Besuchern ein Freieffen gegeben.

Die Festakte der Schulen erhielten wie alljährlich durch die Festreden besonderen Gehalt.

Im Polytechnikum, woselbst sich diesmal auch die Zöglinge der königlichen Kunstschule eingefunden hatten, sprach Professor G. Halmhuber über:



„Gleichgewicht im Kunstwerk“. In der Tierärztlichen Hochschule sprach Prof. Dr. Klunzinger über die „Tierkunde des Aristoteles“. In der Königlichen Bauwerkerschule hielt die Festrede Prof. Maurer über „Das Wasser in seiner verschiedenartigen Verwendung im menschlichen Haushalte und seine kulturtechnische Bedeutung“. Das Thema der Festrede in der Kunstgewerbeschule, gehalten von Prof. Kolb, war: „Der deutsche Holzschnitt“. Es sprach weiterhin im Eberhard-Ludwigs-Gymnasium: Prof. Dr. Drück über: „Ravenna und seine Kunst“; Karls-Gymnasium: Prof. Dr. Müller: „Atome und Moleküle“; Reals-Gymnasium: Prof. Dr. A. Müller: „Pompeji“; Friedrich-Eugens-Realschule: Prof. Dr. Bretschneider: „Der goldene Schnitt“. Wilhelms-Realschule: Prof. Dr. Blum: „Die Einheitlichkeit in den Naturerscheinungen“; Höhere Handelsschule: Dr. Maule: „Die Mathematik als Kulturfaktor“; Kaufmanns Institut: Prof. Widmann: „Die Franzosen in Stuttgart im Jahr 1688“.

Der Württembergische Gartenbau-Verein beging das Geburtsfest seines Protektors durch eine im Königsbausaal prächtig arrangierte Pflanzen- und Blumenausstellung.

Ihre Majestät die Königin weilte an ihrem Geburtstefeste am 8. Oktober, das in üblicher Weise in Stadt und Land gefeiert wurde, in Potsdam bei der Taufe des ersten Enkels.

Am 3. September begab sich Seine Majestät der König nach Straßburg, um, einer Einladung Seiner Majestät des Kaisers folgend, der großen Parade des XV. Armeekorps daselbst anzuwohnen. Am 6. September konnte Seine Majestät den Kaiser in der festlich geschmückten Landeshauptstadt selbst begrüßen. Der Kaiser traf zugleich mit vielen anderen Fürstlichkeiten an diesem Tage in Stuttgart ein, um die Besichtigung des XIII. Armeekorps und der Kavalleriedivision A auf dem Cannstatter Wasen am folgenden Tage vorzunehmen. Zum Empfang auf dem Bahnhof hatten sich auch Stadtschultheiß Gauß und Bürgerausschußobmann Kraut eingefunden. Abends fand im Schloßhofe großer Zapfenstreich statt mit Hunderten von Spielteuten, Tambours und Musikern. Die Parade am 7. September, zu welcher sich eine zahllose Zuschauermenge eingefunden hatte, verlief aufs glänzendste. Nachmittags besichtigte der Kaiser in Begleitung des Königs das Kaiser Wilhelm-Denkmal, wobei die hohen Herren von Staatsminister des Innern v. Pischel und dem Denkmalausschuß empfangen wurden. Um 4 Uhr war Galatafel im Königlichen Schlosse. Hierbei sprach der König folgenden Tinktspruch:



„Es ist Mir eine große Freude, daß Euer Majestät in Meinem Lande wieder Einkehr gehalten haben. Die glänzenden Augen und der Jubel der Bevölkerung werden Zeugnis abgelegt haben für die treuen und aufrichtigen Gefühle derselben. Wie einstens Seiner Majestät dem hochseligen Kaiser Wilhem, Dessen Denkmal Euer Majestät heute gesehen haben und dessen Errichtung aus den innersten Gefühlen des württembergischen Volkes hervorgegangen ist, so schlagen auch heute dem Enkel des großen Kaisers die Herzen entgegen.

Ich gebe Meinem Dank dafür Ausdruck, daß Euer Majestät auch heute den Leistungen Meines Armeekorps ein wohlwollendes und lobendes Urtheil gespendet haben. Der Stolz des Soldaten ist es, seinem obersten Kriegsherrn zu zeigen, daß er ebenso wie auf dem Paradefelde fähig sein wird, wenn der Ruf des obersten Kriegsherrn an ihn ergeht, in ernstester Waffenthat sich zu bewähren und sein Blut für Kaiser, König und Vaterland zu vergießen. Ich danke für die besondere Gnade, Seine kaiserliche und königliche Hoheit den Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen von nun an in den Listen Meines Armeekorps führen zu können. Ich erblicke darin einen neuen Beweis besonderer Gnade und Schuld für Mein Haus und für Mein Armeekorps. Daß wir aber nicht ruhen, sondern mit demselben Eifer fortfahren werden, das fasse Ich zusammen in das Gelöbniß ewiger Treue und Aufopferung bis zum letzten Blutstropfen. Seine Majestät der Kaiser und König! Hurra, Hurra, Hurra!“

Der Kaiser erwiderte:

„Euer Majestät bin Ich dankbar für die soeben geäußerten Worte. Es ist Mir dieser Tag eine hohe Freude gewesen, das wundervolle Armeekorps unter Euer Majestät Führung zu sehen. Ich beglückwünsche Euer Majestät dazu. Euer Majestät werden Mir nicht verdenken, wenn auf württembergischen Boden die Pulse meines Herzens schneller schlagen als anderswo, denn dies Land birgt die Wiege Meines Geschlechts und von hier aus zogen meine Vorfahren in die ferne Nordmark, um ein neues Vaterland zu gründen und jahrhundertlang für das Emporblühen eines neuen Volkes zu arbeiten.



Ich glaube den in der That zu Herzen gehenden Jubel und den begeisterten Empfang dahin richtig zu begreifen, daß Ich annehme, daß das Volk stolz ist, sein Armeekorps unter Führung seines Königs zu sehen. Darin verfinnbildlicht sich, wie in unseren germanischen Monarchien, das Königtum an der Spitze eines Volkes als die einzig wirklich sichere Stütze für die Bewahrung von Thron und Altar, Religion und Sitte am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts.

Ich fasse alle Meine Gefühle und all Meinen Dank zusammen in den Wunsch, daß es Euer Majestät und Ihrem Hause vergönnt sein möge, alle Zeit so sprechen zu können, wie dereinst Euer Majestät erlauchter Vorfahr, daß Sie allezeit und überall Ihr Haupt in den Schoß eines Jeden Ihrer Unterthanen legen können. Seine Majestät und Sein Haus und das Land Württemberg: Hurra, Hurra, Hurra!“

Abends 7 Uhr war Gala-Vorstellung im Königlichen Hoftheater, wobei Webers „Freischütz“ zur Aufführung gelangte.

Am 8. September erfolgte die Abreise des Kaisers nach Karlsruhe. Der Herr Stadtschultheiß erhielt folgendes Schreiben des Kaisers:

Ich kann die Stadt Stuttgart nicht verlassen, ohne Ihnen auszusprechen, wie sehr der Mir bereitere Empfang Mein Herz bewegt hat und wie aufrichtig Ich es bedauere, daß die Kaiserin, Meine Gemahlin, sich nicht mit Mir an den überaus wohlthuenden Kundgebungen erfreuen konnte.

Ich erblicke in der so sympathischen Begrüßung die Fortdauer der Mir hier schon vor 6 Jahren kundgegebenen Gesinnungen treuer Liebe zu dem Landesherren und begeisterter Hingabe an das gemeinsame deutsche Vaterland. Es ist Mir daher ein herzliches Bedürfnis, Meine lebhafteste Befriedigung hierüber, sowie Meinen warm empfundenen Dank öffentlich zum Ausdruck zu bringen, und bitte Ich Sie, den Bewohnern der schönen Stadt Stuttgart hiervon Kenntnis zu geben.

Stuttgart, den 8. September 1899.

Wilhelm.“



II



I. Stand der Bevölkerung.

Soweit die vorhandenen Hilfsmittel, unter welchen das vom Stadtpolizeiamt bearbeitete Adressbuch in erster Linie steht, es ermöglichen, ist auch in diesem Jahr die Bevölkerung der Stadt vom städtischen Statistischen Amt Monat für Monat fortgeschrieben bezw. berechnet worden. Demnach belief sich die Einwohnerzahl Stuttgarts Ende 1899 auf 177 403 Seelen.

Gegen das Vorjahr zeigt sich, so bemerkt das Statistische Amt hiezu,*) ein Mehr von 5419 oder von 3,2%, gegen die Zählung von 1895 aber ein solches von 19082 = 12,1%, also in den vier Jahren schon ein um rund 600 höherer Zuwachs als die vorhergegangene Zählperiode 1890/95 in fünf Jahren aufzuweisen hatte.

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß diesmal die Bevölkerungszunahme sich gleichmäßiger als im Vorjahre auf die verschiedenen Wohnbezirke verteilt hat; die gegenseitigen Differenzen sind nicht so groß wie früher. Die größten Zunahmen zeigen mit 11,5 bezw. 10,1% die peripherischen Bezirke XIV und

*) Vgl. Statistische Monatsberichte 1899, Nr. 8., Anhang: Die Einwohnerzahl Stuttgarts an der Jahrhundertwende.



XII (Ost- bzw. Westperipherie). Sie stehen damit wieder wie früher an der Spitze. Die nächststärkste Entwicklung zeigt aber diesmal nicht XI (Kotzebühlgegend 1c.), sondern XIII (Dragviertel), welches rund 8% Zuwachs aufweist, und X (das Viertel zwischen Bopfer und Reinsburg) mit 7%. Einen Zuwachs von fast 6% weist noch Heselach auf; die übrigen Bezirke erheben sich nicht über 4,2%.

Abnahme, zum Teil bedeutend, zeigen die vier inneren Bezirke I—IV. Die Altstadt hat um 6,7% abgenommen. Ein großer Teil dieser Abnahme ist auf die gänzliche oder teilweise Niederreißung von Metzger-, Hirsch-, Küfer-, Leich- 1c. Straße zurückzuführen, dann darauf, daß bisherige Wohnstockräume zu Geschäftsräumen umgewandelt werden mußten; zum Teil mag auch eine langsame freiwillige Entvölkerung im Spiele sein. Niederreißungen älterer Gebäude, deren Ersatz im Oktober vorigen Jahrs, als die Aufnahmen für das Adressbuch erfolgten, noch nicht bewohnbar war, erklären auch den Ausfall bei Bezirk II (in der Brenner-, Weber- 1c. Straße), III (verschiedene Gebäude in der Nähe der Königsstraße sind zu Geschäftszwecken umgebaut worden) und IV (ebenfalls Um- und Neubauten).

Auf den Personalstand speziell der Arbeiterbevölkerung am Schluß des Jahres lassen sodann nachfolgende Einzelausweise der Ortskrankenkassen schließen.

Es hatten Mitglieder am Schluß des Jahres

	1899	1898	sonach
Bäcker	493	472	+ 21
Bierbrauer 1c.	940	963	— 23
Metzger	494	516	— 22
Konditoren 1c.	1077	1144	— 67
Schuhmacher	798	735	+ 63
Schneider 1c.	1730	1546	+ 184
Ladnerinnen 1c.	2912	2596	+ 316
Textilindustrie	1069	950	+ 119
Friseure, Diener 1c.	1032	1008	+ 24
Handlungsgehilfen 1c.	3241	2852	+ 389
Metall-, Papier- u. Holzindustrie 1c.	13354	12088	+ 1266
Baugewerbe 1c.	7772	8318	— 546

Im Baugewerbe war sonach diesmal ein beträchtlich geringerer Personalstand als Ende 1898. Die Ursache dürfte sowohl in der geringeren Bau-
lust im Berichtsjahre, wie insbesondere in den günstigeren Witterungsverhältnissen gegen Ausgang des Jahres 1898 zu suchen sein. Vgl. Chronik 1898 S. 134, 1899 Abschnitt XII.

Es betrug weiterhin die Zahl der Steuerpflichtigen: von Kapital- und Renteneinkommen 15218 mit einem Einkommen pro Kopf von 2865,32 Mk. (gegen 2632,80 im Vorjahre) und einer Gemeindesteuer von



27,77 Mk. (26,33); von Dienst- und Berufs-Einkommen a. im Hauptprotokoll 11 328 mit einem steuerbaren Betrag pro Kopf von 1049,72 Mk. (985,04) und einer Gemeindesteuer von 10,24 Mk. (9,85); b. im Gewerbegehilfen-Protokoll 23 510 (21 487) mit einem steuerbaren Betrag pro Kopf von 136,35 (128,94) und einer Gemeindesteuer von 1,36 Mk. (1,29). Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufs-Einkommen war sonach 50 056 (46 588) mit einem steuerbaren Betrag von 58 701 126 Mk. (51 511 364) und einer Gesamtgemeindesteuer von 570 772 Mk. (515 118) oder 1172,71 Mk. (1105,68) bzw. 11,42 (11,06) Mk. pro Kopf.

An Wohnsteuerpflichtigen liefen pro 1899:

- a. in den Wohnsteuerlisten 28 880
- b. in den Steuerabrechnungsbüchern ca. . . . 15 120.



2. Bewegung der Bevölkerung.

Im Kalenderjahre 1899 kamen in der Gesamtgemeinde Stuttgart nach den Standesregistern vor: 5090 Geburtsfälle (gegen 4955 im Jahre 1898), 1631 Eheschließungen (gegen 1492 im Jahre 1898), 3092 Sterbefälle (gegen 3279 im Jahre 1898).

Die Verteilung auf die einzelnen Monate war folgende:

	Geburten	Eheschließungen	Sterbefälle
Januar	410	87	254
Februar	429	103	233
März	448	94	303
April	422	233	235
Mai	438	158	305
Juni	397	108	223
Juli	423	205	224
August	467	97	295
September	452	119	272
Oktober	399	217	206
November	407	130	228
Dezember	398	80	304
Summa	5090	1631	3092.



Davon kommen auf

Heslach	448	Geburten,	109	Eheschließungen,	287	Sterbefälle,
Berg	202	"	57	"	173	"
Gablenberg	187	"	28	"	80	"

Mehrlingsgeburten im ganzen 43. Von den Geborenen sind
 ehelich geboren 2205 männliche, 2047 weibliche,
 unehelich " 412 " 426 "

Darunter in	Heslach		Berg		Gablenberg	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
eheliche	203	199	100	82	80	84
uneheliche	26	20	12	8	11	12.

Unter den Eheschließungen waren

1222 Paare evangelischer, 109 Paare katholischer,
 272 " gemischter, 27 " israelitischer Religion
 und 1 Paar konfessionslos. Von den Gestorbenen waren 1641 männlichen,
 1451 weiblichen Geschlechts, darunter Heslach 165 männliche, 122 weibliche,
 Berg 101 männliche, 72 weibliche, Gablenberg 32 männliche, 48 weibliche. To-
 geburten kamen vor 86 männlichen, 68 weiblichen Geschlechts.



In der Hospitälgemeinde hat ein Ehepaar am 2. April 1899
 die diamantene Hochzeit gefeiert, nämlich:

Gustav Kirchner, Privatier, gewesener Kaufmann, geb. in Bönnigheim
 12. April 1813, und Friederike geb. Berner, geb. in Montrepos 31. März 1816,
 einst hier in der Stiftskirche getraut von Albert Knapp am 2. April 1839,
 und ein Ehepaar am 19. Februar 1899 die goldene Hochzeit,
 nämlich:

Johann Heinrich Bürkert, Sattler und Tapezier, jetzt Privatier, evan-
 gelisch, geb. den 20. Februar 1818 zu Baldingen, Bez.-A. Tübingen, und Auguste
 Friederike Katharine Dorothea geb. Wagner, evangelisch, geb. 17. August 1824
 zu Stuttgart, kopuliert am 18. Febr. 1849 zu Enzweihingen.

In der Marthäuskirche feierten die goldene Hochzeit:

- 1) Johann Martin Schübel, Schneidermeister, geb. 28. Februar 1820,
 kopuliert hier 5. Aug. 1849 mit Eva Barbara geb. Kaiser, geboren 25. Aug. 1823.
- 2) Georg Christian Jakob Heckel, Fuhrmann, geb. 17. Juli 1822, kopu-
 liert hier 14. Januar 1849 mit Luise Barbara geb. Benz, geb. 19. Mai 1822.





3. Totenschau.

Unter den Toren des Jahres 1899 hat die Stadt vor allem den Mann zu beklagen, der, allgemein geachtet und geliebt, seit sechs Jahren an der Spitze ihrer Verwaltung stand, ihren Oberbürgermeister Emil v. Rümelin. Er erlag am 24. März morgens 3¹/₂ in Baden-Baden, wo er vergebens Heilung gesucht hatte, einem langwierigen rücksichen Leiden.

Um die Mitte des Monats August im vorigen Jahre war der Oberbürgermeister von seinem Urlaub, den er, nach einem Besuch bei Verwandten in Wien, in Hohenschwangau zugebracht, wieder nach Stuttgart zurückgekehrt. Scheinbar in bester Gesundheit widmete er sich wieder seinen Amtsgeschäften, als er Ende August von jäher Krankheit, deren Charakter nicht sofort ersichtlich war, befallen wurde; zwar schien das Leiden für den Augenblick nicht bedrohlich, aber doch mußten die Folgen bedenklich genommen werden. Anfangs Dezember konnte der Erkrankte in Degerloch seinen Aufenthalt nehmen, in dessen Ruhe und frischer Luft er seine Kräfte wieder zu sammeln hoffte. Von seinem Wunsche, möglichst rasch sein Amt wieder aufzunehmen, mußte er zu seinem lebhaften Bedauern auf den Rat der Aerzte verzichten und begab sich dann nach Baden-Baden, um dort unter der sorgsamten Pflege seiner Gemahlin seine Gesundheit vor Uebernahme des Amtes, auf die er hoffte, noch weiter zu kräftigen. Den anfänglich günstigen Erfolg unterbrach aber plötzlich ein schwerer Rückfall, der alle Hoffnungen auf eine Wiederaufnahme seines Berufes vernichtete und nun so rasch seinem Leben ein Ende machte.

Der Verstorbene, ein Mitglied der alten Familie Rümelin, welcher der württembergische Staat so manche verdiente Männer zu verdanken hat, war ein Sohn des Regierungsdirektors a. D. v. Rümelin, ein Neffe des 1889 verstorbenen Tübinger Universitätskanzlers. Er wurde am 21. Juni 1846 zu Ulm geboren, wo um jene Zeit sein Vater als rechtskundiger Assessor bei der Finanzkammer thätig war. Nach dem Studium der Finanzwissenschaften in Tübingen und zeitweise in Heidelberg wurde ihm im Mai 1872 die Assistentenstelle bei dem Hauptsteueramt in Eßlingen übertragen, im November 1873 wurde er dann zum Grenzkontrolleur in Friedrichshafen befördert, von wo aus er zum Kanzleihilfsarbeiter beim Steuerkollegium und — im Jahr 1877 — zum Revisor bei diesem Kollegium ernannt wurde. In letzterem Jahr



vermählte er sich mit der Tochter des Rechtsanwalts Oesterlen in Stuttgart. Das Jahr 1880 brachte sodann seine Beförderung zum Finanzassessor und Stationskontrollleur in Münster in Westfalen. Von dort kehrte er im Jahre 1886 in die Heimat zurück und übernahm die Oberzollinspektorsstelle in Heilbronn. Wenige Jahre darauf, im September 1889, trat er eine Stelle als Obersteuererrat im Steuerkollegium zu Stuttgart an. Von dieser Thätigkeit aus hat er im Jahr 1891 eine Schrift über die Selbstverwaltung in Beziehung zur sozialen Frage herausgegeben, wie er auch sonst mehrfach litterarisch hervorgetreten ist.

Er schrieb u. a.:

Die Selbstverwaltung in ihrer Bedeutung für die soziale Frage. Stuttgart 1891.

Das Beaufsichtigungsrecht des Deutschen Reichs und dessen organisatorische Gestaltung. Tübingen 1882.

Sodann in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft: Der Etat in seiner öffentlich rechtlichen Bedeutung (1889). Die Marxsche Dialektik und ihr Einfluß auf die Taktik der Sozialdemokratie (1894).

Nach seiner bisherigen Laufbahn schien er ganz dem Dienst der Finanzverwaltung des Staates als seinem Lebensberuf sich widmen zu wollen, als die schwere Erkrankung des verdienten Oberbürgermeisters Dr. v. Hack die Stadt Stuttgart im Herbst 1892 vor die Wahl eines neuen Stadtvorstandes stellte. Rümelin wurde von mehreren Seiten, deren Mittelpunkt Mitglieder der Volkspartei und im Anschluß an diese der Sozialdemokratie bildeten, zum Kandidaten ausersehen. Er nahm die Kandidatur an und wurde am 18. November desselben Jahres nach einem an Aufregung reichen Wahlkampfe mit der erheblichen Mehrheit von 5410 gegen 4031 Stimmen gewählt. Am 28. Dezember erhielt er die königliche Bestätigung, der nach wenigen Tagen die Entlassung aus dem Staatsdienst und am 9. Januar 1893 die feierliche Beerdigung und Amtseinsetzung durch den Stadtdirektor folgte. Am 27. September 1893 erhielt er bei Gelegenheit der Einweihung der König Karls-Brücke den Titel Oberbürgermeister.

Ein Rückblick auf die städtische Amtsthätigkeit des Verstorbenen giebt zugleich ein Bild von der Entwicklungsgeschichte Stuttgarts während der letzten sechs Jahre. Freilich war die seiner Wirksamkeit zugefallene Zeit eine nur kurz bemessene. So verdankt eine Reihe der Arbeiten, die unter seiner Amtszeit zur Vollendung herangereift sind, ihren Ursprung noch früheren Zeiten,



während auf der anderen Seite nun der Zukunft die Vollziehung von Anregungen aller Art hinterlassen ist, die unter seiner Leitung entstanden sind. Ein Zeichen des allmählichen Uebergangs in immer größere Verhältnisse, der stärkeren Ausdehnung des städtischen Arbeitsfeldes auch nach Richtungen, denen man früher weniger Beachtung schenken zu müssen glaubte, bildet die gerade unter seiner Thätigkeit nötig gewordene, nicht unerhebliche Vermehrung des gesamten Verwaltungsapparates; besonders bethätigte sich dabei sein Interesse für sozialpolitische Einrichtungen. Es möge hier nur an das am 1. April 1895 ins Leben getretene städtische Arbeitsamt erinnert werden, sowie an das städtische Statistische Amt, dessen definitive Errichtung im März des nachfolgenden Jahres beschlossen worden ist. Im Herbst des Jahres 1897 führte dann das immer dringender werdende Bedürfnis zur Anstellung eines zweiten besoldeten Gemeinderats. Von den verschiedenen größeren Unternehmungen der Stadt aus den letzten Jahren mögen hier vor allem das am 1. Mai 1894 eingeweihte Bürgerhospital, der am 30. Juni 1896 dem Verkehr übergebene Schwabstraßentunnel und die Wilhelmshaus-Realschule (1896) aufgeführt werden. Große Werke, deren Beratung unter Rümelins Leitung bereits begonnen, ragen noch in die Zukunft hinein. Die Rathausfrage war im Grunde schon kurz vor seiner Wahl durch den Mehrheitsbeschluss der Kollegien vom 31. Oktober 1892, wenigstens was den Platz betraf, entschieden. Rümelin hat sich von Anfang an, auch während des Wahlkampfes, als den Vollstrecker dieses Beschlusses betrachtet. Von den umfangreichen Aufgaben, die der Erledigung noch harren und wohl zum Teil die Arbeitskraft der bürgerlichen Kollegien noch manches Jahr in Anspruch nehmen werden, sind neben dem Rathausbau zu nennen der neue Vieh- und Schlachthof, die Markthallenerweiterung, die Erbauung einer gewerblichen Fortbildungsschule und im Zusammenhang damit eines neuen Realschulgebäudes, die Errichtung eines neuen Friedhofs, die Aufnahme der Gemeinde Gaisburg, die Regulierung der Markungsgrenze zwischen Stuttgart und Lammstatt, und schließlich, von größter Bedeutung für die Stadt, die Ausgestaltung der Stadterweiterung, bei der er insbesondere die „Erhaltung eines schönen Städtebildes“ angestrebt hat, wie er dies auch ausdrücklich bei der Vereidigung des Bürgerausschusses im Januar 1897 öffentlich aussprach. Mit Entschiedenheit hat sich Rümelin auch seiner Zeit auf die Seite der weit überwiegenden Mehrheit der Bürgerschaft gestellt, als es galt, die Erhaltung des Hoppenlauffriedhofes zu sichern. Erwähnung verdient aus den Jahren seiner Thätigkeit auch die Aufhebung des Volksschulgeldes, die Einführung des elektrischen Betriebes bei den Straßenbahnen, beide im Jahre 1895, dann die im Jahre 1896 erfolgte Einführung von Taxameterdroschken und eines zweckmäßig eingerichteten Droschkentarifs, wie Rümelin überhaupt alle Angelegenheiten des Verkehrsweßens, speziell auch der Straßenbahnen, warm unterstützt hat; ferner die 1898 beschlossene Ermäßigung der Bürgerrechtsgebühr, die aus seiner eigensten Initiative hervorgegangene und vielfach vorbildlich gewordene Alters- und Invaliditätsversorgung der städtischen Lohnarbeiter, die beträchtliche Erweiterung der Berufsfeuerwache und die schon 1894 durchgeführte Aufhebung des Instituts des



Unterschultheißen von Heselach. Lebhaft beteiligt war der Verstorbene auch an dem württembergischen Städtetag, dem er seit seiner Gründung im Frühjahr 1897 als Vorsitzender angehörte. Großen Anspruch machten gerade die letzten Jahre auf seine Talente der Organisation und Repräsentation, die in Verbindung mit formvollendeter und eindrucksvoller Redekunst einen hervorragenden Zug seiner Persönlichkeit bildeten. Den Höhepunkt in dieser Richtung bildete das „Festjahr“ von 1896. Wie viele Zeit und Kraft hat der Verstorbene damals der glänzend gelungenen Ausstellung und dem unvergesslichen Sängerbundesfeste gewidmet! Unermüdlich stellte er sich der Stadt und den vielen Gästen zur Verfügung bei dem fast unaufhörlichen Reigen der Festlichkeiten, vom evangelisch-sozialen Kongress im Mai jenes Jahres bis zum Ende des September bei der Versammlung der deutschen Gewerbevereine. Die Gastfreundlichkeit Stuttgarts war damals in seinem Oberbürgermeister verkörpert, wenn auch zu fürchten ist, daß er gerade in jener unruhigen Zeit seinen Kräften zu viel zugemutet hat. Bei den großen nationalen Festtagen, die die Stadt mit dem Reiche in den vergangenen Jahren begehen konnte, hat er vorberatend und leitend mitgewirkt. Der 80. Geburtstag Bismarcks führte ihn am 19. April 1895 mit dem Bürgerausschußobmann nach Friedrichsruh, wie er auch bei dem 70. Geburtstag des Großherzogs von Baden im September 1896 Stuttgart am Karlsruher Hofe vertreten hat. Auch um die Feier der 25jährigen Wiederkehr des Sedanfestes, die Reichsfeier im Januar 1896, den 100. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. 1897, sowie um die Errichtung des Kaiserdenkmals hat er sich verdient gemacht. St.-A. S. 508. Schw. Chr. S. 673.

Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen der frühe Tod Kümelins von der gesamten Bürgerschaft als ein schwerer Verlust für die Stadt empfunden und allgemein bedauert wurde.

Sofort nach Eingang der Trauernachricht, am Morgen des 24. März, wurde eine öffentliche Sitzung der bürgerlichen Kollegien anberaumt, in welcher der stellvertretende Stadtvorstand, Gemeinderat Gauß, folgende Ansprache hielt:

„Eine tief traurige Nachricht ist uns zugegangen. Oberbürgermeister Kümelin ist in Baden gestorben. Wir stehen erschüttert unter dem Eindruck der Trauerbotschaft und mit uns die ganze Stuttgarter Bürgerschaft. Mit dem tiefsten Mitgefühl verbindet sich die Vorstellung von dem Verlust der Stadt. Tragisch ist das Geschick des Mannes, der für eine weithin sichtbare Stellung geschaffen und begabt war. Es ist jetzt nicht der Augenblick, in die Würdigung der Verdienste des Toten einzutreten. Es ist auch nicht nötig, diese Verdienste an dieser Stelle noch besonders hervorzuheben. Ich weiß, daß es in aller Sinn liegt, wenn ich Sie bitte, Ihrem Schmerz und Ihrer Trauer um den Toten durch Erheben von den Sigen Ausdruck zu verleihen.“

Die Kollegien erhoben sich von ihren Sigen. Hierauf ergriff der Obmann des Bürgerausschusses, Rechtsanwalt Kraut, das Wort:



„Namens des Bürgerausschusses möchte auch ich dem Schmerz um den Dahingeshiedenen Ausdruck geben. Wir bedauern das Hinscheiden des Mannes, der die Geschäfte der Stadt vor kurzer Zeit übernommen und bis vor kurzem in erfolgreicher Weise geführt hat. Ich bin sicher, daß die ganze Bürgerschaft mit mir einig ist in dem Gefühl der Trauer.“

Der Vorsitzende Gauß hat sodann um die Ermächtigung, den Angehörigen des Verstorbenen die Teilnahme der Kollegien auszusprechen, und teilte noch mit, daß die eigentliche Feierlichkeit erst nach der, dem Wunsche des Verbliebenen gemäß in Heidelberg stattfindenden Kremation, hier in Stuttgart sein werde.

Die Leiche wurde, wie angedeutet, von Baden-Baden nach Heidelberg zur Feuerbestattung überführt, welche am 26. März stattfand. Die dem Akte unmittelbar vorangehende Feierlichkeit nahm einen überaus würdigen Verlauf.

Außer der Witwe und dem einzigen Sohne des Verstorbenen wohnten derselben noch ungefähr 30 Personen an, darunter verschiedene Verwandte, mehrere Deputationen aus Stuttgart und der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Wilkens mit einigen Herren des Stadtrats. Der Stuttgarter Gemeinderat war durch die Herren Stockmayer, Gundert und Hartmann, der Bürgerausschuß durch die Herren Obmann Kraut, Köstlin und Stahl, die städtische Beamtenschaft durch Ratschreiber Kercher und andere vertreten.

Die Feierlichkeit vollzog sich in dem offenen, chorbörmigen Vorbau des eigentlichen Krematoriums. Rings um den mit prächtigen Kränzen bedeckten Sarg war ein Hain von Lorbeerbäumen aufgepflanzt, während am Kopfende desselben auf einer besonders errichteten Empore der Geistliche Platz nahm. Punkt $\frac{1}{2}$ 11 Uhr wurde die Trauerfeier durch einen Choral des städtischen Orchesters, welches von der Stadt Heidelberg bestellt worden war, eingeleitet. Daran schloß sich die Leichenrede des Geistlichen. Ausgehend von den Worten des Heilandes: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“ entwarf er in kurzen Zügen ein Lebensbild des Verstorbenen, wobei er vor allem dessen christliche Gesinnung betonte, die sich allezeit in strengster Gerechtigkeit, in Wohlthätigkeit gegen die Armen und Bedrängten und in dem Bestreben, das Wohl der Gesamtheit zu heben, aufs herrlichste offenbart habe. Nach Verrichtung des üblichen Grabgebetes gab der Geistliche dem so früh Dahingeshiedenen noch einmal den kirchlichen Segen, indem er die Worte sprach: „Staub bist du, und zu Staub sollst du wieder werden!“ In demselben Augenblick versank der Sarg in der Tiefe.

Wiederum stimmte das Orchester einen Trauerchoral an, und als derselbe verklungen, trat aus dem Kreise der Umstehenden Gemeinderat Stockmayer aus Stuttgart vor und legte im Namen seiner Vaterstadt einen prächtvollen, mit schwarz-roter Schleife geschmückten Kranz nieder. Zugleich widmete er dem dahingegangenen Stadtoberhaupten einen warm empfundenen Nachruf, der



in den Worten gipfelte, daß der Gemeinderat und mit ihm die ganze Stadt das Andenken des teuren Toten durch nichts besser ehren könnten als dadurch, daß man fortfahre, in dessen Sinne das Wohl der Gesamtheit zu heben und zu fördern. Nach Herrn Stodmayer legte Ratschreiber Kercher im Namen der Stuttgarter städtischen Beamten einen Kranz nieder, indem er der dankbaren Gesinnung, welche die Beamten ihrem Vorgesetzten auf immer bewahren würden, mit schönen Worten Ausdruck verlieh. Nachdem dann noch Oberbürgermeister Dr. Wilkens im Namen der Stadt Heidelberg eine Kranzspende gewidmet und den Verstorbenen als Muster eines Stadtoberhauptes gepriesen hatte, schloß ein dritter Choral die ergreifende Feier.

Die Urne mit der Asche wurde am Dienstag den 28. März auf dem Pragfriedhof beigesetzt. Die Trauerfeierlichkeit gestaltete sich zu einer der großartigsten Kundgebungen, welche Stuttgart erlebt, und brachte die allgemeine Teilnahme, die das frühe Hinscheiden des hochverdienten Stadtvorstandes erweckt hatte, in erhebender Weise zum Ausdruck. Lange vor der festgesetzten Stunde, so berichtete das Tagblatt, versammelte sich vor dem Friedhofportal eine fast unüberschbare, allen Ständen und Schichten der Bevölkerung angehörige Trauerversammlung, die sich gegen 11¹/₂ Uhr unter Glockengeläute und den Klängen eines vom Preussischen Musikkorps intonierten Trauermarsches von der Kapelle aus zur Stätte der Beisetzung bewegte. Auf dem Wege dahin hatten die Zöglinge der Anabenhorte, über 600 an der Zahl, Spaliere gebildet. Hinter dem Musikkorps schritten eine große Zahl städtischer Aufwärter, sowie Angehörige der Feldschutzwache mit den prächtigen Blumenspenden, welche dem Dahingeshiedenen als letzte Zeichen der Liebe und Verehrung gewidmet worden waren. Alsdann folgten in langem Zuge mehrere Hundert Leidtragende, darunter als Vertreter der Herzogin Wera Freiherz v. Valois, ferner der Hofmarschall des Prinzen Herrmann von Sachsen-Weimar, v. Mauch, die Generale v. Cämmerer, v. Schott und v. Hiller, Oberhofmarschall v. Wöllwarth als Vertreter des Königs, der Minister des Innern und der Stadtdirektor, Prääsident Payer und mehrere Abgeordnete, die Vertreter der Stadtgemeinde, Gemeinderat Gauß und Bürgerausschußobmann Kraut mit früheren und jetzigen Angehörigen der beiden bürgerlichen Kollegien. Diesen schlossen sich die Vertreter zahlreicher hiesiger und auswärtiger Korporationen und Gemeinden, Abordnungen



der Schutzmannschaft, der Berufs- und Reservefeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehren der Vorstädte mit ihren Vorgesetzten u. s. w. an. An der unmittelbar an der Friedhofsmauer, Ecke der Friedhof- und Bahnhofstraße gelegenen Trauerstätte, an welcher die Stadtverwaltung einen prächtigen Palmenhain errichten ließ, dessen Wipfel die auf einem schwarzen, goldverzierten Postamente stehende Aschenurne überragten, hatten sich inzwischen die Witwe mit dem Sohne, sowie die weiteren Anverwandten des Verbliebenen, der Lehrergesangsverein und der Singchor des Liederkranzes mit florumhüllten Fahnen eingefunden.

Beim Eintreffen des Trauerzuges stimmte der Singchor des Liederkranzes unter Leitung von Prof. Förstler den stimmungsvollen Gesang: Mag auch die Liebe weinen an. Da die kirchlichen Bestimmungen die Funktion eines Geistlichen bei der Beisetzung der Asche nicht zuließen, so trat, nachdem das Lied verklungen war, Professor Karl Weirbrecht in den Kreis der Leidtragenden und widmete dem dahingeshiedenen Freunde einen tiefempfundenen Nachruf.

„Wenn die Asche der Asche, der Staub dem Staube sich gefellt hat — sei es nach dieser Sitte, sei es nach jener —, was bleibt uns dann übrig von all dem, was in sichtbarer Gestalt vor unseren Augen gewandelt ist? Was anders als das geistige Bild des Menschen! Alles Außerliche, das sich um den Menschen gehängt hat, fällt ab, sowie sein Auge gebrochen ist; auch sein Wirken in der Welt, wenn es nicht nur äußerlich gleichgültiges Thun und Arbeiten war, wenn es vielmehr das Wirken einer Persönlichkeit war — es ist doch zuletzt nichts als ein Zug in dem Bilde des Menschen, der von uns gegangen ist.

Unser lieber Freund Rümelin — ein Freund war er doch gewiß allen, die hier stehen — hat im Leben stets auf das Gesamtbild des Menschen vor allem geschaut, wenn er jemand würdigen sollte oder wollte. Lassen Sie mich's heute ebenso machen mit ihm selbst! Den Oberbürgermeister von Stuttgart, Emil v. Rümelin, mögen und werden andere würdigen; mir sei es vergönnt, so gut ich's kann, mit wenigen einfachen Strichen ein Bild seiner menschlichen Persönlichkeit zu zeichnen.

Daß er keine gewöhnliche Alltagspersönlichkeit war, das haben unwillkürlich alle empfunden, die irgendwie mit ihm in Berührung kamen. Es haben ihn viele geachtet, geehrt, geliebt, gepriesen — andere haben ihn, wenigstens zeitweilig, bekämpft, wohl auch gescholten, vielleicht gar gehaßt — daß er selbst jemals einen Menschen wirklich gehaßt hat, glaube ich nicht — daß er viele, die ihm zeitweilig abhold waren, durch die Macht seiner Persönlichkeit



entwaffnet oder gar zu Freunden gemacht hat, ist sicher. Wer ihn aber kennen wollte, kennen nicht obenhin, sondern im Kern seines Wesens, der mußte nicht nur das Glück haben, daß Kümelin selbst sich freundschaftlich gegen ihn aufschloß; er mußte auch die Fähigkeit haben, völlig unbefangenen, unbeeitrt von all dem schillernden Hin und Her des Parteitreibens, der Kämpfe und Fragen des öffentlichen Lebens, einfach den Menschen zu sehen, als Mensch und Mann dem Menschen und Männen gegenüberzutreten — und im übrigen auch diesem Menschen das gute Menschenrecht zu lassen, das man sonst jedem nächsten besten zubilligt, daß er nämlich auch seine menschlichen Schwächen haben dürfe.

Wer ihn aber so kannte und sah, der wußte vor allem das Eine — was freilich allmählich Tausende gesehen und gespürt haben: daß er einfach ein guter Mensch war, das heißt ein Mensch von ungemachter natürlicher Herzengüte, von aufrichtiger, warmer Menschenfreundlichkeit, „edel, hilfreich und gut“ in dem Sinn, in dem es Goethe vom Menschen verlangt. Sein Gemüt hatte in jedem Augenblick nicht nur etwas, sondern viel übrig für andere Menschen — vielleicht oft zu viel. Bei allem scharfen Thatsachenverständnis hat er doch für sich persönlich sehr wenig gerechnet und berechnet, sehr wenig selbstische Erwägungen angestellt; er hat die Dinge und Menschen genommen, wie sie ihm entgegenraten, hat die Aufgaben, die ihm Dinge und Menschen stellten, einfach schlechtweg erfaßt, seine Persönlichkeit in die Arbeit für diese Aufgaben gelegt und damit ein Bedürfnis seines Gemütes befriedigt — im Grunde unbekümmert darum, was zuletzt für ihn selbst dabei herauskomme. Zu dem, was man einen „Streber“ nennt, hatte er nicht die geringste Begabung — dafür war sein Gemüt zu einfach und zu natürlich.

Dieser Gemütsart trat eine Geistesart zur Seite, die in keinem Widerspruch mit ihr stand, sowie man den Menschen als Ganzes nahm. Er war praktisch, oft trocken und nüchtern in der Art, wie er die praktischen Aufgaben des Lebens aufaßte, realistisch verständlich den realen Thatsachen gegenüber; er hatte nichts übrig für ziellose Schwärmereien ins Blaue hinein, auf welchem Gebiete immer; er konnte mit gutmütigem Humor oder bitterem Sarkasmus oder auch ehrlicher Mannesgroßheit schroff ablehnen, was ihm keinen Boden unter den Füßen zu haben schien. Und doch war er im Grund seines Wesens ein ausgemachter Idealist — wenn man das Wort richtig verstehen will. Er war es einmal insofern, als er alles unter bestimmten großen und allgemeinen Gesichtspunkten zu sehen trachtete; es war ihm ein Greuel, sich ins Kleine und Kleinliche zu verlaufen und zu verbohren, alles mußte für ihn einen Horizont haben und nur im Verhältnis zu diesem allgemeinen Horizont wollte er das einzelne und Naheliegende sehen. Und das wird keiner leugnen: auch wo man ihn im Einzelnen des Irrtums geziehen hat, hat doch auch der Gegner den großen Zug aus seinem ganzen Willen herausgespürt. Sodann aber nenne ich ihn einen Idealisten noch in einem anderen Sinn: seine ganze Weltauffassung stand zwar in engster Fühlung mit allen Bedürfnissen und Forderungen unseres modernen Lebens, war beeinflusst und bewegt von allen Erkenntnissen und Fragen und Aufgaben



und Zweifeln unseres heutigen Lebens; aber im tiefsten Grunde wurzelte seine Welt- und Lebensauffassung doch nicht in dem flüchtigen Triebband unserer modernen Zeit- und Tagesströmungen, vielmehr in dem festen gewachsenen Erdboden des deutschen Geisteslebens, das seit anderthalb Jahrhunderten wirklich Bleibendes und Wahhaftes gezeitigt hat. Es war der Geist Lessings und Goethes, Schillers und Uhlands und ihrer Geistesverwandten, was ihm die eigentliche geistige Atemluft gab; und wo er einmal seinen tiefsten Lebensauffassungen bündigen Ausdruck geben wollte, da gebrauchte er zehnmal für einmal kein modernes Schlagwort, sondern er holte aus seinem nie versagendem Gedächtnis Geistesworte unserer großen Dichter und Denker und brachte sie mit einem Pathos zur Geltung, das seiner sonstigen realistischen Art scheinbar widersprach, aber trotzdem aus seinem tiefsten Innersten kam.

Was aber jeden rechten Menschen im Zentrum zusammenhält, sein Gemütsleben und sein Geistesleben zur Einheit verbindet, das ist allezeit der persönliche Wille, der Wille des angeborenen Naturells und des erworbenen Charakters. Und dieser Wille war bei Rümelin ein herzhafter frohlicher Lebenswille, ungebrochen bis aufs letzte, unangekränkt von allem modernen Pessimismus, ebenso genußfähig als arbeitswillig und, wenn es galt, entsagungsfreudig. Dieser Wille war aber auch ein schlichter gerader Pflichtwille, der jede Aufgabe, wie sie das Leben brachte, einfach und sachlich anfaßte, aber zugleich sofort die Energie der ganzen Persönlichkeit in die Erfüllung der Aufgabe legte. Wer das Leben mit solchem Willen anfaßt, den mag man schließlich hinstellen, wohin man will, er wird seinen Mann stellen; er wird sich vielleicht auf irgend einen Posten mehr stellen lassen, als daß er sich selbst dazu drängte — steht er aber auf dem Posten, so fällt er auf ihm. Und daß Rümelin den Posten, auf dem er gefallen ist, so eingenommen und gehalten hat, das wird ihm auch der nicht bestreiten, der sagt, er habe einmal im einzelnen fehlgeschossen.

Persönlichkeiten dieser Art und Charaktermischung pflegen etwas Ueberlegenes in ihrem Auftreten zu haben. Etwas Ueberlegenes war bei Rümelin immer zu spüren; aber seine Herzengüte und Menschenfreundlichkeit ließ diesen Eindruck nie auf die Dauer verlegend erscheinen. Und noch etwas gab dieser überlegenen Art etwas Gutes und Liebenswürdiges: das war sein unverlöschlicher Humor — der Humor aber wurzelt immer einerseits in einer tiefen und weiten Weltanschauung, andererseits in einem guten Gemüt, das auch fürs Geringe und Schiefgetretene noch Teilnahme hat. So ernst Rümelin im Grund das Leben faßte, er konnte doch lachen und lachend vermitteln in jener grundguten, herzlichen Art, die nie säuerlich wird, sondern immer etwas siegreich Versöhnendes behält.

So steht — in großen Umrissen — mir, dem Freunde, das Bild seiner geistigen Persönlichkeit vor dem inneren Auge, nachdem sein leibliches Bild vom Feuer verzehrt ist, das Bild der hohen Gestalt mit dem freudigen und doch ruhig abwägenden Auge, mit dem kräftig geschlossenen und doch jederzeit zum Lachen bereiten Munde. Ich glaube nicht, daß es nur ein sub-



jektives Freundschaftsbild ist, ich glaube, es ist das wahre, wenn auch lange nicht vollständige Bild Kümelins, das mir aufgegangen ist, weil ich das Glück hatte, nicht nur von ihm als Freund behandelt zu werden, sondern ihn unbesungen und ohne Parteilaub im Auge sehen zu können. Und wer es zu Stande bringt, auch sein öffentliches Wirken im Licht seiner menschlichen Persönlichkeit zu sehen, der erst wird auch das richtig sehen und ganz wissen, was für einen Oberbürgermeister wir sechs Jahre lang in Stuttgart gehabt haben.

Er hat sich aufgerieben — was immer die physischen und psychischen Ursachen sein mochten, und er ist ehrenvoll auf dem Posten gefallen, auf den er gestellt war. Die Stadt erkennt das. Aber glücklich zu preisen ist doch der, der nicht den Strohkod stirbt, sondern den Tod aus Kraft und Kampf heraus, der auf der Wahlstatt stirbt, wenn auch nach langsamem Verbluten. Und so trauern wir heute um ihn, aber wir freuen uns an dem Bilde, das er uns hinterlassen hat, und wir rufen ihm jenes Lebewohl zu, das da sagt: Du bist geschieden, aber du bist bei uns!"

Nach dem nun folgenden weihvollen Gesang des Lehrers- gesangvereins widmete Gemeinderat Gauß namens der Stadtverwaltung dem verdienstvollen Vorstand folgenden Nachruf:

In tiefer Wehmut und Trauer stehen die Vertreter der Stadt vor den letzten Ueberresten des Mannes, der jahrelang die Stadtverwaltung geführt hat. Es ist hier nicht der Ort, eingehend zu würdigen, was der Verstorbene der Stadt war, was er für sie gethan und geleistet hat. Aber eines darf und muß hier von einem Vertreter der Stadt dankend und rühmend hervorgehoben werden: Für sein Amt hat er allezeit seine ganze Kraft, seine ganze Person eingesetzt; von dem Augenblick seines Amtsantritts an ist er ganz in seinem Beruf aufgegangen; ihm hat er sein Privatleben geopfert; sonstige Interessen, solche, die keine Beziehung zu seiner amtlichen Stellung hatten, hat er kaum mehr gekannt, obwohl er von vielseitiger Bildung und von dem regen Streben befeelt war, nichts Menschliches sich fremd sein zu lassen. Alles hat er in innigen, untrennbaren Zusammenhang mit seinem Amt gebracht. Und noch einer zweiten Thatsache muß hier gedacht werden: Er war ein vollkommener, ein geradezu idealer Stadtvorstand, wenn sein Amt ihn dazu berief, das Organ der Bürgerschaft, der Dolmetscher ihrer Gefühle und Gesinnungen zu sein. Da gab es kein enthusiastischeres, wärmeres Herz, keine lebhaftere Phantasie, keinen beredteren Mund, um dem allgemeinen Empfinden Ausdruck zu geben. Aber auch innerhalb der Stadtverwaltung selbst reißt sein Tod eine Lücke, die kaum auszufüllen sein wird. Bis die Krankheit, die ihn schließlich dahingerafft hat, seine Thatkraft lähmte, war er ein vorwärtstreibendes Element, allem Mechanischen, sich Wiederholenden, allem Alltäglichen abhold, reformeifrig, thatendurstig, lebendig und rasch alles ansaffend, immer voran, wenn auch dabei die nüchternen Abwägung der Thatsachen, die vorsichtige Berechnung der Widerstände manchmal etwas zurücktrat. Aber manche wichtige



und wertvolle Einrichtung, die unter seiner Amtsführung ins Leben trat, verdankt seiner Initiative, seinem Bethätigungsdrang ihre Entstehung und wird noch lange an ihn erinnern, wenn auch sonst die Arbeit eines Stadtvorstands dem Augenblick angehört und vom Augenblick verweht wird. Für uns aber, die wir in Einem Kollegium mit ihm gegessen sind, in unserem Gedächtnis wird er vor allem fortleben als der warmherzige Freund, für den es keinen bloß geschäftsmäßigen Verkehr gab, sondern der mit aufrichtigem Wohlwollen alles umfasste, was mit ihm in nähere Berührung kam, der jeden Verkehr auf einen allgemein menschlichen Boden stellte und der allem Kleinlichen, allem Engherzig-Bureaufkratischen feind war. Kaum wird es jemand geben, der lebhafter von dem Wunsche befeelt gewesen wäre, mit jedermann in freundlicher Beziehung zu stehen und im Frieden zu leben, der verschämlicher gewesen wäre und Kränkungen leichter vergessen und weniger nachgetragen hätte. Für sein gutes Herz, das jedermann das Beste wünschte, giebt es kaum ein rührenderes Zeugnis als das, daß er noch in schwerem Krankheitsanfall darüber bekümmert war, daß nun niemand da sei, der denjenigen beibringe, die an seinen Sprechtagen bei ihm Hilfe zu suchen pflegten. Sein Stuttgart vor allem hatte er ins Herz geschlossen; ins Herz geschlossen haben aber auch ihn die Stuttgarter. Dafür legt Zeugnis ab die echte und aufrichtige Teilnahme, mit der die Kunde von seiner Krankheit und dann von seinem Tod in allen Schichten der Einwohnererschaft aufgenommen worden ist. Die Mitglieder des Gemeinderats aber betrauern in ihm einen Freund, von dessen letzten Ueberresten sie mit schmerzlicher Wehmut Abschied nehmen. Zum Zeichen ihrer Anhänglichkeit, die ihm über den Tod hinaus treu bleibt, lege ich den verdienten Lorbeer auf sein Grab.

Namens des Bürgerausschusses legte Obmann Kraut einen Lorbeerkranz an der Urne nieder, indem er folgendes sprach:

Im Namen und Auftrag des Bürgerausschusses der Stadt Stuttgart gestatte ich mir, den Gefühlen der Trauer um das verstorbene Oberhaupt unserer Stadt und des Dankes für seine leider so kurze Wirksamkeit an der Spitze des städtischen Gemeinwesens Ausdruck zu geben. Wie der Verstorbene sein Amt geführt hat, ist durch den berufenen Mund meines Vorredners gewürdigt worden, und ich kann mich den Worten ehrender Anerkennung der Thätigkeit des Entschlafenen nach jeder Richtung anschließen. Mit Oberbürgermeister Kümelin ist, darüber sind wir alle einig, ein auf vielen Gebieten städtischer Verwaltung anregender, ja fruchtbarer Geist geschieden. So manche gute Neuerung in unserer Stadt und auf unserem Rathause giebt davon gewichtiges Zeugnis. Sind seine Anregungen auch nicht alle verwirklicht worden, muß man zugeben, daß vielleicht manches, was er vorgeschlagen, vom praktischen Boden der Gemeindeverwaltung aus nicht durchführbar gewesen ist, dem hohen Flug seiner Gedanken, dem lobenswerten Streben, die komplizierte Verwaltung auf einen freieren Boden zu stellen und die viele Detailarbeit zu vereinfachen, darf man die Anerkennung nicht versagen. Seine reiche Bildung, gepaart mit der Gabe einer raschen und richtigen Auffassung, die ihm gestattete, sich auch



in schwierigen und ihm fernegelegenen Gebieten schnell zurechtzufinden, waren ihm in seinem Amte besonders förderlich. Geradezu staunenswert war seine Geschicklichkeit, einen ihm vorschwebenden Gedanken, der erst nach praktischer Gestaltung rang, durch ein packendes Wort in ein gefälliges, oft geradezu bestrickendes Gewand zu hüllen und ihm dadurch ernste Beachtung und häufig erfolgreiche Durchführung zu sichern. Wir vom Bürgerausschuß, deren verfassungsmäßige Aufgabe es ist, an die Vorlagen der städtischen Verwaltung die kritische Sonde zu legen, sind so manches Mal halb wider Willen durch diese Gabe des Verstorbenen hingerissen worden. Wenn eine so ausgesprochene Persönlichkeit, wie Kümelin, der städtischen Verwaltung vorstand, so lag es nahe, daß die bei der verschiedenen Stellung des Gemeinderats und Bürgerausschusses und dem Selbstständigkeitsdrang jedes Kollegiums unvermeidlichen fachlichen Differenzen nicht selten zu einem Konflikt mit persönlicher Spitze gegen den verantwortlichen Leiter der städtischen Verwaltung auszuwachsen drohten. Es ist ein besonderes Verdienst Kümelins, daß er solchen Konflikten durch seine konziliante loyale Handhabung der Geschäftsordnung so gut wie immer vorzubeugen wußte. Nehmen wir dazu seine freundliche, entgegenkommende Haltung gegen jedermann, hoch und gering, sein liebenswürdiges Eingehen auf alle die vielen Anliegen, die an ein Stadtoberhaupt gebracht werden, seine lebensfrohe Geselligkeit, so haben wir das Gesamtbild einer Persönlichkeit, die wie wenige dazu geschaffen war, dem schweren Beruf eines Stadtvorstandes gerecht zu werden. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, die Aufgabe, welche er vor wenigen Jahren in voller Manneskraft übernommen, längere Zeit zu fördern. Allzufrüh ist er der Gemeinde und seiner Familie entrisen worden. Trauernd steht Stuttgart vor den sterblichen Ueberresten seines Oberbürgermeisters, trauernd legen wir den Kranz als Zeichen unserer Anerkennung und Dankbarkeit nieder mit dem Versprechen, sein Andenken allezeit in Ehren zu halten.

Weitere Kränze legten sodann nieder: Stadtbaurat Bölle für die städtischen Beamten, die in dem Verstorbenen einen allezeit humanen und wohlwollenden Vorgesetzten bedauern, der stellvertretende Ratsschreiber Carl für den Verein städtischer Assistenten, Vorarbeiter Altvater für die städtischen Arbeiter, Oberbürgermeister Mast=Cannstatt für den württembergischen Städtetag, Stadtbaurat Mayer für den deutschen Verein für Gesundheitspflege, Geh. Kommerzienrat Spemann für den Verein zur Förderung der Kunst, Oberpostmeister Steidle für den deutschen Sängerbund, Prof. Richard Blum für den Stuttgarter Liederkranz, Oberschützenmeister Föhr für die Schützengilde, Schulrat Dr. Frohn Meyer für die hiesigen Volksschulen und deren Lehrerschaft, Herr Fr. Rupp namens der Stadtgarde zu Pferd, Herr Hans Schickhardt für den Verein weiblicher



Angestellter im Handelsgewerbe und für den Verein Anabener horte, von welchem noch ein Tögling dem verdienten Vorstande einen poetischen Nachruf widmete unter Ueberschickung eines Blumenstraußes an die Witwe, ferner Oberforststr. v. Fischbach für den Verschönerungsverein, Herr Kaufmann Karl Oesterlen für den Litterarischen Klub.

Im Namen des Prinzen Herrmann von Sachsen-Weimar legte Hofmarschall v. Mauch einen prächtigen Lorbeerkranz mit den Weimarischen Farben nieder.

Aus der Mitte der Trauerversammlung wurde sodann noch eine große Zahl weiterer Blumen Spenden an der Urne niedergelegt, welche seitens des Lehrerinnenvereins, des Klimperkastens u. s. w. gewidmet waren. Mit dem Gesang des Liederkranzes: Süß und ruhig ist der Schlummer und dem vom Musikkorps gespielten Choral: Es ist bestimmt in Gottes Rat fand die ergreifende Trauerfeier ihren Abschluß.



4. Januar. Kanzleirat Albert Faber, 75 Jahre alt, Kanzleivorstand am Rgl. Landgericht, früher Rechtsanwalt und Ortsvorsteher.

13. Januar. Prälat Oberkonsistorialrat Ernst v. Binder, 78 Jahre alt, langjähriger Vorstand des Vereins für Kleinkinderbewahranstalten. St.-A. S. 64. Schw. Chr. S. 91.

23. Januar. Hofmaler German v. Bohn, 87 Jahre alt. Bohn hatte sich anfänglich, dem Willen seiner Eltern folgend, dem Rechtsstudium zugewendet und das Examen als Jurist mit glänzendem Erfolg bestanden. Aber die Liebe zur Kunst lockte den hochbegabten Jüngling anderen Zielen zu. Mit Einwilligung der Eltern betrat er die Künstlerlaufbahn, auf der er sich bald einen hervorragenden Ruf erwarb. Aus Paris, wo er längere Zeit aufgehalten, kehrte er 1870 in seine Heimat zurück und wurde von König Karl 1877 zum Hofmaler ernannt, in welcher Stellung er bis zu seinem Tode wirkte. St.-A. S. 145. Schw. Chr. S. 159.

7. Februar. Oberstaatsanwalt a. D. Paul v. Kaufmann, 17 Jahre als Rechtsanwalt und später in Ulm und Heilbronn als Staatsanwalt thätig, seit 1894 in Pension. St.-A. S. 243. Schw. Chr. S. 305.

13. Februar. Professor Karl Planck am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium, 41 Jahre alt.



J. Egle, Oberbürgermeister

(34 S. 23.)



14. Februar. Geh. Hofrat a. D. Karl v. Jordan, 73 Jahre alt, Stabssekretär beim Hofmarschallamt. St. A. S. 243. Schw. Chr. S. 359.

17. Februar. Senatspräsident a. D. v. Malzacher, 88 Jahre alt, zuletzt beim Oberlandesgericht.

5. März. Hofbaudirektor a. D. Joseph v. Egle, geboren 23. November 1818 in Dellmensingen bei Laupheim, hervorragender Architekt und vorzüglicher Lehrer des Baufachs, Ehrenbürger der Stadt.

Seine Ausbildung erfolgte an der hiesigen Gewerbeschule, der Vorgängerin der jetzigen Technischen Hochschule, dann am Polytechnikum in Wien und an der Akademie der Künste in Berlin. In diesen Lehranstalten errang Egle in sämtlichen Lehrfächern die besten Zeugnisse und Prämien; in Berlin wurde ihm u. a. der erste akademische Preis im Architekturfach zu teil. In späteren Jahren war er als Mitarbeiter der Allgemeinen Bauzeitung in Wien thätig und führte größere Reisen durch Deutschland, England, Frankreich und Italien aus, um die hervorragenden Bauwerke und Kunstschätze in diesen Ländern kennen zu lernen. Nach mehr denn zehnjährigem Aufenthalte kehrte Egle nach Stuttgart zurück und übernahm 1848 die Leitung der drei Jahre zuvor gegründeten Baugewerkschule, die er während seiner 46jährigen Vorstandschaft durch rastlose Thätigkeit zu hoher Entwicklung brachte. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Egle zum Hofbaumeister, später zum Oberbaurat und als Hofbaudirektor zum Vorstand der R. Bau- und Gartendirektion ernannt und ferner durch die Berufung als Beirat am Ulmer Münsterbau, sowie — im Jahr 1864 aus Anlaß der Vollendung des Polytechnikums — durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Stuttgart ausgezeichnet, die er durch eine große Zahl von ihm erstellter Bauten, darunter das Polytechnikum, die Baugewerkschule und die Marienkirche, verschönerte. Außerdem verhalf er der Einführung des Massivbaus in Stuttgart bei der Beratung eines Baustatuts durch sein entschiedenes Eingreifen zum Siege. Auch seine schriftstellerischen Leistungen waren von Bedeutung. Er stellte eine Theorie für das Schattieren mathematisch bestimmter Körperflächen auf, die vielseitige Annahme fand, und gab ein Kupferwerk über das Ulmer Chorgestühl nebst mehreren Monographien heraus, die die Stiftskirche zu Wimpfen im Thal, das Kloster Hirsau und die Frauenkirche in Eßlingen betreffen. In weiteren Fachreisen ist Egle durch sein grundlegendes Vorgehen bei Schaffung einer allgemeinen deutschen Norm zur Berechnung des Honorars für architektonische Arbeiten, sowie durch seine hervorragende Mitwirkung bei Gründung des Verbands deutscher Architekten- und Ingenieurvereine bekannt geworden. St. A. S. 383. Schw. Chr. S. 499.

8. März. Oberlandesgerichtsrat a. D. Gustav v. Ehrenspiel. St. A. S. 423. Schw. Chr. S. 527.



18. März. Bibliothekar Prof. Dr. Theodor Schott, geboren 16. Dezember 1835 zu Eßlingen, seit 1873 an der Kgl. öffentlichen Bibliothek, 1894 Mitglied der Kommission für Landesgeschichte. Erfolgreicher historischer Schriftsteller, zunächst im Gebiete der württembergischen Geschichte, dann aber namentlich in der französischen und italienischen Reformationsgeschichte. St.-A. S. 477. Schw. Chr. S. 629.

27. März. Geh. Hofrat Albert v. Kaulla, Direktor der Kgl. Württembergischen Hofbank und Kgl. großbritannischer Konsul. St.-A. S. 523.

1. April. Kgl. Kabinettschef Geh. Rat Dr. Fehr. v. Griesinger, geboren 28. September 1836 als der Sohn des Kgl. Oberpolizeikommissärs A. Griesinger in Stuttgart.

Er besuchte bis zu seinem 18. Jahre das Gymnasium seiner Vaterstadt und widmete sich dann dem Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten in Tübingen und München, an welcher letzterer er sich 1860 mit der Abhandlung über die Ratihabition der Rechtsgeschäfte den Grad eines Doktors beider Rechte erwarb. Nach Erhebung der zwei höheren juristischen Staatsprüfungen unternahm Griesinger größere Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken durch Norddeutschland, Holland, Belgien, Schweden-Norwegen, England, Frankreich und Italien. Nach seiner Rückkehr fand er Stellung als Hilfsrichter bei der Justizabteilung des Gemeinderats und 1862 bei dem Kgl. Stadtgericht in Stuttgart, das damals unter der Leitung des jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Fehr. v. Mittnacht stand. Zwei Jahre später wurde Griesinger als Sekretär in das Kabinett des Königs berufen, in welchem er bis zu seinem Tode wirkte, nachdem er 1865 zum Geh. Legationssekretär, 1869 zum Legationsrat, 1871 zum Geh. Legationsrat und nach der im Jahre 1883 erfolgten Pensionierung des Kabinettschefs v. Gärtner zum Kabinettschef mit dem Titel eines Staatsrats ernannt worden war. Seine Verdienste in dieser Stellung lohnte ihm König Karl durch die 1889 erfolgte Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat. Am 25. Februar 1893 erhob König Wilhelm ihn in den Freiherrnstand und übertrug ihm nach dem Rücktritt des Grafen v. Taubenheim den Vorsitz im Kgl. Oberhofrat. Außerdem ist der Verewigte durch die Verleihung zahlreicher hoher Orden und Erhebung auf die erste Stufe der Rangordnung ausgezeichnet worden. So gelangte Griesinger, aus bürgerlichem Stande entsprungen, durch eigene Tüchtigkeit zu den höchsten Ehren, die der Monarch zu verleihen hatte, und die Bürgerschaft Stuttgarts durfte ihn mit besonderem Stolz den Ihrigen nennen.

Neben dem verantwortungsvollen Posten des Kabinettschefs, der eine große Arbeitskraft erforderte, hatte Fehr. v. Griesinger auch für die verschiedensten Bestrebungen des öffentlichen Lebens ein warmes Herz. Eine hingebende Thätigkeit entfaltete er als langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Vereins für



Steininger

(S. 24.)



Q. Jones

(No 5. 28.)



das Wohl der arbeitenden Klassen. Als im Jahre 1895 König Wilhelm II. die hochsinnige Anregung zur Gründung des Schwäbischen Schiller-Vereins gab, trat der Vereingte an die Spitze desselben, und nicht zum wenigsten ist seiner Umsicht und Thatskraft das rasche Emporblühen des Vereins zu verdanken. St. A. S. 561. Schw. Chr. S. 745.

15. April. Rudolf Probst, Rechtsanwalt, Bankdirektor, geboren den 9. März 1817 zu Ludwigsburg als Sohn des dortigen Gerichtsaktuars, besuchte die Gymnasien in Biberach und Ehingen, studierte in Tübingen und Heidelberg mit großem Erfolge die Rechtswissenschaft und war vom Jahre 1839 ab 12 Jahre im Staatsdienste verwendet, zuletzt als Staatsanwalt in Ehlingen. Im Jahre 1851 nahm er aus politischen Gründen seinen Abschied und ließ sich hierauf als Rechtsanwalt in Stuttgart nieder, wo er eine ausgedehnte und vielgesuchte Thätigkeit entfaltete; von 1865—1887 war er Direktor der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank. Dem württembergischen Landtage gehörte er fast 45 Jahre an bis zum Jahr 1895 und zwar als Vertreter eines und desselben Wahlbezirks, nämlich Biberachs. 1868 wurde er ins Zollparlament und später in den ersten Reichstag entsandt. Wie er als Mensch seines lautereren Charakters, seiner Mäßigung und Besonnenheit und seiner tiefen Religiosität halber von seinen Mitbürgern geschätzt und geliebt war, so wurde er als Parlamentarier wegen seiner unermüdlichen Arbeitskraft, wegen seines Sachverständnisses und seines hohen, unerschütterlichen Gerechtigkeits- und Wahrheitssinnes von seinen politischen Gegnern ebenso hoch geachtet, wie von seinen politischen Freunden verehrt. Im württembergischen Landtag widmete er sich neben den ins Gebiet der Justiz fallenden Aufgaben insbesondere den Fragen der Staatsfinanzen und des Staatsschuldenwesens, und manche seiner Anregungen auf diesen Gebieten wirken heute noch fort.

Probst war in der katholischen Gemeinde Stuttgarts der hervorragendste Mann; er genoß die Verehrung eines Patriarchen, sein Wort war das gewichtigste, seine Führerschaft unbestritten. Das neugegründete Schwäbische Zentrum hatte ihn zu seinem Ehrenvorstand ernannt. St. A. S. 641. Schw. Chr. S. 873.

28. April. Miteigentümer und Hauptredakteur des Schwäbischen Merkur Dr. Otto Elben, geboren am 30. Januar 1823 in Stuttgart als Sohn von Karl Elben dem Älteren, studierte Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte und trat im Herbst 1847 in das von seinem Großvater gegründete Geschäft in die Redaktion des Schwäb. Merkur ein, der er über 50 Jahre lang angehörte und die er seit seines Vaters Tod 1854 leitete. Von 1851—53 und von 1854—56 war er Mitglied des Bürgerausschusses. Als 1866 die Entscheidung über die Zukunft der Nation gefallen war, trat Elben in die vorderste Reihe der Vorkämpfer für die nationale



Sache, ward 1868 in den Landtag (für Böblingen) und 1871 in den Reichstag (für Böblingen-Maulbronn) gewählt, wo er sich der nationalliberalen Partei anschloß. Während des Krieges 1870 war Elben im Verein mit seinen politischen Freunden aus Süd- und Norddeutschland unablässig bemüht, für die Einigung der deutschen Stämme und die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen in Wort und Schrift alle Kraft einzusetzen. Dies geschah u. a. schon im Juli in einer Unterredung zu Stuttgart mit Kronprinz Friedrich Wilhelm, sodann in der Abfassung einer Denkschrift für den Fürsten Bismarck: „Das Ziel des Krieges von 1870 und Württemberg“, verfertigt im August 1870, in der Berichterstattung bei der großen Stuttgarter Volkerversammlung vom 3. September 1870 u. v. a. m. Im Land- und Reichstag war er eine in volkswirtschaftlichen Dingen geschätzte Autorität; auf seinen Antrag erfolgte 1873 die Schaffung des Reichseisenbahnamtes, und die volkswirtschaftlich so bedeutenden Bahnlinie, die von Nordost nach Südwest, von Heshenthal über Backnang, Stuttgart, Böblingen, Lorb, Immendingen und Freudenstadt laufend, Württemberg durchschneidet, ist namentlich auf seine unermüdete Thätigkeit als Berichterstatler in der württ. Kammer der Abgeordneten gebaut worden. Als Freund des Reichseisenbahnprojekts unterlag Elben 1877 bei den Reichstagswahlen den vereinigten Gegnern; 1882 lehnte er eine neue Wahl zum Landtag ab. Seine Wirksamkeit auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens brachte für ihn die Ernennung zum Ehrenbürger der Städte Böblingen und Wangen i. A. Neben seiner politischen Thätigkeit, die ihn mit den ersten Staatsmännern seiner Zeit in Berührung brachte, hat er auch in den Künsten und Wissenschaften, namentlich in der Musik und Geschichte Tüchtiges geleistet. Er war Mitbegründer und ständiges Ausschußmitglied, später einziges Ehrenmitglied des Deutschen Sängerbundes, Mitbegründer, langjähriger Präsident und Ehrenvorstand des Schwäbischen Sängerbundes und Ehrenmitglied einer großen Reihe von Gesangsvereinen. Das deutsche Lied hat ihm vieles zu verdanken. Von O. Elben erschienen u. a.: Der volkstümliche deutsche Männergesang, 1. Aufl. 1855, 2. Aufl. 1887. Das Schillerfest in Schillers Heimat, 1859. Geschichte des Schwäbischen Merkurs, 1885. Die zahlreichen von ihm im Schwäb. Merkur verfaßten Nekrologe waren stets biographische Musterleistungen. Schwäb. Merkur Nr. 325, 327, 331, 337. St.-A. S. 731.

6. Mai. Baurat a. D. August v. Beckh,

geboren 13. Januar 1809 zu Friedrichshafen als Sohn des Kameralverwalters Beckh, 1844–53 Eisenbahnbau-Inspektor in Stuttgart, 1853 Baurat. Er hat an einer Reihe bedeutender Bahnbauten, namentlich in der Schweiz, mitgewirkt und sich dadurch einen hervorragenden Namen erworben. Er baute, 1853 nach der Schweiz berufen, dort die Nordostbahn Romanshorn–Zürich und entwarf mit dem badischen Baudirektor Herzog das Gotthardbahn-Projekt. Zum drittenmal nach der Schweiz berufen, entwarf er den Bauplan der Linie Brugg–Lözberg–Basel. Seine Verdienste um den schweizerischen Bahnbau ehrte der schweizerische Architekten- und Ingenieurverein, indem er ihn zu seinem Ehrenmitglied ernannte. Von 1876–81 übernahm er als Vorstand des



Dr. C. W. Allen.

(No 5. 25.)



Böblinger Eisenbahnbauamtes die Erbauung der Gäubahnstrecke Stuttgart—Böblingen. *St. A.* S. 807. *Schw. Chr.* S. 1065.

6. Mai. Generalleut. 3. D. Heinr. v. Keibel, 66 Jahre alt, als Sohn des Oberjustizrats Keibel zu Oehringen geboren. Längere Zeit hatte er das Kommando des Landjägerskorps, von welchem er 1894 als Generalmajor enthoben wurde. Keibel hatte an den Feldzügen 1866 und 1870/71 teilgenommen und bei Tauberbischofsheim, Wörth, Sedan, Mesly, Villiers und Le Plant mitgekämpft. *St. A.* S. 883. *Schw. Chr.* S. 1127.

27. Mai. Staatsrat a. D. Karl v. Hohl, geboren am 11. August 1825 zu Ohmenheim (O. A. Neresheim) als Sohn des dortigen katholischen Lehrers.

Er trat 1852 in den Richterdienst ein, 1869 Kreisgerichtsrat, 1879 Landgerichtsdirektor in Stuttgart. Seit 1872, wo er vom Bezirk Geislingen gewählt wurde und dessen Vertreter er bis zu seinem Tode blieb, Mitglied des Landtags, in welchem ihm eine hervorragende Befähigung, die er sowohl bei Kommissionsberatungen wie auch in den Plenarsitzungen erwies, bald eine einflussreiche Stellung sicherte. Im Jahr 1877 wurde er in den engeren ständischen Ausschuss und 1880 als Vizepräsident berufen. Zwei Jahre später, als der bisherige Kammerpräsident v. Hölzler an die Spitze des Ministeriums des Innern berufen worden war, erfolgte seine Wahl zum Präsidenten der Kammer, und als solcher waltete er mit Geschick seines Amtes bis 1895, in welchem Jahre die durch die Neuwahlen erstarkte und in die leitende Stellung vorgerückte Volkspartei den Präsidentensitz für sich in Anspruch nahm. Er trat 1895 in den Ruhestand, wobei er den Titel und Rang eines Staatsrats erhielt. *St. A.* S. 959. *Schw. Chr.* S. 1233.

2. September. Paul Storz, Leiter einer ausgezeichneten Kunstgewerblichen Werkstätte. *St. A.* S. 1571. *Schw. Chr.* S. 2013.

15. September. Generalmajor 3. D. v. Imle, 60 Jahre alt, geboren zu Stuttgart als Sohn des Sekretärs der württ. Kammer, studierte anfänglich Theologie, 1862 Leutnant, 1893—1899 Kommandeur des Landwehrbezirks Stuttgart. *Schw. Chr.* S. 2115.

15. September. Bankier Adolf v. Dellnagel, 95 Jahre alt, Ehrenschildenmeister der Stuttgarter Schützengilde, der er 67 Jahre lang angehörte. *St. A.* S. 1633. *Schw. Chr.* S. 2113.

13. Oktober. Professor Wilhelm Speidel, geboren am 3. September 1826 als Sohn des Musiklehrers und Sängers Konrad Speidel in Ulm, ging 1843 nach München, um seine Ausbildung als Musiker zu vollenden, war in den Jahren 1846/47 im Elsass, alsdann in München als gesuchter Klavierlehrer, kam 1855 nach Schwaben zurück, um zunächst als Dirigent der Ulmer Liedertafel und von 1857 an dauernd in Stuttgart zu wirken. Hier gründete er mit Faust, Lebert, Stark u. a. die damalige „Stuttgarter Musikschule“, das jetzige Kgl. Konservatorium, dem er lange Jahre als viel-



verehrter Lehrer des Klavierspiels angehörte. Hervorragende Verdienste erwarb er sich um den Stuttgarter Liederfranz, den er vom Jahr 1857 ab 28 Jahre hindurch leitete. Das Nachhaltigste seines Schaffens bildete jedoch seine umfassende Thätigkeit als Komponist. Vor allem war er ein Meister im Volkston, der ihm jederzeit schlicht und einfach, wie das Volk denkt und singt, gelang. Auf diesem Gebiete sind seine Kompositionen weit durch die deutschen Lande gedrungen und haben ihm ein bleibendes Andenken gesichert. Aber auch in Chor- und Instrumentalwerken hat er Bedeutendes geleistet. Sein Name wird in der Geschichte der schwäbischen Kunst immer mit Ehren genannt werden. St.-A. S. 1804. Schw. Chr. S. 2317.

23. Oktober. Pfarrer a. D. Otto Schmid-Sonneck, Abgeordneter zur evangelischen Landesynode. Schw. Chr. S. 2391.

1. November. Regierungsdirektor a. D. Eugen v. Rümelin, 87 Jahre alt, Vater des im gleichen Jahre verstorbenen Oberbürgermeisters der Stadt, zuletzt Oberverwaltungsgerichtsrat. St.-A. S. 1917. Schw. Chr. S. 2477.

6. November. Regierungspräsident a. D. v. Luz, Landtagsabgeordneter für Nagold. St.-A. S. 1917. Schw. Chr. S. 2501.

8. Dezember. Oberstudienrat Dr. v. Dillmann, geboren am 30. Dezember 1829 zu Illingen als Sohn des dortigen Schullehrers. Er studierte Theologie, erstand aber nach längerer Zeit im Kirchendienst im Jahre 1859 die Oberreallehrerprüfung, worauf er als Hilfslehrer an das Stuttgarter Gymnasium berufen wurde. Seit 1872 lag ihm die Leitung des Stuttgarter Realgymnasiums ob, das ihm seine Entwicklung und sein hohes Ansehen als Lehranstalt verdankt. Zuvor schon hatte Dillmann hier eine erfolgreiche Lehrthätigkeit entfaltet als Professor der Mathematik am oberen Gymnasium und als Physiklehrer am Katharinensift und am höheren Lehrerinnenseminar, welche Funktionen er teilweise bis in die letzten Jahre beibehalten hatte. Außerdem war er auch als außerordentliches Mitglied der Ministerialabteilung für Gelehrten- und Realschulen lange Jahre thätig. Seine in verschiedenen geistvollen Schriften geltend gemachte Forderung, daß gegenüber der einseitig philologisch-historischen Bildung des Gymnasiums und der einseitig technisch-praktischen der Realschule „der neuen Zeit eine neue Schule“ geschaffen werden müsse, in der auch der Realismus „als wissenschaftliche Auffassung der Natur mittelst der Mathematik“ durch „gymnasialen Betrieb“ für die höchsten sittlichen und wissenschaftlichen Bildungszwecke erschlossen werden sollte, fand in der Dillmann wesentlich zu verdankenden Errichtung des Stuttgarter Realgymnasiums in glänzender Weise Erfüllung. St.-A. S. 2204. Schw. Chr. S. 2889.

20. Dezember. Hofkapellmeister a. D. Wilhelm Steinhart, 81 Jahre alt, seit 1842 am Kgl. Hoftheater und nach 50jähriger Thätigkeit an diesem in Ruhestand getreten.



26. Dezember. Maschinenfabrikant Raphael Stahl, 56 Jahre alt, seit drei Jahren Mitglied des Bürgerausschusses.

27. Dezember. Fabrikant Karl Brandauer, 65 Jahre alt, hervorragender Industrieller der Stahlfederbranche. Schw. Chr. S. 2983.



Die ältesten Toten des Jahres — im Alter von 90 und mehr Jahren — waren:

1. Stern, Jette, Wirts Witwe, israel., 98 Jahre 1 Monat 15 Tage.
2. Ankele, Johann Georg, Hausmeister, evang., 96 Jahre 10 Monate 25 Tage.
3. v. Dellnagel, Adolf, Bankier, evang., 95 Jahre 2 Monate 8 Tage.
4. Albrecht, Johanna Kathar., Weingärtners Witwe, evang., 93 Jahre 7 Monate 8 Tage.
5. Penas, Salomon, Privatier, israel., 93 Jahre 3 Monate 11 Tage.
6. März, Luise, Revierförsters Witwe, evang., 92 Jahre 10 Mon. 28 Tage.
7. Levi, Klara, Viehhändlers Witwe, israel., 92 Jahre 5 Mon. 24 Tage.
8. Nordin, Olga, ledige Privatiers, griech.-kath., 90 Jahre 11 Monate 10 Tage.
9. v. Beckh, Aug., Baurat a. D., evang., 90 Jahre 3 Monate 23 Tage.
10. Dietle, Christine, Fuhrmanns Witwe, evang., 90 Jahre 1 Monat 16 Tage.

Es haben sonach 10 Verstorbene das Alter von 90 und mehr Jahren erreicht, gegen 8 im Jahre 1898.

Als Todesursache war in den Totenscheinen angegeben bei 7 Altersschwäche, bei 1 Gehirnschlag, bei 1 Herzlähmung, bei 1 Lungenkatarrh und Herzlähmung.





I. Krankheiten, Todesursachen.

Der Gesundheitszustand der Stadt im Jahre 1899 darf als ein sehr befriedigender bezeichnet werden. Die Gesamtsterblichkeit war sogar gegenüber dem Vorjahre eine besonders günstige. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der Gestorbenen außer den Totgeborenen 3113 oder 18,3 auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung. Im Berichtsjahr starben nur — trotz der Zunahme der Einwohnerschaft um über 5000 Seelen — 2938 Personen oder 16,7 auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung. Zur Erklärung dieses Rückganges der Sterblichkeit geben die nachfolgenden Zahlen der vom hiesigen ärztlichen Verein ins Leben gerufenen Morbiditätsstatistik*) Anhaltspunkte. Gliedert man die Verstorbenen zunächst nach Altersklassen, so giebt sich folgende Uebersicht:

*) Eingehendere statistische Angaben über die Gesundheitsverhältnisse Stuttgarts finden sich alljährlich in dem vom Stuttgarter ärztlichen Verein mit Unterstützung der Stadtverwaltung herausgegebenen und nunmehr im 26. Jahrgang vorliegenden „Medizinisch-statistischen Jahresbericht über die Stadt Stuttgart“.



Gestorbene	1899		1898	
	Zahl	auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung	Zahl	auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung
Gesamtzahl der Gestorbenen . . . (außer den Totgeborenen)	2938	16,7	3113	18,3
davon				
männlich	1554	8,9	1605	9,4
weiblich	1384	7,8	1508	8,9
im 1. Lebensjahr	1023	5,8	1151	6,8
" 2.—5. Lebensjahr	202	1,2	286	1,7
" 6.—10. "	50	0,3	53	0,3
" 11.—15. "	28	0,2	32	0,2
" 16.—20. "	66	0,4	72	0,4
" 21.—30. "	177	1,0	185	1,1
" 31.—40. "	182	1,0	164	1,0
" 41.—50. "	230	1,3	233	1,3
" 51.—60. "	308	1,8	283	1,7
" 61.—70. "	321	1,8	299	1,7
" 71. und höheren Lebensjahr	351	2,0	355	2,1
unbekannten Alters	—	—	—	—

Der bedeutende Rückgang der Kindersterblichkeit im Jahre 1899 gegenüber dem Vorjahr, zumal die verminderte Sterblichkeit der Kinder im 1. Lebensjahre, springt sofort in die Augen. Gerade die große Kindersterblichkeit war es, die bisher die sonst so günstige Sterblichkeitsziffer in Stuttgart — ähnlich übrigens wie im ganzen Land Württemberg — etwas in die Höhe geschraubt hat. Es wird deshalb ein ganz besonderes Interesse gewähren, die Entwicklung dieser Zahlen in den kommenden Jahren zu verfolgen. Es wird dann festzustellen sein, ob die günstige Sterblichkeit im Berichtsjahr, die Hebung der Widerstandsfähigkeit besonders der jugendlichen Personen, nur eine vorübergehende, zufällige Erscheinung war, oder ob sie thatsächlich, wie zu hoffen erlaube sein möge, auf nachhaltig wirkenden Ursachen beruht. Vgl. unten S. 34.



Die Statistik der Todesursachen weist folgende Zahlen auf:

Todesursachen	1899		1898	
	Zahl	auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung	Zahl	auf 1000 Lebende der mittleren Bevölkerung
1. Pocken	—	—	—	—
2. Masern	11	0,06	44	0,3
3. Scharlach	18	0,1	15	0,1
4. Diphtherie und Krupp	42	0,2	61	0,4
5. Keuchhusten	17	0,1	53	0,3
6. Kindbettfieber	7	0,04	6	0,04
7. Typhus	5	0,03	8	0,05
8. Lungenschwindsucht, Tuberkulose	374	2,1	408	2,4
9. Entzündung der Atmungsorgane	310	1,8	328	1,9
10. Herzkrankheiten mit Herzschlag	298	1,7	238	1,4
11. Gehirnschlagfluß	150	0,9	108	0,6
12. Darmkatarrh, Diarrhée	150	0,9	257	1,5
13. Brechdurchfall	222	1,3	366	2,2
14. Alterschwäche	126	0,7	126	0,7
15. Unglücksfälle	50	0,3	31	0,2
16. Selbstmord	30	0,2	37	0,2
17. Tod durch fremde Hand	1	0,01	3	0,02
18. Sonstige Todesursachen	1121	6,4	1005	5,9
19. Unbekannte "	6	0,03	19	0,1

Hier zeigen sich für Diphtherie und Krupp, Keuchhusten, Darmkatarrh und Brechdurchfall, also alle jene Krankheiten, die dem Kindesalter besonders gefährlich sind, zum Teil ganz erheblich geringere Siffern. Aber auch für die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht ist ein erfreulicher Rückgang zu verzeichnen.

Bemerkenswert mag noch sein, daß die Todesfälle infolge Selbstmord eine Abnahme, diejenigen infolge Unglücks eine beträchtliche Zunahme erfahren haben. Für das nächste Jahr wird die Chronik mitzuteilen vermögen, wieviel von diesen Unglücksfällen speziell auf Personen, welche im Baugewerbe thätig waren, entfallen sind.





Die Hundeseuche, über welche die vorjährige Chronik Näheres berichtet hat, trat auch im Jahre 1899, jedoch in verminderter Stärke, wieder auf.



2. Gesundheitspflege.

In diesem Abschnitt hält es der Chronist für seine Aufgabe, alle diejenigen Thatsachen und öffentlichen Maßnahmen zu verzeichnen, welche mit der Gesundheitspflege der Stadt auf irgend eine Weise in engeren oder weiteren Zusammenhang zu bringen sind.

Das Jahr 1899 brachte die Aufbereitung der aus Anlaß der Volkszählung am 2. Dezember 1895 in Stuttgart und vier anderen größeren Städten des Landes erhobenen Wohnungsaufnahme in den Württ. Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1898, bearbeitet von Finanzrat Dr. Losh. Aus dieser umfangreichen Schrift wurden die bemerkenswertesten Ergebnisse für Stuttgart in den Monatsberichten des Statistischen Amtes der Stadt 1899 Nr. 4 zusammengestellt und veröffentlicht. Als hygienisches Hauptergebnis ist in der Chronik zu verzeichnen, daß am 2. Dezember genannten Jahres nicht weniger als 14 814 Personen oder rund 10% der durch die Aufnahme erfaßten Bevölkerung in überfüllten Wohnungen, also unter gesundheitsgefährdenden Verhältnissen lebten. Dabei gelten als Maßstab für die Ueberfüllung 6 und mehr Personen in der 1 zimmerigen und 10 und mehr Personen in der 2 zimmerigen Wohnung — ein äußerst weites Maß, dessen Verringerung auch nur um je 1 Person noch eine unverhältnismäßig größere Zahl überfüllter oder wenigstens an der Grenze der Ueberfüllung stehender Wohnungen ergeben hätte. Die beim Statistischen Amt der Stadt anfallenden Daten und die Erfahrungen der Krankenkassenkontrolleure zeigen weiterhin, daß diese ungünstigen Wohnungsverhältnisse seit 1895 in stetiger erschreckender Zunahme begriffen sind. Es haben sich



also im Zusammenhang mit den hohen Preisen für kleine Wohnungen außerordentlich schwere Uebelstände in den Wohnungsverhältnissen der ärmeren Bevölkerung herausgestellt, die natürlich auch die Seuchengefahr nicht nur für diese, sondern auch für die ganze Stadt entsprechend erhöhen.

Aus dieser Thatsache ergeben sich für die öffentliche Gesundheitspflege der Stadt wichtige Fingerzeige. Jedenfalls ist es in weiten Kreisen der Bürgerschaft immer mehr als eine Pflicht der verantwortlichen Faktoren erkannt worden, jede unnötige Verteuerung des Bauens zu vermeiden und insbesondere die Erstellung kleiner Wohnungen schon durch zweckentsprechende Gestaltung des Stadterweiterungsplanes und der Bauordnung thunlichst zu fördern. In dieser Hinsicht hat die auf Veranlassung des damaligen stellvertretenden Stadtvorstands Gauß verfaßte Denkschrift des zweiten besoldeten Gemeinderats und Direktors des städtischen Statistischen Amtes Dr. Kettich über die Stadterweiterung vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte vielfache Materialien und Anregungen gebracht und zu einer eingehenden öffentlichen Diskussion aller einschlägigen Fragen Anlaß gegeben.

Die Ergebnisse der im Vorjahre (vgl. Chronik 1898 S. 32) vorgenommenen Aufnahme sämtlicher unter Terrain gelegener Wohnungen bestanden darin, daß von 547 besichtigten Souterrains 139 als im eigentlichen Sinne bewohnt vorgefunden wurden. Den Verdacht der Ueberfüllung legten nahe 16 einzimmerige und 20 zweizimmerige Wohnungen, die von 3 und mehr, bezw. 5 und mehr Personen bewohnt waren. Darunter waren Wohnungen, bei welchen der Bruttoluftraum unter 20 cbm pro Person betrug, 37, solcher mit weniger als 10 cbm pro Kopf 11. Diese Ergebnisse wurden vom Statistischen Amt dem Stadtarzt bezw. dem Polizeiamt zu weiterer Untersuchung übermittelt.

Gegen die große Kindersterblichkeit in dem von ihm erstellten Stadteil Ostheim, die übrigens (vgl. oben) schon im Berichtsjahr einen Rückgang erfahren haben dürfte, hat der von Geh. Hofrat Dr. Pfeiffer geleitete Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen in höchst dankenswerter Weise positive, im



Zusammenwirken mit dem Krippenkomitee durchzuführende Maßnahmen beschlossen. Der Schwäb. Merkur (Nr. 125, 1900) berichtet darüber folgendes:

Die für die Ernährung der dortigen Kinder bestimmte Milch soll aus einem großen, anerkannt reinlich und gut gehaltenen Stall der Nachbarschaft direkt für die Krippe in Ostheim bezogen und dort durch längeres Kochen sterilisiert werden. Ein Teil der so behandelten Milch soll dann in Flaschchen gefüllt an Familien, in denen Säuglinge sind, zu mäßigem Preise abgegeben werden. Damit würde zugleich erreicht, daß die in der Krippe verpflegten Kinder zu Hause die gleiche Milch wie in der Krippe erhalten. In Bälde soll sodann ein gemeinverständlicher Vortrag über die Pflege der Säuglinge in Ostheim gehalten und eine populäre Schrift verfaßt werden, in der die wichtigsten Vorschriften für die Ernährung der Säuglinge kurz zusammengestellt sind. Der Verein wird diese Schrift drucken lassen und ihr möglichste Verbreitung im ganzen Land zu geben suchen. Endlich beabsichtigt der Verein, eine Wärterin in Ostheim anzustellen, die gegen geringe Entschädigung (bei mittellosen Familien auch ganz umsonst) die Pflege der Wöchnerin und zugleich die Besorgung der dringendsten Haushaltungsgeschäfte über die Zeit des Wochenbetts übernimmt. Bei diesem energischen und planmäßigen Vorgehen darf man wohl hoffen, daß die Bemühungen nicht erfolglos bleiben werden und daß eine merkliche Abnahme der Kindersterblichkeit sich in Bälde in Ostheim fühlbar machen wird. Und wenn derartige praktische Erfolge sich erst einmal an einem Orte deutlich nachweisen lassen, so wird das Beispiel von Ostheim sicher in immer weiteren Kreisen zu ähnlichem Vorgehen anspornen.

Eine dankenswerte hygienisch-statistische Erhebung ist auf dem Gebiete des Schulwesens zu verzeichnen. Auf der letzten Versammlung des Gymnasialvereins, die im Juni 1898 hier stattfand, regte u. a. Prof. Dr. Ritter-Elwangen die Pflege gewisser hygienisch-statistischer Erhebungen in der Schule an. Neuerdings ist diesen von Schweden aus das Wort geredet worden, und so hat sich, laut St.-Anz., Rektor Dr. Egelhaaf vom Karls-Gymnasium entschlossen, einen Versuch darüber anzustellen, ob durch Arbeit und Erholung die körperliche Entwicklung der Schüler in nachweisbarer Art auffallend beeinflusst wird. Die Vorstandschast der Aktiengesellschaft des hiesigen Schwimmbades kam dem Rektorat in dankenswertester Weise entgegen, indem sie durch ihre Beamten die Wägung und Messung aller A-Klassen des Karls-Gymnasiums kostenfrei besorgen ließ. Sofort nach den Ferien wurde die Prozedur wiederholt, um festzustellen, in welchem Maße die Schüler während der Ferien an



Größe und Gewicht zugenommen haben, und vor Schluß des Wintersemesters fand eine dritte Wägung und Messung statt, also nach einer Periode langer Arbeit. Ueber die Ergebnisse wird die Chronik im nächsten Jahrgang Mitteilung zu machen vermögen.

Die sogen. Schularztfrage wurde schon seit mehreren Jahren in der Tagespresse erörtert; im Gemeinderat war sie von Gemeinderat Fischer, im Bürgerausschuß von Schullehrer Löhner angeschnitten worden. Am 8. Oktober 1898 hatte in der Bezirks schulversammlung der Mädchenmittelschule und am 10. Mai 1899 auf derjenigen der evangelischen Volksschulen des Stadtdirektionsbezirks eine eingehende Verhandlung über dieselbe stattgefunden. Im November des Berichtsjahrs erstattete der erste Stadtarzt Dr. Anauß einen umfangreichen Bericht über den Stand der Frage, in welchem er zu dem Schlusse kam, erst den weiteren Verlauf der in verschiedenen anderen deutschen Städten gemachten Versuche abzuwarten, ehe der Einrichtung in Stuttgart selbst näher zu treten wäre. Der Antrag war besonders damit begründet, daß ein Teil der anderwärts den Schulärzten zugewiesenen Aufgaben hier bereits vom Stadtarzt wahrgenommen werde.

Die Frage der Zulassung der Feuerbestattung, für welche bekanntlich beachtenswerte Gründe gesundheitlicher Art geltend gemacht werden, beschäftigte den Gemeinderat auch in diesem Jahre, nachdem sein früheres Gesuch wegen Errichtung eines Krematoriums abschlägig beschieden worden war. In der Sitzung vom 6. April traten die Gemeinderäte Dietrich, Fischer, Langleiter und der Vorsitzende Gemeinderat Gauß warm für eine Erneuerung der Eingabe ein, während die Herren Stähle und Baumeister dagegen sprachen.

Gemeinderat Dietrich stellte den Antrag, es möge erneut ein Gesuch wegen Errichtung eines Krematoriums an die Staatsregierung gestellt, bezw. das betreffende Ansuchen des Vereins für fakultative Feuerbestattung unterstützt werden. Die Beschaffung des Platzes für Friedhöfe werde in Stuttgart immer schwieriger. Die religiösen Bedenken gegen die Feuerbestattung haben schon eine bedeutende Abschwächung erfahren. Die Voreingenommenheit gegen die Kremation werde allmählich weichen, das habe man bei der Beisegung der



Urne des verstorbenen Oberbürgermeisters gesehen. Gemeinderat Fischer wies darauf hin, daß auf dem Pragsriedhof bereits ein Areal von 22 a für die Errichtung eines Krematoriums reserviert sei. Schon wiederholt habe die überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Kollegien (Der Bürgerausschuß sogar einmal einstimmig) um die Anlage eines Krematoriums nachgesucht. Das Ministerium habe die letzte Eingabe abschlägig beschieden, weil keine neuen Gründe vorgebracht worden seien; dies sei aber kaum möglich bei einer Frage, die in den letzten 25 Jahren andauernd in der Öffentlichkeit besprochen worden sei. Redner zitiert u. a. eine Aeußerung des hess. Zentrumsabg. Dr. Schmitt-Mainz, der sich in der hessischen Kammer aus Gründen der Toleranz für Zulassung der fakultativen Feuerbestattung ausgesprochen habe. In Baden assistieren gut evangelische Geistliche bei der Kremation. Er begreife es nicht, wie der Staat sich das Recht anmaßen könne, in einer solchen Frage hindernd einzugreifen. Gemeinderat Langleiter erklärte, daß es sich hier um keine Parteifrage handle; es möge ein möglichst einmütiger Beschluß zu stande kommen. Gegen den Antrag wandte sich Gemeinderat Stähle, der u. a. hervorhob, daß sich in den Städten, in denen sich Krematorien befinden: Gotha, Heidelberg und Hamburg, nur ein ganz verschwindender Bruchteil der ortseingesessenen Bevölkerung feuerbestatten lasse. Alle für die Kremation geltend gemachten Gründe würden, wenn richtig, nicht für die fakultative, sondern für die obligatorische Feuerbestattung sprechen. Es wäre ehrlicher, wenn die Anhänger der Verbrennung ihre Ziele offener darlegten. Dem gegenüber bemerkte der Vorsitzende, Gemeinderat Gauß, daß diese Konsequenz keineswegs gezogen werden müsse. Vielmehr glaubten diejenigen, welche für die fakultative Feuerbestattung eintreten, daß die neue Sitte, wenn einmal zugelassen, sich allmählich mehr und mehr im Wege freier Entschliesung einbürgern werde, und daß dann entsprechend auch die an die Feuerbestattung geknüpften Hoffnungen ökonomischer und hygienischer Art sich erfüllen würden. Auch wer für seine Person Gegner der Feuerbestattung sei, könne doch der Meinung sein, daß in dieser Sache kein Zwang ausgeübt werden soll. Er selbst spreche sich weder für noch gegen die Feuerbestattung aus, sei aber so entschieden als möglich dafür, daß man denjenigen, die sich durch Feuer bestatten lassen wollen, keine Hindernisse in den Weg lege; denn es bestehe hiefür kein Grund und damit auch kein Recht.

Am 23. April trat der Führertag der in Württemberg bestehenden und von dem Landesverein vom Roten Kreuz anerkannten freiwilligen Sanitätskolonnen in Stuttgart zusammen.

Die hiesigen und auswärtigen Delegierten versammelten sich vormittags im Charlottenhof zu einer Vorbesprechung, um sich sodann unter Führung des Führers der Stuttgarter Kolonne, Juwelier Müller, nach dem Hauptdepot der Berufsfeuerwache zu begeben, wo eine größere Übung derselben angesetzt war. Auf dem Depotplatze hatten inzwischen beide Wachen Aufstellung genommen,



welche unter dem Befehl des Branddirektors Jacoby eine Reihe Schul-, Angriffs- und Rettungsmandöver, sowie Alarm- und Uebungsfahrten ausführten. Zum Schluß der einstündigen Exercitien wurden von der Beuße-Feuerwehr mit fünf Feldtragbahnen und dem Sanitätswagen einige Sanitätsübungen vorgenommen. Mit lebhaftem Interesse verfolgten die Anwesenden, unter denen sich zahlreiche auswärtige Feuerwehrkommandanten befanden, den Verlauf des Exercitiums. Nach der Uebung fanden sich die Delegierten im Charlottenhof zu einem Festessen ein. Nachmittags begannen die geschäftlichen Verhandlungen, welchen Prinz Herrmann von Sachsen-Weimar, die Vertreter des Kriegsministeriums und des Johanniterordens u. a., sowie etwa 35 Delegierte und mehrere Kolonnenärzte beiwohnten. Zur Beratung stand die Neuaufstellung der Satzungen für das württembergische Sanitätskorps, welche ohne nennenswerte Aenderungen angenommen wurden. Zur Besichtigung durch die Anwesenden war eine vollständige Ausrüstung aufgelegt, welche nach Anordnung des Kaisers im Lauf der Zeit für sämtliche Angehörige der deutschen Sanitätskolonnen eingeführt werden soll. Die Beratungen wurden durch Ansprachen des Prinzen und des Vorsitzenden, Hofrat Herrmann, geschlossen.

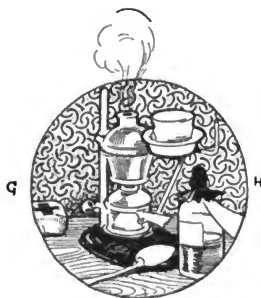
Am 15./16. Mai tagte in Stuttgart die Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen, dieselbe wurde vom Herrn Staatsminister des Innern v. Pischel namens der Kgl. Regierung und von Gemeinderat Stockmayer namens der Stadt willkommen geheißen. Zu den Verhandlungen hatten sich gegen 150 Teilnehmer aus dem engeren und weiteren Verbands der Zentralstelle eingefunden. Es befanden sich darunter hohe aktive und inaktive Staatsbeamte (zum Teil als Vertreter von Regierungen), Vorstands- und Ausschußmitglieder von Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalten, Stadtvorstände und Kommunalbeamte, Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren, Sozialpolitiker, Vertreter von evangelischen und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen zc. Auf der Tagesordnung standen:

Die Fürsorge für das Säuglingsalter, Referent Obermedizinalrat Dr. Hauser-Karlsruhe; Das Kost- und Haltfeinderwesen, Ref. Dr. Taube-Leipzig; Die Erleichterung der Beschaffung der Geldmittel für die gemeinnützige Bauhätigkeit, Ref. Landesrat Brandts-Düsseldorf; Die Wohnungsfrage und die Beteiligung der Gemeinden an der Lösung derselben, Ref. Oberbürgermeister Beck-Mannheim.

Erwähnt in diesem Abschnitt mag endlich noch werden der IV. Deutsche Taubstummen-Kongreß, welcher in der Zeit vom 21.—23. Mai hier tagte. Auf der Tagesordnung standen u. a.



die Frage der Rechtshilfe für Taubstumme in Gerichtssachen, sowie die Frage der besten Methoden zur Taubstummen-Bildung und -Erziehung. Am Abend des zweiten Tages versammelten sich die Kongreßteilnehmer in der Siegelberger Bierhalle, wo durch pantomimische und deklamatorische Vorführungen für die Unterhaltung der Gäste bestens gesorgt war. Mit einem Besuche der Kgl. Schlösser Wilhelma und Rosenstein, sowie einem Ausflug nach Bßlingen fand dieser merkwürdige Kongreß seinen Abschluß.



IV. Das wirtschaftliche Leben.



I. Allgemeine Beobachtungen.



ur allgemeinen Kennzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung mögen wiederum wie im Vorjahre die Kataster der drei Hauptsteuern vorangestellt werden.

Es betrug im Steuerjahr

	1898/99	1897/98	1899
	Mfl.	Mfl.	Mfl.
Das Grundkataster	363 128	362 820	+ 308
„ Gebäudekataster	490 829 500	473 848 400	+ 16 981 100
„ Gewerkekataster	25 382 365	24 409 494	+ 972 871

Die diesjährige Zunahme betrug gegen die im Vorjahre

	Mfl.	%
mehr beim Grundkataster	529	—
„ „ Gebäudekataster	2 269 900	15,43
„ „ Gewerkekataster	720 035	284,78

Im engsten Zusammenhang mit der Entwicklung des Gebäudekatasters stehen die Zahlen der Pfandschuldenbewegung.

Es wurden Hypotheken und Pfandrechtsvorbehalte eingetragen:

1899	1898	weniger 1899
62 822 787 Mfl.	66 020 983 Mfl.	3 898 196 Mfl.



Löschungen und Zahlungsvormerkungen erfolgten:

45 149 321 Mf.	48 523 497 Mf.	weniger 1899 3 374 176 Mf.
----------------	----------------	-------------------------------

Es wurden sonach mehr eingetragen als gelöscht:

17 673 466 Mf.	17 497 486 Mf.	mehr gelöscht als 1898 175 980 Mf.
----------------	----------------	---------------------------------------

Die Knappheit des Geldes im Jahr 1899, welche an dem vorstehend bezifferten Rückgang der Hypothekenbewegung so deutlich zu erkennen ist, tritt in der Entwicklung des Hypothekenzinsfußes noch schärfer zu Tage.

Es wurden hypothekarische Darlehen gegeben:

zu Proz. Betrag in Mf. in Proz. des Gesamtbetrags

	1899	1899	1898
0	4 093 437	6,52	6,99
3	360 600	0,57	1,33
3½	3 191 301	5,08	7,79
3⅝	—	—	0,10
3¾	25 550	0,05	0,02
3⅞	1 785 242	2,84	12,74
3⅞	1 037 675	1,65	3,31
4	21 951 546	34,95	44,54
4⅛	1 496 000	2,38	0,20
4¼	10 136 241	16,14	6,38
4⅜	1 087 800	1,73	0,02
4½	14 677 178	23,37	14,53
4¾	497 300	0,79	0,17
5	1 235 617	1,97	1,07
5½	139 000	0,22	0,00
6	1 094 400	1,74	0,81
Zusammen	62 808 887	100,00	100,00.

Vergleicht man die Prozentsätze für 1899 mit denen des Vorjahrs, so zeigt sich, daß die Darlehen unter 4% Zinsfuß 1898 32,28% aller Darlehen ausmachten, 1899 nur 16,71 — also eben die Hälfte des Anteils im Vorjahr. Die Darlehen von 4% und weniger Zinsfuß machten 1898 noch 76,82%, d. h. über ¾ aller aus, 1899 nur 51,66, also nicht viel über die Hälfte. Ganz erheblich gestiegen ist aber der Anteil der Darlehen, die mit mehr als 4% verzinst werden mußten; auch der Zinsfuß 4¼, 4½, 5 und 6% ist häufiger in Ansatz gebracht worden als im Jahr 1898.



Der Liegenschaftsumsatz wies im Berichtsjahr gegen 1898 folgende Zahlen auf:

	1899 Mfl.	1898 Mfl.	1899 Mfl. + oder —
in Stuttgart	49 196 333	} 62 771 790	— 13 325 987
„ Ostheim	249 470		
	49 445 803		
„ Berg	693 052	710 120	— 17 068
„ Gablinger	597 060	421 797	+ 175 263
„ Heslach	1 292 533	2 738 939	— 1 446 406
in Stuttgart überhaupt .	52 028 448	66 642 646	— 14 614 198.

Es entfielen auf einen Umsatz durchschnittlich bei

	1899 Mfl.	1898 Mfl.
1085 Verkäufen u. in Stuttgart	45 342	57 037
15 „ „ Ostheim	16 631	—
18 „ „ Berg	38 503	50 723
66 „ „ Gablinger	9 047	7 811
130 „ „ Heslach	9 943	23 817

Der Rückgang im Liegenschaftsumsatz gegenüber dem Vorjahr ist sonach ein ganz bedeutender. Nur in dem Vorort Gablinger und wohl im Zusammenhang mit der Güterspekulation auf der Markung des einzugemeindenden Gaisburg ist ein kleines Mehr zu verzeichnen. Alle diese Symptome verminderter Geschäftslust auf dem Gebiete des Liegenschafts- und Bauwesens (vergl. Abschn. XII.) lassen für die kommenden Jahre eine empfindliche Krisis, entweder für den Wohnungsmarkt oder für die Arbeiterschaft des Baugewerbes, befürchten.

Als weitere Symptome der wirtschaftlichen Zustände mögen wie im Vorjahr noch folgende angeführt werden; die eingeklammerten Ziffern sind diejenigen des Vorjahres:

Zwangsvollstreckungen wegen öffentlich-rechtlicher Forderungen auf Grund des Gesetzes vom 18. August 1879 wurden beantragt 4101 (3892). Von diesen Anträgen wurden erledigt durch Zurücknahme des Auftrags und Zahlung vor der Pfändung 1605 (1389); durch Zahlung an den Kommissär an Ort und Stelle oder Zahlungsnachweis daselbst 503 (425); durch Pfändung mit Erfolg 323 (366); durch Pfändung ohne Erfolg wegen Mittellosgkeit 1670 (1792).



Das Gerichtsvollzieheramt hatte im Jahr 1899 3784 Pfändungen vorzunehmen, von denen 1946 ohne Erfolg blieben, gegen 1429 solcher im Jahr 1898.

Konkursöffnungen waren zu verzeichnen 47 gegen 59 im Vorjahr. Davon wurden betroffen 18 Handwerker, 8 Wirte, 13 Händler, 8 Sonstige.

Die Knappheit des Geldes ermöglichte es dem Gemeinderat, den Zinsfuß der Guthaben an die Städtische Sparkasse vom 1. Juli 1899 ab von 3 auf 3,3% und vom 1. Januar 1900 ab auf 3,5% zu erhöhen. Der Geschäftsbetrieb an dieser, vornehmlich dem Sparbedürfnis der Kleinen Leute dienenden Kasse, gestaltete sich folgendermaßen:

Es erfolgten

Einzahlungen:	Posten:	Geldbetrag:
		Mf. Pf.
1899	55 501	4 868 085. —
1898	50 367	4 359 584. —
1899 mehr .	5 134	508 501. —
Rückzahlungen:		
1899	23 685	4 183 192. 26
1898	22 218	3 942 614. 19
1899 mehr .	1 467	240 578. 07

Unter den Rückzahlungen befinden sich

	gegen 1898	mehr
a. teilweise 18 304	mit 17 061	1243
b. völlige 5 381	„ 5 157	224

Den Einlagen im Gesamtbetrage von 4 868 085 Mf. stehen somit an Rückzahlungen gegenüber 4 183 192 Mf. 26 Pf., mithin Mehrbetrag der Einlagen 684 892 Mf. gegen 1898 416 969 Mf., 1899 somit mehr 267 923 Mf.





2. Gewerbe und Industrie.

Für Kennzeichnung der Entwicklung der gewerblichen Lebens mögen nachstehende Angaben dienen. Steuerpflichtige Gewerbe wurden angemeldet 1688, abgemeldet 1589, so daß sich also ein Zugang von 119 ergibt, gegen 170 im Jahr 1898.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilten sich die An- und Abmeldungen wie folgt:

	Anmeldungen	Abmeldungen	
Gärtnerei	1	1	+ -
Gewerbe und Industrie	763	694	+ 69
Handelsgewerbe	682	634	+ 48
Verkehrs- und Wirtschaftsgewerbe	203	217	- 14
Sonstige Berufe	39	23	+ 16.

Auch in diesem Jahr fällt wieder der geringe Zugang industrieller Betriebe auf. Das Gewerbe-Kataster allerdings, welches sich übrigens auf das Etatsjahr 1898/99 erstreckt, hat, wie wir oben gesehen haben (vergl. S. 40), den beträchtlichen Zuwachs von beinahe einer Million zu verzeichnen. Er rührt jedoch weniger vom Zugang neuer Gewerbe, als von Neueinschätzungen bestehender Gewerbe, zumal Handelsgewerbe, her.

Die Gesamtzahl der zur Gewerbesteuer eingeschätzten hat betragen am

1. April 1882	9173
1. " 1898	12200
1. " 1899	12302.

Die Anwendung der Elektrizität war auch in diesem Jahre sowohl zu Beleuchtungs-, wie zu motorischen Zwecken in zunehmender Verbreitung begriffen. Es wurden neu installiert 7404 Glühlampen, 144 Bogenlampen, 240 Motoren mit zusammen 490,12 Pferdekraften.

Am Ende des Jahres betrug die Gesamtzahl der installierten

Glühlampen	43087,	mehr	gegen	das	Vorjahr	7404
Bogenlampen	963,	"	"	"	"	126
Motoren	723,	"	"	"	"	240.



Der Bezug des elektrischen Lichtes erfuhr eine wesentliche Verbilligung, indem der Preis pro Hektowattstunde von 7 auf 6 Pf., also um ca. 15% herabgesetzt wurde.

Daneben hat aber auch das Gas zu Haushaltungs- und gewerblichen Zwecken steigende Verwendung gefunden.

Am Ende des Jahres 1899 betrug die Zahl der im Betrieb befindlichen Gasmesser für Beleuchtung 11 094, für Motoren-, Heiz- und Kochzwecke 8487. Im Vorjahr waren für letztere Zwecke im Betrieb 6186, sonach Zunahme im abgelaufenen Jahr 2301. Der Verbrauch von versteuertem Gas stieg von 955 649 cbm im Jahr 1898 auf 1 015 356 im Jahr 1899.

Am 1. November ging das Gaswerk in den Besitz und Betrieb der Stadtgemeinde über. Bei diesem Anlaß wurde in den Zeitungen folgender Rückblick gegeben:

Der erste Gasbeleuchtungsvertrag wurde am 20. Februar 1846 zwischen der Stadtgemeinde Stuttgart und den Herren Sigmund Benedikt, Heinrich Flach und Ingenieur Dollfuß abgeschlossen; in diesen Vertrag ist sodann die Compagnie d'éclairage au gaz de la ville de Stuttgart in Genf unter Verzicht der vorher genannten Unternehmer auf ihre aus dem Vertrag entspringenden Rechte eingetreten, und zwar am 15. Februar 1849. Der grundlegende Vertrag zu den jetzigen Verhandlungen ist jedoch erst am 13. und 22. Januar 1869 abgeschlossen worden. Darin wurden besondere Bestimmungen wegen der beiden Weiler H e s l a c h und B e r g getroffen, ersterer hatte noch Petroleumbeleuchtung, während letzterer sein Gas vom Cannstatter Gaswerk bezog. Als Beitrag der Gesellschaft zu den Straßenunterhaltungskosten wurden zuerst 5000 Gulden, später 15 000 Mk. festgesetzt. An Kaution wurden 100 000 Gulden gestellt. Nach diesem Vertrag hätte das Gaswerk schon am 1. November 1885 in den Besitz der Stadtgemeinde übergehen sollen; als Entschädigungssumme für die hypotheckenfreie Abtretung wurden schon damals 364 000 Gulden gleich 624 000 Mk. vertragsmäßig bestimmt. Am 1. August 1874 ist sodann ein Zusatzvertrag zu stande gekommen, der dadurch bedingt war, daß das Gaswerk an der Seiden-, Lerchen- und Rosenbergsstraße nicht mehr zureichte und eine neue Anlage bei G a i s b u r g errichtet werden mußte, die kontraktlich am 1. November 1880 in Betrieb zu nehmen war. Das alte Gaswerk ging hernach ein; gleichzeitig wurde dann aber in dem Zusatzantrag die Dauer des Kontraktes bis zum 1. November dieses Jahres verlängert. Außer dem Gaswerk sind an diesem Tage alle vorhandenen Vorräte an Kohlen, Koks, Theer, neuen, noch unewerwendeten Gasröhren, Retorten, Laternen und Randlebern, Gasmessern (einschließlich derjenigen in den Wohnungen der Abnehmer), und Installationsmaterial in den Besitz der Stadt übergegangen. Zur Schätzung des Wertes der Vorräte war ein Schiedsgericht, bestehend aus den Gasdirektoren Kapp-Keutlingen, Kaupp-Heilbronn und Schimpf-Ulm bestellt worden. Die Stadt war durch die Gemeinderäte Fischer und Langleiter und Stadt-



pfleger Wolfer, das Gaswerk durch Kommerzienrat Blesinger und Direktor Debach vertreten. Der Kohlenvorrat betrug 190000 Zentner, die zum Ankaufspreis übernommen wurden, wodurch die Stadt im Hinblick auf die gegenwärtigen Kohlenpreise eine beträchtliche Ersparnis machte. Ebenso günstig gestaltete sich für die Stadt die Uebernahme der Gasröhren, Retorten, Laternen u. Der jährliche Kohlenverbrauch beträgt etwa 700—800000 Zentner. Vom 16. ds. Mts. ab erscheint eine besondere Installationsordnung, da von diesem Tag an alle Installateure zugelassen sind und das Privilegium des Gas- und Wasserleitungsgeſchäfts aufhört.

Die von Jahr zu Jahr zunehmende Konkurrenz der großen Warenhäuser und Bazare beschäftigte die Interessenten aus dem Handels- und Gewerbebestande aufs lebhafteste. Auf den 23. März hatte eine Anzahl Geschäftsfirmen die Interessenten der höheren Besteuerung der Warenhäuser und Bazargeſchäfte in den großen Saal des Bürgermuseums eingeladen. Die Versammlung war gut besucht; sie wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Rechtsanwalt Kraut über die Notwendigkeit besseren Schutzes des Handels- und Gewerbebestandes durch eine entsprechende Besteuerung der Warenhäuser und Bazare.

Der Referent wies einleitend auf die Klagen hin, die schon seit geraumer Zeit aus dem mittleren Kaufmannsstand über die Schädigungen durch großkapitalistische Unternehmungen laut werden. Es sei nun durchaus nicht die Absicht dieser Leute, die Konkurrenz zu hemmen, und es sei auch natürlich, daß der eine mehr, der andere weniger vorankomme, aber gewisse Schranken müssen dem Egoismus doch gestellt werden, das gebiete schon die Rücksicht auf den Lebensmenschen und auf das Ganze. Der Redner erinnerte dann an das, was seitens der bayrischen Regierung in dieser Frage schon geschehen ist, und zeigte an einer großen Reihe von Beispielen, in welcher Weise diese Geschäftshäuser ihren Betrieb ausführen. Weder das Publikum noch der Staat, sondern lediglich der Großkapitalist, der dahintersteckt, habe einen Nutzen von diesen Geschäften. Wie kann diesen Schädigungen entgegengetreten werden? Selbsthilfe nütze nichts, weil das Publikum zu gleichgültig sei; auch mit gesetzlichen Verböten werde nicht viel erreicht. Nach dem Vorgange Bayerns müsse für die Warenhäuser in ganz Deutschland eine Extrasteuer eingeführt werden. Eine kräftige Umsatzsteuer, die vom Staate erhoben wird, wäre nach Ansicht des Redners das einzig Richtige. Schließlich empfahl er folgende Resolution zur Annahme:

„Die Angehörigen des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes richten an die Staatsregierung das dringende Gesuch, den württembergischen Ständen in thunlichster Bälde einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine besondere höhere Gewerbesteuer für diejenigen Geschäfte einführt, durch welche



Waren mehrerer, nach unseren landläufigen Anschauungen nicht zusammengehöriger Gattungen (Erzeugnisse mehrerer, ganz verschiedener Industriezweige oder Handwerkseschäfte) in größerem Umfang direkt durch den Verkauf an Ort und Stelle oder durch Versand feilgebote werden."

Auf einen mehr vermittelnden Standpunkt stellte sich in einer vom Stuttgarter Gewerbeverein einberufenen Versammlung Finanzassessor Dr. Trüdinger am Kgl. Statistischen Landesamt in einem eingehenden wissenschaftlichen, später auch als Broschüre herausgegebenen Vortrag.

Im besonderen aus dem Gebiete des Handwerks ist zu berichten, daß sich die Innungen der Schuhmacher, der Bäcker, der Kürfer und der Flaschner zu freien Innungen im Sinne des neuen Handwerkergesetzes konstituierten. Die schon im vorigen Jahr (vgl. Chronik 1898 S. 39) angestrebte Vereinigung der etwa 190 Mitglieder zählenden freien Bäckergenossenschaft mit der Bäckerinnung stand wiederum auf der Tagesordnung, wurde aber in einer außerordentlichen Generalversammlung am 16. März nunmehr endgültig abgelehnt. Gleichzeitig führte diese Genossenschaft in ihrem Herbergswesen eine Neuerung dahin ein, daß im Herberglokal (Römischer König) unentgeltliche Stellenvermittlung für die arbeitsuchenden Bäckergehilfen eingerichtet wurde.

Mit der Stellenvermittlung beschäftigte sich auch der Stuttgarter Wirtsverein in einer zahlreich besuchten Generalversammlung. Hierbei wurden nach einem eingehenden Referat des Herrn Schäfer die bei der privaten Stellenvermittlung zu Tage getretenen zahlreichen Mißstände beleuchtet und allgemein sich für einen Anschluß an das Städtische Arbeitsamt ausgesprochen. Die Versammlung faßte einstimmig eine Resolution des Inhalts, in Zukunft das im Wirtschaftsbetrieb erforderliche Personal ausnahmslos durch Vermittlung des Städtischen Arbeitsamts einzustellen.





3. Marktwesen.

Aber den Geschäftsgang der Stuttgarter Messen und Märkte im Jahr 1899 ist folgendes anzuführen:

17., 18. April. Pferdemarkt. Die Gesamtzufuhr mit 1500 Pferden war dieselbe wie im Vorjahr. Dagegen war der diesjährige Umsatz ein geringerer. Amtlich protokolliert wurden 106 Verkäufe mit 120 Pferden und einem Umsatz von 73 500 Mk. gegen 145 Verkäufe mit 158 Pferden und einem Umsatz von 90 000 Mk. im Jahr 1898. Nichtangezeigte Verkäufe hatten etwa 500 mit einem Umsatz von 350 000 Mk. gegen 400 000 Mk. im Vorjahr statt. Der Gesamtumsatz im Jahr 1899 blieb mit etwa 76 000 Mk. gegen 1898 zurück. Auch diesmal fand eine Pferdeprämierung nicht statt, dagegen wurden 27 Pferde für die Lotterie angekauft.

Auch der mit dem Pferdemarkt verbundene Hundemarkt auf dem Hengelplatz war schwächer befahren als im Vorjahr. Erhoben wurden

	1899	1898
kleine Hunde	260	385
große „	190	170
Hundefamilien	10	15

Die gleichzeitig in der Gewerbehalle stattgehabte Wagen- und Sattlerwaren-Messe wies eine Zufuhr von 150 Wagen und 94 Geschirren gegen 160 Wagen und 90 Geschirre im Vorjahr auf. An Prämien und Entschädigungen wurden verteilt für

	1899	1898
Wagen	2115	1205
Sattlerwaren	2790	1140

29. Mai bis 3. Juni — Frühjahrsmesse. Diese, heuer letztmals abgehaltene Messe umfaßte 6 Verkaufstage und ergab — ohne die Nöbelmesse — eine Brutto-Einnahme an Buden- und Platzgeldern von 6123 Mk. gegen 6235 Mk. im Vorjahr. 18.—24. Dezember Christmesse mit einer Dauer von 6 1/2 Verkaufstagen, da diesmal gleich wie für die Ladengeschäfte der Verkauf auch Sonntags von 11—5 Uhr gestattet war. Die Brutto-Einnahme ergab 8393 Mk. gegen 9212 Mk. im Vorjahr.

Die Nöbelmessen fanden im Mai und Dezember statt. Platzgelde wurden gezahlt 1570 Mk. gegen 1712 im Vorjahr.

An den fünf Ledermessen wurden

	1899	1898
zugeführt	4 750 Ztr.	5 400 Ztr.
verkauft	4 353 „	4 982 „
mit einem Umsatz von .	635 000 Mk.	740 000 Mk.



Lassen alle diese Messen einen Rückgang erkennen, so waren nur die Baumärkte im März und November bei einem Plaggeld von 373 Mk. etwas stärker als im Vorjahr mit 356 Mk. Plaggeld befahren.

Zinsichtlich der Wochenmärkte ist zu bemerken, daß infolge der anderweitigen Verwendung des Marktplatzes, die etwa vier Jahre — bis nach Fertigstellung des Rathhausneubaus — andauert, der seither an den Wochentagen auf dem Platz betriebene Händler-, Obst-, Kübler- und Krautmarkt auf andere hiefür Raum bietende Straßen verlegt werden mußte. Es befinden sich nun seit 30. Oktober die Stände der Handwerker und Händler in der Eberhardstraße, der Obst- und Brotverkäufer in der Dorotheenstraße und die Silberkrauthändler auf dem Schillerplatz bei der Hofapotheke.

Dem Kartoffel-Großmarkt auf dem Leonhardsplatz vom 13. Juli bis Ende November wurden zugeführt 36000 Ztr. gegen 24400 im Vorjahr; dem Krautmarkt auf dem Schillerplatz vom 5. August bis 30. November wie im Vorjahr etwa 85000 Stück; dem Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz vom 9. September bis 18. November 24600 Ztr. gegen 27000 Ztr. im Vorjahr.

Ueber den Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof im Jahr 1899 giebt die Großhandlung von A. Hallmayer folgende Zusammenstellung: Es kamen an 1208 Waggons aus Frankreich, 1114 aus Belgien und Holland, 669 aus Italien, 595 aus Hessen und Rheinland, 339 aus Oesterreich-Ungarn, 96 aus Bayern, 40 aus Spanien, 31 aus Baden, 3 aus Württemberg, 3 aus dem Elsaß und 1 aus Sachsen, zusammen 4099 Waggons, wobei zu bemerken ist, daß viele Waggons ein Gewicht von 12000 kg, 15000 kg, ja sogar 20000 kg hatten, so daß die Zufuhren, den 10000-Waggons nach berechnet, eine noch größere Anzahl ergeben würde.



4. Ausstellungswesen.

Die von dem † Oberbürgermeister v. Kümelin angeregte und auf einem deutschen Städtetag in Karlsruhe beschlossene Kollektiv-Ausstellung der deutschen Städte in Paris war, wie schon in der vorjährigen Chronik berichtet wurde, an der ablehnenden Haltung der Reichshauptstadt gescheitert. Der Gedanke einer allgemeinen Ausstellung deutscher Städte hatte jedoch Wurzel geschlagen, und es wurde in einer in Dresden stattgehabten Zusammenkunft der Ortsvorstände



der deutschen Großstädte beschlossen, im Jahr 1903 eine solche Ausstellung in Dresden abzuhalten. An dieser Konferenz hat auch Stadtschultheiß Gauß teilgenommen.

12. September. Eröffnung der Süddeutschen Photographenausstellung aus Anlaß des Süddeutschen Photographentages in der Gewerbehalle.

Zu derselben hatten sich eingefunden als Vertreter des Kgl. Hofes Oberhofmarschall Gehr. v. Wölwarth und Hofrat Kübel, von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel Oberregierungsrat Mayer und Hofrat Senfft, als Vertreter für Industrie und Kunst Geh. Hofrat Dr. v. Jobst, Direktor Prof. Stier, Kommerzienrat Zilling, Bankier Schulz, Buchhändler Egon Werlitg, Kammerpräsident Payer, ferner Stadtdirektor Oberregierungsrat v. Klüber, Gemeinderat Dr. Rettich im Auftrag des im Urlaub befindlichen Stadtvorstands, und sonstige Angehörige der bürgerlichen Kollegien, sowie ein sehr zahlreiches Publikum. Im Vestibül erwarteten das Präsidium des Vereins und der hiesige Ortsauschuß den Minister des Innern v. Fischel, welcher um 11 Uhr in Begleitung des Ministerialrats v. Mosthaf eintraf. Als zweiter Vorsitzender des Vereins begrüßte Herr Oskar Conrse-München die versammelten Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, welche durch ihr zahlreiches Erscheinen ihre lebhafteste Sympathie für das Unternehmen bekundet haben. Redner entwarf ein eingehendes Bild der Entwicklung der Photographie, die zu erstaunlicher Vollkommenheit gediehen sei. Kein Zweig in Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe könne heute die Photographie entbehren. Während sie emporgewachsen, habe sie gleichzeitig anderen Zweigen von Kunst und Gewerbe Anregungen zu Fortschritten gegeben. Durch die epochemachende Erfindung Röntgens werde die Photographie auch im ärztlichen Dienste zum Segen der Menschheit. Die Ausstellung sollte keine moderne Schauausstellung sein, sondern die in friedlichem Wettstreit errungenen Fortschritte der Photographie zeigen und das Interesse für die Kunst wecken. Redner betonte auch, wie freudig der Vorschlag, die IV. Ausstellung in Stuttgart zu veranstalten, im Verein aufgenommen worden sei, und schloß mit einem Hoch auf S. M. den König. Die Musik intonierte hierauf die Königshymne. Nachdem diese verklungen war, hielt Staatsminister v. Fischel eine Ansprache. Er betonte, wie gern er dem Wunsche entsprochen, die Eröffnung der Ausstellung zu vollziehen. Er habe sich dabei von dem Gefühl der freudigen Anerkennung der Bestrebungen und bisherigen Erfolge des rasch ausgeblühten Vereins leiten lassen. Redner beleuchtete sodann die Bedeutung der Photographie für das gesellige Leben, für die Polizei, für kriminelle Zwecke und für den Geschichtschreiber, namentlich aber nach der künstlerischen Seite hin. Jeder könne sich hier überzeugen, was deutscher Fleiß, Kunstsinn und die Technik auf dem Gebiete der Photographie zu leisten vermögen. Der Minister schloß seine Rede mit den besten Wünschen für den guten Erfolg der Ausstellung. Sodann wurde unter



Führung des Komitees ein Rundgang durch die trefflich arrangierte Ausstellung angetreten, bei dem den Ehrengästen sämtliche Betriebe vorgeführt wurden. — Um 1 Uhr versammelte sich sodann das Komitee mit den Ausstellern und den übrigen Mitgliedern zu einem Festdiner im großen Stadtgartensaal, in dessen Verlauf eine Reihe von Trinksprüchen ausgebracht wurde, u. a. auf den Minister des Innern und auf die Stadt Stuttgart.

In den Räumen des Kgl. Landesgewerbemuseums wurden auf Veranlassung und unter Leitung der Kgl. Zentralstelle für Gewerbe und Handel nachfolgende Spezialausstellungen veranstaltet:

1) Keramik-Ausstellung. Ältere Glas-, Porzellan-, Majolika-, Fayence-, Terracotta- und Steingutwaren. Dauer der Ausstellung vom 18. Dezember 1898 bis 29. Januar 1899. Besuch vom 2. bis 29. Januar 7004 Personen (Gesamtzahl 9953 Personen).

2) Ausstellung von Amateur-Photographien des Herrn Alfred Enke, Verlagsbuchhändler in Stuttgart. Dauer der Ausstellung vom 17. Februar bis 12. März. Besucherzahl 7411.

3) Ausstellung von Werkzeugen und Arbeitsmaschinen. Dauer der Ausstellung vom 3. April bis 2. Juli. Besucherzahl 34 066.

4) Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, veranstaltet von dem Gewerbeverein Stuttgart. Dauer der Ausstellung vom 12. bis 15. Mai. Besucherzahl ca. 1800.

5) Buch-Ausstellung. Beginn den 1. Dezember. Besucher bis 31. Dezember 5603.

Die permanente Ausstellung des Königl. Landesgewerbemuseums erhielt im Jahr 1899 nachgenannte, besonders bemerkenswerte Erwerbungen:

Arbeiten aus Gold, Silber, Kupfer und Zinn, vorzugsweise die moderne Stilrichtung zeigend.

Eine große Sammlung von meist französischen Kunstmedaillen und Plaquetten.

Galvanoplastische Nachbildungen des Silberfundes von Bernay — als Ergänzung der vorhandenen Silberfunde von Hildesheim und Boscoreale.

Alte Porzellane aus Frankenthal, Ludwigsburg, Meissen und Delft. Moderne keramische Erzeugnisse aus Berlin, Meissen, München, Nürnberg, Nymphenburg, Teplitz, Sevres, China und Japan.

Gläser in modernem Stil aus Berlin, Dresden, Baccarat und New-York. Kunstverglasungen nach Entwürfen von Prof. Christiansen in Darmstadt.

Ein Prachtschrank in orientalischem Stil, ein Stollenschrank im Stil der Früh-Renaissance, chinesische Möbel und verschiedene kleinere Möbel in modernem Stile.



Wandbehänge in Gobelintechnik aus Schweden und aus Scherrebek (Schleswig-Holstein).

Kirchensstickereien, sowie verschiedene Stickereien im modernen Stil.

Vom Württb. Kunstgewerbeverein wurden neben der fort-dauernden Ausstellung in der Vereinsausstellung im Kgl. Landes-gewerbemuseum im Jahre 1899 noch folgende Spezial-Ausstel-lungen veranstaltet:

1) Vom 4. März bis 10. Mai. Ausstellung architektonischer und Kunst-gewerblicher Entwürfe, Skizzen, Studien und Gemälde von Prof. G. Halmhuber.

2) Vom 17. Mai bis 4. August. Teppiche aus der Fabrik der Rheinischen Aktiengesellschaft in Hilden.

Schwedische Kunststickereien aus Lund.

3) Vom 8. Juli bis Dezember. Arbeiten aus dem Gebiete der firdlichen Kunst (Altäre; Kreuzstationen, in Holz geschnitz) von Gebr. Metzger in Ueberlingen.

Vom 13. September bis 14. November. Ausstellung von Ent-würfen, Skizzen, Aquarellen des Fürstlich Hohenzollernschen Baurats de Pay.

Vom 23. September bis Dezember. Zimmereinrichtung von S. W. Brauer; Arbeiten in getriebenem und geschnittenem Leder von A. Feuchr.

Im Monat Dezember. Kollektiv-Ausstellung von Kassetten; ge-triebenen Metallarbeiten; Plakat-Entwürfen u. s. w. von Jos. Kösl in München; gotisches Schlafzimmer von Nördlinger in Waiblingen; plastische Malereien von Schudt. —

Von einzelnen Gegenständen seien noch besonders verzeichnet:

Tafelaufsatz für das Grenadierregiment König Karl in Ulm; gestiftet von den früheren Offizieren und Sanitätsbeamten; entworfen von Professor G. Halmhuber, ausgeführt in Ebenholz und Silber von: Prof. Riefer (Bild-hauerarbeiten in Holz), Prof. Christaller (getriebene Silberarbeiten), Schreimer-arbeiten von Wildermuth, Gravierarbeiten von Ziseleur Weber, Einlegearbeit von Georg Wölfel.

Standarte für den Akademischen Architekten-Verein, entworfen von cand. archit. Mayer unter Leitung des Professor G. Halmhuber, Metallarbeiten von P. Stog, Standartenstange von Wirths Söhne. Stickereien ausgeführt von Damen der Mitglieder des Architekten-Vereins unter Leitung von Martin Hirn i. S. Helene Walz, Goldstickerei und Paramentengeschäft.

Am 25. September fand der IX. Delegiertentag des Ver-bandes Deutscher Kunstgewerbe-Vereine in Stuttgart statt. In seiner Eigenschaft als Vorort des Verbandes Deutscher Kunst-gewerbe-Vereine führte der Württb. Kunstgewerbe-Verein 1898 und 1899 die Verbandsgeschäfte.





5. Gütertausch und Verkehrswesen.

a. Güter- und Postverkehr.



Der Güterverkehr auf den drei Stuttgarter Staatsbahnhöfen wies im Betriebsjahr 1898/99 für Ankunft und Abgang folgende Zahlen (in Tonnen) auf:

	Hauptbahnhof		Westbahnhof		Nordbahnhof	
	1898/99	Vorjahr	1898/99	Vorjahr	1898/99	Vorjahr
1. Eilgut . .	10 397	9 784	138	122	—	—
2. Frachtgut .	638 452	635 377	113 971	109 451	237 128	175 321
3. Militärgut .	540	424	58	—	—	16
4. Dienstgut .	14 725	19 812	707	1 236	74 788	45 992
Gesamtsumme .	664 114	665 397	114 874	110 809	311 916	221 329
1898/99 mehr .	—	—	4 065	—	90 587	—
„ weniger .	1 283	—	—	—	—	—
5. Steinkohlen .	12 061	8 271	30 847	25 179	170 824	150 026
1898 mehr . .	3 790	—	5 668	—	20 798	—

Auf dem Silderbahnhof kamen im Jahr 1899 Güter an 74 080, gingen ab 685 650 kg. Der Verkehr war gegen das Vorjahr mit 126 880 bzw. 761 540 kg schwächer, weil seit Juli 1898 der gesamte Güterverkehr, soweit nicht mit Stuttgart loco, via Vaihingen — Anschlussstation der Silderbahn — abgeleitet wurde.

Aus der Statistik der Güterbewegung sei nachfolgend noch eine größere Anzahl Massegüter, wie im Vorjahre, im einzelnen angeführt. Dieselben beanspruchen, wenigstens ihrer Quantität nach, für Stuttgart besondere Bedeutung. Es wurden von den drei Stuttgarter Bahnhöfen versandt, je in Tonnen:

	1898/99	1897/98	1898/99
			+ —
Bier	22 686	20 565	2 121
Düngemittel	73 956	62 602	11 354
Eisen und Stahl	4 897	5 342	445



	1898/99	1897/98	1898/99	
			+	-
Eiserne Dampfessel, Maschinen und Maschinenteile	1 692	1 728		36
Eisen- und Stahlwaren	3 645	2 532	613	
Garne und Twiste	904	1 013		109
Weizen, Dinkel, Kernen	902	1 676		774
Roggen	57	150		93
Hafer	403	238	165	
Gerste	918	1 516		598
Hülsenfrüchte und Mais	165	393	28	
Malz	256			
Häute, Leder	1 732	1 419	313	
Kaffee, Kaffeesurrogate	109	170		61
Kartoffeln	488	216	272	
Mehl, Mühlenfabrikate	1 438	1 836		398
Obst, Gemüse, Pflanzen	12 697	18 520		5823
Öle, Fette	2 002	1 485	517	
Papier	3 595	3 395	200	
Spiritus, Essig	301	326		25
Wein	2 686	2 113	573	
Wolle	689	876		187
Zucker	1 831	1 717	114	
Erze	54	40	14	
Holz	2 061	1 734	327	
Steine	2 032	2 810		778
Sonstige Güter	19 423	18 613	810	
Pferde	924	793	131	
Rindvieh	1 173	1 939		766
Schafe	2	174		172
Schweine	287	1 040		753
Sonstiges Vieh, Geflügel	126 960	97 005	29 955.	

Von Bedeutung für den Güterverkehr Stuttgarts ist die Einführung des Stückgutstarifs vom 1. Oktober vergangenen Jahres ab. Derselbe beruht auf folgender Grundlage:

a. Streckensätze für die Tonne und das Kilometer bis zu 50 km 11 Pf.
(bisheriger Satz des Stadtstückguts)

von 51 - 200 km	Anstoß	10 Pf.	} (neu.)
" 201 - 300 "	"	9 "	
" 301 - 400 "	"	8 "	
" 401 - 500 "	"	7 "	
über 500	"	6 "	



b. Abfertigungsgebühren für 100 kg (wie bisher für das Frachtstückgut)
auf der Hauptbahn auf den Nebenbahnen

bis zu 20 km . . .	10 Pf.	12 Pf.
für jedes km mehr		
bis zu 40 km . . .	0,5 "	0,5 "
über 40 km . . .	20 "	— "

Der Verkehr bei den Post- und Telegraphenämtern wies im Verwaltungsjahr 1898/99 gegenüber dem Vorjahr folgende Zahlen auf:

	1898/99	1897/98	1898/99
Briefsendungen gingen ab	30 796 870	27 695 512	+ 3 101 358
" kamen an	24 719 370	23 278 684	1 440 686
Postanweisungen a) gingen ab	665 390	627 290	38 100
" b) kamen an	1 479 152	1 385 241	93 911
mit Wert in Mf. zu a)	42 175 779	39 001 281	3 174 498
mit Wert in Mf. zu b)	82 920 076	77 223 511	5 696 565
Pakete ohne Wertangabe gingen ab	2 010 684	1 983 878	26 806
" " " kamen an	1 365 286	1 406 262	— 40 976
Briefe und Pakete mit Wertangabe			
gingen ab	161 564	179 284	17 720
kamen an	170 664	180 258	9 594
Postnachnahme-Sendungen gingen ab	341 016	284 908	+ 56 108
" kamen an	112 892	104 624	8 268
Zeitungsnummern gingen ab	15 266 970	14 429 161	837 809
" kamen an	2 996 806	2 908 139	88 667
Telegramme gingen ab	240 447	228 848	11 599
" kamen an	260 572	253 846	6 726
Postwagentreisende	693	785	— 92

Die Zahl der für den Telephonverkehr hergestellten Verbindungen war

	1898/99	1897/98	1898/99
a) Ortsverkehr	9 029 826	7 534 749	+ 1 495 077
b) Vorortsverkehr	1 093 397	867 632	225 765
c) Sonstiger Verkehr	671 050	491 470	179 580
d) mit Orten außerhalb Württembergs	50 335	39 414	10 921
Zusammen	10 844 608	8 933 265	1 911 343
Die Zahl der Sprechstellen betrug	4 171	3 656	515

In Gablingen wurde am 18. Januar neben der Postagentur eine Telegraphenanstalt mit Telephonbetrieb eröffnet.

Zwischen dieser Anstalt einerseits und der Telegraphenanstalt Stuttgart, sowie den ebenfalls mit Telephon betriebenen Telegraphenanstalten Bothingen,



Gerlingen und Solitude andererseits kommt beim unmittelbaren telephonischen Verkehr des Publikums die ermäßigte Gebühr von 25 Pf. für je 5 Minuten Sprechzeit zur Anwendung.

Bei der Telephon-Umschaltstelle in Stuttgart wurden im Monat März zur Ausführung der Verbindungen des Fernverkehrs neue, bedeutend vergrößerte Einrichtungen in Betrieb genommen.

Schon im Herbst 1897 zeigte sich, daß es bei der ungemein raschen Zunahme insbesondere auch des Fernverkehrs nicht möglich sein werde, auf die Dauer mit den damaligen Dienststräumen und Umschalt-Schränken auszukommen. Im Frühjahr 1898 wurde damit begonnen, für das sogenannte Fernamt in den Dachstock des südöstlichen Flügels des Hauptpostgebäudes in der Fürstenstraße ganz neue Dienststräume einzubauen. Gleichzeitig wurden fünf neue Umschalt-Schränke in Bestellung gegeben, bei welchen alle Neuerungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Telephonie, namentlich auch in Anpassung an den Betrieb mit Vielfachumschaltern, sorgfältige Berücksichtigung fanden. Jeder der neuen Schränke hat ein Fassungsvermögen von 9 Doppelleitungen, an jedem sind 3 Arbeitsplätze eingerichtet. Gegenwärtig sind 33 Fernleitungen in das Amt eingeführt, so daß die Einrichtung noch für weitere 12 Leitungen ausreicht. Außerdem ist Sürsorge dahin getroffen, daß die Aufstellung weiterer Schränke nach Bedarf vorgenommen werden kann. Die Mißstände bei der bisherigen Einrichtung des Fernamts der Telephonumschaltstelle befanden darin: 1) daß, nachdem mehrere Verbindungsleitungen zusammengeschaltet waren, die Verbindung nicht zu Stande kommen konnte, weil der Stuttgarter Teilnehmer ein Ortgespräch führte; 2) daß, nachdem ein Stuttgarter Teilnehmer eine Verbindung angemeldet hatte, seine Leitung für ihn so lange nicht benützbar war, bis diese Verbindung zur Ausführung kam. Aus Anlaß der Vergrößerung des Fernamts wurde nun eine Einrichtung getroffen, durch welche es möglich ist, Ortgespräche führende Teilnehmer durch ein elektrisches Zeichen darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Gespräch zu Gunsten einer Fernverbindung unterbrochen wird. Das Zeichen ist dem Läutezeichen ähnlich, aber viel schwächer, so daß es dem Ohre nicht weh thut. Wenn Teilnehmer ein Ortgespräch führen und dieses Zeichen erfolgt, so haben beide Sprechenden Teilnehmer das Telephon an den Haken zu hängen, worauf derjenige, welcher von auswärtig angerufen wird oder eine Verbindung nach auswärtig angemeldet hat, das übliche Läutezeichen erhält.

Am 2. November wurde im Beisein Sr. Majestät des Königs, des Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn v. Mittnacht und des in Sachen der Einführung der Reichspostmarken damals in Stuttgart weilenden Staatssekretärs des Reichspostamts v. Podbielski die neue Fernsprechleitung Stuttgart—Berlin eröffnet.



b. Personenverkehr.

Zinsichtlich des Personenverkehrs zeigen die nachfolgenden Angaben, wie er im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr in allen Formen, welche unsere Verkehrseinrichtungen aufweisen, gewachsen ist. Zunächst auf den drei Staatsbahnhöfen kamen an und gingen ab

Abgegangene und angekommene Personen mit	Hauptbahnhof		Westbahnhof		Nordbahnhof	
	1898/99	Vorjahr	1898/99	Vorjahr	1898/99	Vorjahr
1. einfachen und Rückfahrkarten	3 736 843	3 608 415	132 366	130 640	80 643	58 585
2. Schülerkarten	18 235	21 816	494	534	233	219
3. Fahrcheinbüchern zu 30 Fahrten auf einer bestimmten Bahnstrecke	678 780	610 890	4 350	4 500	6 330	3 450
4. Zeitkarten für bestimmte Bahnstrecken	749 095	644 630	2 970	1 320	34 300	22 290
5. Zeitkarten für die ganze Bahn (Landeskarten)	201 754	181 021	5 712	4 986	2 402	1 294
6. Arbeiter-Wochenkarten	1 557 978	1 391 706	160 158	141 816	6 300	1 428
7. Arbeiter-Rückfahrkarten	88 576	33 186	10 464	3 690	110	—
8. Militärkarten	112 832	91 447	5 073	4 391	53	34
Gesamtsumme	7 144 093	6 583 111	321 542	291 877	130 371	87 300
1898/99 mehr	560 982		29 665		43 071	

Nur die Zahl der von Stuttgart abgegangenen Postwagenreisenden ging von 785 im Vorjahr auf 693 zurück. Postwagenverbindung besteht zur Zeit nur noch mit Solitude-Leonberg.

Auf der Zahnradbahn wurden im Jahr 1899 befördert 513 285 Personen, und zwar von
 Stuttgart nach Degerloch 219 285,
 anderen Silder-Stationen 92 420,
 Degerloch nach Stuttgart 81 102,
 anderen Silder-Stationen nach Stuttgart 120 478.



Die Zahl der von der Straßenbahn beförderten Personen belief sich auf 11311895 gegen 9910821 im Jahr 1898.

Das Schienennetz der Straßenbahnen wurde im Jahr 1899 bis zum Westbahnhof verlängert und beträgt nunmehr seine Länge im ganzen 21 km.

Speziell die Westendlinie hat durch diese neue Strecke eine Verlängerung von 1250 m erfahren, die auf die Erweiterung des Verkehrs zwischen der Stadt und dem Westbahnhof, namentlich aber auch auf die rasche bauliche Entwicklung der Hasenbergstadt von großem Einfluß sein wird.

Von besonderer Wichtigkeit auch für Stuttgart war die Eröffnung der Straßenbahn in Cannstatt von der König Karls-Brücke bis zur Taubenheimstraße.

Die neu eröffnete Linie hat eine Länge von 1692 m. Innerhalb der Stadt Cannstatt wurde die Taxe für die Benützung der Bahn auf 10 Pf., vom Cannstatter Bahnhof bis zum Schloßplatz-Stuttgart auf 15 Pf. und vom Kursaal (Taubenheimstraße) bis Schloßplatz-Stuttgart auf 20 Pf. festgesetzt.

Die Differenzen der Stadtverwaltung mit der Straßenbahngesellschaft zogen sich auch in das Jahr 1899 hinein. Eine umfangreiche, von Gemeinderat Gauß verfaßte Erklärung des Gemeinderats (s. Schwäbische Chronik vom 9. Januar) gab eine zusammenhängende chronologische Darstellung des Sachverhalts und im Anschluß daran eine würdige Antwort auf die Angriffe, die gegen den Gemeinderat aus Anlaß seiner Haltung in der Straßenbahnfrage gerichtet worden waren. Infolge dieser Erklärung, sowie der Konkurrenz der Kontinentalen Gesellschaft, mit welcher die Stadt Verhandlungen angeknüpft hatte, sah sich die Straßenbahn zu weiterem Entgegenkommen an die Wünsche der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft veranlaßt. Die Verhandlungen führten zu einem Vertrag, der in der Gemeinderatssitzung vom 13. April mit 14 gegen 9 Stimmen genehmigt wurde. Von demselben bemerkte der Vorsitzende, Gemeinderat Gauß, folgendes:

Er befriedige zweifellos nicht in allen seinen Teilen, verschiedene Wünsche der Kommission seien an dem Widerspruch der Gesellschaft gescheitert; immerhin biete der neue Vertrag eine Reihe von Vorteilen gegenüber dem bestehenden Zustand und auch gegenüber der Lage, die durch die Konzessionierung einer zweiten Gesellschaft geschaffen würde. Diese Vorteile lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:



1) Einheitlichkeit des Betriebs, der durch die Bestimmung in § 5 Abf. 3 auch im Falle des Baues von Linien durch die Stadt gesichert sei, wenn letztere es wünsche.

2) Ausdehnung des Straßenbahnnetzes in einem dem öffentlichen Bedürfnis entsprechenden Maß, ohne daß andererseits Bahnen erstellt würden, wofür ein ausreichendes Bedürfnis an sich nicht vorliege, und Garantie dafür, daß auch künftighin und jedenfalls bis zum 31. Dezember 1911 der Bau neuer Linien gleichen Schritt hält mit der Ausdehnung des Straßennetzes; Sicherung des Rechts der Stadt, Linien, welche die Gesellschaft nicht unter den Bedingungen des Vertrags baut, selbst zu bauen und entweder selbst zu betreiben oder durch die Gesellschaft betreiben zu lassen, und damit Ausscheidung der Rechtsfrage, ob die Stadt nach § 2 des Vertrags von 1889 überhaupt zum Bau von Straßenbahnen und insbesondere zur Kreuzung und Mitbenützung der Linien der Gesellschaft berechtigt sei, was letztere — wenn auch mit Unrecht — bestreite.

3) Wegfall der ungünstigen Bestimmung des früheren Vertrags, wonach der Bau weiterer Linien von der Gesellschaft jeweils nur verlangt werden kann, wenn eine 30jährige Konzession hiefür gewährt und zugleich die Konzessionsdauer für die alten Linien ebensoweit verlängert wird. (Konzession ohne Ende.)

4) Ermäßigung der allgemeinen Fahrtaxen in der Weise, daß 3150 m um 10 Pf. befahren werden können (statt bisher 2000 m), 4750 m um 15 Pf. (statt bisher 3000 m), noch größere Strecken um 20 Pf., während der bisherige Maximalsatz 30 Pf. betragen habe, sodann Einführung der Monatsabonnements und Verbilligung der Jahresabonnements und Schülerkarten.

5) Annahme und Abgabe von Uebergangskarten zu den vereinbarten Preisen von den Linien der Gesellschaft auf die künftigen Linien der Stadt und umgekehrt.

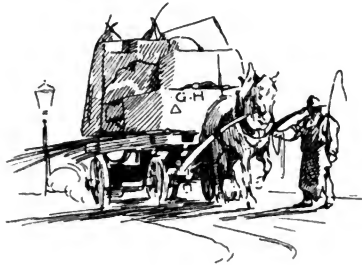
Damit war der Streit, welcher die Bürgerschaft geraume Zeit nicht wenig beschäftigt hatte, zu einem für beide Teile annehmbaren Abschluß gediehen.

Am 13. Mai fand in Stuttgart die Konstituierung der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 4 000 000 Mk. statt. Beteiligt sind die Bank für industrielle Unternehmungen, die Aktiengesellschaft für Bahn-Bau und-Betrieb, die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrissus u. Co., die Pfälzische Bank, Baf u. Herz und L. u. L. Wertheimer, sämtlich in Frankfurt a. M., die Westdeutsche Bank vorm. Jonas Lahn in Bonn, Anton Kohn in Nürnberg, Dörtenbach u. Co. und die Württembergische Landesbank in Stuttgart. In den Aufsichtsrat wurden n. a. gewählt die Herren Dr. Georg Dörtenbach-Stuttgart Vorsitzender, Direktor Wilhelm Seig-Stuttgart stellvertretender Vorsitzender, Oskar Fischer und Heinrich Mayer in Stuttgart. In den Vorstand wurden berufen Herr Alfred Köhler und bis zur definitiven Bestellung eines technischen Mitglieds



des, dessen Bestätigung der Württembergischen Regierung zusteht, Herr Bau-
rat a. D. Libach.

Schließlich mag noch vermerkt werden, daß auf einer im Königin Olga-
bau stattgehabten, vom württembergischen Motorwagenverein berufenen Ver-
sammlung süddeutscher Interessenten am 28. Mai die Gründung eines süd-
deutschen Motorwagenvereins zur Förderung der Verbreitung dieses modernen
Verkehrsmittels beschlossen wurde.





I. Preise und Verbrauch.

Das Jahr 1898 hatte eine höchst unliebsam empfundene Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, gebracht. Nur Ochsenfleisch und Rindfleisch hatten ihren früheren Preis mit 74 bezw. 65 Pf. pro Pfund — letzteres in der Markthalle 60 Pf. — behalten. Diese Preise blieben auch im Jahr 1899 unverändert. Das Kalbfleisch war im Mai 1898 auf 75 Pf. gestiegen. Es behauptete diesen Preis bis zum Dezember des Berichtsjahres, erst in diesem Monat ging es auf 68 Pf. im Laden und 65 Pf. in der Markthalle herunter. Das Schweinefleisch hatte im Jahr 1898 eine ganz unruhige Preisbewegung. Im Januar 1899 kostete es 75, fiel dann im März auf 71 und im April auf 70 Pf., um diesen Preis nun das Jahr hindurch beizubehalten. Dabei notierte die Markthalle stets dieselben Preise wie im Laden. Das Hammelfleisch schwankte fast jeden Monat im Preise. Der Januar fing mit 50 Pf. an, von da ab fortwährendes Anziehen bis auf 66 Pf. im September, während im Dezember wieder 54 Pf. im Laden und 50 Pf. in der Markthalle verlangt wurden.



Der jährliche durchschnittliche Fleischverbrauch Stuttgarts betrug pro Kopf in den Jahren

1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
67,7	66,6	70,6	66,2	68,3	70,1	70,3	69,3	71,3.

Dabei mag bemerkt werden, daß diese Zahlen aus dem Gesamtgewicht des Fleischverbrauchs — ohne Abzug der Ausfuhr — und der jeweiligen mittleren Jahresbevölkerung berechnet wurden.

Die Berechnung der Ausfuhr war bisher aus steuertechnischen Gründen nicht möglich. Die nötigen Anhaltspunkte liegen erst für das Jahr 1899 vor. Die Ausfuhr ist demnach auf rund 1 025 000 kg zu veranschlagen. Zieht man dieselbe von der Einfuhr mit 12 506 198 kg ab, so bleiben für den Verbrauch der Stuttgarter Bevölkerung 11 481 198 kg übrig, was pro Kopf nicht ganz 65,5 kg ausmacht.

Im Schlachthaus wurden geschlachtet, bezw. als ganze Stücke eingeführt:

Ochsen 4492, Farren 1239, Rühe 19, Rinder 18 114, Kälber 43 878, Schweine 56 280, Spanferkel 23, Schafe 6331, Lämmer 223, Ziegen 182, Ziegenkitzen 3708 Stück.

Eingeführt wurden in geschlachtetem, bezw. zerlegtem Zustand: Fleisch und Fleischwaren von vorgenannten Viehgattungen 1 057 721 kg.

Edelhirsche 131, Damhirsche 20, Rehe 4192, Gemsen 5, Hasen 27 187, Wildschweine 48, Auerhühner 11, Welschhühner 1487, Fasanen 925, Gänse 42 541 Stück, zerlegtes Wild und Geflügel 6500 kg.

Die Mehlpreise standen im Anfang des Jahres sehr hoch, 21 und 20 Pf. für Nr. 0 und 1 pro Pfund. Die Preise sanken bis März auf 19 und 18 Pf. und blieben damit ständig bis zum Schluß des Jahres. Hatten so infolge des allmählichen Zurückweichens der Getreidepreise an den großen Handelsplätzen die Mehlpreise durchgängig einen kleinen Rückgang erfahren, so ermöglichte dies auch einen Abschlag der im Laufe des vorigen Sommers erhöhten Preise für die billigeren Brotsorten. Bis März wurden verlangt für $\frac{1}{2}$ Zilo Brot weiß 15, halbweiß 14, Hausbrot 12 Pf. Im April gingen diese Preise zurück auf 14, 13 und 11 Pf. für das ganze Jahr.



Die Preise für Kartoffeln betragen im Januar 1899 per Str. 4—5 M^{fl.}, im Juli 4.30—5.30 und gingen dann allmählich zurück bis auf 2.70—3.00 M^{fl.} im Dezember.

Milch, Rindschmalz und Butter behielten gleiche Preislage durchs ganze Jahr, nämlich für $\frac{1}{2}$ Pfund Rindschmalz 1.20 M^{fl.}, süße Butter 1.10—1.20, saure 1 M^{fl.}, Milch per Liter 16 Pf. Schweineschmalz kostete erst 70, Mitte des Jahres 65 und Ende, vom September ab, 60 Pf.

Der Bierverbrauch im Jahre 1899 läßt sich wie folgt berechnen:

	Versteuertes Bier	Bierausfuhr	somit hiesiger Konsum
1899 . .	673 208 hl	298 399 hl	374 809 hl
1898 . .	678 967 "	292 023 "	386 944 "
1899 . .	— 5 759 hl	+ 6 376 hl	— 12 135 hl.

Es ist also wiederum ein Rückgang des Bierverbrauchs in Stuttgart zu verzeichnen, welcher mit 3,14 % den des Vorjahrs mit 1,63 % beträchtlich übersteigt.

In % des Gesamtverbrauchs in der Stadt entfielen auf

	1898	1899
Hier gebrautes Bier	50,4	41,6
Bier aus württ. Orten	43,3	52,3
Uebergangsteuerpflichtiges (meist bayr. Bier)	3,0	3,6
Verzolltes (meist Pilsener Bier)	3,3	2,5

Der allgemeine Rückgang des Verbrauchs betrifft also vornehmlich das am Platze selbst gebraute Bier. Auch das Pilsener Bier hat einen Teil seiner früheren Beliebtheit eingebüßt.





2. Löhne.

Wenn die Chronik von Anfang an der Bewegung der Löhne einen eigenen Abschnitt gewidmet hat, so geschah es nicht allein deswegen, weil ihre Höhe maßgebend ist für die Lebenshaltung eines großen Teiles der Einwohnerschaft, sondern auch in Würdigung des Umstandes, daß jede Steigerung oder Verminderung der Löhne unmittelbar auf das Geschäftsleben aller derjenigen Stände günstig oder ungünstig einwirkt, in deren Geschäften diese Löhne zum Lebensbedarf des arbeitenden Mannes umgesetzt werden — mit anderen Worten, weil die Lohnfrage von höchster Bedeutung für die Allgemeinheit ist. Leider fehlt es noch immer an einer zuverlässigen amtlichen Lohnstatistik. Regelmäßige Aufzeichnungen finden sich nur für solche Arbeiter, die in den öffentlichen Betrieben des Staates oder der Stadt beschäftigt sind.

Für die vielen Tausende gewerblicher Arbeiter in den privaten Betrieben mangelt es an genügenden Aufzeichnungen. Den hiesigen Gewerkschaften gebührt das Verdienst, wenigstens für ihren Kreis im Jahr 1897 eine Lohnstatistik erhoben zu haben. Ihre Ergebnisse sind von dem Genossenschaftssekretär Theodor Leipart in einer lehrreichen Arbeit unter dem Titel „Zur Lage der Arbeiter in Stuttgart“ zusammengefaßt.

Es betrug darnach der durchschnittliche Wochenverdienst der Bäcker 5.56 Mk. samt Kost und Logis, der Bildhauer 25.97 Mk., der Brauer 25.52 Mk., der Buchbinder 21.83 Mk., der Buchdrucker 27.64 Mk., der Flaschner 20.43 Mk., der Friseur 6.65 Mk. neben freier Station, der Fuhrleute 20 Mk., Gipsr und Stuckateure 24.65 Mk., Glaser 20.45 Mk., Goldarbeiter 20.93 Mk., Graveure 26.56 Mk., Gürtler 22.30 Mk., Hafner 21.26 Mk., Handlungsgehilfen 27.76 Mk., Handschuhmacher 22.06 Mk., Hilfsarbeiter im Handels- und Transportgewerbe, Hausdiener, Packer u. 17.94 Mk., Heizer und Maschinenisten 24.11 Mk., Hutmacher 24.60 Mk., Konditoren 18.89 Mk., Küfer 23.79 Mk., Lithographen und Steindruckere 24.70 Mk., Maler und Lackierer 20.53 Mk., Maurer 21.35 Mk., Pflasterer 19.80 Mk., Sattler 18.24 Mk., Schlosser, Dreher und sonstige Metallarbeiter 21.30 Mk., Schmiede 19.46 Mk., Schneider 18 Mk., Schreiner 21.65 Mk., Schuhmacher 18.27 Mk., Steinhauer 20.32 Mk., Tabakarbeiter 14.21 Mk., Tagelöhner 16.72 Mk., Tapezierer 20.75 Mk., Textilarbeiter 20.10 Mk., Vers-



golber 23.15 Mf., Wagner 18.18 Mf., Xylographen 34.25 Mf., Ziegler 15.50 Mf., Zimmerer 19.76 Mf., diverse Berufe 28.84 Mf., jugendliche Arbeiter 6.91 Mf.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß diese Statistik nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Arbeiterschaft umfaßt — 7580 von etwa 28386 Berufsangehörigen — und daß auch in diesem beschränkten Kreise die Verhältnisse so verschiedenartig sind, daß sie mit Durchschnittszahlen nur schwer erfaßt und nur an der Hand des Leipartschen Buches selbst in den einzelnen Fällen richtig gewürdigt werden können.

Das Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Einkommensverhältnisse führte auch in diesem Jahr wieder zu gewaltsamen Kämpfen, die in der Form des Streiks ausgefochten wurden. Hierüber können nunmehr vollständig genaue Mitteilungen gegeben werden, nachdem die von der Reichsregierung angeordnete Streikstatistik (vergl. Chronik 1898 S. 54) im Jahre 1899 erstmals erhoben wurde.

Streiks kamen vor im 2., 3. und 4. Quartal des Jahres. Der erste brach in einer Wagenfabrik aus, begann am 15. Mai und endigte am 22. desselben Monats. Er umfaßte 18 Arbeiter. Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden: elf am 1. Mai unentschuldigt weggebliebenen Arbeitern wurde je 1 Mf. Schadenersatz für entgangenen Verdienst abgezogen, weshalb 18 Leute die Arbeit niederlegten. Diefelben forderten die Zurückgabe der 11 Mf. an die betreffenden Arbeiter. Die Streikenden haben ihre Forderung jedoch nicht durchgesetzt, vielmehr die Arbeit unter Annahme einer neuen Fabrikordnung mit Strafbestimmungen wieder aufgenommen.

Von dem zweiten Streik wurde eine Fabrik für Bauartikel betroffen; er begann am 8. und endigte am 19. Mai. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Personen war 182. Als Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden wird angegeben, daß einer Anzahl am 1. Mai unentschuldigt von der Arbeit weggebliebenen Arbeitern gemäß der Fabrikordnung 1 Mf. Strafe angesetzt wurde, weshalb der größte Teil der Arbeiter die Arbeit niederlegte. Gleichzeitig forderten die Streikenden 20% Lohnerhöhung, neunstündige Arbeitszeit und Minimallohn. Nach verschiedenen Verhandlungen mit einem von den Arbeitern gewählten Ausschuss, teils durch die Arbeitgeber selbst, teils durch eine aus dem Vorstand des Verbandes Metallindustrieller Württembergs gewählte Kommission, von welcher letzterer die Forderung der Arbeiter geprüft, als ungerechtfertigt verworfen und abgewiesen worden war, haben die Arbeiter darum nachgesucht, die Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen, was ohne jedes sonstige Zugeständnis bewilligt wurde.



Ein Streik von ganz bedeutendem Umfang, dessen Verlauf in allen Schichten der Einwohnerschaft mit großem Interesse verfolgt wurde, brach am 8. Mai aus und ging erst am 31. Juli zu Ende. Er betraf 22 Möbelfabriken und Großschreinereien, und die Höchstzahl der während der Dauer des Streiks gleichzeitig streikenden Personen belief sich auf 1092.

Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden waren:

- a. Neunstündige Arbeitszeit und 10% Lohnaufbesserung.
- b. Der Lohn ist innerhalb der ersten acht Tage nach Eintritt in ein Geschäft zu vereinbaren, die wöchentliche Abschlagszahlung ist auch bei Affordarbeiten in der vollen Höhe des vereinbarten Lohnsatzes auszuführen.
- c. Mindestlohn von 21 Mk. pro Woche.
- d. Bei Affordarbeiten ist der vereinbarte Lohn auch dann zu gewähren, wenn derselbe durch den Affordpreis nicht erreicht wird.
- e. Für unverschuldete Zeitversäumnis ist der volle Lohn zu zahlen.
- f. Für Ueberzeitarbeit an Wochentagen Zuschlag 25%, an Sonntagen 50%.
- g. Für Hilfeleistungen bei Affordarbeiten zwecks schnellerer Fertigstellung ist für den in Betracht kommenden Betrag 25% Lohnzuschlag zu zahlen. Der gleiche Zuschlag ist auch für Fertigstellung solcher einzelnen Stücke zu zahlen, welche sonst in mehreren Stücken veraffordiert und gemacht werden.

In einem großen und zwei kleinen Geschäften wurde der Streik schon im Laufe des Monats Mai durch Vergleich beendet. Auf Grund dieses Vergleichs wurde der ganze Streik auch in den übrigen Geschäften am 31. Juli beendet. Während des Streiks übernahm eine Firma sogen. Streikbrecherarbeit, infolgedessen bei derselben ebenfalls gestreikt wurde. Die Firma mußte sich dann nach Beendigung des allgemeinen Streiks denselben Bedingungen unterwerfen. An Arbeitslohn gingen verloren 254 820 Mk. Der wesentlich der Vermittlung des Stadtvorstands, Stadtschultheiß Gauß, zu verdankende Ausgang dieser bedeutsamen Arbeitseinstellung ist aus der nach folgenden, zwischen den beiden Parteien vereinbarten Urkunde ersichtlich:

Zur Beilegung des Möbelarbeiterstreiks sind die Arbeiter und Arbeitgeber auf folgende Punkte übereingekommen:

- 1) Es wird die neunstündige tägliche Arbeitszeit eingeführt und eine Lohnaufbesserung von 7% bei Affordarbeit und Stundenarbeit gewährt.
- 2) Der Lohn ist innerhalb der ersten Tage nach Eintritt des Arbeiters in das Geschäft zu vereinbaren. Die wöchentlichen Abschlagszahlungen werden in jedem Geschäft besonders normiert.
- 3) Die Affordsätze sind so hoch festzusetzen, daß der Arbeiter seinen Abschlag verdienen kann.
- 4) Für unverschuldete Zeitversäumnis wird der volle Lohn bezahlt, wenn sich der Arbeiter vergeblich an den Werkführer oder Prinzipal, um Arbeit zu erlangen, gewendet hat. Jede teilweise oder gänzliche Betriebsstörung entbindet den Arbeitgeber von dieser Verpflichtung.



5) Bei Ueberzeitarbeit ist für Werktagstunden 25%, für Sonntagsstunden 50% Zuschlag zu bezahlen; doch darf die Ueberzeitarbeit nur in dringenden Fällen verlangt werden. Diese Bestimmung findet auch auf Affordarbeit entsprechende Anwendung.

6) Für Hilfeleistung bei Affordarbeiten behufs schnellerer Fertigstellung wird ein Lohnzuschlag von 20% bezahlt. Der gleiche Zuschlag ist auch für die Fertigstellung solcher einzelner Stücke zu bezahlen, die mit anderen Stücken zusammen veraffordiert waren und einzeln fertiggestellt werden sollen.

7) Die Vesperpausen bleiben abgeschafft; die Arbeiter sind aber ungehindert, mitgebrachte Nahrungsmittel während des Geschäfts zu genießen.

8) Die Arbeiter versprechen, diejenigen Arbeiter, welche den Streik nicht mitgemacht haben, sondern weitergearbeitet haben, nicht zu belästigen; dagegen versprechen die Fabrikanten, die Arbeiter, welche den Streik mitgemacht haben und nunmehr die Arbeit wieder aufnehmen wollen, nicht zu maßregeln.

9) Zur Beilegung etwa später auftretender Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wird eine gemeinschaftliche Kommission niedergesetzt, die je aus fünf von den beiden Parteien gewählten Mitgliedern besteht. Die fünf Vertreter beider Parteien wählen einen Obmann; beide Obmänner führen den Vorsitz in der Kommission gemeinschaftlich, wenn nicht eine anderweitige Verständigung über die Führung des Vorsizes stattfindet; wenn die gemeinschaftliche Führung des Vorsizes zu Unzuträglichkeiten führt und eine anderweitige Verständigung nicht gelingt, so entscheidet das Los darüber, welcher von den beiden Obmännern den Vorsitz zu führen hat.

Stuttgart, den 29. Juli 1899.

Namens der Arbeitgeber:

H. Sorge.

Namens der Arbeiter:

Ed. Steinbrenner.

Ein weiterer Lohnkampf brach sodann am 20. Mai aus und endete erst am 14. August. Er betraf das Glaschnergewerbe, erstreckte sich auf 40 Betriebe und 128 gleichzeitig feiernde Arbeiter.

Gründe des Streiks und Forderungen der Streikenden:

a. Neunstündige Arbeitszeit.

b. Für Ueberstunden bis 9 Uhr abends 25%, von 9–12 Uhr 50%, nach 12 Uhr und Sonntags 100%.

c. 20% Lohnherhöhung der gegenwärtig bestehenden Löhne, Afford wie Taglohn.

d. Minimallohn von 3 Mk.

e. Achtstägige Lohnzahlung, Freitag abends vor Geschäftschluß.

f. Bei auswärtigen Arbeiten ohne Nachtquartier Zuschlag von 1 Mk., mit Nachtquartier Zuschlag von 2 Mk.

g. Einführung einer von den Prinzipalen und Gehilfen gemeinschaftlich ausgearbeiteten Werkstattordnung, für sämtliche Glaschner- und Installateurwerkstätten gültig.



Auch dieser Streik wurde durch Vermittlung des Herrn Stadtschultheißen Gauß zum Ende geführt. Das getroffene Uebereinkommen war folgendes:

a. Die Vertreter der Arbeiter verzichten für jetzt auf die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit als 10 Stunden, werden aber auf die Forderung zurückkommen, wenn bei den Mauern, Steinmetzen oder Zimmerern eine verkürzte Arbeitszeit vereinbart wird. Die Vertreter der Arbeitgeber erklären sich ihrerseits bereit, eine Verkürzung der Arbeitszeit zuzugestehen, sobald auch im gesamten Baugewerbe solche Platz greift.

b. Für Ueberstunden wird bis 9 Uhr abends 25%, nach 9 Uhr abends sowie Sonntags 50% Lohnzuschlag bezahlt.

c. Auf die zur Zeit des Ausbruchs des Streiks bezahlten Afford- und Tagelöhne wird eine Lohnerhöhung von 10% gewährt.

d. Es wird ein Minimallohn in Höhe des jeweiligen ortsüblichen Tagelohns bezahlt.

e. Es wird achttägige Lohnzahlung verabredet, zu erfolgen je Freitag abends sofort nach Schluß der Arbeit.

f. Bei auswärtigen Arbeiten wird ohne Uebernachten 20%, mit Uebernachten 45% Lohnzuschlag gewährt.

g. Es wird gemeinschaftlich eine für sämtliche hiesige Flaschner- und Installationsgeschäfte gültige Werkstattdordnung aufgestellt.

Ein letzter Streik brach im November in einem Baugeschäft aus. Zwölf Arbeiter nahmen daran teil. Sie forderten sofortige Entlassung eines Maschinenarbeiters und des Werkführers wegen angeblich schlechter Behandlung durch den letzteren. Nach fünf Tagen nahmen fünf der Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder auf, während die übrigen sieben entlassen wurden.



Die Altersversorgung der städtischen Lohnarbeiter, welche im Vorjahr ins Leben gerufen wurde, gewährte schon Ende 1899 17 Personen Rentengenuß, darunter 1 im Betrage von 196 Mf., 12 im Betrage von 200—300 Mf., 4 von 300 Mf. und darüber. Ein weiterer Arbeiter bezieht aus der Lohnarbeiterkasse ein Gratual von 300 Mf. Außerdem erhalten die 17 Arbeiter reichsgesetzliche Invaliden- und Altersrenten in Höhe von je 142 bis 189 Mf. jährlich.



VI.



Die Markungsfläche der Stadt betrug nach dem Abschluß des Meßrundenhefts per 1898: 2980 ha, 19 a, 69 qm.

Von dieser Gesamtfläche waren landwirtschaftlich angebaut im Juni 1899: 1147 ha gegen 1160 im Vorjahr. Der Abgang stellt im wesentlichen den durch das Anwachsen der Stadt bedingten Raumanspruch dar.

Von der landwirtschaftlichen Anbaufläche der Markung waren:

	1898	1899 (Schätzung)
Acker und Gartenländereien	558 ha 46 a	556 ha 46 a
Wiesen und Baumwiesen	209 " 83 "	208 " 83 "
Weiden und Hütungen	1 " 89 "	1 " 89 "
Weinberge	389 " 72 "	354 " 10 "

Der Anbau auf Acker und Gartenländereien verteilte sich nach den wichtigsten Früchten wie folgt (in ha):

Weizen 10, Haber 18, Mais 10, Bohnen 29, Kartoffeln 130, Rüben 30, Mähren 22, Kopfsohl 80, Korbweiden 3, Hopfen 1, Klee 6, Luzerne 36.



Obstbau.

Die Gesamtzahl der ertragsfähigen Obstbäume ist im Zusammenhang mit der Verminderung des landwirtschaftlich benützten Areal's von 79 900 im Vorjahr auf 77 050 zurückgegangen.

	Darunter waren	mit einer Ernte	
		in 100 kg	zu einem Geldwert in Mk.
Äpfel	33 500	250	3000
Birnen	16 050	200	2000
Pflaumen und Zwetschgen	24 300	10	200
Kirschen	3 200	25	750
Geldwert der ganzen Obsternte			5 950
			im Vorjahr 22 800.

Das Jahr 1899 hatte also dem Stuttgarter Thal eine sehr geringe Obsternte beschieden.

Der Württembergische Obstbauverein mit seinem rührigen Vorstand, Gemeinderat Fischer-Stuttgart, an der Spitze schuf im Berichtsjahr eine Zentralvermittlungsstelle für Obstverwertung mit dem Sitz in Stuttgart. Dieselbe trat am 1. Juli in Thätigkeit.

Sie vermittelt unentgeltlich den Kauf und Verkauf von in Württemberg und Hohenzollern gezogenem Kern-, Stein- und Beerenobst ohne oder nach Muster; ihre Aufgabe besteht in der Versendung der Angebots- und Nachfragelisten an die Interessenten, um Käufer und Verkäufer miteinander in Verbindung zu bringen. Sache der letzteren ist es dann, die Preise und Lieferungsbedingungen festzusetzen. Die Einrichtung wurde von den Obstproduzenten allenthalben mit Freuden begrüßt und trug schon im ersten Jahr ihres Bestehens wesentlich zu einer günstigeren Entwicklung des Obsthandels bei. Sie vermittelte den Verkauf von etwa 64 000 kg Äpfel, 97 000 kg Zwetschgen und 2560 kg Birnen.

Weinbau.

Die gesamte Weinbaufläche betrug rund 387 ha, davon standen im Ertrag rund 361 ha. Größere Weinberghalden sind zur Zeit noch (in Morgen) Mönchhalde 25, Azenberg 89, Forst 73, Steinenhausen 35, Aftershalden, Seidenberg, Böllner 68, Stroßberg und Lehen 39, Wörnhalde 32, Sonnenberg 36, Ameisenberg 49, Sauhalden 34, Gablenberg 50.



Die nachfolgende Uebersicht über das Gesamterzeugnis und den durchschnittlichen Ertrag auf den einzelnen Morgen aus den letzten 20 Jahren wird manchem Leser der Chronik von Interesse sein:

1868:	53 550 hl =	17 850 Eimer	31 hl 50 l
	(letzter Vollherbst)		
1880:	933 hl =	311 "	— " 59 "
1881:	11 482 " =	3827 "	7 " 29 "
1882:	7 446 " =	2482 "	4 " 75 "
1883:	10 155 " =	3385 "	6 " 48 "
1884:	12 497 " =	4166 "	8 " — "
1885:	16 511 " =	5504 "	10 " 56 "
1886:	3 994 " =	1331 "	2 " 56 "
1887:	5 540 " =	1847 "	3 " 57 "
1888:	12 786 " =	4262 "	8 " 24 "
1889:	2 802 " =	934 "	1 " 81 "
1890:	7 653 " =	2550 "	4 " 96 "
1891:	1 310 " =	436 "	— " 85 "
1892:	5 731 " =	1910 "	3 " 82 "
1893:	2 453 " =	817 "	1 " 66 "
1894:	7 911 " =	2637 "	5 " 48 "
1895:	1 072 " =	357 "	— " 75 "
1896:	12 962 " =	4321 "	9 " 37 "
1897:	6 738 " =	2246 "	5 " 73 "
1898:	500 " =	167 "	— " 40 "
1899:	2 204 " =	735 "	1 " 79 "

Der Gesamtwert des heurigen Weinertrags berechnet sich bei einem Erzeugnis von 2204 hl und einem durchschnittlichen Verkaufswert von 58 Mk. 54 Pf. pro hl auf 129 022 Mk 16 Pf.

Auch die nachfolgende Uebersicht über den Gesamtwert des Stuttgarter Weinherbstes in den letzten 20 Jahren dürfte an der Jahrhundertwende in der Chronik zu verzeichnen sein.

1868:	1 530 000 Mk. — Pf. =	892 500 fl. — fr.
1880:	52 621 " — " =	30 695 " 42 "
1881:	542 789 " — " =	316 627 " 15 "
1882:	925 871 " — " =	151 066 " — "
1883:	502 367 " — " =	293 047 " — "
1884:	660 117 " — " =	385 068 " — "
1885:	547 009 " — " =	319 088 " 35 "
1886:	227 138 " — " =	132 497 " 37 "
1887:	346 028 " 40 " =	201 849 " 54 "



1888:	477 557	Mf.	10	Pf.	=	278 574	fl.	59	Fr.
1889:	127 687	"	14	"	=	74 484	"	10	"
1890:	447 241	"	32	"	=	260 890	"	46	"
1891:	84 193	"	70	"	=	49 112	"	59	"
1892:	407 646	"	03	"	=	237 793	"	31	"
1893:	156 648	"	58	"	=	91 378	"	20	"
1894:	293 656	"	32	"	=	171 299	"	31	"
1895:	72 552	"	96	"	=	42 322	"	34	"
1896:	476 223	"	88	"	=	277 797	"	16	"
1897:	391 477	"	80	"	=	228 362	"	03	"
1898:	27 760	"	—	"	=	16 193	"	20	"
1899:	129 022	"	16	"	=	75 262	"	16	"

Ziernach schließt auch das Jahr 1899 quantitativ mit einem höchst dürftigen Ergebnis ab. Ursachen desselben waren neben einer schlechten Blüte verschiedene Nebenkrankheiten (Peronospora, Oidium, Lederbeerenkrankheit) und die Nachwirkungen der Hagelwetter (vgl. Chronik 1898 S. 133, 138) im Juli vorigen Jahres.

Die Stadtkelter war mit 2 kleinen Pressen in Betrieb.

Im Stadtgartensaal hielt am 4. Juni unter dem Vorsitz des Geh. Rates v. Hofacker der Württ. Weinbauverein seine diesjährige Hauptversammlung in Stuttgart ab.

Eine vom Verein deutscher Rosenfreunde und insbesondere von dessen hiesigen Vertretern arrangierte Rosenausstellung fand im Konzertsaal der Liederhalle am 16.—18. Juni statt. Ueber 7000 Rosenblüten waren ausgestellt.

Dreizeh für vorzügliche Leistungen erhielten folgende Aussteller aus Stuttgart: Handelsgärtner Frey die große silberne Medaille des Vereins zur Beförderung des Gartenbaus in den preussischen Staaten, Handelsgärtner W. Pfleger die silberne Medaille des Stettiner Gartenbauvereins, sowie einen Ehrenpreis des Vereins deutscher Rosenfreunde, Handelsgärtner Merz eine silberne Medaille des Stettiner Gartenbauvereins, eine Ehrengabe des Vereins deutscher Rosenfreunde, die Handelsgärtner Ulrich, J. Schnigler und Friedr. Merz je eine Ehrengabe des Vereins deutscher Rosenzüchter, Handelsgärtner C. Hausmann eine Medaille des Vereins deutscher Rosenzüchter, Hofporzellanmaler Schinkel eine Bronze-Medaille des Frankfurter Rosistenvereins.

In Verbindung mit der Ausstellung trat im Mozartsaal der Liederhalle der XIV. Kongreß des Vereins deutscher



Rosensfreunde zusammen. Namens des Württembergischen Gartenbauvereins begrüßte Handelsgärtner Schneider die Teilnehmer. In der Erwiderung sprach der Vorsitzende besonderen Dank Herrn W. Pfizter aus, dessen Bemühungen man hauptsächlich die treffliche Arrangierung und Vorbereitung des Kongresses und der Rosenausstellung zu verdanken habe.



Viehstand.

In die Viehsuchen-Versicherung wurden am 1. April aufgenommen

	1899	1898
Pferde	2588	2544
Esel	3	2
Kindvieh	620	658



Volksfest.

Das landwirtschaftliche Hauptfest fiel heuer der Kaisermandver wegen aus. Das Volksfest, welches am 24./27. stattfand, bewährte trotzdem seine alte Anziehungskraft und zeigte, daß keinerlei Witterungsunbilden im stande sind, den richtigen Volksfestbesucher von diesem seinem ersehnten Vergnügen abzuschrecken. Obschon am Sonntag mit wenig kurzen Unterbrechungen der Regen in Strömen niederging, der Sturm heulte und eine empfindliche Kühle eingetreten war, strömten doch schon in den frühen Vormittagsstunden die Residenzler in Scharen zu Fuß, zu Wagen und per Bahn dem Cannstatter Wasen zu. Auf dem Festplatz, der sich infolge des Regens in übler Verfassung befand, war die Aufstellung der Wirtschaften, Schaubuden, Karussells u. in gleicher Weise wie früher angeordnet worden, und an Belustigungen aller Art war auch heuer kein Mangel. Neu waren u. a. verschiedene Kinematographen.

Eine edlere eigenartige Anziehung boten diesmal dem schwäbischen Volksfest die benachbarten Turngaue, und zwar im Zusammenhang mit dem alten



Gedanken eines großen deutschen Nationalfestes. Die Beteiligung an einem solchen hatte die Deutsche Turnerschaft bekanntlich wiederholt und erst jüngst wieder auf dem Turntag in Naumburg aus wohlverwogenen Gründen abgelehnt. Sie hatte daneben aber betont, daß sie mit dem Reichsverein für vaterländische Festspiele sich eins wisse in dem Bestreben für Volksgesundung, Erstarkung deutscher Sitte, deutschen Volksbewußtseins und vaterländischer Gesinnung durch die Pflege aller in solchem Sinne betriebenen Arten von körperlichen Uebungen. Die Turnerschaft hatte ferner mit dem Endabschnitt ihres Naumburger Beschlusses zugleich die Wege gewiesen, die sie zur Erreichung obiger Ziele gangbar erachtet, nämlich nicht Schaffung neuer örtlicher oder allgemeiner Feste, sondern vielmehr Veredelung schon bestehender volkstümlicher Feste, Erfüllung derselben mit einem neuen besseren Gehalt und Wiedererweckung des Sinns für körperliche Tüchtigkeit durch geeignete turnerische Vorführungen. In verschiedenen deutschen Städten hatte die Turnerschaft schon seit einigen Jahren erfolgreiche Versuche nach dieser Richtung gemacht, so in München beim Oktoberfest, in Braunschweig, Götting, Leipzig, Dresden u. a. Nun hatten sich auch die dem Cannstatter Volksfest benachbarten schwäbische Turngaue entschlossen, auf dem alten volkstümlichen Schwabenfeste einen ähnlichen Versuch zu machen.

Am Ende des Mittelganges, wo sonst die Eingangspforte zur landwirtschaftlichen Ausstellung sich erhob, war eine Zuschauertribüne mit einem im Burgstil gehaltenen Zugang errichtet, der zu dem für die turnerischen Aufführungen bestimmten Platze führte. Gegen Untertürkheim zu war dieser Platz tribünenfrei. Hier hatte sich ein nach Tausenden zählendes Publikum aufgestellt, um dem interessanten Schauspiel anzuwohnen. Um 3^{1/2} Uhr erfolgte unter den Klängen eines strotzen Marsches der Aufzug der Turner auf den Schauplatz mit Abständen in sechs Gliedern. Als bald begannen unter Leitung von Prof. Reßler, welcher von Prof. Lachenmayer unterstützt wurde, die allgemeinen Stabübungen, die zweimal stramm und präzis durchgeführt wurden. Hierauf wurde zum riegenweisen Turnen an den verschiedenen Geräten übergegangen, wobei namentlich am Barren und Reck ganz hervorragende Leistungen geboten wurden. Leider trat kurz nach Beginn dieser Uebungen wieder ein kräftiger Regen ein, vor dem sich Zuschauer und Turner flüchten mußten, und der den Boden vollends derart durchweichte, daß eine Fortsetzung der Aufführungen unmöglich war. Auch draußen auf dem Festplatze hatte sich die Menge inzwischen ins Trockene geflüchtet, so daß fast alle Wirtschaftsbuden überfüllt waren und die Wirthe, die



im übrigen keine glänzenden Geschäfte gemacht haben dürften, wenigstens in den Mittagsstunden auf ihre Rechnung kamen. Durch den gewaltigen Verkehr und die mächtigen Regengüsse waren die Wege auf dem Festplatz fast unpasseierbar geworden, und viele Volksfestbesucher traten daher frühzeitig den Heimweg an. Kurz nach 4 Uhr schon ergoß sich der Hauptstrom nach der Residenz zurück, und alle dorthin zurückfahrenden Straßenbahnwagen und Bahnzüge waren mit Fahrgästen vollgepfopft.



Kennen.

1. Die Frühjahrrennen des Württb. Kennvereins zu Stuttgart-Weil, 16., 17., 18. Juni.

Der erste Tag war vom Wetter nicht begünstigt. Erschienen waren vom Kgl. Haus der König und die Königin, sowie die Herzoge Robert und Ulrich von Württemberg und Prinz Ernst von Sachsen-Weimar. Besonders vom Glück begünstigt war das Kgl. Privatgestüt Weil. Es gewann zusammen 6000 Mk. Der Ehrenpreis der Königin und 3000 Mk. vom Verein wurde von Graf Königsmark von den Leibgardehusaren glänzend herausgeritten. Eine neue Erscheinung unter den konkurrierenden Reitern war ein Jäger zu Pferd. Die Rennen, die unter der Leitung der beiden Vizepräsidenten, Oberstallmeister Strbr. v. Seyr-Schweppenburg und Geh. Hofrat v. Vellnagel standen und um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr begannen, nahmen im einzelnen folgenden Verlauf:

I. Begrüßungsflachrennen. Preis 1000 Mk. Herrenreiten. 1500 m. 4 Pferde. Kgl. Privatgestüt Weil f. w. Skramasay (Reiter Lt. v. Lettow) 1.

II. Verkaufsflachrennen. Preis 1200 Mk. Jockeyrennen. 2000 m. 3 Pferde. Lt. Völkers f. h. Goodwin (Reiter: Harwey) 1.

III. Verkaufshürdenrennen. Preis 1200 Mk. Herrenreiten. 2500 m. 8 Pferde. h. Waldows a. hbr. h. Lace Boots (Reiter: Lt. Völkers) 1.

IV. Subskriptionspreis. 8000 Mk. Gegeben von Gönnern des Sports in Stuttgart mit einem Zuschuß vom Verein. Jockeyflachrennen. 1800 m. 7 Pferde. Kgl. Privatgestüt Weil br. h. Irrtum (Reiter: Kossiter) 1.

V. Jugendrennen. 2000 Mk. Jockeyflachrennen. 1000 m. 4 Pferde. A. v. Kaulas f. h. Pilger (Reiter: Harwey) 1.

VI. Preis von Nachod. Ehrenpreis J. M. der Königin, sowie 5000 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Jagdrennen, Handicap. Circa 4500 m. 9 Pferde. Lt. Graf W. Königsmark a. f. w. Knockdown 1.



Der zweite Tag zeigte ein bewegteres Bild als der erste Tag. Die Zuschauer, darunter viele Damen in schönen Sommertoiletten, hatten sich zahlreich eingefunden. Der bunte Rock der Offiziere herrschte vor. Der König und die Königin, die das regste Interesse den einheimischen Rennen entgegenbringen, wohnten wiederum dem sportlichen Schauspiel mit den Herzogen Robert und Ulrich und Prinz Ernst von Sachsen-Weimar und dem Dienst an. Die Rennen boten manches Interessante. Von den drei Pferden, die das Kgl. Privatgestüt Weil laufen ließ, holten sich alle drei einen Preis, einen ersten und zwei dritte. Trotz der heftigen Gewitterregen, die nach 4 Uhr hereinbrachen, hielten die Zuschauer geduldig aus. Im einzelnen war der Verlauf folgender:

I. Neckarpreis. 2400 Mk. Verlosungsflachrennen, Jockeyrennen. 1500 m. 7 Pferde. H. Suemondts br. St. Prinzess Solly (Reiter: Hartwey) 1.

II. Juni-Flachrennen. Preis 2000 Mk. Jockeyrennen. 1500 m. 3 Pferde. H. Suemondts f. W. Kilimandscharo (Reiter: John) 1.

III. Württemb. Offizier-Jagdrennen. Ehrenpreis S. M. des Königs, sowie 1500 Mk. Vereinspreis. 3500 m. 5 Pferde. Leutnant Schr. v. Entress-Fürstenecks a. br. W. Tashkent 1.

IV. Unionklub-Flachrennen. Klubpreis 1500 Mk. Jockeyrennen. 1000 m. 5 Pferde. Kgl. Privatgestüt Weil br. Hengst Scharbe (Reiter: Hartwey) 1.

V. Preis von Donaueschingen. 2000 Mk. Jockeyflachrennen. 2200 m. 7 Pferde. U. v. Raullas f. H. Steinbock (Reiter: Kossiter) 1.

VI. Herzog Albrecht-Rennen. Ehrenpreis S. R. H. des Herzogs Albrecht von Württemberg, sowie 2000 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Jagdrennen. 4000 m. 5 Pferde. Lt. v. Grävenitz br. H. Credit 1.

Mit dem dritten Tag fanden die Frühjahrsrennen einen glänzenden Abschluß. Von allen Richtungen strömten Schaulustige zu Wagen und zu Fuß herbei. Auf der Eisenbahn ging es außerordentlich lebhaft zu. Die Zuschauer, die sich, angelockt durch den herrlichen Sommertag, eingefunden hatten, waren nach Tausenden zu zählen. Es waren alle Gesellschaftsklassen, vom einfachen Arbeiter bis hinauf zum hohen Adel vertreten — ein Beweis dafür, daß das Interesse an unserem einheimischen Rennsport, der auf einem reizend gelegenen Fleck Erde ausgeübt wird, immer weitere Kreise umfaßt. Der König und die Königin mit den Prinzen des Kgl. Hauses wohnten den Rennen abermals an. Lebhaftes Hochrufe begleiteten die Majestäten bei der An-



und Abfahrt. Der Staatsminister des Innern v. Pischel bekundete durch seine Anwesenheit ebenfalls sein Interesse. Die Damenwelt entfaltete eine reiche Pracht mit ihren hübschen Sommertoiletten. Die Rennen nahmen im einzelnen folgenden Verlauf:

I. Hohenlohe-Rennen. Ehrenpreis S. D. des Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Wehringen, sowie 2000 Mk. Vereinspreis. Jockey-Flachrennen. 1600 m. 5 Pferde. A. v. Kaullas f. St. Rascha (Reiter: Kossiter) 1.

II. Preis von Scharnhauseu. 1400 Mk. Herrenreiten, Hürdenrennen. 2500 m. 4 Pferde. Kgl. Privatgestüt Weil f. W. Blondin (Reiter: Lt. v. Lettow) 1.

III. Preis von Eßlingen. Ehrenpreis der Stadt Eßlingen, sowie 1500 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Jagdrennen. 3500 m. 7 Pferde. H. Lückes br. W. Strategie 1.

IV. Prinz Weimar-Rennen. Ehrenpreis S. H. des Prinzen Herrmann von Sachsen-Weimar mit 1500 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Hürdenrennen, Handicap. 2500 m. 7 Pferde. Lt. Völkers br. St. Green Flag 1.

V. Damen-Preis. Ehrenpreis, gegeben von Damen Württembergs, mit 1200 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Jagdrennen. 3500 m. 4 Pferde. H. Lückes br. W. Schwarzwald 1.

VI. Preis von Weil. Ehrenpreis S. M. des Königs, sowie 10000 Mk. Vereinspreis. Herrenreiten, Jagdrennen, Handicap. Circa 5500 m. 8 Pferde. H. Suermonds br. St. Marmelade (Reiter: Lt. Suermond) 1.

2. Die Herbstrennen des Württb. Kennvereins zu Stuttgart-Weil, 30. Sept. u. 1. Okt.

Der erste Tag, Samstag, war regnerisch und hielt die Besucher zurück. Dagegen brachte der Sonntag herrliches Herbstwetter, das das sportlustige Publikum in Scharen auf den reizend gelegenen Rennplatz lockte. Die Eisenbahn beförderte Hunderte von Personen nach Mettingen, die alle ihre Schritte nach Weil lenkten. Viele Zuschauer kamen per Wagen und zu Fuß. Der König, der wiederum, wie schon tags vorher, erschienen war, wurde sowohl bei der An- als Abfahrt mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Da auch viele Damen in schönen Toiletten erschienen waren, so bot der Platz ein hundertbewegtes Bild. Der Totalisator bot nur eine einzige Ueberraschung, indem am zweiten Tag beim vorletzten Rennen für 5 Mk. 79 Mk. ausbezahlt wurden. Die Rennen, die unter der Leitung des Vizepräsidenten des Württb. Kennvereins, Oberstallmeister Frhr. v. Geyr-Schweppenburg standen, nahmen im einzelnen folgenden Verlauf:



1. Tag:

I. Corso-Slächrennen. Preis 1000 Mk., gegeben vom Verein für Fremdenverkehr Stuttgart. Herrenreiten. 1800 m. Kgl. Privatgestüts Weil S. v. S. Sframasaß (Reiter: Lt. v. Lettow).

II. Preis von Nertingen. 1200 Mk. Hürdenrennen, Herrenreiten. 2400 m. 5 Pferde. Kgl. Privatgestüts Weil S. v. St. Carpe Diem (Reiter: Lt. v. Lettow) 1.

III. Preis von Berg. 2000 Mk. Jockey-Slächrennen. 1400 m. 2 Pferde. A. v. Kaullas S. v. S. Togo (Reiter: Jockey Harwey) 1.

IV. Verkaufs-Jagdrennen. Preis 1200 Mk. Herrenreiten. Circa 3000 m. 9 Pferde. Major Kimmerles S. v. St. Jenny Wren (Reiter: Leut. v. Zingler, Jäger 3. Pfd.) 1.

V. Verkaufs-Slächrennen. Preis 1200 Mk. Jockeyreiten. 1400 m. 4 Pferde. Lt. Völkers br. St. Fanny (Reiter: Jockey Robinson) 1.

VI. Herzog Robert-Kennen. Ehrenpreis S. A. S. des Herzogs Robert von Württemberg. Jagdrennen, Herrenreiten. Circa 4000 m. 6 Pferde. Lt. Schr. v. Wolfskeels S. v. St. Belcarra (Reiter: Lt. Zingler, 11. Ul.) 1.

2. Tag:

I. Lichtenstein-Kennen. Ehrenpreis S. D. des Herzogs Wilhelm von Urach, Grafen von Württemberg mit 1200 Mk. Vereinspreis. Jagdrennen, Herrenreiten. Circa 3500 m. 6 Pferde. S. Haspergs a. br. W. March Green (Reiter: Lt. Graf Sponed) 1.

II. Oktober-Slächrennen. Preis 3000 Mk. Jockeyreiten. 1600 m. 6 Pferde. Kgl. Privatgestüts Weil br. Hengst Irrtum (Reiter: Jockey Kossiter) 1.

III. Hürden-Kennen. Preis 1400 Mk. Herrenreiten. 2500 m. 4 Pferde. Kgl. Privatgestüts Weil S. v. St. Carpe Diem (Reiter: Lt. v. Lettow) 1.

IV. Herzog Ulrich-Kennen. Ehrenpreis S. A. S. des Herzogs Ulrich v. Württemberg, sowie 1000 Mk. Vereinspreis. Jagdrennen, Herrenreiten. Circa 3500 m. 6 Pferde. S. Haspergs jun. br. W. Wolfenflug (Reiter: Lt. Graf Sponed) 1.

V. Herzog Philipp-Kennen. Ehrenpreis S. A. S. des Herzogs Philipp von Württemberg. Jagdrennen, Herrenreiten, Handicap. Circa 5000 m. 8 Pferde. Lt. Schr. v. Keitzensteins a. hbr. W. Le Duc (Reiter: Rittmeister Eschborn) 1.

VI. Abschieds-Slächrennen. Preis 1200 Mk. Herrenreiten, Handicap. 2000 m. 5 Pferde. S. v. Stettens dfr. W. Kobur (Reiter: Lt. Graf Sponed) 1.



VII.



I. Theater.

Bm Kgl. Hoftheater gelangten nach dem von der Kgl. Intendanz herausgegebenen Rückblick im Spieljahr 1898/99 (1. September 1898 bis 11. Juli 1899) zur Darstellung, worunter 40 Aufführungen zu halben Preisen:

67 Schauspiele, von denen 17 zum ersten Male über die Königliche Hofbühne gingen, während 14 neu einstudiert waren;
58 Opern, davon 8 zum ersten Male und 7 neu einstudiert;
4 Ballets, von ihnen 1 zum ersten Male.

Als besondere Vorstellungen sind zu erwähnen:

Am 1. Oktober 1898: Zur Feier der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal: „Kyffhäuser“; „Minna von Barnhelm“.

Am 10. Oktober 1898: Gala-Vorstellung zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Ihrer Majestät der Königin: „Die Meistersinger von Nürnberg“. (Vorspiel zum ersten Akt und dritter Akt.)

Am 27. Oktober 1898: Gala-Vorstellung zur Feier der Vermählung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Pauline von Württemberg mit Seiner Durchlaucht dem Erbprinzen Friedrich zu Wied: Festmarsch; „Der Evangelimann“ (I. Akt); „Vergiftmeinnicht“.

Am 29. Oktober 1898: Fest-Vorstellung zur Feier der Vermählung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Pauline von Württemberg mit Seiner Durchlaucht dem Erbprinzen Friedrich zu Wied: „Mignon“.



Am 8. November 1898: Gala-Vorstellung zur Feier der Vermählung Ihrer Königlichen Hoheit der Herzogin Olga von Württemberg mit Seiner Durchlaucht dem Prinzen Max zu Schaumburg-Lippe: „Lohengrin“ (I. und II. Akt).

Am 1. Februar 1899: Zum 80. Geburtstage Wilhelm Jordans. Neu einstudiert: „Durchs Ohr“; „Der zerbrochene Krug“.

Am 25. Februar 1899: Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Seiner Majestät des Königs: „Die Zauberflöte“.

Am 25. April 1899: Zur Erinnerung an die vor 50 Jahren stattgefunden erste Aufführung der Oper an der Stuttgarter Königlichen Hofbühne. Zum 166. mal: „Martha“.

Am 28. April 1899: Zu Gunsten der Pensions-Anstalt der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger und des Witwen-Pensions-Vereins der Königl. Hofbühne: Zum erstenmal: „Satiniga“.

Am 2. Juli 1899: Zur Erinnerung an Johann Strauß: Prolog; „Die Fledermaus“; „Donauwalzer“.

Als cyclische Aufführung kam in diesem Jahre Wagners Bühnen-Festspiel „Der Ring des Nibelungen“ zur Aufführung, und zwar am 6. Mai „Das Rheingold“, am 7. Mai „Die Walküre“, am 9. Mai „Siegfried“, und am 11. Mai „Götterdämmerung“.

Wie in früheren Jahren, fand auch im abgelaufenen Spieljahr — und zwar zum Schlusse desselben — ein Gastspiel des unter Leitung von Martin Klein stehenden Operetten-Ensembles statt. Dasselbe brachte an 18 Abenden die Operetten „Die Fledermaus“, „Der Opernball“, „Der Zigeunerbaron“, „Der Vogelhändler“, „Der Obersteiger“, „Der Bettelstudent“ und „Die Geisha“ zur Aufführung.

Zum erstenmal gelangten zur Darstellung:

a) im Schauspiel:

1. Im weißen Äßel. Lustspiel in drei Akten von O. Blumenthal und G. Kadelburg.

2. Eheliche Liebe. Schauspiel in drei Akten von Georg von Opfeda.

3. Die Krone. Schauspiel in fünf Akten von Anton v. Perfall.

4. Jugendfreunde. Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Fulda.

5. Mädchentraum. Spiel in drei Akten von Max Bernheim.

6. Auf der Sonnenseite. Lustspiel in drei Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.



7. Die drei Keilherfedern. Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten von Hermann Sudermann.

8. Die Lästerschule. Lustspiel in vier Akten von Sheridan. Uebersetzt und eingerichtet von Hans Meery.

9. Cyrano von Bergerac. Schauspiel in Versen, in fünf Aufzügen von Edmond Rostand. Deutsch von Ludwig Sulda.

10. Der Geizige. Lustspiel in fünf Aufzügen von Molière. Deutsch von Ludwig Sulda.

11. Die junge Frau Arneß. Lustspiel in vier Akten von Hugo Lubliner.

12. Das grobe Hemd. Volksstück in vier Akten von C. Karlowitz.

13. Das vierte Gebot. Volksstück in vier Akten von Ludwig Anzengruber.

14. Fuhrmann Henschel. Schauspiel in fünf Akten von Gerhart Hauptmann.

15. Hans. Schauspiel in drei Aufzügen von Max Dreyer.

16. Großmama. Schwank in vier Aufzügen von Max Dreyer.

17. Das Welkrüglein. Lustspiel in einem Aufzug von Grete Olden.

b) in der Oper:

1. Die Opernprobe. Komische Oper in einem Akt. Text nach Joh. Friedr. Jünger frei bearbeitet. Musik von Albert Lortzing.

2. Die Mailenkönigin. Schäferspiel mit Tanz in einem Aufzug, frei nach dem Französischen des Favart von M. Kalbed. Musik von Glück, in der Bearbeitung von J. N. Fuchs.

3. Lobetanz. Ein Bühnenspiel in drei Aufzügen von Otto Julius Bierbaum. Musik von Ludwig Thuille.

4. Das Fest auf Solhaug. Musikdrama in drei Aufzügen. Dichtung von Henrik Ibsen, deutsch von M. v. Borch. Musik von Wilhelm Stenhammar.

5. Franz Moores Ende. Dramatische Scene, komponiert von Della Croce, deutsch von Max Kalbed.

6. Jatiniga. Komische Oper in drei Akten (mit Benützung eines dem Faublas entlehnten älteren französischen Stoffes) von F. Zell und Richard Genée. Musik von Franz v. Suppé.

Gelegentlich des Gastspiels des Operetten-Ensembles.

7. Der Opernball. Operette in drei Akten von Viktor Léon und Hugo v. Waldberg. Musik von Richard Heuberger.

8. Die Geisha. Operette in drei Akten von Owen Hall. Deutsch von C. M. Koehr und J. Freund. Musik von S. Jones.

c) im Ballet:

1. Vergiftmeinnicht. Tanzmärchen in einem Akt (3 Bildern) von G. Regel und O. Thieme. Musik von Richard Goldberger.

Im Laufe des Spieljahrs 1898/99 traten als Gäste im Agl. Hoftheater u. a. auf:



I. im Schauspiel:

Emil Blöß vom Stadttheater in Lübeck (wurde engagiert); Tilli Heuser vom Großherzogl. Hoftheater in Karlsruhe (wurde engagiert); August Junkermann; Mme. Yvette Guilbert aus Paris; Emmy Remolt aus München (wurde engagiert); Rudolf Tyrolt vom Deutschen Volkstheater in Wien; Elise Alant (als erster theatralischer Versuch); Luise Dumont vom Deutschen Theater in Berlin.

II. in der Oper:

Wilhelm Friede vom Stadttheater in Köln (wurde engagiert); Julie Schütz von Stuttgart (als erster größerer Versuch); Rudolf Pröll von den Vereinigten Stadttheatern in Frankfurt a. M.; Heinrich Riefer vom Landestheater in Linz (wurde engagiert); Franceschina Drevosti; Mario Léon Sumagalli vom Kgl. Argentinatheater in Rom; Anna Kiegl, Kgl. Kammer Sängerin von Stuttgart; Julius Neudörffer vom Stadttheater in Posen (wurde engagiert); Marie Haffert vom Stadttheater in Danzig (wurde engagiert); Elsa Kobler (als erster theatralischer Versuch); Anna Reinisch von der Kgl. Hofoper in Berlin (wurde engagiert); Frida Brauer aus Stuttgart; Operetten-Ensemble unter Leitung von Martin Klein.

Das Berger Sommertheater unter Direktor Brand war wie bisher auch in diesem Jahre in Betrieb. Ebenso hat das Schliersee Bauerntheater unter Konrad Dreher wieder in der Liederhalle seine bekannten Vorstellungen gegeben.

Ueber die Pläne zur Errichtung eines zweiten Theaters in Stuttgart ist im Vorjahre ausführlich berichtet worden. Dieselben führten zu keinem Ergebnis. Wohl aber brachte das Jahr 1899 die Gewißheit eines weiteren Theaters, nicht zwar in Stuttgart selbst, aber in dem benachbarten Cannstatt, im übrigen jedoch in erster Linie auf den Besuch des Stuttgarter kunstsinigen Publikums abzielend. Hierüber waren die Zeitungen in der Lage, folgendes zu berichten:

Zu verschiedenen Malen bereits wurde im Laufe der Jahre der Versuch gemacht, das gänzlich brachliegende, im Jahre 1839 von dem genialen Architekten v. Zanth erbaute Kgl. Wilhelmtheater den heutigen Bedürfnissen entsprechend herzustellen und der Benützung wieder zugänglich zu machen. Alle diese Versuche scheiterten jedoch an gewissen, in den Verhältnissen selbst liegenden Schwierigkeiten, und das reizende Theater am rauschenden Neckar, umgeben von duftenden Gärten und alten schattigen Bäumen, blieb nach wie vor unbelebt und geschlossen.

Da wagten es im Frühjahr d. J. eine Anzahl Cannstatter Herren: Schr. Joseph v. Ulrichshausen, Prof. Verw. Dr. E. Raoff, Buchdruckereibesitzer



Rudolf Kraut, Bankier Max Hartenstein und Architekt Freiherr v. Schilling-Cannstatt, den alten Plan aufs neue aufzunehmen und eine diesbezügliche Eingabe an S. M. den König zu richten, die eine sehr ermutigende Beantwortung fand. Das Komitee stellte hierauf an Kommerzienrat Leo Vetter die Bitte, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen, was dieser bereitwillig zusagte.

Es galt vor allem zu untersuchen, in welcher Weise die für die Städte Cannstatt und Stuttgart so wichtige Wilhelma-Theaterfrage nach ihrer finanziellen und rechtlichen Seite hin gelöst werden könnte. Kommerzienrat Vetter trat zu diesem Zweck, unterstützt durch die von Baron v. Schilling-Cannstatt gefertigten provisorischen Pläne, ungehäumt mit der Kgl. Hoftheater-Intendanz und Krongutverwaltung in Verhandlung und fand bei dem Kgl. Hoftheater-Intendanten, Baron zu Putlitz, das lebhafteste Interesse für die Sache, Rat und energiegelasse Förderung.

Indessen der Schwerpunkt der Frage und deren Entscheidung lag bei der Kgl. Hofdomäne und Krongutverwaltung; dort mußte vor allem die gewünschte Verständigung gesucht werden, und diese konnte der Natur der Sache nach keine rasche sein. Von den mannigfachsten Erwägungen abhängig, erforderte das Unternehmen vielmehr die gewissenhaftesten und gründlichsten Untersuchungen, und nur dem allseitig vorhandenen guten Willen, sowie in erster Linie der Munifizenz S. M. des Königs ist es zu verdanken, daß nach und nach die mancherlei Schwierigkeiten hinweggeräumt und schließlich eine befriedigende Lösung gefunden werden konnte.

Ein Kgl. Dekret, welches die Grundlage zu den abschließenden Verträgen bildet, brachte dem Komitee am 16. Oktober die Genehmigung des Königs für das vorgelegte Projekt. Damit war die Sache des Wilhelma-Theaters beschlossen und seine Wiedereröffnung entschieden.

Um nun ungehäumt vorangehen zu können, hat sich am 24. Oktober eine Gesellschaft von Garantiezeichnern unter dem Namen: „Wilhelma-Theater-Gesellschaft“ gebildet; ebenso wurde mit dem, der vorgerückten Zeit wegen auf Entscheidung dringenden, hier vorteilhaft bekannten Theaterdirektor Martin Klein für die Monate Juni, Juli und August ein Vertrag, und zwar auf mehrere Jahre abgeschlossen. In den Wintermonaten wird die Kgl. Hoftheater-Intendanz selbst Vorstellungen im Wilhelma-Theater geben, für deren Erfolg die ausgezeichnete Leitung unseres Hoftheaters und seine künstlerischen Kräfte die beste Garantie bieten. Die Eröffnung des Hauses soll im Mai nächsten Jahres erfolgen.

Das Theater, ursprünglich für 650 Plätze angelegt, soll durch den geplanten Umbau auf 1000 Plätze erweitert, mit elektrischer Beleuchtung und Zentralheizung versehen werden. Die Haupttreppen müssen ganz erneuert, respektive aus Stein konstruiert werden. Dagegen ist der Bau an sich ausgezeichnet erhalten, die Umfassungsmauern so solide und massiv angelegt, wie heute überhaupt nicht mehr gebaut wird, und das vielverleumdete Gebälk ganz tadellos. Sogar die Decken-Dekorationen sind noch so unverfehrt, daß bei der pietätvollen Behandlung des ganzen Baues, den sich die Gesellschaft zur Auf-



gabe gemacht hat, auch diese in der Hauptsache erhalten werden können. Die Bühne ist verhältnismäßig sehr geräumig, und das Theater wird in seinen reizenden Raumverhältnissen, den modernen Bedürfnissen entsprechend eingerichtet, jenen feinen intimen Charakter bewahren, den der Kenner so hoch zu schätzen weiß. Einen Hauptreiz der ganzen Anlage aber bildet der schöne Uebergang vom Theatergebäude durch die anschließenden, gut erhaltenen, gedeckten Kolonnaden in den Garten, der der Gesellschaft auf 20 Jahre mit zur Verfügung gestellt wurde.

In diesem, heute großenteils zu gärtnerischen Wirtschaftszwecken benützten Park soll eine zweite, offene Bühne entstehen, auf der im Sommer bei gutem Wetter im Freien unter schattigen Bäumen konzertiert und gespielt werden wird. Ein großes Publikum, 2000 bis 3000 Personen, kann eventuell dort Raum finden, um sich der Darbietungen einer vorzugsweise heiteren Muse zu erfreuen.

Am Ende des Jahres 1899 waren die Wiederherstellungsarbeiten so weit vorgeschritten, daß die Eröffnung des Theaters im Sommer 1900 sichergestellt ist. Die beiden Städte Cannstatt und Stuttgart sind an dem Punkte angelangt, eine Großstadt zu werden. Das Kgl. Wilhelma-Theater, umgeben und mit Stuttgart verbunden durch einen einzig schönen Park, liegt in der Mitte und wird ein weiteres Bindeglied zwischen den beiden Städten bilden, die im Begriffe sind, sich zu gemeinsamer Verwaltung die Hand zu reichen (vgl. unten Abschn. XII).

Das im vorigen Jahr eröffnete Apollotheater gab hauptsächlich Variété-Vorstellungen, die sich jedoch nicht eines so zahlreichen Besuches erfreuen durften, wie es die durchweg guten und dezenten Leistungen und das angenehme Haus verdient hätten. Im Sommer fanden Operetten-Aufführungen statt.

Ueber das in einem großartigen Neubau — dem sogenannten Friedrichsbau an der Ecke Schloß- und Friedrichsstraße — geplante Theaterunternehmen wird die Chronik des Jahres 1900 Zuverlässiges zu berichten in der Lage sein. Dasselbe gilt von einem Unternehmen, das im Garten des Liederkranzes seine Stätte finden und von Theaterdirektor Brandt, dem Leiter des bisher so beliebten Ensembles im Berger Kurztheater, geführt werden soll.





2. Musikalische Aufführungen.

Auf dem rein musikalischen Gebiete sind auch in diesem Jahr wiederum in erster Linie die zehn Abonnements-Konzerte der Kgl. Hofkapelle hervorzuheben. Sie fanden, entgegen dem bisherigen Gebrauche, nicht im Königsbau, sondern, der besseren Akustik wegen, im Festsaale der Liederhalle statt (vom 18. Oktober 1898 bis Palmsonntag 1899).

Es wurden unter Leitung von Hofkapellmeister Dr. Obrist aufgeführt:

a. 8 Symphonien:

Beethoven: Nr. 2 D-dur; Beethoven: Nr. 3 Es-dur; Beethoven: Nr. 8 F-dur; Mozart: Nr. 3 Es-dur; Schumann: Nr. 1 B-dur; *Berlioz: Symphonie fantastique; *Bruckner: Nr. 4 Es-dur (Romantische); Tschaikowski: Nr. 6 H-moll (Pathétique).

b. 11 sonstige selbständige Orchesterstücke:

*Beethoven: Cis-moll-Quartett. Op. 131, für großes Orchester eingerichtet von Karl Müller-Berghaus; *Händel: Concerto grosso D-dur, arr. von Kogel; Gluck: Overture Iphigenia in Aulis (Schluß von Wagner); Mendelssohn: Overture Melusine; Weber: Jubelouverture; *Liszt: Sonnen-schlacht; *Linder: Im Walde; *Rich. Strauß: Don Juan; Saint-Saëns: Rouet d'Omphale; *Tschaikowski: Overture Romeo und Julia; *Weingartner: Gesilde der Seligen.

c. Chorwerke:

Mendelssohn: Antigone (unter Mitwirkung von Herren des Lehrer-gesangsvereins); *Albert Becker: Geistlicher Dialog; Chöre a cappella: Bennet: Fließet dahin; Eccard: Hans und Grete; Gastoldi: Amor im Tachen; Hasler: Jungfrau, dein' schön' Gestalt; A. Scarlatti: Exsultate Deo; L. Schröder: Freuet euch, ihr lieben Christen.

d. Instrumentalkonzerte:

Klavier: Liszt: Nr. 2, A-dur; Schytte: op. 28; Tschaikowski: op. 23, B-moll. Orgel: Händel: Nr. 1, B-dur. Violine: Joachim: Ungarisches Konzert, I. Satz; Tschaikowski; op. 35, D-dur. Cello: Dvorák: H-moll.

Die mit * bezeichneten Werke wurden zum ersten Male aufgeführt.

Als Solisten wirkten mit:

Sänger: Helene Hieser; Charlotte Luhn; Henriette Mottl-Standhartner; Marcella Pregi; Johanna Schönberger; Maria Speidel; Anna Sutter; Anton



Balluff; Selig Deeken; Moritz Grauscher; Karl Perron; Hans Poeh. Instrumentalisten: Johanna Alinkerfuß; Konrad Anforge; Professor Hugo Becker; Viktor Biart; Prof. Hugo Heermann; Prof. S. de Lange; Alex. Perschnikoff. — Gelegentlich der Aufführung der „Antigone“ wirkten folgende Schauspielkräfte mit: Olga Doppler; Hildegard Obrist-Jenicke; Louise Wengel; August Elmreich; Hugo Jessen; Hans Meery; Karl Salomon; Ernst Schrupf.

Aus den reichen Darbietungen der musikalischen Vereine ist sodann zu berichten:

1. Der Verein für Klassische Kirchenmusik (Vorstand Prälat v. Bilfinger, der im Laufe dieses Jahres gewählt wurde an Stelle des nach Ulm versetzten Oberlandesger.-Rats E. Pfizer, Dirigent Prof. S. de Lange) führte auf:

Am 9. Februar: Chöre von Palestrina, Sweelinck, Schütz, Seth Calvisius, Mozart, Brahms, Mendelssohn.

Am 31. März: „Matthäus-Passion“ von Bach.

Am 15. Juni: Cantate „Aus der Tiefe“ von Bach, Triumphlied von Brahms.

Am 16. November: „Judas Maccabäus“ von Händel.

2. Der Neue Singverein (Vorstand Herr W. Effenberger, Dirigent Prof. Ernst S. Seyffardt) feierte in diesem Jahre das Fest seines 25jährigen Bestehens (vgl. unten S. 108). Am 26. Januar war aus diesem Anlaß eine Jubiläums-Aufführung von Haydns „Jahreszeiten“.

Die regelmäßigen Abonnements-Konzerte fanden statt am 7. April mit „Schicksalgefängnis“ von Seyffardt und „Die erste Walpurgisnacht“ von Mendelssohn, und am 13. November mit der ersten hiesigen Aufführung von Berlioz' „Faust“.

Der Verein erblickt seine Aufgabe darin, die neueren und neuesten Chorwerke dem Publikum vorzuführen und ist in dieser Hinsicht ein wichtiger Faktor im Musikleben.

Während die Konzerte des Vereins für Klassische Kirchenmusik mit der Kgl. Hofkapelle stattfinden, arbeitet der Neue Singverein mit der Kapelle des Inf.-Reg. „Kaiser Friedrich“ (Musik-Dir. Prem), deren vortreffliche konzertmäßige Leistungen hier Erwähnung finden mögen.

3. Der Stuttgarter Liederkrantz (Vorstand Paul v. Gerlach, Dirigent Prof. W. Förstler) entwickelte wiederum eine reiche und vielseitige Thätigkeit.

Außer vielen internen Veranstaltungen für seine Mitglieder trat der Verein öffentlich auf am Neujahrsfest (1. Januar). Vier populäre Konzerte:



am 1. Februar, 1. März, 1. und 29. November, in der Schillerfeier am 7. Mai und im Goethefest am 17. September. Außerdem wurde am 3. Dezember eine Vereinigung hiesiger und auswärtiger Gesangsvereine veranstaltet.

Hervorzuheben ist, daß der Verein in diesem Jahre sein 75jähriges Jubiläum feierte mit einem Festakt am 25. Juni, einem Festkonzert am 24. Juni und Festbankett. (Vgl. hierzu unten S. 104.)

Von bedeutenden Chorwerken führte der Verein auf: W. Berger „Meine Göttin“, dreimal; Brahms „Aphrodite“ mit Alt-Solo, zweimal; Hegar „Auldolf von Werdenberg“, „Weihe des Liedes“.

Die Jahresberichte des Liederkranzes liefern stets wertvolle Beiträge zur Geschichte der Gesangspflege in der schwäbischen Hauptstadt.

4. Eine achtunggebietende Stellung hat sich durch seine trefflichen musikalischen Leistungen der Lehrergesangsverein erobert (Vorstand Prof. L. Hils, Dirigent Prof. S. de Lange). Der Chor zählt ungefähr 120 Mitglieder und feierte im verflossenen Jahr sein 10. Stiftungsfest mit einem Festkonzert im Königsbau am 18. Februar.

Aufgeführt wurden: „Admischer Triumphgesang“ von Bruch, „Gesang der Geister über den Wassern“ von Schubert, „Das Liebesmahl der Apostel“ von R. Wagner. Ein zweites Konzert fand statt am 22. April mit Chören von Rieg, Mendelssohn, Schumann, W. de Haan (Cycclus „Aus dem Mittelalter“). Der Schwerpunkt der Konzerte liegt in den Chorwerken, nicht in Solovorträgen.

5. Der Orchesterverein (Vorstand Ministerialrat Habermaas, Dirigent Prof. S. de Lange) gab vier Aufführungen am 4. März, 29. April, 14. Oktober, 11. Dezember.

Aufgeführt wurden zum ersten Male: Handel, Concerto Grosso, H-moll. Serenade op. 16 von Brahms. Serenade M. S. von S. de Lange.

6. Der Stuttgarter Tonkünstlerverein feierte mit zwei Aufführungen am 30. November und am 2. Dezember das Fest seines 25jährigen Bestehens.

Die Vorträge (Kammermusik) bestanden zumeist aus Kompositionen von Vereinsmitgliedern, die auch von solchen vorgetragen wurden. Besondere Ehrung wurde dem Mitbegründer und langjährigen Vorstand Prof. E. Singer.

7. Von Kammermusikvereinen waren thätig:

a) Quartett: Singer, Künzel, Wien, Seig am 8. Februar, 12. März, 26. April. Novitäten: Quartette op. 105 Dvorák, E-moll Smetana; Sertett: op. 18 Brahms;



b) Trio-Vereinigung: Pauer, Singer, Seitz am 30. Januar, 22. März, 11. April, 11. Dezember; Novitäten: Trios von Dvorak und Tschaikowsky; Suite op. 111 Speidel;

c) Quartett Schapitz, Jacob, Kirchhof, Jahnig: Sonntagsmatineen am 29. Januar, 12. März, 15. Oktober, 16. November mit ausschließlich klassischem Programm.

Als besondere Veranstaltungen mögen noch Erwähnung finden die Konzerte des Kamorchesterers aus München unter Weingartners Leitung, sowie die regelmäßig stattfindenden Klavierabende von Prof. Max Pauer und die Orgelkonzerte von Prof. S. de Lange.

Im Herbst des Jahres hat sich hier eine Ortsgruppe der „Internationalen Musikgesellschaft“ konstituiert. Vorstand: Hofkapellmeister Dr. A. Obrist, Schriftführer: Bgl. Bibliothekar v. Stockmayer, Kassler: Kommerzienrat Schiedmayer. Neben den reichen litterarischen Gaben dieser bereits in der ganzen Welt verbreiteten Gesellschaft sollen mit der Zeit auch zwanglose historische Konzerte und Vorträge hier geboten werden.



3. Bildende Kunst.

a. Königl. Württembergische Kunstsammlung des Staates.



ie im Jahre 1899 für das Museum der bildenden Künste gemachten Erwerbungen, sowie die veranstalteten Spezial-Ausstellungen sind folgende:

Für das Kupferstichkabinett wurden erworben:

Peters, P. J., Original-Aquarelle, 7 Blatt. Wolff, L., Original-Radierungen, 11 Blatt. Fischer, O., Original-Radierungen, 2 Blatt. Naftart-Album, Photogravüren, 80 Blatt. 4 Bildnisse des Königs Wilhelm II. von Württemberg und 5 Bildnisse der Königin von Württemberg. Zahn, P., Original-Radierungen, 10 Blatt. Seubert, J., Original-Aquarelle, 51 Blatt. Jahn,



G., Original-Kadierungen, 6 Blatt. Fortuny, Original-Kadierungen, 13 Blatt. Verein für Original-Kadierung in Berlin. Heft I—XIII Frühdrucke, 110 Blatt. Tiepolo, J. B., die Fresken im Palast Archinti, Dugnani, Clerici und in der Kirche St. Ambrogio in Mailand, die Fresken im Palast Raimondi in Birago, 50 Blatt. Zorn, Original-Kadierungen, 6 Blatt. Ploetz, G., Original-Handzeichnungen, 44 Blatt. Thoma, L., 2 Bände Photographien nach Gemälden, 150 Blatt. Als Geschenk kamen dem Kabinett zu von Kommerzienrat L. G. Gutekunst hier: 1100 Blatt Württembergica.

An Spezial-Ausstellungen wurden vom Kgl. Kupferstich-Kabinett veranstaltet:

Bis 1. September 1899: Die Werke von Peter v. Cornelius, Friedrich v. Overbeck und J. Schnorr von Carolsfeld; seit 1. Dezember 1899: Württembergica aus der L. G. Gutekunst'schen Schenkung.

Für die Gemäldegalerie wurden erworben:

„Das letzte Abendmahl“, von J. v. Uebe. „Nun ade, du stilles Haus“, von Christ. Landenberger. „Am Weiber“, von Hugo König. „Der Eisack bei Bogen“, von Otto Reinger. „Kindermund“ und „Flucht nach Aegypten“, von altdeutschem Meister. „Aus dem Lauchertthale“, von Karl Schickhardt. „Waldlandschaft“ von Arn. Böcklin. „Gefangenes Königspaar“, von Paul Meyerheim. „Der Schützengel“, von Unbekannt. „Fische“, von Nat. Schuttschiff.

Als Geschenk kam der Galerie zu von Seiner Majestät dem König:

„Jesus und die Samariterin“, von altdeutschem Meister, als Vermächtnis vom † Herrn Braun in Schaffhausen a. Rhein. „Flußufer mit Röhren“ von J. L. de Haas.

Sodann fanden in den Räumen derselben folgende Ausstellungen statt:

Vom 1. Februar bis 15. März: Die Kunstausstellung des Vereins bildender Künstler Münchens, Sezession, Stuttgart 1899, und vom 15. Oktober bis 27. November 1899: Die III. Ausstellung des Württ. Malerinnenvereins Stuttgart 1899.

Für die plastische Sammlung wurden erworben folgende Gips-Abgüsse:

L. della Robbia: Begegnung der Maria mit Elisabeth. Tilman Riemen-schneider: Pieta. Antike Gruppe: Amor und Psyche. Donatello: Carlo dei Medici. L. della Robbia: Kopf eines Greises. Andrea Verrochio: Cosimo dei Medici „Il vecchio“. Michel Angelo: Il pensierosa. Derselbe: Knieender Engel. Nicolo dell' Arco: Knieender Engel. Giovanni Bologna: Katto delle Sabine. Jacopo Sansovino: Bacchus mit Faun. Sog. Idolino, Statue in den Uffizien. Lorenzo Ghiberti: Urne des hl. Zenobius.



b. Der Württembergische Kunstverein.

Der Württemb. Kunstverein brachte im abgelaufenen Jahre in seiner fortdauernden Ausstellung im eigenen Gebäude bei allwöchentlichem Wechsel 2148 Originalwerke der Malerei und Bildhauerei, der graphischen Künste von lebenden Künstlern des In- und Auslandes zur Ausstellung.

Von bedeutenderen auswärtigen Künstlern haben ausgestellt:

Andreas Achenbach, Barbisan, G. v. Canal, Dettmann, E. Dücker, J. v. Defregger, P. Fickel, A. Frieze, W. Girtle, O. Grenzel, A. Hartmann, S. A. v. Kaulbach, Kallmorgen, G. May, Prabhila, Th. Kocholl, G. Kochegrosse (Kolossalbild: Die Jagd nach dem Glück), A. Schleich, G. Waltenberger (Kolossalbild: Westuntergang) u. s. w.

Mit größeren Kollektiv-Ausstellungen waren vertreten: A. Böhme, Franz Courtens, O. v. Faber du Faur, Hans Gude, S. Lászld, Paul Meyerheim, Peter Paul Müller, A. Lutteroth, Siliberto Petiti, C. Pracht u. a. m.

Von hiesigen Künstlern sind besonders zu nennen:

W. Auberlen: Porträts. Prof. J. Keller: Genrebilder. Prof. A. Treidler: Genrebilder und Porträts. Prof. A. Kappis: Landschaften vom Bodensee und Schwarzwald. P. J. Peters. Anna Peters: Blumen. Mathilde Kopp: Blumen und Stilleben. H. Drück: Landschaften. E. Schön. Prof. A. v. Donndorf: Plastische Arbeiten. Prof. Th. Bausch. E. Riemslen. A. Donndorf: Plastische Arbeiten u. s. w.

Kollektiv-Ausstellungen haben veranstaltet: H. Pleuer, E. Starker, A. Schickhardt, Otto Jung, Paul Huber, E. Epple u. a. m.

Die Zahl der Besucher der Kunstvereins-Ausstellungen belief sich auf rund 80000. — Privatverkäufe wurden vermittelt im Wertbetrage von 34745 M^{fr.}. — Für die Kgl. Gemäldegalerie wurde das Bild „Ein gefangenes Königspaar“ (Löwen) von Prof. Paul Meyerheim angekauft. — Für Verlosungsankäufe und Vereinsgabe wurden 24000 M^{fr.} verausgabt.



Die schon oben erwähnte dritte Ausstellung des Württ. Malerinnenvereins wurde am 8. November feierlich eröffnet. Die Protektorin des Vereins, J. M. die Königin, wohnte in Begleitung der Hofdame Gräfin Urkull, des Oberhofmeisters Frhn. v. Reischach und des ersten Kammerherrn Frhn. v. Kasler dem



Eröffnungsakte, der ohne besonderes Ceremoniell vor sich ging, bei. Außerdem waren anwesend: Frau Herzogin Wera und Frau Herzogin v. Albany, Frau Herzogin von Urach und Prinzessin Olga von Weimar mit ihren Hofstaaten, sowie die Professoren der Agl. Kunstschule; das Kultministerium war durch Ministerialrat Dr. Habermaas, die Stadtgemeinde durch Stadtschultheiß Gauß vertreten. Die Königin wurde in dem mit Blattpflanzen geschmückten Vestibül von den Komitcedamen Peters und v. Wächter-Spittler empfangen; nach einer kurzen Begrüßung wurde ein Rundgang durch die Ausstellung unternommen, der über eine Stunde dauerte.

Von einheimischen Ausstellerinnen beteiligten sich u. a. in der Abtheilung für Malerei:


Johanna Koch, Agnes Grünwald, Julie Sanders, Sophie Probst, Alara Kettich, Osthoff-Hartmuth, Frida Kiefer, Adelheid Scholl, Elise v. Wundt, Julie Rünste, Maria Krauskopf, Bertha Winter, Paula v. Wächter, Hedwig Mohn, Bertha Steudel, Alara Kolb, Helene Hamm, Fanny Böcklen, Gertrud Bauer, Sally Wiest, Julie Textor, Charlotte Bücheler.

In der Abtheilung für Kunstgewerbe, Zeichnungen, Plastik hatten ausgestellt:

Magdalene Schweiger, Gertrud Rommel, W. Herrig, Eugenie Andler, Isolda Weiser, Frau Oskar Schott, Susanne v. Schott-Dieber, Elise Stodmayer-Drück, Marie Wiest, Anna Lent, Käthe Härlin, Sally Wiest, E. van Doesbourgh, Louise Donndorf, Emma Zumsteeg, Anna v. Moser.



4. Wissenschaft.

 Das Museum des Vereins für Handelsgeographie, welches dank den unablässigen Bemühungen des Vorsitzenden, Grafen v. Linden, zu einem eigentlichen Museum für Völkerkunde sich ausgestaltet hat, erfuhr im abgelaufenen Jahre eine bedeutende Vergrößerung. Insbesondere sind zu erwähnen die beiden Sammlungen, die von S. M. dem König dem Verein überwiesen wurden und gleich



hervorragend sind sowohl durch ihre wissenschaftliche Bedeutung wie durch die Stückzahl der Objekte.

Eine dieser Sammlungen wurde laut St.-Anz. dem König von Ingenieur Meißner angeboten, der bei seinem langjährigen Aufenthalt auf Sumatra dem in fernere Abgeschiedenheit lebenden Stamm der Karo-Bataker ein besonderes Studium widmete und von dessen Hausgeräten, Waffen, Schmucksachen u. eine ungewöhnlich vollständige Sammlung anlegte, die er ausführlich katalogisierte. Die Sammlung ist um so wertvoller, als die Karo-Bataker ihre ursprünglichen Stammeseigenschaften sich bis heute erhalten haben, bei dem sich entwickelnden regeren Verkehr aber vielleicht schon bald der indisch-malayisch-europäischen Kultur zugänglich werden. Die zweite bedeutende Sammlung stammt aus Westafrika von dem durch Zintgraffs Expedition bekannt gewordenen Hochlandvolk der Bali und verdankt Dr. Esser ihre Entstehung. Der Forscher hatte längere Zeit unter den Bali-Negern verweilt, die unter deutscher Schutzherrschaft stehen und die namentlich in der Anfertigung von Tabakspfeifen aus Thon ein seltenes künstlerisch entwickeltes Geschick besitzen. Von diesen Tabakspfeifen hatte Dr. Esser eine größere Anzahl erworben, von denen aber leider alle bis auf 60 Stück auf der Reise zerbrachen. Bewundernswert ist der reiche bildnerische Schmuck, mit welchem die Pfeifen geziert sind. Außerdem enthält die Sammlung noch kunstvoll geschnitzte Kalabassen für Palmwein, welches Getränk die Bali-Neger in ansehnlichen Quantitäten vertilgen, sowie eine Reihe von Waffen, darunter die seltenen, breitflügeligen, zum Teil ziselierten Speere, welche nur von den Frauen des Königs getragen werden dürfen. Ebenso sind die allerdings sehr bescheidenen Kleidungsstücke der Frauen in größerer Zahl vertreten, die sogen. Guassi; diese stellen ein handbreites Geflecht, von Bananenfaser und duftenden Kräutern gefertigt, dar und werden in einen um den Leib gebundenen Bindfaden gesteckt, jedoch nur bei Festlichkeiten getragen. So giebt auch die Sammlung Dr. Essers ein übersichtliches Gesamtbild über die Kulturstufe eines bestimmten Volksstammes.

Ein weiteres, wenn auch nicht in erster Linie wissenschaftlichen Zwecken dienendes Museum erhielt die Stadt durch die Eröffnung einer Waffensammlung in den Fürstengemächern des alten Schlosses. Hiezu schrieb der Staats-Anz. folgendes:

Se. M. der König haben, von der Absicht geleitet, eine bisher in den Räumen des Artilleriedepots zu Ludwigsburg untergebrachte und daselbst nicht allgemein zugängliche Sammlung an Geschützen, Waffen, Fahnen, Standarten und Modellen von Heeresgerät verschiedener Art aus früheren und jüngeren Zeiten weiteren Kreisen zu erschließen, die Gnade gehabt, mehrere Gemächer der sog. Fürsten-Etage im alten Schloß in Stuttgart zur Aufstellung dieser Sammlung, die neben manchen historisch wertvollen



Sträßen auch für den Kunstliebhaber und Sachmann interessante Gegenstände enthält, einräumen zu lassen. Wenn nun auch das hierdurch erstandene kleine Armeemuseum, was die Reichhaltigkeit und Seltenheit seines Stoffes anbelangt, weit hinter ähnlichen Museen größerer Städte und fürstlicher Hausmuseen zurücksteht, so birgt es doch manchen Schatz vaterländischer Geschichte in sich und kann mit der Zeit — unterstützt durch Schenkungen von Kriegsandenken, welche bei Privaten, namentlich Offiziers- und Soldatenfamilien, oft unbeachtet und unbekannt vergraben liegen — zu einer Sammelstätte nationaler Güter ausgebildet werden; gewiß nicht in der Absicht, bei dem friedlich arbeitenden Volke kriegerische Liebhabereien zu erwecken, sondern ihm in den Kriegsandenken das zu bieten, was sein Nationalgefühl hebt und seine Liebe zu Fürst und Vaterland nährt. Das alte Schloß, dieser herrliche Bau, ist dadurch um eine Sehenswürdigkeit reicher geworden, und kein Besucher desselben wird es zu bereuen haben, wenn er dem Landes-Armeemuseum, welches mit Ausnahme der hohen Festtage täglich in der Zeit von 10 Uhr (an Sonntagen nach Schluß des Gottesdienstes) bis 1 Uhr geöffnet ist, einige Minuten widmet.



5. Öffentliche Vorträge.

(Das nachfolgende Verzeichnis ist beschränkt auf diejenigen Vorträge allgemeineren Interesses, welche auf Veranlassung eines der hiesigen Vereine gehalten und von letzteren der Chronikkommission am Jahreschluß freundlichst mitgeteilt wurden.)

Afrikaverein deutscher Katholiken.

11. Juni. Pater Dominikus Enshof, von der St. Benediktusmissionsgesellschaft, früher Missionsprokurator in Dar es Salam, Missionshaus St. Ottilien (Bayern): Land und Leute, Handel und Verkehr, die Arbeiten des Missionars in Deutsch-Ostafrika (geh. im Gesellenhause).
12. Juni. Derselbe mit dem gleichen Thema (geh. im Europäischen Hof).

Allgemeiner Deutscher Sprachverein.

14. Februar. Prof. Dr. Grob, Stuttgart: Ueber Sizilien.

Anthropologischer Verein.

14. Januar. Med.-Nat Dr. Hedinger, Stuttgart: Urheimat der Germanen.
11. Februar. Dr. Hopf, Plochingen: Naturgeschichte des Teufels.
11. März. Dr. Wisler, Heidelberg: Urgeschichte der Arier.



11. November. Dr. Hedinger, Stuttgart: Keltische Ausgrabungen aus Grabhügeln bei Mergelsetten, W. Heidenheim.
9. Dezember. Dr. Schlig, Heilbronn: Neolithische Wohnungen am Neckar in der Nähe von Heilbronn.

Arbeiterbildungsverein.

9. Oktober. G. Edlmann, Beamter, Stuttgart: Ueber die Wohnungsverhältnisse.
6. November. Franz Fürstenberg, Dozent an der Humboldts-Akademie, Berlin: Elektrisches Fernsehen und Fernsprechen.
27. November. W. Roth, Beamter, Stuttgart: Der Transvaalkrieg.

Buchhandlungsgesilfenverein.

13. Oktober. Dr. Stinde, Schriftsteller, Berlin: Vorlesung aus seinen Schriften.

Deutsche Kolonialgesellschaft.

1. Februar. Karl Perrot, Besitzer einer Faktorei und Plantage in Lindi, Wiesbaden: Erfahrungen eines Pflanzers in Deutsch-Ostafrika.
22. März. J. Grabowsky, Inspektor am herzoglichen Museum, Braunschweig: Deutsch-Neuguinea nach eigener Anschauung.
13. November. Dr. Grothe, Berlin: Deutsche Kulturarbeit in Kleinasien (anatolische Bahnen u. s. w.).
6. Dezember. Dr. Krieger, vormals kaiserl. Richter in Deutsch-Neuguinea, Charlottenburg: Unsere neuen Erwerbungen in der Südsee (Karolinen-, Marianen-, Palao-, sowie Samoa-Inseln).

Deutsch-österreichischer Alpenverein.

20. April. Eichler, Kustos am Kgl. Naturalienkabinett, Stuttgart: Geschichte und Leben der alpinen Gebirgsflora.
30. November. Dr. Kurt Boeck, Dresden: Königreich Nepal.

Evangelischer Bund.

30. Januar. Oberkonsistorialrat Dr. Nierz, Stuttgart: Reformation und bildende Kunst.
19. März. Universitätsprofessor Dr. Busch, Tübingen: Luther und Karl V.
8. Mai. Pfarrer Lic. theol. Bräunlich, Wegdorf: Die evangelische Bewegung in Oesterreich.
18. Oktober. Pfarrer Dursch, Pfalz: Die Protestationskirche in Speyer.
8. Dezember. Prof. Dr. H. Plandl, Stuttgart: Hans Sachs als Dichter der Reformation.

Friedensgesellschaft Stuttgart.

27. Februar. Stadtpfarrer Umfried, Stuttgart: Ein Kreuzzug gegen den Krieg.
10. Oktober. Kirchenrat Dr. Kroner, Stuttgart: Die Quellen der Idee des ewigen Völkertiedens.
30. November. Oberlehrer Grammer, Stuttgart: Das Recht zu leben.



Heilsarmee.

21. Mai. Kommandeur der Heilsarmee Thom. McKie, Berlin: Die Eile zur Errettung der Seele, 1 Moj. 19, 22.
22. Mai. Derselbe: Der Schritt, der vom Tode trennt, 1 Sam. 20, 3.
28. August. Oberstleutnant der Heilsarmee J. Junker, Berlin: Ein Moment, bei dem der Charakter des Menschen für alle Ewigkeit abgeschlossen ist, Offenb. Joh. 22, 11.
29. August. Derselbe: Die Religion der That, Matth. 7, 21—27.
2. Dezember. Derselbe: Die Schrecken des Todes und was ihnen ihre Macht nimmt, Jerem. 12, 5.
4. Dezember. Derselbe: Die große Ernte, Offenb. Joh. 14, 15—17.
4. November. Adjutant der Heilsarmee Fr. Stankoweit, Frankfurt a. M.: Die geheimnisvolle Handschrift, Dan. 5.
26. Dezember. Derselbe: Der große Abschied, Matth. 25, 31—46.

Kaufmännischer Verein.

30. Januar. Universitätsprofessor Dr. v. Zwiedineck, Graz: Deutsches Landknechtaleben.
9. Februar. Schriftsteller Karl S. Reichsritter v. Vincenti, Wien: Am Hofe der Sultane.
9. März. Kgl. Hofschauspieler Max Oppmar, Hanau: Humoristischer Dialekt-Abend.
23. März. Kgl. Hofschauspielerin Philippine Brand, Stuttgart: Ein schwäbischer Dichter und Denker im Bauernittel: Christ. Wagner in Warmbronn.
19. Oktober. Universitätsprofessor Dr. W. Busch, Tübingen: Bismarck, der Mann und sein Werk.
9. November. Jens Lügen, Dozent an der Humboldt-Akademie, Berlin: Der Untergang der Erde am 13. November 1899 (mit Lichtbildern).
10. Dezember. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. med. E. Schwening, Berlin: Ärztliche Plaudereien.

Ancippverein.

22. Januar. Oberbadearzt Dr. Baumgarten, Wdrisshofen: Neurasthenie, ihre Ursachen und Heilung.
20. März. Oberstabsarzt a. D. Dr. Raß, Degerloch: Influenza.
6. November. Derselbe: Wie schützen wir uns vor den schädlichen Einflüssen des Winters auf unsere Gesundheit?
8. Dezember. Stadtarzt Dr. Stügge, Mergentheim: Tuberkulose.

Schwäbischer Albverein.

10. April. Revisor Gustav Ströhmfeld, Stuttgart: Oberschwäbische Kunstwanderungen.



Schwäbischer Frauenverein.

18. Januar. Rektor Dr. Egelhaaf, Stuttgart: Bismarck als Schriftsteller.
1. März. Karl Lotter, Privatier, Stuttgart: Das Haus Württemberg als Stammhaus der verschiedenen Dynastien Europas.
15. März. Prof. Kessler, Stuttgart: Die Pflege der Leibesübungen mit besonderer Berücksichtigung der weiblichen Jugend.
17. April. Prof. Dr. Eugen Gradmann, Kgl. Landeskonservator, Stuttgart: Harrad von Landseerg und die Frauenbildung der Staufenseit.

Sozialharmonischer Verein.

20. März. Privatier Karl Lotter, Stuttgart: Ueber die Sittlichkeitsbestrebungen in der deutschen Gesetzgebung.
20. März. Bankier Max Hausmeister, Stuttgart: Ueber die Familien- und Eigentumsverhältnisse nach neu-malthusianischer Auffassung.

Stuttgarter Bürgergesellschaft.

6. April. Privatier Karl Lotter, Stuttgart: Alt-Stuttgart.
23. Oktober. Bezirksnotar Gänfle I, Stuttgart: Das neue Liegenschaftsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs einschl. des Liegenschafts-Kaufvertrags.

Stuttgarter Gewerbeverein.

10. April. Physiker Clausen und v. Bronk, Berlin: Fernwirkung der Elektrizität — Telegraphie ohne Draht. (Experimentalvortrag.)
12. April. Dieselben: Elektrisches Fernsehen — Telephon ohne Drahtverbindung — Telegraphie mit Lichtstrahlen — Photographie in natürlichen Farben. (Experimentalvortrag.)
17. April. Dieselben: Wiederholung des Hauptsächlichen aus den Vorträgen vom 10. und 12. April. (Experimentalvortrag.)
14. Dezember. Finanzassessor Dr. Erüdingen, Stuttgart: Die Konkurrenz der Warenhäuser. (Erörterungsabend.)

Stuttgarter Handelsverein.

27. Juni. Prof. Dr. Böhlingk, Karlsruhe: Eisenbahntarifreform.
27. „ Dr. Mühlberger, Crailsheim: Süddeutsche Eisenbahngemeinschaft.

Volksbibliothek.

23. Januar. Prof. L. Pland, Stuttgart: Rosegger, mit Proben aus seinen Werken.
19. Februar. Prof. Dr. K. Cranz, Stuttgart: Bisherige Forschungen und Phantasien über den Planeten Mars.
9. April. Schriftsteller Arnold, Degerloch: Wie lernen wir unsere Vogelwelt kennen?
1. Oktober. Prof. Schanzbach, Stuttgart: Ueber Goethe.
23. Oktober. Derselbe: Ueber Goethe.



12. November. Oberlandesgerichtsrat Dr. Rupp, Stuttgart: Deutsche Kolonien.
3. Dezember. Adolf Grimmingen, Stuttgart: Aus seinen eigenen Gedichten.

Württ. Lehrerinnen- und Erzieherinnen-Verein.

18. Februar. Dr. Schott, Cannstatt: Hans Sachs.
17. Juni. Agnes Pfaff, Lehrerin an der Töchterchule, Klingen: Bericht über die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins in Danzig.
14. Oktober. Assessor v. Soden, Stuttgart: Anschluß der Lehrerinnen an die Invaliditäts- und Altersversicherung des Reichs.
21. Oktober. Schulrat Dr. Frohnmeyer, Stuttgart: Die Wandlungen des Kulturlebens und die Schule.
9. Dezember. Frida Lieb, Volksschullehrerin an der Hospitalschule, Stuttgart: Heimatkunde von Deutschland.

Württ. Gartenbauverein.

31. Januar. Julius Lichler, Kustos am Kgl. Naturalienkabinett, Stuttgart: Ein Kapitel aus der Wohnungsfrage im Pflanzenreich.
21. März. E. Schelle, Universitätsgärtner, Tübingen: Anpassung der Pflanzen an äußere Lebensbedingungen.
10. Oktober. Ph. Held, Garteninspektor, Hohenheim: Blumenzucht und Blumenpflege im Garten.

Württ. Geschichts- und Altertumsverein.

21. Januar. Oberstudientat Dr. Jul. v. Hartmann, Stuttgart: Beiträge zu einem Charakterbild Wllands.
18. Februar. Prof. Dr. Stadmann, Stuttgart: Altes und Neues aus dem Bilderkreis des Mittelalters.
18. März. Privatdozent Dr. Ernst, Tübingen: Ueber die Entstehung des württ. Landtags.
28. Oktober. Oberstudientat Dr. v. Hartmann, Stuttgart: Eine denkwürdige Regelgesellschaft.
27. November. Oberbaurat Freiherr v. Seeger, Stuttgart: Bilder aus der Hohen Karlschule und der École des demoiselles.
16. Dezember. Rektor Dr. Weizsäcker, Calw: Hirsauser Entdeckungen.

Württ. Finanzbeamtenverein.

16. September. Oberkontrolleur Egner, Stuttgart: Ueber die Möglichkeit und Notwendigkeit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit in Stuttgart.

Württ. Kunstgewerbeverein.

5. Januar. Dr. Jessen, Direktor der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums in Berlin: Die neue Kunst und das Buchgewerbe, erläutert durch eine reiche Ausstellung deutscher und ausländischer Bücher und Druckarbeiten, sowie durch Vorführung von Lichtbildern.



Württ. Ingenieurverein.

12. Januar. Bauinspektor Eugenhan, Stuttgart: Hydrologische Beobachtungen und Messungen in Württemberg.
9. Februar. Prof. Dr. R. A. Koch, Cannstatt: Verflüssigung der Gase — speziell flüssige Luft (mit Experimenten).
2. März. Ingenieur A. Wagenmann, Cannstatt: Die telegraphische Uebertragung von Bildern und lebend beweglichen Szenen auf beliebige Entfernung durch das Telekroskop von Jan Szejepanik.
2. März. Prof. Dr. C. Häußer mann, Stuttgart: Vorführen des Goldschmidt'schen Verfahrens zur Erzeugung hoher Temperaturen.
6. April. Ingenieur Eug. Hartmann, Frankfurt-Bockenheim: Thermoelektrische Pyrometer und elektrische Telethermometer (mit gleichzeitiger Vorzeigung der Apparate).
4. Mai. Baurat Heim, Wasseralfingen: Eine einfache Methode zur Messung lebendiger Kräfte, insbesondere zur Bestimmung des Wirkungsgrades der Stiel- und der Luftfederhämmer.
4. Mai. Ingenieur Arp, Stuttgart: Japan und sein Fortschritt in Handel und Gewerbe.
1. Juni. Dr. A. Scheufelen, Oberlenningen: Die Niagara falls hydraulic power and manufacturing Co. (Schöllkopf Power Plant).
5. Oktober. Prof. Ernst, Stuttgart: Hochbahntrahne zum Umladen und Aufstapeln von Massengütern.
2. November. Oberregierungsrat v. Diefenbach, Stuttgart: Beobachtungen bei einer Reise um die Welt.
7. Dezember. Prof. Ernst, Stuttgart: Der hydraulische Operationstisch der kgl. tierärztlichen Hochschule in Stuttgart.
7. Dezember. Baurat C. Stocker, Stuttgart: Der Aufzug für Bodenseeschiffe bis zu 250 Tonnen Gewicht in der Werft zu Friedrichshafen.

Württ. Obstbauverein.

12. Januar. Professor Dr. Kirchner an der Landwirtsch. Akademie Hohenheim: Das Blühen und die Befruchtung der Obstbäume.
2. Februar. Gebhard Adorno, Tettnang: Ueber die beste Obstverwertung in Württemberg; entspricht derselben und den berechtigten Ansprüchen des Handels überhaupt der heutige Obstbau unseres Landes?

Württ. Verein für Baukunde.

14. Januar. Hilfslehrer Haller der Techn. Hochschule, Stuttgart: Ueber Photogrammetrie.
14. Januar. Stadtbaurat Bölle, Stuttgart: Wasserwerksanlage bei Vizzola am Tessin.
28. Januar. Bauinspektor Reihling, Stuttgart: Ueber verschiedene Ausführungsarten beim Bau großer Brückengewölbe.



11. Februar. Bauinspektor Heuß, Heilbronn: Die neueste Entwicklung des städtischen Tiefbauwesens in Heilbronn.
11. März. Bauinspektor Eugenhan, Stuttgart: Versinkung der Donauwasser zwischen Immendingen und Mähringen im Großherzogtum Baden.
25. März. Baurat Dolmetsch, Stuttgart: Ueber Kirchenrestaurationen.
6. Mai. Prof. G. Halmhuber, Stuttgart: Ausstellung und Erklärung von architektonischen Entwürfen.
27. Mai. Oberbaurat Ehmman, Stuttgart: Die Wasserversorgung des nördlichen Schwarzwaldes.
10. Juni. Baurat Findeisen, Stuttgart: Ueber Bligableiter.
10. Juni. Landesfeuerlöschinspektor Kleber, Stuttgart: Scherrers Rettungsfenster und Benzbergers Rettungsleiter.
28. Oktober. Stadtbaurat Kölle, Stuttgart: Ueber die Unschädlichmachung des Straßen- und Hauskehrichts in Stuttgart.
28. Oktober. Bauinspektor Dobel, Stuttgart: Die Hausentwässerungsleitungen und deren Ausführung.
11. November. Baurat Gebhardt, Stuttgart: Zwei wenig bekannte Kirchenbauten der Nördlinger und Dinkelsbühler Bauhütte im württ. Ries.
2. Dezember. Prof. Dr. Lueger, Stuttgart: Die Wasserversorgung von Budapest.

Württ. Verein für Handelsgeographie.

13. Januar. John C. Sundberg, M. S. London: Mesopotamien oder Irak.
20. Januar. Rektor Dr. Reiff, Böblingen: Die Energievorräte der Erde.
27. Januar. Bergingenieur Hermann Pape, Hamburg: Aus den westaustralischen Goldfeldern.
10. Februar. Prof. Dr. Alfred Hettner, Tübingen: Die deutschen Mittelgebirge.
17. Februar. Dr. Max Schöller, Berlin: Ethnographisches und Ethnologisches aus Aequatorial-Ostafrika und Uganda.
24. Februar. Dr. Hans Meyer, Leipzig: Meine vierte ostafrikanische Reise.
3. März. Prof. Dr. Wilhelm Geiger, Erlangen: Ceylon, die Insel des Buddha.
10. März. Marinestabarzt Dr. Aug. Krämer, Kiel: Die samoanische Königsfrage.
17. März. Kgl. preuß. Legationssekretär F. C. v. Erdert, Stuttgart: Die Republik Guatemala und die deutschen Interessen daselbst.
24. März. Direktor Dr. Vosberg-Aekow, Berlin: Handelspolitik und Export-Industrie im Deutschen Reich.
7. April. Stabsarzt a. D. Dr. Arning, Göttingen: Das Hochland Uhehe, seine Vergangenheit und seine Zukunft.
11. April. Henry Savage Landor, London: Meine Reise in Tibet.
14. April. Dr. Max Sostaticz, Wien: Mitteilungen über meine zwei Reisen nach Albanien.
21. April. W. v. Landeszen, Stuttgart: Reiseskizzen aus Transkaukasien.
28. April. Gottfried Merzbacher, München: Reisebilder aus Persien und Streiflichter auf Persiens heutige kulturpolitischen Zustände.



2. Juni. General Rudolf v. Slatin, Wien: Die Wiedereroberung des Sudan.
20. Oktober. Prof. Dr. Theobald Fischer, Marburg: Reisen in Marokko im Frühjahr 1899.
27. Oktober. Wilh. Steller, Biberach: Iden in Südarabien und seine Umgebung.
3. November. Prof. Dr. R. Fütterer, Karlsruhe: Eine Forschungsreise durch Zentralasien, Nordost-Tibet und China.
10. November. Derselbe mit dem gleichen Thema (Fortsetzung).
17. November. Prof. A. Müller, Stuttgart: Wanderungen in Sizilien.
24. November. Dr. A. Fezer, Stuttgart: An der Schwelle des Orients.
1. Dezember. Max v. Lyth, Ulm: Die Sprengung des Eisernen Thores und die freie Donauschiffahrt.
8. Dezember. Legationsrat Dr. Bumiller, Berlin: Erlebnisse in Ost- und Zentralafrika.
15. Dezember. Graf Pfell, Friedersdorf (Schlesien): Die Buren.
29. Dezember. Hauptmann Gansser, Stuttgart: Mein Aufenthalt in Ostafrika.

Verein christlicher Männer.

25. Januar. Jos. Windler, Privatier, Stuttgart: Meine zweite Orientreise (Reisereise).
15. März. Stadtpfarrer Gros, Stuttgart: Regungen ev. Geistes im Katholizismus der Gegenwart.
19. April. Stadtpfarrer John, Stuttgart: Vier Jahre aus Johs. Brenz' Leben.
24. Mai. Stadtpfarrer Sandberger, Leslach: Die soziale Stimmung des deutschen Volkes zu Beginn des Reformationszeitalters.
25. Oktober. Hofprediger Reeser, Stuttgart: Ueber die Heilsarmee.
15. November. Stadtdekan Braun, Stuttgart: Ueber den Gustav Adolf-Verein, seine Entstehung, Geschichte und kirchl. Bedeutung.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

11. Januar. Dr. med. Dock, Waid bei St. Gallen: Die wichtigsten Frauenkrankheiten (Vortrag für Frauen).
3. März. Dr. med. Kay, Oberstabsarzt a. D., Degerloch: Funktionen des Darms und Darmerkrankungen.
28. April. Derselbe: Luft-, Licht- und Sonnenbäder.
8. November. Reinh. Gerling, Redakteur des „Naturarzt“, Berlin: Die Zeitkrankheit Neurasthenie (Nervenschwäche).
24. November. Sel. Alara Günske, prakt. Vertreterin der Naturheilkunde, Eisenach: Ueber Halskrankheiten.
13. Dezember. Dr. med. Kay, Oberstabsarzt a. D., Degerloch: Die häufigsten Winterkrankheiten.

Verein für vereinfachte deutsche Stenographie.

6. Dezember. Albert May, Kaufmann, Stuttgart: Der Nutzen der Stenographie für das weibliche Geschlecht.



Verein für vaterländische Naturkunde.

12. Januar. Prof. Dr. Konrad Müller, Stuttgart: Lagerungsverhältnisse unseres Steinsalzes.
9. Februar. Dr. phil. Otto Buchner, Stuttgart: Aesthetische Naturbetrachtung der Vogelwelt.
Prof. Dr. Eb. Staas, Stuttgart: Land- und Wasserfaunier.
15. Februar. Prof. Dr. R. K. Koch an der Technischen Hochschule, Stuttgart-Lannstatt: Verflüssigung der Luft, Experimentalvortrag.
9. März. Medizinalrat Dr. E. Scheurle, Stuttgart: Das biologische Abwasserreinigungsverfahren.
Prof. Dr. C. Franz, Stuttgart: Beobachtungen über die relative Feuchtigkeit von Schulzimmerluft.
13. April. Dr. Ad. Dieudonné, Stabsarzt und Privatdozent, Würzburg: Die Pest in Bombay auf Grund eigener Beobachtungen.
18. Mai. Dr. med. Hopf, Plochingen: Eine neue Deutung der mehrzelligen Geschöpfe mit Einschluß des Menschen.
12. Oktober. Prof. Dr. C. B. Klunzinger, Stuttgart: Die physischen, chemischen und biologischen Ursachen der Farbe unserer Gewässer und über den grünen Stuttgarter Feuersee insbesondere.
Prof. Dr. J. Vosseler, Stuttgart: Demonstration eines fossilen Kiefeneies aus Madagaskar.
10. November. Privatdozent Dr. Hugo Kauffmann, Stuttgart: Beziehungen zwischen strahlender Energie und chemischer Verwandtschaft. Experimentalvortrag mit Teslaströmen und Hertz'schen Schwingungen.
14. Dezember. Oberforstrat Dr. S. Graner, Stuttgart: Der Boden des deutschen Waldes nach seiner geologischen Abstammung.
Prof. Dr. J. Vosseler, Stuttgart: Vorzeigung von Pilzen in und an Insekten.



VIII.



Die Bewegung im Stuttgarter Vereinsleben war auch im abgelaufenen Jahr wiederum eine lebhaftere. Es wurden 63 Vereine neu gegründet, während 35 sich auflösten, so daß sich ein Zuwachs von 28 ergibt, gegen 18 im Jahr 1898.

Die neugegründeten Vereine lassen sich nach der Art der Vereinszwecke folgendermaßen einteilen:

Bildung und Wissen	Gemeinnützigkeit und Wohltätigkeit	wirtschaftliche Interessen	Musik und Künste	Politik	Religion	Sport	Unterhaltung im allgemeinen	Zusammen
4	10	7	6	2	1	12	21	63

Die 4 der Fortbildung und dem Wissen sich widmenden Vereine sind: der Württb. Elektrotechnikerverein mit 80 Mitgliedern, der Gymnasiallehrerverein, der Montefioreverein Lz. Chajim, der Kulturhistorische Verein. Allgemeine Zwecke der Wohltätigkeit verfolgen: Verein zur Förderung des Handwerks und des Gartenbaus, mit 200 Mitgliedern; die Hoppenlaugesellschaft, die Martins-



Frippe (s. u.). Auf gegenseitige Unterstützung sind gerichtet: Unterstützungsbund der freien Veteranen Württembergs Bezirksverein Stuttgart mit 96 Mitgliedern; die W. Kranken-, Zuschuß- und Sterbekasse für Männer und Frauen mit 3000 Mitgliedern; Eisenbahnbaukranken- und Leichenkassenverein der Geistlichen und Lehrer Stuttgarts; Krankenkasse der Friseur- und Perückenmacher-Innung.

Zu den gemeinnützigen Vereinen ist auch zu zählen der Bund für Vogelschutz mit 3000 Mitgliedern.

Die Vereine, welche sich wirtschaftlichen Interessen widmen, sind: Zentralstelle für Obstverwertung (s. o.); Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, 194 Mitglieder; 3 Fachvereine — Buchdruck, Buchhandlung, Photographie — und der Verein der Kandidaten vom Notariats- und Verwaltungsfach.

Unter den neugegründeten Vereinen für Musik und Künste sind hervorzuheben: der Verein für dekorative Kunst und Kunstgewerbe mit 100 Mitgliedern, sodann: Olympia als dramatischer Verein und Uhländischer Männerchor als Gesangverein.

Religiöse Zwecke verfolgt der Deutsche Verein für ärztliche Mission mit 17 Mitgliedern. Ausschließlich auf die Religionsgemeinschaft begrenzt sind die 3 neugegründeten israelitischen Vereine: Verein zur Förderung des Handwerks und des Gartenbaus unter den Juden Württembergs; Loge B'nei Berith (Stuttgart Loge); Verein E3. Chajim (Montefioreverein).

Politische Zwecke (neueingetragen): Württb. Volkspartei.

Dem Sport aller Art widmen sich 12 neugegründete Vereine, darunter 4 Fußball-, 2 Athletenklubs, 1 Spezialklub für englische Bulldoggen.

Unter den 21 der Pflege der Geselligkeit gewidmeten Vereinsgründungen des Jahres 1899 mögen schließlich hervorgehoben sein der Neue Kavallerieverein und der Militärärzterverein.

Auch ein neuer Bürgerverein, und zwar unter dem Namen Bürgerverein Bollwerk, wurde im Jahr 1899 gegründet. Er macht sich die Vertretung der Interessen des von der König-, Friedrich-, Schelling-, Schloß-, Kasernen-, Garten- und Weinstraße



umgrenzten Stadtteils zur Aufgabe. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Flaschnermeister Ed. Vötter. Angemeldet waren beim Stadtpolizeiamt am Ende des Jahres 233 Mitglieder.

Im einzelnen ist aus dem Vereinsleben noch zu berichten: Einweihung der Martinskrippe. In Bethätigung christlicher Nächstenliebe steht unter den hiesigen wohlthätigen Gesellschaften und Vereinen das unter dem Protektorat der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar befindliche Komitee zur Gründung von Krippen mit obenan. Durch die Gründung zahlreicher, namentlich in den peripherischen Stadtteilen gelegener Krippen hat das Komitee seit Jahren im stillen Gutes gewirkt und in nicht zu unterschätzendem Maße zur Milderung des sozialen Elends, wie es die Verhältnisse einer Großstadt mit sich bringen, beigetragen. In diesem Jahre hat das Komitee für die Praggegend gleichfalls eine Krippe errichtet und ist damit bei der dortigen, vorwiegend der Arbeiterklasse angehörigen Bevölkerung einem dringenden Bedürfnis entgegengekommen. Zu der Einweihung dieser im ersten Stockwerk des Eckhauses Friedhof- und Bahnhofstraße Nr. 133 untergebrachten Krippe hatten sich die Prinzessin Olga mit der Palastdame Gräfin v. Urkull und zahlreichen Angehörigen des Komitees eingefunden.

Ein gemeinsamer Gesang leitete die Feier ein, worauf Stadtpfarrer Umfrid dem herzlichsten Dank gegen Gott und die Spender von Geld und Materialien und gegen alle, welche sonstwie dem edlen Zwecke gedient, mit warmen Worten Ausdruck verlieh. Dekan Leypoldt sprach sodann seine Freude darüber aus, daß es der Diafonissenanstalt, trotz der großen, gegenwärtig an sie heranretenden Ansprüche, schon jetzt möglich gewesen war, zur Leitung der Krippe eine Schwester zur Verfügung zu stellen. Nach abermaligem Gesang wurde von Stadtpfarrer Umfrid ein Schlußgebet gesprochen, in welchem er auch der thätigen Unterstützung des Unternehmens seitens der bürgerlichen Kollegien durch Gewährung eines namhaften Gründungsbeitrages dankend erwähnte. Die Anwesenden traten sodann durch die Räume der Krippe, bestehend aus dem Schlaf-, Spiel- und Wohnzimmer der Kinder u. s. w., einen Rundgang an. Ein sprechender Beweis für die Notwendigkeit der Anstalt ist die große Zahl von Kindern, die sofort täglich in Verwahrung gegeben wurden.

Für mehrere hervorragende Vereine der Stadt war das Jahr 1899 ein ausgezeichnetes Jubiläumsjahr. In erster Linie hat die Chronik die 75jährige Jubelfeier des Stuttgarter



Liederkränzes zu verzeichnen, welche am Samstag und Sonntag den 25./26. Juni vor sich ging und einen glänzenden, höchst ehrenvollen Verlauf nahm. Der Staats-Anzeiger berichtete darüber folgendes:

Das Jubiläums-Konzert, welches die Einleitung der Feier bildete, füllte am Samstag Abend den großen Festsaal der schön geschmückten Liederhalle samt Galerien bis auf den letzten Platz; neben einer großen Anzahl Ehrengäste aus nah und fern waren die Mitglieder vollzählig anwesend. Rheinberger-Linggs prächtige Hymne an die Tonkunst „Du mit den zartesten Schwingen“ eröffnete den Abend in glücklichster Weise. Der nun folgende, von Professor Otto Güntter gedichtete Festprolog fand durch das Ehrenmitglied, Frau Benzinger-Wahlmann, eine vorzügliche Wiedergabe. In schöner Sprache feierte der Dichter das Lied, seine mächtige Wirkung auf die Menschenbrust:

Das deutsche Lied — ein edler Hort,
Wie keinem Volke er geworden!
Der Deutsche trägt's von Ort zu Ort,
Bis zu des fernsten Meeres Borden.
Wo deutsche Geisteskraft und Fleiß
Sich reget unter fremden Zungen,
Da schließt das Lied der Brüder Kreis;
Aus deutschen Wesens tiefstem Grund entsprungen,
Hält es mit Heimatbanden sie umschlungen.

Er dankt dem Jubiläumsverein für sein patriotisches Eintreten und für seine Hochhaltung Schillers:

Ihr habt dem großen Sohn der Lieder
Ein einzig schönes Fest geweiht u. u.
Sein Geist soll mächtig in euch walten,
Ein Jungquell ewig frischer Kraft,
Ihr werdet welken nicht und alten,
Weiht ihr euch ihm als Jüngerschaft.

Als Solisten wirkten mit: Fräulein Emma Hiller, die die Zuhörer durch mehrere reizende Lieder für Sopran entzückte und in Verbindung mit der Altistin Fräulein Marie Leipheimer zwei Brahms'sche Duette sang. Der Männerchor des Liederkränzes bekräftigte seinen altbewährten Ruf, indem er unter Professor Förstlers Leitung Kompositionen von Hegar, Schumann, Speidel, W. Berger, Jüngst, sowie zwei Silcher'sche Volkslieder frisch und lebendig und mit seiner Empfindung zum Vortrag brachte. Besonders gefiel der große Chor „Meine Göttin“, Gedicht von Goethe und komponiert von W. Berger, eine Meisterleistung des festgebenden Vereins. Auch die Frauenchöre: „Die Sonne scheint nicht mehr“, „Dort unten im Thale“ von Brahms-Hegar, und Schuberts Ständchen: „Süßgernd leise“ (Altsolo gesungen von Fr.



Leipheimer) durften sich einer außerordentlich freundlichen Aufnahme erfreuen. Mit dem gewaltigen Chor: „Die Allmacht“ (Pyrker-Schubert) schloß das genussreiche Konzert, das allen Zuhörern wohl lange in Erinnerung bleiben wird.

Der Festakt am Sonntag Vormittag 11 Uhr wurde durch den Mozart'schen Chor: „O Schutzgeist alles Schönen“ mit Orgelbegleitung wirkungsvoll eingeleitet. Hierauf hielt der Vorstand, Oberpostmeister Steidle, die Festrede, in welcher er den Gefühlen der Freude, welche heute den Liederkranz beseelen, und des Dankes für alle Sympathie, die dem Verein entgegengebracht wird, Ausdruck verlieh; er begrüßte die Mitglieder und Freunde des Liederkranzes von fern und nah, die Vertreter der befreundeten Vereine und Korporationen. Anknüpfend an des jüngst verstorbenen Ehrenmitgliedes Dr. Otto Elben Festschrift zum 70. Geburtstag des Vereins, zeichnete der Redner die Entwicklung des Liederkranzes, wobei er diejenigen Männer in warmer Dankbarkeit gedachte, die an der Wiege des Vereins gestanden, sowie derer, die sich um denselben am meisten verdient gemacht haben. Wir nennen die Namen Zumsteeg, Albert Schott, Gustav Schwab, J. G. Fischer, Th. Köstlin, O. Elben, Jm. Faist, L. Blum, der Erbauer der Liederhalle, der dem Verein 28 Jahre lang vorstand und zu seiner Blüte mächtig beitrug, L. Speidel, Leins, W. Wiedemann, und die trefflichen Sänger alle. Er selbst, der jetzige Vorstand, steht nun schon 16 Jahre lang an der Spitze des Vereins und hat denselben im Bunde mit dem Musikdirektor Herrn Prof. Förstler zu manchem Erfolge geführt. Mit dem Gelöbniß, treu zur Fahne des Liederkranzes zu stehen und unter ihrem Wehen in schönster Harmonie, wie bisher, auf der betretenen Bahn weiterzustreben im Sinn und Geist der Stifter, schloß der Vorstand seine Ansprache, welche mit stürmischer Affkamation aufgenommen wurde. Darauf folgte nach alter Sitte der Vortrag des Silber-Seegerschen Stiftungsliedes „Wir sind ein festgeschloss'ner Bund“. Vereinsmitglied Carl sprach eine von Adolf Zumsteeg, dem Sohne des Mitbegründers des Liederkranzes, gedichtete sinnige Huldigung, die in gehobener Sprache das Wirken des Vereins auf verschiedenen Gebieten feiert. Der Dichter sagt u. a.:

In deutschen Landen nah und ferne
Warst du's zuerst, in dessen Schoß
Sich aus des Volkes bestem Kerne
Ein Kranz von Sängern innig schloß.

Den Sternen Schwabens wandst du Kränze,
Sie feiernd stets mit Wort und Ton;
Am schönsten ehrt mit jedem Lenz
Du Schiller, Schwabens größten Sohn.

Ob's auch so manche schön'd' vergaßen:
Thorwaldsens edles Werk, das wir
Vor jeder deutschen Stadt besaßen,
Das Schillerdenkmal stammt von dir.



Du bauest deine Liederhalle
Dir und der Stadt — lang nur ein Traum —
Und jubelnd einst begrüßten alle
Aufatmend diesen stolzen Raum.

Während gedachte sodann der Vorstand dreier noch lebender Ehrenmitglieder: des ältesten Gesellschaftsmitglieds Prof. Stellner, der vor kurzem sein 80. Lebensjahr vollendet hat, Geh.-Rat v. Köstlin, der dem Liederkranz stets seine Treue und Anhänglichkeit bewahrt hat. Der Dritte im Bund ist Prof. W. Spidel, der langjährige Dirigent des Vereins. Daran reihte sich die Uebereichung von Diplomen an die auf das Fest neu ernannten Ehrenmitglieder: Kammerfängerin Emma Hiller und Oberlehrer Ludwig Hartmann, den ältesten Sänger, der schon 1849 beim 25. und dann 1874 beim 50. Jubiläum mitgesungen hat, ferner Justizrat Dr. Blümel-Augsburg (Vorstand der Augsburger Liedertafel), die Musikdirektoren Angerer von der Harmonie in Zürich, Volkland von der Liedertafel in Basel, Zander von der Liedertafel-Berlin. Ehrenfängerlinge erhielten Prof. Förstler und Lehrer Herm. Wagner-Stuttgart. Mit jubelndem Beifall wurde sodann die Mitteilung begrüßt, daß Seine Majestät der König, der durch anderweitige Verpflichtungen abgehalten war, die Einladung zum Feste anzunehmen, dem Liederkranz sein Bild mit den besten Wünschen gewidmet habe; mit Begeisterung erhob sich die Zuhörerschaft und brachte dem huldvollen König ein donnerndes dreifaches Hoch. Tummehr begann die lange Reihe der Darbringung von Ehrengeschenken und der Glückwunschanreden. Stadtschultheiß Gausz-Stuttgart überreichte namens der bürgerlichen Kollegien unter Anerkennung alles dessen, was der Liederkranz stets zur Verschönerung von städtischen Festen gethan, mit freundlichen Wünschen einen silbernen Pokal, wofür der Vorstand herzlichst dankte, indem er den neuen Stadtvorstand bat, das von seinen Vorgängern bewiesene Wohlwollen auch seinerseits dem Liederkranz zu schenken. Die Damen des Liederkranzes widmeten als Jubiläumsgabe zwei von Donndorf gemeißelte Figuren, die Poesie und die Musik darstellend. Zwei Mitglieder des II. Basses stifteten die in Gel gemalten Porträts des Vorstandes und des Dirigenten. Fabrikant Sauerbeck überbrachte die Glückwünsche des Deutschen und des Badischen Sängerbundes, Kommerzienrat W. Merkel-Willingen diejenigen des Schwäbischen Sängerbundes. Die Augsburger Liedertafel gratulierte durch ihren Vorstand unter Uebereichung eines weiß-grün-roten Fahnenbandes, das sofort an die Fahne befestigt wurde; die Berliner Liedertafel gratulierte durch Rechnungsrat Friedrich unter Widmung eines prachtvollen Tafelaufsatzes. Mit stürmischem Beifall begrüßt, überreichte Vizevorstand Schneiderhahn vom Wiener Männergesangverein einen silbernen Pokal mit einer von deutsch-patriotischem Gefühl überströmenden Ansprache. Auch Musikdirektor Kremser vom Wiener Männergesangverein war zum Feste erschienen. Ebenso freundlich begrüßt, widmete Musikdirektor Angerer von der Züricher Harmonie Blumen, Alpenrosen und Edelweiß von den heimatlichen Bergen und einen silbernen Pokal. Der Vorstand des Deutschen Männergesangvereins in Mailand Roscher



spendete eine goldene Fahnenadel, der Adner Liederkranz ein prachtvolles silbernes Trinkhorn, die Karlsruher Liederhalle durch Oberlandesgerichtsrat Rothweiler einen Lorbeerkranz mit weiß-roter Schleife, der Liederkranz Karlsruhe einen silbernen Zumpfen, der Straßburger Männergesangverein ein Bild des Straßburger Münsters, der Heidelberger Liederkranz einen Lorbeerkranz mit Schleife und Epheublättern vom Heidelberger Schloß, die Concordia in Wiesbaden eine goldene Medaille. Die Berner widmeten ein kunstvoll gearbeitetes Faß mit Walliser Wein, und der Gutenbergverein in Stuttgart ein schönes Fahnenband. Den Reigen der Gratulanten schloß der Stuttgarter Lehrergesangverein ab. In allen Ansprachen kam die Anerkennung für das verdienstvolle Wirken auf dem Gebiete des Männergesangs, insbesondere des schwäbischen Volksliedes zum Ausdruck. Oberpostmeister Steidle dankte herzlichst für die vielen und überraschenden Gratulationen und ließ die Gäste unter jubelndem Beifall hochleben. Außerdem gab er bekannt, daß noch verschiedene andere Gratulationen und Geschenke eingelaufen seien. Das von Otto Schairer gedichtete sinnige Festspiel, in welchem der Genius der Musik, das Volkslied und der Genius der Poesie, dem Liederkranz huldigend, auftraten und das in einer hübschen Schlussapothese endete, schloß den Festakt in stimmungsvoller Weise ab. Hernach wurde im Konzertsaal das Festeessen eingenommen, das von Oberpostmeister Steidle mit zündenden Toasten auf König und Kaiser eröffnet und durch eine lange Reihe von Ansprachen belebt wurde. Abends um 7 Uhr fand ein Festbankett statt, dessen erste Abteilung gesangliche Vorträge brachte, während in der zweiten Abteilung humoristische Szenen und orchestrale Musik abwechselten.

Ende des Jahres trat Oberpostmeister a. D. Steidle von der Leitung des Vereins zurück, nachdem er die Vorstandschafft viele Jahre hindurch treu und fleißig und mit großen äußeren Erfolgen geführt hatte. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er zum Ehrenvorstand ernannt. Als Nachfolger wurde Privatier, Mitglied des Bürgerausschusses, Paul v. Gerlach gewählt.

Im Januar feierte der Neue Singverein sein 25jähriges Bestehen mit einer festlichen Veranstaltung am Samstag Abend den 28.

Von den Königlichen Majestäten, der Frau Herzogin Wera, dem Prinzen Weimar, dem R. Kultministerium und dem R. Konservatorium für Musik waren Glückwunschschreiben eingegangen. Groß war die Zahl der Gratulationen von befreundeten Gesangsvereinen aus Stadt und Land, von Komponisten, Künstlern etc. Der verdiente Vereinsvorstand, Verlagsbuchhändler Essberger, wurde durch eine prächtige Gabe des Ausschusses und des Singchors geehrt. Prof. Widmann schilderte in der Festrede die Entstehung und Entwicklung des Vereins. Das Programm des Abends bot außer Schuberts Hymne „Des Tages Weihe“ mit



Violin-, Cello- und Klavierbegleitung und einem ad hoc gedichteten, nach 16 verschiedenen Melodien zu singenden humorvollen Tafellied noch die Suppésche Operette „Das Pensionat“. Dieselbe gab den 24 mitwirkenden jungen Damen Gelegenheit, ihr musikalisches Können im schönsten Lichte zu zeigen.

Vorher, am 26. ds. Mts., hatte der Verein ein Festkonzert veranstaltet, in welchem unter der Leitung seines Dirigenten Prof. Seyffardt und unter Mitwirkung des Schubertvereins in Cannstatt die „Jahreszeiten“ von Haydn aufgeführt wurden. Eingeleitet wurde dasselbe durch einen von Prof. Karl Weibrich gedichteten und von Prof. Widmann vorgetragenen Festprolog, welcher in poetischer Form und schöner Sprache die verschiedenen Perioden der Musik behandelt und in einer Verherrlichung der deutschen Musik ausklang. Während einer Pause wurden dem verdienten Dirigenten des Vereins, Prof. Seyffardt, Lorbeerkränze überreicht; ferner überbrachte eine Deputation des Schubertvereins dem Vorstand Herrn Effenberger mit einer poetischen Ansprache, begleitet von einem Lorbeerkranz, die Glückwünsche des Vereins, und Herr Effenberger überreichte dem Musikdirektor Prem in Anerkennung seiner treuen Dienste ebenfalls einen Kranz. Was der Verein in den 25 Jahren seines Bestehens geleistet hat, ist in einer von Prof. Widmann verfaßten Festschrift niedergelegt, die den Konzertbesuchern am Eingang überreicht wurde. Aus dieser Festschrift geht am besten hervor, welcher gewichtiger Faktor im musikalischen Leben unserer Stadt der Neue Singverein geworden ist.

Ein weiterer Gesangverein, die Stuttgarter Liedertafel (früher Hallbergerscher Gesangverein), die unter den zum Schwäbischen Sängerbund gehörigen Vereinen von jeher durch ihr ernstes Streben in der Pflege edler Sangeskunst und des deutschen Liedes eine achtunggebietende Stellung eingenommen hat, feierte gleichfalls sein 25jähriges Stiftungsfest durch ein Festbankett.

Auf dem Podium des Saales der Bürgerhalle prangte die alte Ueberland- und Meer-Fahne, welche Eduard Hallberger einst gestiftet, und das neue Banner, das die Abzeichen der nunmehrigen Liedertafel führt. An den festlich geschmückten Tafeln hatten die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie die geladenen Ehrengäste, darunter die Vertreter des Direktoriums der Deutschen Verlagsanstalt und der bestreueten Vereine von hier und auswärts, Platz genommen. Der Vorstand, Herr Tonndorf, schilderte in markiger Rede die Gründung und Entwicklung, sowie die Erfolge des Vereins. Anschließend hieran folgte die Ueberreichung von Sängerringen an vier Jubilare, die dem Verein seit seiner Gründung angehören, nämlich die Herren R. Hoffmann, Wilh. Holländer, Ernst Stumpp und Theod. Zehrfeldt, deren Verdienste der Vorstand in einer ehrenden Ansprache würdigte. Von einer Reihe von Vereinen, die beim Fest vertreten waren, wurden sodann die Glückwünsche zum Jubelfeste dargebracht, u. a. von Werkmeister Höfer namens



des Bürgervereins der unteren Stadt und der Vorstadt Berg, ferner vom Vorstand des Deutschen Militär-Invalidenvereins unter Ueberreichung eines prächtigen Pokals mit Widmung, vom Männergesangsverein Urach, der Schützengilde Aalen und vom hiesigen Postklub. Eine besondere Ehrung war dem langjährigen, um die Hebung des Singchors hochverdienten Herrn Emil Müller, Musiklehrer am Kgl. Konservatorium, zugebacht. Sängervorstand Holländer überreichte ihm unter Anerkennung seiner ausgezeichneten Führung ein von Maler Volz künstlerisch ausgeführtes Ehrenmitglied-Diplom. Ein gesungenes Festkonzert am folgenden Nachmittag mit nachfolgendem Ball schloß die Reihe der Festlichkeiten.

Eine Jubelfeier, und zwar diejenige seines 30jährigen Bestehens, beging auch der Akademische Architektenverein der Technischen Hochschule. Dieselbe wurde, wie der „Schwäb. Merkur“ berichtete, am Freitag den 3. März abends eingeleitet durch einen glänzenden Ball im großen Saal des Königsbaus.

Ein mittelalterliches Stadttor bildete eine Quervand nach dem ersten Drittel des Saales und fügte dem festlichen Charakter des Königsbaussaales noch eine künstlerisch-malerische Stimmung hinzu. Das große Wappen des Akad. Architektenvereins, überragt von dem alten Banner, beherrschte von der Galerie aus die Längsachse des ganzen Raums, der auch durch reichlichen Pflanzenschmuck geziert war. Nach 7½ Uhr begann die Polonaise, die, von gegen 100 Paaren getanzt, einen Ueberblick über die reizenden, tanzfröhlichen Damen gestattete und dem Akad. Architektenverein bewies, wie sehr er auch in gesellschaftlicher Beziehung in Ansehen steht. Die Natur des Architektenvereins brachte es mit sich, daß insbesondere viele Familien hoher Baubeamten und der Professoren der Technischen Hochschule anwesend waren. In geschlossenen Reihen rückten die Paare am Ende der Polonaise gegen das aufgebaute Stadttor vor, von dessen Türmen aus die Gäste durch einen Prolog begrüßt wurden. Nach dem dritten Tanz fand die Uebergabe des neuen Bundesbanners statt, das die in Stuttgart wohnenden Bundeschwester als Jubiläumsgabe überreichten. Das prächtige und kostbare Banner war unter der Leitung von A. G. Prof. Gustav Halmhuber durch stud. arch. Mayer entworfen worden. Von grünem Grunde heben sich die reich mit Gold durchstickten Farben schwarz und rot vornehm und wirkungsvoll ab; in der Mitte des Banners strahlen in Gold der studentische Zirkel des Akad. Architektenvereins und der Bundeswahlspruch: „Kunst, Ehre, Vaterland“. Zwanzig Bundeschwester, die die Fahne gestickt hatten, umgaben im Halbkreis das von drei Damen gehaltene Banner. Fr. Dollinger übergab das Banner mit einer ausdrucksvollen Ansprache dem Erstchargierten, stud. arch. Brucker, der in einer schneidigen Rede den Bundeschwester für ihr herrliches Geschenk dankte und das Bundesbanner im Namen der Aktiven übernahm. Nach der Tischpause wurden die Gäste durch ein kleines Theaterstück erheitert. Tanz folgte dann auf Tanz. Um 2 Uhr vereinigten sich die jungen Paare an einer langen Zufisientafel, wobei sich ein fröhlicher Kommers mit



Damen entwickelte. — Tags darauf vereinigten sich die Teilnehmer zum Festessen im Hotel Viktoria. Demselben schloß sich ein A. S. C. an. In würdiger Weise verlief der Festkommers im großen Saal des Königsbaus. Bei demselben erschienen die hervorragendsten Vertreter der Kunst und Wissenschaft, die Professoren der Techn. Hochschule, an ihrer Spitze der derzeitige Direktor, Prof. Dr. Zell, die Baudirektoren Prof. v. Tritschler und v. Hänel, Oberbaurat Reinhardt, die Professoren Treidler, Weitbrecht, Halmhuber; ferner Direktor von Schleicher, Oberbaurat v. Seeger u. a. m. Die Vertreter der hiesigen Korporationen, sowie der Kartell- und Verbandsvereine von Aachen, Dresden, Braunschweig, Karlsruhe gaben dem Fest ein farbenprächtiges Bild. Stud. arch. Bräuer eröffnete um 8^{1/2} Uhr den Kommers. Die Festrede übernahm arch. cand. Kimmle, der die Entwicklung des Vereins, sein wissenschaftliches Streben und seine gesellschaftliche Stellung darlegte. Sein begeistert ausgenommener Salamander galt dem Blühen des Akad. Architektenvereins. Direktor Zell überbrachte die Glückwünsche des Lehrerkollegiums der Hochschule und betonte das Wohlwollen, das die Professoren dem Akad. Architektenverein entgegenbringen. In humorvoller Weise zog Baudirektor v. Tritschler eine Parallele zwischen Kunst und Jetzt und schloß mit einem Salamander auf den Verein, zu dessen ältesten Ehrenmitgliedern er zählt. In warmen Worten gedachte stud. arch. Werner der Alten Herren des Vereins, für die einer der Gründer, Reg.-Baum. Werkmann-Laupheim, das Wort ergriff. Prof. Weitbrecht wußte durch eine begeisterte Verherrlichung der Kunst, deren Jünger sich hier zusammengefunden, die Herzen aller Anwesenden fortzureißen, und so folgte noch Rede auf Rede. Zuletzt ergriff arch. cand. A. Lang das Wort, um den herrlichen Kranz von Damen zu feiern. Den Schluß des offiziellen Teils bildete eine von Reg.-Baumeister Högg verfasste Festmimik, die mit feiner Satire ein Architektendrama zur Darstellung brachte. Am dritten Tag fand die feierliche Enthüllung der vom Akad. Architektenverein gestifteten Leinsbüste statt (vgl. Abschn. XII, 5.). Den Schluß der Jubiläumsfeier bildete ein zahlreich besuchter Familienausflug nach Ludwigsburg.

Ihr 40jähriges Stiftungsfest beging die Studentenverbindung Sonderbund an der Kgl. Technischen Hochschule, dessen Mittelpunkt ein Festkommers im Konzertsaal der Liederhalle bildete. Baudirektor v. Luring hielt die Festrede, in welcher er eine kurze Entwicklungsgeschichte des Sonderbunds und der Technischen Hochschule überhaupt entrollte.

Unter den größeren Vereinsveranstaltungen ist der kostümierte Schützenball der Stuttgarter Schützengilde und das Trachtenfest des Alpenvereins — Einweihung der Jamthalhütte — hervorzuheben.





I. Besondere Ereignisse.

Das kirchliche Leben der Stadt im Jahre 1899 ist durch den Ausbau und die Einweihung von drei neuen Gotteshäusern, wovon zwei der evangelischen und eins der katholischen Konfession angehören, besonders ausgezeichnet. Wir geben die äußere Ansicht dieser Kirchen und ihre Baubeschreibung in dem Abschnitt über die bauliche Entwicklung der Stadt. An dieser Stelle mögen die Einweihungsfeierlichkeiten an der Hand des Neuen Tagblatts eingehender geschildert werden.

19. März. Einweihung der Lukaskirche in Ostheim (mit Abbildung). Zur Feier waren Portal und Turm mit Flaggen festlich geschmückt worden; die Gebäude der Kolonie trugen gleichfalls reichen Flaggenschmuck. Am Vorabend war die Feier durch Glockengeläute eingeleitet worden. Um $\frac{3}{10}$ Uhr bewegte sich unter Vorantritt der Konfirmanden vom Lokal der Krippe aus ein feierlicher Zug zur Kirche, an welchem



die Geislichkeit im Ornat, die Vertreter der Staats- und Gemeindegörden, die am Bau beschäftigte gewesenen Techniker, Handwerker u. s. w. teilnahmen. Vom Kgl. Hof waren erschienen die Frau Herzogin Wera von Württemberg, die Herzogin Albany mit Tochter, Prinzessin Alice, sowie Prinz Herrmann von Sachsen-Weimar und das Gefolge; ferner waren Kultminister v. Sarwey und der Konsistorialpräsident Frhr. v. Gemmingen zugegen. Gegen 10 Uhr erfolgte die Ankunft des Königs und der Königin, welche am Eingang zur Kirche von dem Generalsuperintendenten Prälat v. Ege empfangen wurden, der den Majestäten den Ortsgeistlichen Stadtpfarrer Storz und den Baumeister der Kirche, Architekt Stahl, vorstellte. Nach dem allgemeinen Gesang: *Thut mir auf die schöne Pforte, führt in Gottes Haus mich ein!*, der von dem Posaunenchor begleitet wurde, überreichte Architekt Stahl dem König die Schlüssel zur Kirche mit folgender Anrede:

Kure Kgl. Majestät! Von dem evangelischen Gesamtkirchengemeinderat Stuttgart erhielten wir im Sommer 1896 den ehrenvollen Auftrag, für die rasch aufblühende Gemeinde Ostheim, deren Interimskirche neuen Straßen weichen mußte, Pläne für ein einfaches, aber würdiges Gotteshaus auszuarbeiten. Nach Prüfung der übergebenen Pläne und nach Uebertragung der Bauleitung nahmen wir die Arbeiten mit Lust und Liebe auf. Giebt doch dieser Neubau Zeugnis von dem Können und Wissen seines Meisters nicht nur dem jetzigen, sondern auch spätern Geschlechtern. Dank der Unterstützung tüchtiger Mitarbeiter, von denen leider mein treuer Freund und langjähriger Geschäftsteilhaber, Herr Architekt Wittmann, die Vollendung des angefangenen Werkes nicht mehr erleben durfte, dank der fleißigen Arbeit tüchtiger Unternehmer und Handwerksleute war es möglich, den Bau in verhältnismäßig kurzer Zeit zu vollenden. Möge dieses Gotteshaus nach seiner Vollendung nun ganz seinen hohen Zweck erfüllen, möge es eine Pflanzstätte wahrer Gottesfurcht, lebendigen Glaubens und aufrichtiger Liebe werden! Mit dem innigsten Wunsche, daß Gott stets seine schützende Hand über Eurem Kgl. Hause und über diesem Gotteshause halten möge, gestatte ich mir, allerunterthänigst Eurem Kgl. Majestät, als dem Landesbischof unserer evangelischen Kirche, den Schlüssel zu diesem neuerbauten Gotteshause zu übergeben. Das walte Gott!

Der König übergab den Schlüssel mit den besten Glück- und Segenswünschen an Stadtpfarrer Storz, welcher mit Dankesworten der Freude über den allerhöchsten Besuch Ausdruck verleiht und die Eröffnung der Kirche vornahm, worauf der Eintritt in dieselbe erfolgte. Das Königspaar, sowie die übrigen



Mitglieder des Königlichen Hauses nahmen vor der Kanzel, seitwärts des Altars, Platz; für die sonstigen Festgäste war gleichfalls eine entsprechende Anzahl Sitze reserviert worden. Dem Gemeindegesang: Lobe den Herrn, den mächtigen König der Ehren, mit dem der Gottesdienst eröffnet wurde, folgte die Weihereede von Stadtdékan Oberkonsistorialrat Dr. v. Braun, der, anknüpfend an Psalm 100, der weihervollen Empfindung Ausdruck gab, mit der die Gemeinde ihr freundliches neues Gotteshaus betreten, das an Stelle der bescheidenen Kapelle, die über sechs Jahre gottesdienstlichen Zwecken diente, nunmehr vollendet worden. Redner dankte insbesondere dem evangelischen Gesamtkirchengemeinderat, welcher mit der Erbauung der Kirche den kirchlichen Bedürfnissen der rasch emporblühenden Vorstadtgemeinde Rechnung getragen, und gedachte der huldvollen Unterstützung des Baus durch das Agl. Haus, sowie seitens des Staats und der Stadt, des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen und des Vereins für christliche Kunst. Dank gebühre auch allen, die durch ihre Kunst und ihren Fleiß am Zustandekommen des schönen Baues mitgeholfen. Die Hand des Allmächtigen habe schirmend über Bau und Bauleuten gewaltet. Nach abermaligem Gesang des Kirchenchors und der Gemeinde hielt Stadtpfarrer Storz die Predigt, der er das Evangelium Lukas Kap. 10, Vers 30—35 (Gleichnis des barmherzigen Samariters) zu Grunde legte. An diese schloß sich die Taufe zweier Neugeborenen, eines Knaben und eines Mädchens, an, bei welchen der König und die Königin Patenstelle vertraten. Die Kinder wurden auf die Namen Wilhelm und Charlotte getauft. In einem Schlußwort überbrachte Generalsuperintendent Prälat v. Ege zum neuen Gotteshaus die Glück- und Segenswünsche der Oberkirchenbehörde, welche von der neuen Saat eine Segensquelle für die angehörige Gemeinde und für die ganze Stadt erhoffe. Mit dem Segen und dem Gemeindegesang: Rühmet, ihr Menschen u. schloß der weihervolle Akt.

Es folgte am Ostermontag den 3. April die Einweihung der Gedächtniskirche in der Hölzlerlin-Lessingstraße. Diese Kirche (mit Abbildung) wurde, mit Ausnahme des von der Kirchengemeinde gestellten Grund und Bodens, von einem Mitglied der



Hospitalkirchengemeinde letzterer gewidmet. Der hochsinnige Stifter ist Geh. Hofrat Dr. Julius v. Jobst. Die Stiftung erfolgte zum Gedächtnis seiner Gemahlin Mathilde, geb. Löffler, aus Messina, gestorben 2. April 1894. Vor dem Haupteingang der Kirche hatten sich gegen $\frac{3}{4}$ 11 Uhr der Stifter mit seinen Kindern, sowie der Baumeister Oberbaurat Prof. Reinhardt eingefunden. Zur Seite des Portals hatten sich Kultminister v. Sarwey, Konsistorialpräsident Fehr. v. Gemmingen, Mitglieder des Konsistoriums, ferner zahlreiche Geistliche im Ornat, darunter die Prälaten v. Ege und v. Burk, sowie die Vertreter der bürgerlichen Kollegien und des Kirchengemeinderats, der ausführende Werkmeister Klingler und sonstige beim Bau beschäftigte Handwerksmeister aufgestellt. Vom Kgl. Hofe waren der König, die Herzogin Wera von Württemberg und Prinz Hermann von Sachsen-Weimar mit Gefolge erschienen. Der Vortrag des Posaunenquartetts: *Thut mir auf die schöne Pforte*, leitete die Feier ein, worauf der Baumeister, alter Sitte gemäß, zum Zeichen der Vollendung des Baues, der ohne Unfall vor sich gegangen, dem Stifter die Schlüssel der Kirche übergab und mit Dank der thatkräftigen Mitwirkung bewährter Meister und Gefellen mit dem Wunsche gedachte, daß das Gotteshaus für immer Zeugnis gebe von dem edlen Sinn seines Stifters. Geh. Hofrat Dr. v. Jobst übergab den Schlüssel an den König, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die Kirche das Andenken an seine liebe Frau erhalte und der Gemeinde, sowie der ganzen Stadt zu einer Quelle reichsten Segens werde. Der König überreichte mit den innigsten Glück- und Segenswünschen den Schlüssel an Stadtdekan Dr. v. Braun, welcher nach einer kurzen Ansprache das Portal erschloß, worauf der Eintritt in die Kirche erfolgte, in welcher bereits eine zahlreiche Gemeinde Platz genommen hatte. Nach dem Gesang des Hospitalkirchenchors: *Wie lieblich sind deine Wohnungen* 2c. hielt der Stadtdekan die Weiherede, der er die Schriftworte: *Das Gedächtnis der Gerechten bleibet im Segen und halte im Gedächtnis Jesum Christum, der auferstanden ist von den Toten, zu Grunde legte.*

Kedner erinnerte an die vor vierzehn Tagen erfolgte Einweihung der Lukaskirche in Ostheim; einer dankbar bewegten Ostergemeinde erschloß sich hier ein



neues Gotteshaus, das mit seinen ebenso feierlichen wie feinen Formen ein Juwel der Baukunst sei. Eine ergreifende Lebensäußerung des christlichen Sinnes liege in dieser Stiftung, die dem Gedächtnis einer edlen, schwergeprüften vollendeten Frau geweiht sei. Wie von der Heimgegangenen Segen ausgeflossen, so solle von dieser Stätte bleibender Segen ausgehen für den ganzen Stadtheil, für jung und alt.

An die Weiherede schloß sich ein Gebet und Gemeindegesang, dem die Predigt von Stadtpfarrer J. Kopp folgte, welche das Evangelium Johannis, Kap. 20, zum Gegenstand hatte und nach deren Beendigung der unter der Leitung von Organist Kimmerle stehende Chor die Osterhymne: Christus ist auferstanden, sowie den Choral: Preis dem Todesüberwinder anstimmte. In einer Ansprache gedachte sodann Stadtpfarrer Faulhaber des innigen und treuen Christenglaubens, in dem die edle Frau, deren Gedächtnis die Kirche geweiht, dahingeshieden, und die dadurch der neuversammelten Gemeinde ein leuchtendes Vorbild gegeben habe. Nach weiterem Gemeindegesang sprach Generalsuperintendent Prälat v. Lge noch ein Schlußwort, in dem er seiner herzlichen Freude über den schönen Bau Ausdruck gab und namens der Oberkirchenbehörde dem Stifter für seine Gutherzigkeit an der Gemeinde Dank sagte und dieser die besten Segenswünsche darbrachte. Mit dem Segen des Herrn und dem allgemeinen Gesang: Haupt der Deinen, unser Leben, fand die Feier ihren Abschluß. Vor der Abfahrt der fürstlichen Herrschaften unterhielt sich der König noch mit dem Stifter und dessen Kindern, sowie mit dem Baumeister und dem Stadtdekan.

Die dritte Kirchen-Einweihung war die der katholischen St. Nikolauskirche am 12. April (mit Abbildung). Infolge der Vermehrung der katholischen Einwohner in Stuttgart, deren Zahl im Jahr 1895 über 20 000 stieg, hatte sich die Notwendigkeit einer dritten Kirche geltend gemacht. Es mußte vor allem an eine Entlastung der Eberhardskirche gedacht werden, welche für die zahlreichen Parochianen als viel zu klein sich erwies. Es wurde zunächst ein Bauplatz in der Stöckachgegend, in der Werastraße liegend, um die Summe von rund 42 000 M. erworben, wovon der Interkalarfonds 28 000 M. übernahm, während der Rest von den früher ersammelten Geldern des



† Stadtpfarrers Oberkirchenrat Zimmerle bestritten wurde. — Von dem anfänglichen Projekt, eine Hofkirche aus Fachwerk zu bauen, konnte man durch den glücklichen Zufall des Eingreifens eines großmütigen Wohlthäters wieder abkommen. Der Kaufmann Nikolaus Bäcké bot sich an, falls eine massive Kirche sofort erbaut werde, die zu Ehren des hl. Nikolaus geweiht werden sollte, die namhafte Summe von 10 000 M^{fr.} zu schenken und weitere 5000 M^{fr.} unter sehr annehmbaren Bedingungen darlehensweise zur Verfügung zu stellen. Der gemeinschaftliche Kirchenstiftungsrat nahm das Geschenk und Anlehen mit Dank an und sein dringender Antrag, eine massive Kirche zu bauen, fand die Zustimmung und Genehmigung der Kirchenbehörde (18. Januar 1894). Der Inzerkalarfonds beteiligte sich an den Kosten des Baues mit 30 000 M^{fr.}, die bischöfliche Missionskasse mit 10 000 M^{fr.}, weitere 40 000 M^{fr.} steuerte die Staatskasse bei; für den Schlbetrag hat die Gesamtgemeinde durch Anlehen, das durch Kirchensteuer zu tilgen ist, aufzukommen.

Zu dieser Feier hatten sich auf dem mit Flaggen reich geschmückten Vorplatz der Kirche zahlreiche Angehörige der katholischen Kirchengemeinde versammelt. Um 8¹/₄ Uhr trat der Landesbischof Dr. v. Keppler, der die Abzeichen seiner Würde trug, umgeben von der Geistlichkeit im Ornat und unter Vortritt der Chorknaben von der Sakristei aus eine dreimalige Prozession um die Kirche an, wobei an dem mit Guirlanden gezierten Hauptportal jeweils ein Gebet verrichtet wurde. Nach dem dritten Umgang betrat der Zug die Kirche, in welcher der Bischof sodann die Reinigung, Heiligung und Vollendung des Gotteshauses mit den vorgeschriebenen Gebeten und Ceremonien vornahm. An dem Gottesdienste nahmen außer der Gemeinde die geladenen Mitglieder des Landesparamentenvereins, des Paramentenvereins von St. Eberhard, des Kirchenstiftungsrats und der bürgerlichen Kollegien mit dem Stadtschultheißenamtsverweser und dem Bürgerausschußobmann teil. Nach vollzogener Konsekration sang der Kirchenchor unter Leitung von Chordirektor Sauter ein Tedeum, sowie das Schürkysche Emitte spiritum, worauf der Bischof die Festpredigt hielt, in welcher er der Gemeinde Glück- und Segenswünsche darbrachte und über die Bestimmung



und Bedeutung des neuen Gotteshauses sprach. Insbesondere gedachte Redner noch des verstorbenen Bischofs v. Linsmann als der Seele des Bauunternehmens, dem es leider nicht mehr beschieden war, seinem Werk die Weihe zu geben, und erwähnte mit Dank der reichen Zuwendungen, welche aus dem ganzen Lande und durch die Gnade des Königs aus Staatsmitteln dem Baufonds zugeflossen. Während der nun folgenden stillen Messe, welche gleichfalls der Bischof las, sang der Kirchenchor das Kyrie aus der Herz-Jesu-Messe und einige weitere Chöre. Mit dem Mozartschen Ave verum fand hierauf die Weihe einen erhebenden Abschluß.

Die Errichtung der St. Nikolauspfarre, der dritten katholischen Stadtpfarre in Stuttgart, war schon am 25. Sept. 1896 durch den damaligen Landesbischof Dr. v. Keiser vollzogen worden, nachdem die Mittel von den Ständen bereits im Etat 1894/96 genehmigt worden waren.

Eine erhebende Feier durfte die Johannesgemeinde am 1. März begehen zur Erinnerung an ihre vor 25 Jahren erfolgte Gründung. Als Ehrengäste waren hierzu die evangelische Geistlichkeit der Stadt, sowie die Mitglieder des Gesamtkirchengemeinderats zc. geladen, welche vor dem festlich geschmückten und beleuchteten Altar im Chor Platz genommen hatten; die Angehörigen der Gemeinde und der übrigen Parochien waren in so großer Zahl erschienen, daß die Kirche dicht gefüllt war. Mit dem Gemeindegesang: Nun danket alle Gott, begann der Gottesdienst, worauf Prälat Dr. v. Burk das Eingangsgebet sprach. Abwechselnd mit Gesängen des Kirchenchors und der Gemeinde folgten Ansprachen seitens des Kirchengemeinderats und der Geistlichkeit.

Hofrat Ruhn schilderte den Entwicklungsgang der Johannesgemeinde, deren Gründung mit der am 1. März 1874 stattgefundenen Einweihung einer provisorischen Kirche sich vollzogen, nachdem die Gottesdienste zuvor im Baldauffen Fabrikssaal abgehalten worden waren. Am Reformationstage 1866 war der Grundstein zu der neuen Johanneskirche gelegt worden, deren feierliche Einweihung sodann am 30. April 1876 erfolgte. Ein rasches Wachstum war der Gemeinde beschieden: ihre Zahl hob sich von 9000 Seelen im Jahre 1881 auf 21 000 im Jahre 1890. Zwei Jahre später wurde die Abtrennung der Außen-



bezirke notwendig, welche zu der Paulusgemeinde vereinigt wurden. Seit der Entsehung der Johannesgemeinde war Stadtpfarrer Faulhaber als ihr Seelsorger thätig, anfänglich unter Leitung von Stadtpfarrer Fischer und seit dessen Tod als erster Stadtpfarrer. Mit herzlichen Worten gab Redner dem verdienstvollen Geistlichen für seine hingebende und segensreiche Thätigkeit den Dank der Gemeinde zu erkennen. Stadtpfarrer Plieninger gedachte des ältesten Mitglieds des Kirchengemeinderats, des Herrn Eduard Elben, der von Anfang an demselben zugehört, und sollte dessen Mitarbeit ehrenvolle Anerkennung. Als des dritten Jubilars, der gleichfalls mit der Gemeinde durch seine Thätigkeit verbunden war, erwähnte Stadtpfarrer Ludwig des nunmehr aus dem Amte scheidenden Mesners Brenner, der in den langen Jahren treu und fleißig gemeinsam mit seiner Familie seine Pflichten erfüllt und den Kirchenbesuchern allezeit ein freundlicher und gefälliger Diener war. Stadtdekan Oberkonsistorialrat Dr. v. Braun verlieh als Vertreter des evangelischen Gesamtkirchengemeinderats seiner Freude an dem schönen Gedenktage der Johannesgemeinde berebten Ausdruck. Mit bewegten Worten dankte Stadtpfarrer Faulhaber für die Liebe und das Vertrauen, welche ihm die Gemeinde bis auf den heutigen Tag zu teil werden ließ; er sprach ferner noch seinen Dank aus den Amtsbrüdern, den Ältesten und dem Mesner für alle Fürsorge und Arbeit, die sie an den Armen und im Dienste des Herrn vollbracht. Mit Freude und der Hoffnung auf eine verheißungsvolle Zukunft der Gemeinde wolle er sein Amt weiterführen, solange ihm Gott dazu die Kraft verleihe.

Mit einem Schlußgebet, gesprochen von Generalsuperintendent Prälat v. Ege, und dem gemeinschaftlichen Gesang: Jesu, geh voran, fand hierauf die Feier einen würdigen Abschluß.

In diesem Jahre wurde wiederum, nach zweijähriger Pause, die Erinnerung an den Geburtstag Martin Luthers durch eine allgemeine Feier im Festsaal der Liederhalle begangen. Vornehmlich war die aktive und inaktive evangelische Geistlichkeit von hier und Umgebung, an ihrer Spitze Konsistorialpräsident Sehr. v. Gemmingen, vertreten; ferner waren anwesend Kriegsminister Sehr. Schott v. Schottenstein, Stadtdirektor Oberregierungsrat v. Kläiber u. a. Auf dem Podium stand inmitten einer hübschen Pflanzengruppe die Büste des Reformators.

Nach einem einleitenden Orgelpräliminium begrüßte Stadtdekan Dr. v. Braun die Anwesenden und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck. Nachdem man die Feier schon des öfteren begangen, sei die Befürchtung nahegelegen, das Interesse dafür schwäche sich ab; heute aber habe es sich gezeigt, daß die Feier je älter, desto feierlicher werde. Redner knüpfte hieran einige kurze Betrachtungen über die Reformation und betonte, was die evangelische Christenheit an Luther habe; sein Leben sollte allen Gläubigen eine



Leuchte und eine Quelle der Erkenntnis christlicher Wahrheit sein. Als zweiter Redner sprach Stadtpfarrer Gros über das Hauptthema: Luther auf der Wartburg. Er schilderte anziehend den fast sechsmonatlichen Aufenthalt des Reformators auf der Feste im Jahre 1530 und wie er von dort aus durch Briefe flammenden Inhalts den Muth seiner Anhänger zu stärken wußte und rege Verbindung mit Melanchthon unterhielt, mit dem er an der Feststellung der Augsburgerischen Konfession arbeitete. Während der Pausen, die zwischen den einzelnen Reden eintreten, erfreute der Hospitalkirchenchor unter Leitung des Organisten Breuninger die Versammlung durch prächtige Gesangsvorträge, unter denen namentlich das erstmals hier gehörte berühmte Reformationslied Ulrich Zwinglis Herr, nun selbst den Wagen halt, im Tonsatz von H. v. Herzogenberg, und die Breuningersche Komposition: Herr, deine Güte, Interesse und Beifall fanden. Dr. Herm. Plank, Professor am Karls-Gymnasium, hielt sodann die Schlußansprache. Er betonte, wie durch Feiern wie die heutige der evangelische Christ für die Luthersache gestärkt und erhoben werde. Im weiteren erinnerte Redner noch an das gleichzeitig in Marbach stattfindende Schillerfest und zog einen Vergleich zwischen Luther und Schiller, die beide gewaltige Zeugen und Kämpfer für das deutsche Ideal gewesen seien. Mit einem allgemeinen Gesang fand die Feier ihren Abschluß.

Am Saalausgang waren Opferbecken aufgestellt worden, deren Ertrag für die im nächsten Jahr einzuweihende protestantische Kirche in Speyer bestimmt war.



2. Seelsorge und Aeußerungen des kirchlichen Lebens.

In der evangelischen Kirche wurde neu errichtet das II. Stadtpfarramt der Friedenskirche durch königliche Willensentschließung vom 8. September.

Engeweiht wurde:

- a. die aus den Mitteln der Gesamtkirchengemeinde erbaute Lukaskirche in Ostheim am 19. März (s. oben S. 112);
- b. die vom Geh. Hofrat Dr. Julius v. Jobst gestiftete Gedächtniskirche am 2. April (s. oben S. 114);
- c. die früher vom Jugendverein für Ostheim erbaute, jetzt von der Gesamtkirchengemeinde gekaufte, abgebrochene und in der Sidstraße neu aufgebaute Wanderkapelle am 24. September.



Bemerkenswert ist, daß der Ausschuß des Vereinshauses „Salem“ ein Pfarrhaus für die Gemeinde der Friedenskirche erbaut hat, das am 1. Juli bezogen wurde und von den drei Geistlichen (I. Stadtpfarrer, II. Stadtpfarrer, Stadtvicar) und dem Mesner bewohnt wird, Schubartstr. 12.

Ausgeschieden sind keine ständigen Geistlichen.

Neu aufgezogen sind:

1. auf die erledigte II. Stadtpfarrstelle der Matthäuskirche (Karlsvorstadt) am 8. November Stadtpfarrer Heinrich Lumpy, geboren 24. Juli 1855 in Reutlingen, bisher II. Stadtpfarrer in Murrhardt;
2. auf die neuerrichtete II. Stadtpfarrstelle der Friedenskirche am 22. November Stadtpfarrer David Dieter, geb. 13. Oktober 1863 in Schopfloch, bisher zweiter Geistlicher der evangelischen Gesellschaft hier.

In den städtischen Kirchengemeinden fanden statt:

a. Taufen	4025,
b. Trauungen	1048,
c. Kirchliche Beerdigungen . .	1437,
d. Konfirmanden	1951.

Dazu kommen in der Hofgemeinde 28 Taufen, 20 Trauungen, 17 kirchliche Beerdigungen und 82 Konfirmanden.

Kirchliche Wahlen fanden im Jahr 1899 nicht statt.

Uebertritte zur evangelischen Kirche fanden statt 22, nämlich von:

4 Israeliten, 16 Katholiken, 2 Dissidenten (1 Darbysten, 1 Mitglied der Tempelgesellschaft).

Ausgetreten aus der evangelischen Kirche sind 22 Personen, und zwar:

13 zur katholischen Kirche, 2 zu dissidentischen Gemeinden (1 Adventist, 1 unbekannt), 7 sind konfessionslos geworden.

Die Kirchenkollekten ertrugen in den städtischen Kirchen 58 244 Mk., darunter 15 569 Mk. für besondere kirchliche Zwecke.

Hiezu kommen als Opfer in der Schloßkapelle 3935 Mk., darunter für besondere Zwecke 930 Mk.

Auf Wunsch der Diözesansynode werden die Jahresberichte zu den Synoden in Zukunft alljährlich als Manuskript gedruckt. Unter dem Titel: „Aus dem kirchlichen Leben Stuttgarts“ liegen die drei ersten Berichte, umfassend die Jahre 1897—99, in einer Broschüre vereinigt bereits vor. Der erste (1897) ist verfaßt von Prälat v. Weitbrecht, damals Stadtdékan in Stuttgart, die beiden folgenden von Oberkonsistorialrat Stadtdékan Dr. v. Braun.



Ueber die Zahl der Sitzplaze in den hiesigen evangelischen Kirchen nach dem Stand von 1899 giebt nachstehende, genannten Berichten entnommene Tabelle eine Uebersicht:

	feste	bewegliche	Gesamtzahl
1. Stiftskirche	1 140	960	2 100
2. Hospitalkirche	1 275	435	1 710
3. Leonhardskirche	1 395	405	1 800
4. Johannis Kirche	1 600	350	1 950
5. Friedenskirche	1 295	305	1 600
6. Martinskirche	320	80	400
7. Pauluskirche	1 140	210	1 350
8. Markuskirche	670	180	850
9. Lukaskirche	700	150	850
10. Matthauserkirche	1 400	150	1 550
11. Gedachtniskirche	500	50	550
12. Saal im evang. Tochterinstitut .	—	—	200
13. Wanderkapelle	—	—	250
14. Kirche in Berg	750	60	810
15. Kirche in Gablenberg	350	—	350
	12 535	3 335	16 320.
ferner:			
Schloßkirche	400	—	400
Garnisonkirche	1 250	450	1 700
Waisenhauskirche	166	304	470
Diaconissenkirche	800	100	900.

In der katholischen Kirche betrug die Zahl der kirchlichen Taufen 789, der Trauungen 199, der Beerdigungen 353, der Erstkommunikanten 301, der Gefirmten 1063. Die Kirchenkollekten ergaben 21 069 Mk.

Uebertritte zur katholischen Kirche erfolgten von 14 Protestanten. Austritte aus der katholischen Kirche erfolgten zu den Protestanten 19.

In der israelitischen Kirche erfolgten:

	1898	1899
Geburten	37	35
Sterbefalle	44	37
Trauungen	18	25.





I. Allgemeine Entwicklung desselben; Neueinrichtungen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens war das Jahr 1899 beherrscht von der sozialen Frage der gehaltlichen Besserstellung der Lehrer an den Unterrichtsanstalten aller Art, der Volks- und Mittelschullehrer, der Lehrerinnen jeder Art, der Elementarlehrer, der Bürgerschullehrer, der Lehrer am Karls-Gymnasium und an den beiden Realschulen. Der Gegenstand beschäftigte die bürgerlichen Kollegien in zahlreichen Sitzungen. Mit dem ebenso schwierigen wie umfangreichen Referat war Gemeinderat Stockmayer betraut. Die Verhandlungen führten zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis. Es dürfte der Aufgabe der Chronik entsprechen, die Gehaltsverhältnisse wenigstens der für die breiten Schichten wichtigen Lehrer an den Volks- und Mittelschulen zu Ende des Jahrhunderts festzuhalten.



Die Bewegung erhielt ihren unmittelbaren Anstoß durch das am 31. Juli 1899 erlassene Gesetz, betreffend die Einkommensverhältnisse der Volksschullehrer etc. Nach demselben war das Gehaltsvorrückungssystem für die hiesigen Volks- und Mittelschullehrer anzupassen, da von der den größeren Städten in Art. 6 jenes Gesetzes eingeräumten Befugnis, ein besonderes lokales Dienstaltersvorrückungssystem einzuführen, auch in Stuttgart Gebrauch gemacht werden wollte.

Was I. die Gehaltsätze der ständigen Lehrer betrifft, so waren diese seither in folgender Weise normiert:

1) Die Mittelschullehrer erhielten 1400 Mk. Anfangsgehalt und rückten achtmal um je 125 Mk. vor, so daß sie mit dem 60. Lebensjahr den Höchstgehalt von 2400 Mk. erreichten.

2) Die Volksschullehrer erhielten 1300 Mk. Anfangsgehalt und rückten siebenmal um je 100 Mk. vor, so daß sie mit dem 56. Lebensjahr den Höchstgehalt von 2000 Mk. erreichten.

Bei beiden Kategorien kam noch eine staatliche Dienstalterszulage von je 150–500 Mk. hinzu, so daß in Wirklichkeit sich belief der Anfangsgehalt bei den Volksschullehrern auf 1450 Mk., bei den Mittelschullehrern auf 1550 Mk., der Höchstgehalt bei den Volksschullehrern auf 2500 Mk., bei den Mittelschullehrern auf 2900 Mk. Außerdem erhalten die ständigen Lehrer eine Altersentschädigung von 700 Mk. in Stuttgart, von 600 Mk. in Heslach und Berg und von 450 Mk. in Gablenberg. Nach dem neuen Gesetz müssen die Gemeinden, welche ein eigenes Dienstaltersvorrückungssystem einführen, Anfangsgehälter von mindestens 1400 Mk. und Höchstgehälter von mindestens 2500 Mk. gewähren.

Der Anfangsgehalt der Volksschullehrer wurde nunmehr um 150 Mk., also auf 1600 Mk. erhöht. Dieser Anfangsgehalt steigt bei strenger Einhaltung der gesetzlichen Dienstaltersstufen achtmal um je 150 Mk., so daß die Volksschullehrer einen Höchstgehalt von 2800 Mk. erreichen. Die Mittelschullehrer erhalten in jeder Stufe 100 Mk. mehr, beginnen also mit 1700 Mk. und schließen wie seither mit 2900 Mk. ab.

II. Als Belohnung für den Zeichenunterricht, soweit dieser außerhalb der Pflichtstunden erteilt wird, werden 80 Mk. pro Wochenstunde bewilligt.

III. Für den Abteilungsunterricht wird statt des gesetzlichen Minimums von 60 Mk. eine Belohnung von 100 Mk. pro Wochenstunde bewilligt.

IV. Als Zeitpunkt für die Einführung der neuen Gehaltsnormen wurde der 1. April 1899 festgesetzt.

Entsprechend wurden die Bezüge der unständigen Lehrer und Lehrerinnen, wie auch der Arbeitslehrerinnen geregelt und ausgebessert. Die Lehrerinnen sollen vom 35. Lebensjahr ab unter den von dem genannten Gesetz Artikel 18 gegebenen Voraussetzungen ständig auf Lebenszeit angestellt werden können. Alle diese Aufbesserungen, soweit sie das staatliche Normativ über-



steigen, sind an die Voraussetzung geknüpft, daß es hinsichtlich des bisherigen Vorschlagsrechts und des Mitwirkungsrechts bei der Beförderung bei der bisherigen Gewohnheit sein Verbleiben habe.

Von Interesse für die Kenntnis des Standes unseres Schulwesens an der Jahrhundertwende sind die von einem Mitglied des Bürgerausschusses, Lehrer Löhnner, aufgestellten Wünsche nach Reformen verschiedenster Art. Dieselben betreffen nach dem Neuen Tagblatt solche Punkte: 1) die allen Schulen gemeinsam sind, 2) die nur die höheren Schulen angehen, 3) welche die evangelische Volks- und die Mädchenmittelschule gleichmäßig betreffen, und 4) die Volksschule allein im Auge haben.

Von den unter 1) fallenden Punkten erwähnen wir, daß gewünscht wird, künftig keine großen Schulsysteme mehr einzurichten, sondern sich mit kleineren zu begnügen, welche neben den erforderlichen sonstigen Räumlichkeiten höchstens 14—16 Klassenzimmer (für zwei Komplexe) enthalten. Durch diese Maßnahme wäre man in der Auswahl der Plätze nicht zu sehr beschränkt und könnte ab und zu auch einen leicht zugänglichen Hinterplatz für ein kleineres Schulhaus bestimmen. Dies käme insbesondere der Realschule zu gut, welche in den äußeren Stadtteilen sechsklassig eingerichtet werden könnte und ihren Ausbau in einem zentral gelegenen Gebäude hätte. Nicht das Haus macht den Charakter der Schule aus, sondern der Lehrplan. Die Lösung für den Bau neuer Schulhäuser sollte darum künftig sein: Keine riesigen Schulpaläste, sondern kleinere, aber immerhin noch ca. 700 Schüler fassende Gebäude, die außen einfach und innen zweckmäßig sind. Das Hilfslehrersystem, d. h. die allzureichliche Verwendung unständiger Lehrkräfte, wie sie nicht nur an den Volks- und Mittelschulen, sondern in allen Schulen üblich ist, sollte thunlichst beschränkt werden. Die Hauptvakanz sollte den hiesigen Witterungs- und Ligeverhältnissen entsprechend früher gelegt werden, entweder auf den ganzen Monat Juli oder wie früher von Mitte Juli bis Mitte August. Was dadurch von der für 7—16jährige Schüler zu langen Dauer von 6½ Wochen abginge, könnte sehr zweckmäßig zu einer mindestens 14tägigen Herbstvakanz verwendet werden. Es müßten eben die Versetzungsprüfungen aus der heißesten Jahreszeit weg und an den Schluß des Wintersemesters gelegt werden. Auch hätte diese Aenderung unzweifelhaft zur Folge, daß alle Schulen hiesiger Stadt, wie es in vielen größeren Städten außerhalb Württembergs üblich ist, im ganzen die gleiche Vakanzdauer und bezüglich der Hauptferien denselben Anfang und Schluß hätten. — Die große Mannigfaltigkeit, um nicht zu sagen Zersplitterung des hiesigen Schulwesens (Konfessionell und nach Standesrückichten) läßt es als höchst wünschenswert erscheinen, daß sämtliche Lehranstalten mehr nach einheitlichen Gesichtspunkten und nach ihrem gegenseitigen Wertverhältnis bezw. ihrer Aufgabe betrachtet werden. Es kommt hiebei in Betracht die Ausstattung der Schulen, die Schaffung von Schulhöfen und Turnhallen, die Größe der



Schulklassen, die Gewährung von Prämien an die besten Schüler, das Gehalts- und Vorrückungssystem der Lehrer, die Festsetzung der Zahl der Pflichtstunden für Lehrer und Schüler bei verwandten Anstalten, die einheitliche Bezahlung der Ueberstunden bei gleich qualifizierten Lehrkräften, die Behandlung der Stellvertretungskosten bei länger dauernder Krankheit des Lehrers, die Fortreichung der Nebenbezüge an erkrankte Lehrer u. Was auf diese Weise gemeinschaftlich erledigt werden kann, müßte dann nicht wie seither in 3, 4 oder 5, ja sogar 6 zeitlich sehr verschieden liegenden Sitzungen der bürgerlichen Kollegien behandelt werden. Eine gewisse Zentralisation, unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Lehranstalten, wäre sehr am Platze. — Da städtischerseits für eine weitergehende Mädchenbildung, als sie die Volks- und Mittelschule bietet, nicht gesorgt ist, während die Fürsorge für die männliche Jugend (Volks-, Elementar-, Bürger-, Realschule, humanistische Gymnasien, Realgymnasium und Begünstigung besonderer Vorschulen) fast eine allzugroße ist, so sollte die Gründung einer bezw. zweier städtischen Töchterschulen mit aller Energie betrieben werden. Dabei wäre zum voraus auf ein mäßiges Schulgeld Bedacht zu nehmen. — In der evangelischen Ortschaftschulbehörde sitzen neben sechs Theologen, nämlich dem Bezirksschulinspektor der evangelischen Volksschule, dem Schulrat und dem Rektor der Mittelschule und drei Ortschaftschulinspektoren im ganzen drei Lehrer, von welchen zwei der Volks- und einer der Mittelschule angehören. Nun bestimmt aber das Gesetz vom 13. Juni 1891 in Art. 1 Abs. 2: „Die Zahl der in die Ortschaftschulbehörde berufenen Geistlichen soll einschließlichs der ein Pfarramt bekleidenden Ortschaftschulaufsäher niemals drei übersteigen. Dasselbe gilt für die in die Ortschaftschulbehörde berufenen Schullehrer.“ Da die Zahl der aus der Schulgemeinde zu wählenden Mitglieder der Zahl der in die Ortschaftschulbehörde berufenen Geistlichen und Schullehrer gleichkommt und da außerdem für eine Stellvertretung erkrankter Lehrermglieder keine Vorkehr getroffen ist, so ist daraus ersichtlich, daß die Vertretung der Lehrerschaft mit über 200 Lehrpersonen keine richtige und der ganzen Tendenz des Gesetzes entsprechende ist. Sollte und wollte aber an der seitherigen Zusammensetzung der evangelischen Ortschaftschulbehörde nichts geändert werden, so wäre wenigstens dafür zu sorgen, daß die Lehrer ihre drei Vertreter wählen dürfen.

Von positiven Reformen und Verbesserungen, die im Jahr 1899 durchgeführt wurden, sind hervorzuheben:

Die Städtische Gewerbeschule hat in ihren Kursen für Mädchen und Frauen den Lehrplan einer durchgreifenden Aenderung unterzogen. Besonders bemerkenswert ist die Einrichtung einer kunstgewerblichen Abteilung, welche in einem dreijährigen Kursus, der geometrisches Zeichnen, Perspektive, Freihandzeichnen, kunstgewerbliches Zeichnen und Malen, Zeichnen und Aquarellieren von Landschaften, Zeichnen von Köpfen, Porzellan-, Fayence- und Glasmalen, Akrbschnitt, Brand-



malerei, Modellieren, Studien in den staatlichen Sammlungen umfaßt, die Schülerinnen systematisch zu Zeichnerinnen im Kunstgewerbe herantreibt. Die ordentlichen Schülerinnen sind an den vorgezeichneten Lehrplan gebunden; den außerordentlichen bleibt die Wahl der Fächer überlassen. Bedeutend herabgesetzt wurde das Schulgeld für einen Teil der wissenschaftlichen Fächer, darunter das Französische und Englische, deren Kenntnis für verschiedene Berufsarten sehr empfehlenswert ist und die daher hauptsächlich Beachtung verdienen.

In der Kaufmännischen Fortbildungsschule wurden neue Kurse eingeführt im Zollwesen und in der Volkswirtschaftslehre.

Beschlossen wurde die Anlegung zunächst eines Schulgartens zur Unterstützung des botanischen Unterrichts in den Volksschulen. Derselbe wurde in der nördlichen Ecke des Hoppenlaufriedhofs nach dem Plan des Schullehrers Dr. Luz und Garteninspektors Lehmann angelegt und dafür in den Schulpflegeetat 1899/1900 erstmals 4100 Mk. eingesetzt.

Beschlossen wurde weiterhin die allmähliche Erneuerung der Subsellien in den städtischen Schulen innerhalb 15 Jahren nach dem System Kettig für größere Lokale, System Columbus für kleinere Lokale und alljährliche Einstellung von 10000 Mk. in den Schulerat hierfür.

Im Jahr 1899 kam auch der Antrag auf Einführung der Lernmittelfreiheit an den Volksschulen zur Behandlung. Derselbe wurde von Gemeinderat Stockmayer, gestützt insbesondere auf eine Äußerung der Konferenz der evangelischen Volksschullehrer, sowie auf die günstigen Erfahrungen, welche in der Schweiz damit gemacht wurden, warm verteidigt, jedoch nach eingehender Debatte mit 13 gegen 8 Stimmen in der Sitzung vom 16. März abgelehnt.

Ueber den Stand der Schularztfrage s. oben S. 36.

Als besondere Denkwürdigkeiten des Jahres 1899 auf dem Gebiete des Schulwesens sind schließlich noch zu verzeichnen:



Die städtische Mädchenmittelschule durfte am 9. Mai in der Turnhalle an der Schloßstraße das Fest ihres 25jährigen Bestehens als selbständige städtische Lehranstalt feiern. Diese Feier bildete zugleich ein Jubelfest der Anstalt und ihres Vorstandes, des Schulrats Herrmann. Die Weihe des Festes wurde erhöht durch die Teilnahme der Königin vom Anfang bis zum Ende desselben.

Das Fest begann und schloß mit je einem gemischten Chor, vorgetragen von Schülerinnen der Mittelschule I und Lehrern der Gesamtanstalt. Die Reihe der Reden eröffnete Gemeinderat Stod mayer, welcher dem Wohlwollen und den Glückwünschen der städtischen Kollegien für die Anstalt Ausdruck verlieh und dem Schulvorstand eine Adresse der Kollegien überreichte. In der eigentlichen Festrede warf der Schulvorstand, Schulrat Herrmann, einen Rückblick auf die Entwicklung der Schule von ihrem bescheidenen Anfang als Anhängsel der Volksschule im Jahre 1860 an unter stätigem Wachsen der Schülerzahl und der Schulklassen zu einer gewissen Selbständigkeit in einem eigenen Haus unter eigenem Rektor im Jahre 1874 zur vollen Selbständigkeit (Trennung vom Schulinspektorat der Volksschule) und zur gleichzeitigen Teilung in zwei Hälften (Mittelschule I u. II) im Jahre 1886 und zum heutigen Stand, der fast 2000 Schülerinnen umfaßt. Rektor Dr. Sal zmann, der Vorstand der Mittelschule II, brachte die Glückwünsche des Gesamtkollegiums des Lehrer und Lehrerinnen der beiden Mittelschulen zum Ausdruck, worauf Oberlehrer Kä lberer die Glückwunsch-Adresse verlas, welche dieses Kollegium dem gemeinsamen Schulvorstand gewidmet hatte. Im Namen des Elternkomitees übergab Eisenbahnsekretär Wälde eine Jubiläums-Stiftung aus freiwilligen Gaben im Betrage von 3500 Mark, deren Zinsen zu Schulgeldbeiträgen für bedürftige Schülerinnen verwendet werden sollen. Die Glückwünsche der Oberschulbehörde brachte Ober-Konsistorialrat Wunderlich, die der benachbarten Bürgerschule Oberschulrat Dr. Bücheler, die der Volksschule Schulrat Dr. Frohnmeyer, und die der evangelischen Geistlichkeit Stadtdekan Dr. v. Braun zum Ausdruck.

15. April. Eröffnungsfeier der Fortbildungsanstalt für Töchter gebildeter Stände, Mädchengymnasium (im Hause Kronenstraße Nr. 41). Zu diesem für das Unterrichtswesen in Württemberg bedeutungsvollen Akt waren Kultminister Dr. v. Sarwey, die Palastdame und die Hofdame der Königin, Gräfin v. Urkull und Freiin v. Süßkind, Stadtschultheißenamtsverweser Gemeinderat Gauß, sowie zahlreiche Freunde und Gönner der Anstalt nebst einer stattlichen Anzahl von Schülerinnen erschienen.



Namens des Rectoriums hieß Garnisonsprediger Feldpropst Blum die anwesenden Ehrengäste und Teilnehmer willkommen; er gab sodann seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gedanke zur Errichtung eines Mädchengymnasiums, der vor Jahresfrist in einem Vortrage erstmals an die Öffentlichkeit kam, jetzt zur Wirklichkeit geworden sei. Redner machte im weiteren die Mitteilung, daß Prof. Güntter den Grundstock zu einer Bibliothek gestiftet habe; er dankte hernach den Gönnern, die das Gelingen des Werkes ermöglichten, mit herzlichen Worten und empfahl die Anstalt dem Wohlwollen der beteiligten Kreise. Die Vorsteherin, Fr. Bette, deren unermüdlicher Thätigkeit die Gründung eines Mädchengymnasiums in Württemberg in erster Linie zu verdanken ist, verbreitete sich in längerer Rede über die ideale Seite der Erziehung, für welche ein jeder sich selbst hingeben müsse; sie wies alsdann auch darauf hin, daß es dem jungen Unternehmen selbstredend nicht an Feinden gefehlt habe und noch fehle. Diesen müsse man nicht durch Worte, sondern durch die That den Beweis liefern, daß die Anstalt einem thatsächlichen Bedürfnis entspreche. Mit großer Wärme wandte sich die Vorsteherin auch an die anwesenden Schülerinnen und forderte sie auf, einen eisernen Willen zu bethätigen, damit der Erfolg nicht ausbleibe. Die Leiterin der Gymnasialkurse, Gräfin v. Urkull, sprach in eingehender Weise von den Erfahrungen aus ihrer Studienzeit, von den vielen Vorurteilen, die jetzt noch dieser doch so dringend notwendigen Neuerung gegenüberstehen, von den gewiß unberechtigten Zweifeln, die man der Reform in weiten Kreisen entgegenbringe u. Rednerin gab den Eltern die bestimmte Versicherung, daß in der Anstalt für das leibliche und geistige Wohl der Mädchen bestens gesorgt werde, und schloß mit dem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft, daß dem Mädchengymnasium künftig die Wege besser geebnet sein mögen. Stadtschultheißenamtsverweser Gemeinderat Gauß gab seiner Freude über die Verwirklichung des Planes Ausdruck und wünschte dem Unternehmen ein gedeihliches Fortkommen; die Stadtgemeinde werde die Entwicklung der Anstalt mit lebhaftem Interesse verfolgen.

Mit einem kurzen Schluß- und Dankwort von Feldpropst Blum fand die Feier ihren Abschluß.

30. Juli. Eröffnung der von der Kgl. Kommission für die gewerblichen Schulen ins Leben gerufenen Landesausstellung in der Gewerbehalle. Der Schwäbische Merkur berichtete darüber folgendes: Eine besondere Eröffnungsfeier fand nicht statt; doch hatte sich vorm. 11 Uhr die Kommission für die gewerblichen Fortbildungsschulen, an ihrer Spitze Präsident Dr. v. Gaupp, eingefunden, um die geladenen Gäste zu empfangen; unter ihnen befand sich Min.-Rat Kern als Vertreter des Kultusministers Dr. v. Sarwey. Erschienen waren ferner Generaladjutant Gen.-Leut. v. Bisfinger, Hofkammerpräsident Frhr. v. Herman,



Präsident v. Gessler, Feldpropst Blum, Stadtschultheiß Gauß. Es ist zehn Jahre her, seit wir die letzte derartige Ausstellung im Lande hatten; sie war zu Ehren der 25jähr. Regierungsfeier des Königs Karl veranstaltet worden. Zehn Jahre sind schnell verfliegen, sie hinterlassen oft nur flüchtige Spuren im Leben des einzelnen; wie viel weniger bedeuten sie in der Entwicklung einer weitverzweigten, vielfältig gegliederten öffentlichen Einrichtung! Und doch gewinnt man schon bei einer flüchtigen Umschau in der Ausstellung den Eindruck, daß in der Zwischenzeit seit 1889 in den auf der Ausstellung vertretenen Fächern wesentliche Fortschritte zu verzeichnen sind, daß die fürsorgende Obhut der staatlichen Oberbehörde, der das Fortbildungsschulwesen, die schulmäßige Ausbildung der Lehrlinge und die „artistische“, d. h. zeichnerische Unterweisung der Schuljugend unterstellt ist, sich hinaus erstreckt bis auf das kleinste Städtchen und das abgelegenste Dorf, und endlich, daß im großen Ganzen mit Geschick und vielem Fleiß, an einzelnen Anstalten mit ganz überraschenden Erfolgen gearbeitet wird.

Für die durch ihre Leistungen besonders hervorragenden Schulen wurden Diplome verliehen. Es erhielten solche in Stuttgart: die städtische Gewerbeschule (einschließlich der Abteilung für Mädchen und Frauen) für sämtliche Fächer; die kaufmännische Fortbildungsschule für sämtliche Fächer; Ritters Gewerbe-Verschule für sämtliche Fächer; die Frauenarbeitschule.

Für den Entwurf des Diploms war eine Konkurrenz ausgeschrieben worden. Die beiden ersten Preise fielen nach auswärts, der dritte Preis wurde Fr. Magdalena Schweizer in Stuttgart zuerkannt.





2. Besuch der akademischen Schulen^{*)}; Lehrnachrichten.

In der Kgl. Technischen Hochschule befanden sich im Wintersemester 1898/99 771 Studierende. Die Zahl der Hospitanten betrug 205, so daß an den Vorlesungen im ganzen 976 Personen teilnahmen.

Im einzelnen befanden sich an den Abteilungen für


	Ordentliche Studierende:		Außerordentliche Studierende:		im ganzen:
	Wärrt.	Nichtwärrt.	Wärrt.	Nichtwärrt.	
1. Architekten	65	23	27	72	187
2. Bauingenieure	89	25	—	14	128
3. Maschineningenieure und Ingenieure der Elektrotechnik	149	49	39	76	313
4. Chemiker, Hütteningenieure und Pharmazeuten	47	17	16	8	88
5. Studierende der Mathematik u. Naturwissenschaften (einschließlich der Geodäten) .	21	2	1	3	27
6. Studierende allgemein bildender Fächer	22	1	1	—	24
7. Studierende der Verkehrswissenschaften	4	—	—	—	4
	<u>397</u>	<u>117</u>	<u>84</u>	<u>173</u>	<u>771</u>
	514		257		

Akademische Preise erhielten folgende Stuttgarter:

In der Abteilung für Bauingenieurwesen: Wilhelm Frank; in der Abteilung für allgemein bildende Fächer eine öffentliche Belobung: Mart. Mayer und Johannes Müller.

Am 10. September 1899 wurde die erledigte Professur für Hochbaukunde einschließlich Heizung und Beleuchtung, Baumaterialienlehre und Baukostenberechnung dem Architekten Heinrich Jassoy, Erbauer des neuen Rathauses hier, am 12. Sep-

^{*)} Um die Frequenz-Ziffern in zuverlässiger Weise geben zu können, sind dieselben den Jahresberichten entnommen, die erst für die Jahre 1898/99 vorliegen. Die Zahlen sind sonach zum Teil aus der vorjährigen Chronik wiederholt.



tember 1899 die neuerrichtete Professur für maschinentechnische Fächer dem Professor Albert Bantlin an der Technischen Hochschule in Braunschweig übertragen.

In den Lehrplan neu eingefügte Fächer und dementsprechende Lehraufträge:

dem Oberstudientrat Schumann, Rektor der Friedrich-Lugens-Realschule hier, für eine im Sommer zu haltende zweistündige Vorlesung über Geographie; Antrittsvorlesung am 21. April 1899 über Konstantinopel;

dem Privatdozenten Dr. Pfeiffer vom Sommersemester 1899 an für Geschichte der französischen Sprache und Litteratur mit 1 Stunde Vortrag und 1 Stunde Uebungen;

dem Privatdozenten Dr. Schru. v. Westenholz vom Sommersemester 1899 an für Geschichte der englischen Sprache und Litteratur mit 1 Stunde Vortrag und 1 Stunde Uebungen;

dem Privatdozenten Dr. Wölffing vom Studienjahr 1899/1900 an für Funktionentheorie, höhere Algebra und Krümmungstheorie.

An der Kgl. Tierärztlichen Hochschule befanden sich im Wintersemester 1898/99 96 Studierende.

Die Kgl. Kunstschule erhielt durch die Berufung der drei Karlsruher Professoren Graf von Kalkreuth, Pözelberger und Grethe einen neuen Aufschwung. Dem Professor Pözelberger wurde die durch das Ausscheiden des Professors Herterich in Erledigung gekommene Professur an der figürlichen Zeichenklasse übertragen. Professor Graf von Kalkreuth erhielt einen Lehrauftrag an der Komponierschule, Professor Grethe einen solchen an der technischen Malerschule, dem letzteren wurde außerdem die etatsmäßige Hilfslehrerstelle, welche bisher gleichfalls von Professor Herterich versehen worden war, übertragen.

Die Berufung dieser drei Künstler ohne Ueberschreitung der etatsmäßig zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel ist durch die zufolge Allerhöchster Entschliessung angeordnete Heranziehung der Privatdispositionskasse Seiner Majestät des Königs ermöglicht worden.

An der Kgl. Kunstgewerbeschule war die Statistik der Schüler im Wintersemester 1898/99 folgende:

Im I. Kurs 40. In den Sachkursen für die Niddelindustrie 27, das Modellieren und Holzschneiden 5, das dekorative Kunstgewerbe (Dekorationsmalerei und Glasmalerei, Keramik, Musterzeichnen, graphische Künste) 28, das Ziselieren 7, die Zeichenlehrer 23, zusammen 130.



Solgende Stuttgarter wurden für erfolgreiche Lösung der Preisaufgabe mit Preisen bzw. Belobungen ausgezeichnet:

Im Fachkurs für Niddelindustrie: Hugo Rieser.

Im Fachkurs für das dekorative Kunstgewerbe mit einer öffentlichen Belobung: Walter Klein.

Das Kgl. Konservatorium für Musik, zugleich Theaterschule, zählte am 1. Januar 1899 im ganzen 525 Zöglinge. Davon widmeten sich 173 der Musik berufsmäßig, und zwar 76 Schüler und 97 Schülerinnen, darunter 83 Nichtwürttemberger.

Unter den Zöglingen im allgemeinen waren 291 aus Stuttgart, 102 aus dem übrigen Württemberg, 1 aus Anhalt, 6 aus Baden, 5 aus Bayern, 2 aus Hessen, 30 aus Preußen, 5 aus Sachsen, 1 aus Sachsen-Altenburg, 1 aus Sachsen-Meinungen, 3 aus Oesterreich-Ungarn, 20 aus der Schweiz, 1 aus Belgien, 4 aus Frankreich, 14 aus Großbritannien und Irland, 1 aus Italien, 2 aus den Niederlanden, 2 aus Rußland, 1 aus Griechenland, 1 aus Rumänien, 23 aus Nord-Amerika, 5 aus Süd-Amerika, 2 aus Asien, 1 aus Afrika, 1 aus Süd-Australien.

Der Unterricht wurde von 37 Lehrern und 6 Lehrerinnen erteilt.



Q. H.



I. Gesetzliche Armenpflege.

Am Bereich der städtischen Armenpflege ist eine organisatorische Aenderung insofern eingetreten, als die Trennung des Amtes eines Verwalters des Armenhauses, der Armenbeschäftigungsanstalt und des Asyls für Obdachlose beschlossen wurde. Die Durchführung dieses Beschlusses ist auf 1. April 1900 anberaunt.

Ueber die Inanspruchnahme des Armenamtes im Jahre 1899 und über das Verhältnis der Unterstützten zur Kranken- und Unfall-, sowie zur Alters- und Invaliditätsversicherung giebt die nachfolgende statistische Zusammenstellung (vgl. Tabelle S. 135) einen Ueberblick.

Es ist hiernach trotz der bedeutenden Zunahme der Einwohnerschaft die Zahl der Unterstützten nahezu gleichgeblieben. Dieses erfreuliche Ergebnis dürfte seinen Grund haben in der Fortdauer des günstigen Standes des Arbeitsmarkts, in dem Umstand, daß die Gesundheitsverhältnisse gute blieben, daß der Winter, soweit er ins Kalenderjahr fiel, kein harter war, außerdem aber in den immer segensreicher zu Tage tretenden Wirkungen der Versicherung der arbeitenden Bevölkerung gegen die Erwerbs-



Monat	Gesamte		Von den Unterstätigen waren versichert gegen										Von den nach Spalte 3-9 Versicherten bezogen zur Zeit der Unterstätigung					Tätig verblieben waren	
	1.	2.	Krankheit und Mier	Krankheit und Unfall	nur Krankheit, Unfall und Mier	nur Unfall, Mier	nur Krankheit	nur Unfall	nur Invalidität und	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.			
			3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.				
Januar	3 441	3 412	190	1	152	2	11	18	1 431	48	19	164	14	111	1 496				
Februar	2 924	2 891	186	1	97	1	5	12	1 197	56	18	158	19	97	1 296				
März	2 805	2 778	152	1	87	3	3	21	1 068	30	21	151	2	169	1 274				
April	1 454	1 428	20	2	32	9	2	—	805	20	2	65	1	116	442				
Mai	1 422	1 398	23	—	60	—	3	4	733	9	5	56	4	101	474				
Juni	1 119	1 094	18	1	22	—	1	3	460	8	3	50	4	91	433				
Juli	1 324	1 283	14	—	33	14	3	—	632	13	—	53	4	109	478				
August	1 058	1 048	3	—	25	—	2	1	551	8	1	47	5	72	394				
September	1 286	1 266	3	1	34	—	1	2	778	13	4	51	5	60	387				
Oktober	1 138	1 120	10	6	25	3	2	6	649	7	15	54	10	49	370				
November	1 200	1 182	17	1	30	—	3	2	714	10	2	39	6	52	363				
Dezember	2 974	2 958	67	2	120	7	52	5	1 658	26	6	90	21	64	983				
Zusammen	22 145	21 859	703	16	717	39	88	74	10 676	248	96	978	95	1 091	8 390				
1898	22 181	21 861	665	47	749	27	146	76	11 146	276	116	954	173	1 429	7 568				



minderung aus Krankheit, Unfall und Alter. Von den 21 859 Unterstützten — wobei übrigens zu bemerken ist, daß jedem Unterstützungsfall eine besondere Person fingiert ist —, standen 12 384 oder 56,65% in Beziehung zur Sozialgesetzgebung, d. h. sie waren versichert, während 1417 oder 6,48% thatsächlich zugleich mit der Armenunterstützung Bezüge aus der Versicherung hatten. Die Wirkung der Sozialgesetzgebung auf die öffentliche Armenpflege ist sonach eine zweifache. Sie macht einmal den Eintritt zahlreicher Personen in die letztere überhaupt unnötig, und zwar in allen den Fällen, wo die Versicherungsbezüge zur Bestreitung des Nöthigen ausreichen, und sie vermindert die Ausgaben der Armenpflege überall dort, wo die Versicherungsbezüge zwar nicht ausreichend, aber doch mit Hinzuhaltung der Armenfürsorge im Stande waren, das Existenzminimum zu gewähren.

Diese Beziehungen kommen in der nachfolgenden Spezialisierung des Armenaufwands deutlich zum Ausdruck.

Armenaufwand.

Betreff:	1897/98	1898/99	mehr	weniger
	Mrk.	Mrk.	Mrk.	Mrk.
1. Befoldungen bei der Almosenpflege und Armenamt	45 747	49 223	3476	—
2. Wöchentliches Almosen	—	—	—	—
3. Jährliche Kostgelder	49 457	48 820	—	637
4. Ständige Geldunterstützungen (Hauszinsbeiträge)	102 265	98 210	—	4 055
5. Für Kost	12 052	10 396	—	1 656
6. Für Kleider	4 409	3 379	—	1 030
7. Verpflegungs-, Kur- und Arzneikosten	28 591	29 191	600	—
8. Vorübergehende Unterstützungen . .	15 964	13 711	—	2 253
9. Aufwand auf Landarme	—	—	—	—
10. Beitrag zum Kreislandarmenverband	117 251	117 723	474	—
11. Beiträge an wohlthätige Anstalten .	15 836	12 851	—	2 985
12. Aufwand auf das Armenhaus und seine Bewohner	32 406	27 863	—	4 543
13. Für die Speiseanstalt in Geslach . .	10 972	11 338	366	—
14. Für die Speiseanstalt im Stöckach .	11 588	12 451	863	—
15. Sonstiges	12 342	14 757	2415	—
Summa	458 880	449 915	—	8 965



Der Gesamtaufwand war sonach um 8965 Mk. geringer als im Jahr 1898, trotzdem daß die Verwaltung infolge von Gehaltsvorrückungen, Neuanschaffungen u. s. w. einen Mehraufwand erforderte. Im einzelnen war auf jährliche Kostgelder, auf Kleider, auf vorübergehende Unterstüzungen, vor allem aber auf ständige Unterstüzungen zum Teil ganz beträchtlich weniger als im Vorjahr zu verwenden. Ist darum der Rückgang des Gesamtaufwands an sich nicht so bedeutend wie der des Vorjahrs gegen 1897, so besteht doch darüber kein Zweifel, daß durch die Sozialgesetzgebung eine nachhaltig wirkende Einrichtung geschaffen worden ist, welche die öffentliche Armenpflege entlastet, die ärmeren Klassen der Bevölkerung aber sozial und sittlich in gleichem Maße hebt. Nach derselben Richtung hin wirkt im Kleinen die Altersversorgung der städtischen Lohnarbeiter und die Beseitigung der Beerdigungsgebühr letzter Klasse, worüber die vorjährige Chronik zu berichten hatte.

Als Gegenstück zu den obigen Nachweisungen sind die nachfolgenden Angaben über die Zahl der Alters- und Invalidenrenten in Stuttgart von Interesse.

Von dem Vorstand der Württ. Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt konnten in der Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899 gewährt werden: Invalidenrenten 295 mit 40 821 Mk. Jahresbetrag, Altersrenten 57 mit 8626 Mk. Jahresbetrag. Von dem seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1891 auf mehr als 1000 Personen angewachsenen Stamm der Rentner in Stuttgart sind in der Zeit vom 1. April 1898/99 infolge Todes, wiedererlangter Erwerbsfähigkeit und aus anderen Gründen 41 Altersrentner mit 6385 Mk. Jahresbetrag, 149 Invalidenrentner mit 20 284 Mk. Jahresbetrag in Wegfall gekommen. Die Segnungen der Invalidenversicherung dürften sich in diesen Zahlen recht merklich machen. Jahr für Jahr ist die Zahl der Rentner in proportionalem Wachsen begriffen.



2. Private Wohlthätigkeit und Ver- anstaltungen.

Ueber den Umfang der privaten Wohlthätigkeit in Stuttgart sind in der vorjährigen Chronik eingehende Mittheilungen gemacht worden. Die ihnen zu Grunde liegenden ebenso schwierigen wie umfangreichen Erhebungen werden für die Zwecke des Statistischen Amtes und der Ortschronik in angemessenen Perioden wiederholt werden. Für das laufende Jahr mögen an dieser Stelle die wichtigsten Daten aus der Thätigkeit des von Gemeinderat Stähle geleiteten Lokalwohlthätigkeitsvereins Platz finden, welcher die öffentliche Armenfürsorge in umfangreichem Maße ergänzt bzw. entlastet.

Die Rechnung des Vereins, der auf 1. April 1899 4653 Mitglieder zählte, schließt pro 1898/99 mit

144 063 Mf. in Ausgabe,
141 238 „ „ Einnahme ab.

Er verwendete im besonderen für

Speiseanstalten	27 196 Mf.
Kochschule	8 713 „
Medikamente ic.	8 373 „
Unterrichts- und Beschäftigungsanstalten	23 567 „
Wöchnerinnen	1 680 „
Allgemeine Unterstützungen	30 700 „

In organisatorischer Hinsicht hat der Verein seine Fürsorge für arme Wöchnerinnen, welche er seit vielen Jahren mit Geldgaben, Krankenkost, Wein, Kindswickelzeug und Brennmaterial unterstützte, seit Anfang April 1899 in bedeutsamer Weise erweitert.

Die fragliche Art der Wöchnerinnenfürsorge besteht in der Ueberlassung von Pflegerinnen — derzeit sind 7 angestellt — an minderbemittelte Familien auf Kosten des Vereins. Dieselben haben in erster Linie während der Dauer des Wochenbetts die Führung der Haushaltung (Kochen, Waschen, Putzen, Nähen, Versorgung und Ueberwachung der Kinder u. s. w.) an Stelle der Hausfrau zu übernehmen und sich sodann in zweiter Linie mit der Hebamme in die Pflege und Wartung der Wöchnerin und des Säuglings zu teilen. Hiedurch soll der Wöchnerin eine Bettruhe von mindestens acht Tagen ermöglicht und sie vor den gesundheitlichen Schäden des Frühauftretens bewahrt werden, während für Haushaltung und Familie in dieser Zeit dennoch entsprechend gesorgt ist.



Die Einrichtung soll nach und nach auf die ganze Stadt ausgedehnt werden. Grundsatz hiebei ist, daß die Gewährung von Wäschnnerinnen- bezw. Hauspflege nicht den bestimmten Charakter der Armenunterstützung tragen soll. Es können hienach auch solche berücksichtigt werden, welche sich um eigentliche Unterstützung an den Verein nicht wenden würden, während solche ausgeschlossen sein sollen, die im Stande sind, die Kosten einer Pflegerin selbst zu bestreiten. Außerdem ist für die Beurteilung und Genehmigung der Gesuche maßgebend, ob sonst niemand (Verwandte, Nachbarn) zur Pflege zur Verfügung steht, ferner die Kinderzahl, der Verdienst des Mannes u.

Für die Armenheilanstalt Paulinenhilfe ist neben dem alten im Jahr 1858 errichteten Anstaltsgebäude auf dem ehemaligen städtischen Platze Ecke Seiden- und Forststraße ein stattlicher Neubau im Renaissancestil errichtet worden.

Ihre ausschließliche Aufgabe sucht die Paulinenhilfe, deren Protektorat an Stelle der verewigten Prinzessin Katharina seit kurzem die Königin übernommen hat, in der Behandlung orthopädischer Kranker jeden Lebensalters, und die Erfolge, welche darin unter Leitung bewährter Aerzte erzielt wurden, sind zum Segen vieler armer Familien geworden. Bei dem durch die Architektensfirma Wittmann & Stahl ausgeführten Neubau ist allen Anforderungen in weitgehendster Weise Rechnung getragen. Das alte Gebäude soll zur Unterbringung der Waschküche, Wohnungen u. dienen und an seiner Stelle später ein Flügelanbau an das jetzige Hauptgebäude erstellt werden. Die das neue Gebäude umziehende, sowie die dahinter liegende gärtnerische Anlage wurde vom Verschönerungsverein ausgeführt und gereicht dem Neubau zur besonderen Zierde.

Von außerordentlichen Wohlthätigkeitsveranstaltungen sind zu erwähnen die Thecabende für Freibettenszwecke, der Gesellschaftsabend des Charlottenvereins für arme Augenranke, eine Wohlthätigkeitsaufführung des Vinzenz-Elisabethenvereins aus Anlaß seines 50jährigen Jubiläums, ein Wohlthätigkeitskonzert des Württb. Lehrerinnen- und Erzieherinnenvereins, ein solches des „Liederfranzes“, eine Veranstaltung des „Alimperfkastens“ je zu Gunsten der durch Hochwasser Geschädigten in Bayern, u. a.





1899.

G. HALMHUBER

Ehrentafel.

Freifrau v. Diergardt, geb. von der Heydt, auf Bornheim bei Bonn, stiftet der Stadt Stuttgart 5000 Mark. Das Zinsenertragnis ist an jedem Neujahrstage an fünf arme evangelische Witwen auszuteilen.

Ihre Kgl. Hoheit die verewigte Frau Prinzessin Katharina von Württemberg stiftet der Stadt Stuttgart 4000 Mark für Armenzwecke.

Ein Komite für die Errichtung einer Jubiläumstiftung für die Mädchenmittelschule stiftet ein Kapital von 3500 Mark, deren Zinsen zu Schulgeldbeiträgen verwendet werden sollen.

Kenner, E., Oberfinanzrat hier, und dessen Schwester, Frau Medizinalrat Dr. Gedinger hier, stiften „in dankbarer Erinnerung an die langjährigen Beziehungen ihres verstorbenen Vaters“, des Herrn Staatsministers Dr. v. Kenner, Erzellenz, zu der Stadt Stuttgart, deren Ehrenbürger dieser gewesen ist, 2000 Mark für städtische Armenzwecke.

Horn, Karl, Rentamtman n a. D. in Berg, stiftet 500 Mark, deren Zinsen jährlich an arme, gebrechliche Leute in Berg zu verteilen sind.



I. Allgemeine Notizen.

Die Markungsfläche der Stadt betrug nach Abschluß des Meßurkundenheftes pro 1898: 2980 ha, 19 a, 69 qm.

Das Agl. statistische Landesamt hat in diesem Jahr eine neue Karte von Stuttgart und Umgebung erscheinen lassen, die im Maßstabe von 1 : 25,000 gehalten ist.

Als östliche Grenzorte erscheinen Waiblingen und Ufilingen, die Südgrenze wird von Nellingen, Scharnhäusen, Plieningen, Unter- und Oberreichen gebildet, im Westen erstreckt sich das Kartenbild bis über Vaihingen und die Solitude hinaus und bringt außerdem noch Gerlingen und Ditzingen, während der Norden bis gegen Stammheim, Jäzenhausen, Mühlhausen und Geffingen berücksichtigt ist. Das Blatt ist äußerst genau gearbeitet und enthält die Haupt- und Nebenbahnen, die Spurweiten, Dämme und Einschnitte, die Hauptstraßen mit und ohne Baumreihen, die Nachbarschaftsstraßen, Nebenwege, Fußwege, Feld- und



Waldwege, sowie die Darstellung der Flächen als Acker, Baumacker, Weide, Wiese, Baumwiese, Gemüsegarten, Weinberg, Hopfengarten, Nadel-, Laub- und gemischter Wald u. s. w.

Sodann hat der Verein für Fremdenverkehr einen sogenannten Monumentalplan der Stadt herausgegeben, in welchem sämtliche Schlösser, Kirchen, Bahnhöfe und sonstigen architektonisch hervorragenden öffentlichen und privaten Gebäude, sowie Denkmäler, Anlagen und Friedhöfe in monumentaler Ansicht eingezeichnet sind.

Einen hübschen Rahmen verleihen dem Städtebild die rings ansteigenden grün markierten Höhenzüge mit den zahlreichen Pfaden und Baumgruppen. Aus der Umgebung Stuttgarts werden außerdem noch Ansichten der beiden Aussichtstürme vom Hasenberg und von Degerloch, sowie der Schlösser Solitude, Hohenheim und Wilhelma geboten; endlich ist ein Verzeichnis der wichtigsten Straßen, sowie ein Inhaltsregister beigegeben. Der ganze von Peter Schorr entworfene und von der K. Hofkunstanstalt von K. Stein & Stahl in Farben ausgeführte Plan gestattet eine rasche Orientierung.



2. Die Bestrebungen nach Ausdehnung der Markung.

Die Frage der Eingemeindung Gaisburgs wurde erstmals in der Sitzung der gemeinderätlichen Bauabteilung vom 8. November 1897 erörtert und beschlossen, in Verhandlungen hierüber mit der Gemeinde Gaisburg einzutreten. Bestimmend für Stuttgart war das Bedürfnis nach Ausdehnung seiner Markung insbesondere nach der Seite des Neckarthales hin und nach Beschaffung von Raum zu industriellen Anlagen. Für Gaisburg lag die Notwendigkeit vor, Einrichtungen wie Kanalisation, Wasserleitung, Gasleitung, vor allem aber eine bessere Verbindung mit Stuttgart durch neue Straßen und eine Straßenbahn zu erhalten — Verbesserungen, welche der kleine ländliche Verband unmöglich aus eigener Kraft herbeizuführen vermochte. Die beiderseitige Erkenntnis solcher



Interessengemeinschaft führte nach längeren Verhandlungen zu einer Vereinbarung (vom 25. März 1899) zwischen beiden Gemeinden, durch welche der Eintritt Gaisburgs in den Amts- und Gemeindeverband der Stadt Stuttgart ausgesprochen wurde. Für die bauliche Entwicklung Stuttgarts sind folgende Bestimmungen derselben von Bedeutung:

§ 8.

Die Stadtgemeinde Stuttgart verpflichtet sich unter der Voraussetzung und Bedingung, daß die Grunderwerbungen bis zum Inkrafttreten dieses Vertrags vollzogen sind und das erforderliche Auffüllmaterial rechtzeitig und ohne Entgelt angeführt wird, daß ferner die Gemeinde Gaisburg die Ueberwölbung des Klingebachs bei seiner Unterführung unter der Landhausstraße nach den vorliegenden Plänen sofort ausführen läßt:

a. die Landhausstraße von der Ostendstraße bis zur Schreiberstraße in Gaisburg,

b. den Kanonenweg von der Ostendstraße bis zur Cannstatterstraße innerhalb 3 Jahren von der Einverleibung an gerechnet herzustellen.

Sollte der Eintritt einer oder der anderen der obigen Voraussetzungen sich verzögern, so tritt eine der Verzögerung entsprechende Verlängerung der dreijährigen Frist ein. Die Stadtgemeinde Stuttgart wird jedoch ihrerseits alles aufbieten, um die Einhaltung der Frist nach Thunlichkeit zu ermöglichen.

Unter denselben Voraussetzungen verpflichtet sich die Stadtgemeinde Stuttgart ferner, innerhalb zweier weiterer Jahre, insgesamt also längstens 5 Jahre nach der Einverleibung, die Cannstatterstraße zwischen der Landhausstraße und dem Ort herzustellen.

Die Verlängerung der Landhausstraße von der Hauptstraße bis zur Ulmer Staatsstraße wird die Stadtgemeinde Stuttgart zur Ausführung bringen, sobald für dieselbe ein Bedürfnis vorhanden sein wird, worüber nötigenfalls die Aufsichtsbehörde entscheidet.

Die Ueberwölbung des Klingebaches und die Erdanschüttung an und auf demselben durch die Gemeinde Gaisburg muß unter der Leitung des Tiefbauamts Stuttgart und nach dessen Weisungen erfolgen.

§ 9.

Der Bau einer Straßenbahn zwischen Stuttgart und Gaisburg durch die Stuttgarter Straßenbahnen ist von der Stadtgemeinde Stuttgart so zu betreiben, daß die Linie bis zur Schreiberstraße längstens innerhalb eines Jahres, von der Herstellung der Landhausstraße bis nach Gaisburg an gerechnet, in Betrieb gesetzt wird. Ferner hat die Stadtgemeinde Stuttgart die genannte Straßenbahngesellschaft zur Fortführung der Straßenbahnlinie von Gaisburg bis zur Ulmer Staatsstraße durch die Landhausstraße zu verpflichten, sobald und soweit letztere Straße ausgebaut ist.



Hernach waren die Verhandlungen mit der AmtsKorporation Stuttgart Amt einzuleiten, um durch die Zustimmung dieses Verbandes der Herbeiführung des erforderlichen Gesetzes die Wege zu ebnen. Von derselben wurde anfänglich ein Betrag von 52 000 Mf., später ein solcher von 31 000 Mf. als Entschädigung für den Austritt Gaisburgs verlangt. In einer Antwort an das Kgl. Amtsoberrat vom Dezember 1899 wurde von Stuttgarter Seite aus die staatsrechtliche Unhaltbarkeit einer solchen Forderung dargelegt und erklärt, daß man zwar im Interesse der Beschleunigung der Angelegenheit bereit sei, eine gewisse Summe an die AmtsKörperschaft zu überweisen, äußersten Falls aber auch ohne ihre Zustimmung die Angelegenheit zum Austrag vor die berufenen Instanzen bringen werde.

Von ungleich größerer Bedeutung für die Entwicklung der Landeshauptstadt ist die Angliederung der teils direkt teils durch die Kgl. Anlagen ihre Markung berührenden Nachbarstadt Cannstatt. Auf die zwingende Notwendigkeit dieser Vereinigung wies erstmals öffentlich und mit Nachdruck der damalige Gemeinderat, jetzige Stadtvorstand Gauß hin, indem er in seinen Reden behufs Bewerbung um die erledigte Stadtvorstandsstelle die Verwirklichung dieses Planes als eine der dringendsten Aufgaben der Stadtverwaltung bezeichnete. Als bald nach der Wahl erfolgte denn auch die erste amtliche Kundgebung in dieser Sache in Gestalt eines „Berichts des Stadtschultheißenamts Stuttgart an das Königl. Ministerium des Innern, betreffend die Vereinigung der beiden Städte Stuttgart und Cannstatt“, vom 29. Juli 1899. Das wichtige Dokument, das die in Betracht kommenden Verhältnisse zusammenfassend schildert, soll nachfolgend in der Chronik der Stadt festgehalten werden.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts hat ein immer größeres Anschwellen seiner Verkehrszentren bewirkt, und Stuttgart hat bisher an dieser Entwicklung teilgenommen.

Im Jahr 1855 noch eine kleinere Mittelstadt von 50 800 Einwohnern, hatte es im Jahr 1875 bereits das erste Hunderttausend Seelen überschritten, und zu Ende vorigen Jahres durfte seine Einwohnerzahl auf mehr als 170 000 geschätzt werden. Gebäude zählte es im Jahr 1853 noch 5051 und zwar 3130 Haupt- und 1921 Nebengebäude. Ende 1898 betrug die Gesamtzahl der Gebäude 15 224, darunter 7442 Haupt- und 7782 Nebengebäude.



So wuchs die Stadt immer mehr in ihr Weichbild hinaus und ist heute, vermöge ihrer topographischen Lage vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, auf eine bestimmte Richtung für ihre Ausdehnung angewiesen, zum Teil bereits an der Grenze ihrer Markungsfläche angekommen, zum Teil diese Grenze schon zu überschreiten genötigt. So kam es, daß im Norden der Stadt nicht nur eine Anzahl Wohnhäuser, sondern sogar ein bedeutendes, für Stuttgart berechnetes und bestimmtes Verkehrsinstitut, der Nordbahnhof, in die benachbarte Markung Cannstatt hineingeschoben werden mußte.

Diese Aufspaltung überquellender Bestandteile einer großen Stadt auf ein noch vorwiegend nach den einfacheren Bedürfnissen einer kleineren Stadt verwaltetes Gemeindegebiet und überhaupt die Teilung der öffentlichen Rechte und Pflichten in einem, vermöge seiner natürlichen Entwicklung zusammengehörigen Stadtgebiete, wie es durch die Stadt Stuttgart und ihren Zuwachs in der Pragegend dargestellt wird, mußte zu einer Reihe schwerer Mißstände führen, die mit der Zeit immer mehr hervortreten werden. Dieselben wurden nicht bloß der Stadt Stuttgart, sondern auch staatlichen Behörden, in erster Linie der Kgl. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, fühlbar. Schon im Jahr 1896 hatte diese Stelle dem Kgl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Abteilung für die Verkehrsanstalten, darüber berichtet, wie sehr die Interessen der Eisenbahnverwaltung die Einbeziehung des Nordbahnhofs in das Stuttgarter Markungsgebiet als geboten erscheinen lassen und wie sehr dasselbe zugunsten auf der unteren Prage bezüglich der Bauquartiere für die Wohnungen von Unterbediensteten der Verkehrsanstalten. Diese Interessen des Staates erwiesen sich als so bedeutend, daß die genannte Behörde von sich aus die ersten Versuche machte, eine Aenderung des bestehenden Zustandes vermittelst einer Marktoregulierung herbeizuführen.

Es ergaben sich aber alsbald auch direkte öffentliche Mißstände. Wir gedenken zunächst eines solchen, der im unmittelbaren Zusammenhang mit der Errichtung des Nordbahnhofs außerhalb der Stadtmarkung steht. Dieser Bahnhof ist — und muß es nach Lage der Verhältnisse bis auf weiteres sein — die Stätte des Stuttgarter Obstmarktes, des bedeutendsten Marktes der Stadt, auf dem in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 1—4 Millionen Mark umgesetzt worden sind, und der sonach für die Stadt als vorwiegenden Konsummenten, wie für das Land als ausschließlichen Produzenten von gleicher Wichtigkeit ist. Mit Berufung darauf, daß der Bahnhof auf Cannstatter Markung liegt, daß also die Stuttgarter Obsthändler außerhalb ihres Wohnorts ihr Gewerbe ausüben, wird von ihnen, also von in Stuttgart ansässigen Gewerbetreibenden, neben in Stuttgart zu bezahlender Gewerbesteuer in Cannstatt Wanderlagersteuer erhoben, die sehr beträchtliche Summen ergibt und damit, weil sie höher ist als die Gewerbesteuer, nicht nur ein volkswirtschaftliches Genußmittel verteuert und die Anziehungskraft des Marktes überhaupt beeinträchtigt, sondern auch durch die eigenartige Auspielung formalen Rechtes gegen das materielle das Rechtsgefühl der Bevölkerung und das Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Umsicht der Behörden anhaltend erschüttert.



Ist aber in der Beseitigung eines derartigen Zustandes ein öffentliches Interesse gelegen, so gilt dies noch mehr von den Verhältnissen, die sich in dem neuen, auf Cannstatter Markung gelegenen Wohnbezirke der Stadt Stuttgart entwickelt haben. Der Bürgerverein Prag hat sich Ende vorigen Jahres in einer Versammlung mit den öffentlichen Zuständen in diesem Stadtteile beschäftigt. Es wurden dabei die Zugänge in den auf der westlichen Seite der Ludwigsburger Straße gelegenen Privathäusern als „geradezu halbsbrecherisch“ bezeichnet und auf die Gefahr hingewiesen, welche das verschiedene Niveau der Straße mit sich bringe und die nachts durch die mangelhafte Beleuchtung noch erhöht werde. Es wurde beklagt, daß bei dem Mangel jeglicher Kanalisation das Abwasser der Küchen offen in den seitlichen Straßengraben fließe, in dem sich infolgedessen Unrat und Morast in einer Weise ansammle, daß nicht allein die Ausdünstung gesundheitschädlich sei, sondern daß auch Ratten und anderes, die Verbreitung von Ansteckungsstoffen förderndes Ungeziefer sich dort auf offener Straße aufhalte; eine Trinkwasserleitung fehle ebenfalls; außerdem wissen die Anwohner nicht, woher ihnen bei Feuergefahr Hilfe kommen soll, da sich jene, welche auf Cannstatter Markung wohnen, zwar naturgemäß zu Stuttgart zählen, aber betreffs einer Hilfe von dort zu keinem Anspruch berechtigt seien.

Ähnliche Beschwerden sind von den Anliegern der Ringstraße ausgegangen. Es wurde geltend gemacht, der Zustand dieser Straße und der dieselbe begrenzenden Straßen und Feldwege sei unhaltbar; das Stuttgarter Eisenbahnamt habe eine Verpflichtung zur Unterhaltung der betreffenden Straßen, namentlich um den Nordbahnhof herum auf der Prag, nicht anerkannt, sondern diese Pflicht der Stadtgemeinde Cannstatt zugemutet, wogegen seitens der Cannstatter Kollegien energisch Verwahrung eingelegt worden sei, so daß die ganze Gegend zur Zeit geradezu als herrenlos bezeichnet werden müsse.

Ähnliche Mißstände sind in einer Eingabe vom 16. Januar vorigen Jahres von 29 Grund- und Gebäudebesitzern gerügt worden, die insbesondere hervorhoben, daß sie durch den Rosensteinpark so vollständig von Cannstatt getrennt seien, daß sie nur die Steuerzettel an die Zugehörigkeit zu letzterem erinnern. Obwohl sie die gleichen Lasten wie die Bewohner Cannstatts zu tragen hätten, so hätten sie doch nicht dieselben Rechte. Es werde weder für die Unterhaltung der vorhandenen Wege, noch für die Beleuchtung, noch für den in dieser Gegend besonders nötigen polizeilichen Sicherheitsdienst in hinreichender Weise gesorgt.

Die Bevölkerung, die unter diesen Zuständen leidet, wächst beständig. Nicht nur im Störzbach und auf der Prag (östlich des Nordbahnhofs), sondern auch auf der westlichen Seite in den Stadterweiterungsgebieten der Eckhartsbalde, der Feuerbacher Heide u. treffen die geschilderten Umstände und Verhältnisse zu. Ein großer Teil des neuen Stuttgart würde dadurch geradezu zu einem Herde der Unzufriedenheit und der Mißachtung der öffentlichen Gewalten, welche den Verhältnissen anscheinend rat- und machtlos gegenüberstehen. Es liegt darum ein hervorragendes öffentliches Interesse vor, daß hier Abhilfe geschaffen und weiterem vorgebeugt wird.



Der Erkenntnis dieses öffentlichen Interesses hat sich die Stadt Stuttgart nicht verschlossen und sie hat Schritte zur Abhilfe gethan. Sie war bereit, die betreffenden Grenzgebiete in ihre Markung zu übernehmen und die Nachbargemeinde Cannstatt, wenn deren ökonomische Lage dadurch verschlechtert würde, dafür zu entschädigen. Nachdem aber die langwierigen Verhandlungen anscheinend auf dem besten Wege waren, zum Abschluß zu kommen, hat sich neuerdings Cannstatt auf dem Standpunkt gestellt, daß es die Abtretung eines Teils seiner Markung überhaupt ablehnt.

Im der Ueberzeugung nun, daß die hohe Staatsregierung die geschilderten, in ununterbrochener Zunahme begriffenen Uebelstände unmöglich auf die Dauer werde dulden können, ein anderer Weg zur Abhilfe aber nach jener Ablehnung der Abtretung eines Teils der Cannstatter Markung nicht offen stehe, in der Ueberzeugung aber auch, daß die beiden so enge sich berührenden Nachbarstädte eine große Anzahl gemeinschaftlicher Interessen haben, welche nur durch gemeinsames Vorgehen in bestmöglicher Weise gefördert werden können, in der Ueberzeugung endlich, daß diese Vereinigung in hervorragendem Interesse des ganzen Landes liege, hat der Gemeinderat der Stadt Stuttgart in seiner Sitzung vom 20. Juli 1899 beschlossen, seine Bereitwilligkeit auszusprechen, sich mit der Stadt Cannstatt zu einem Gemeinwesen zu vereinigen und hohem Ministerium hievon mit der gehorsamen Bitte Kenntnis zu geben, dasselbe möge behufs Anbahnung einer solchen Vereinigung die ersten Schritte thun. Der Nachweis der fraglichen Interessenebereinstimmung wird unschwer zu führen sein.

Was zunächst die Kleinere der beiden zu vereinigenden Gemeinden, die Stadt Cannstatt betrifft, so sind die Vorteile, die ihr aus der Verbindung erwachsen würden, augenscheinlich. Schon aus allgemeinen Gründen ist es ganz selbstverständlich, daß der Anschluß eines kleineren, schwächeren Gemeinwesens an ein größeres, stärkeres, ersterem den Nutzen aller jener öffentlichen Einrichtungen erschließt, welche die unmittelbare Folge der größeren Leistungsfähigkeit der letzteren sind. Es braucht nur hingewiesen zu werden auf die größere Mannigfaltigkeit der öffentlichen Anstalten für allgemeinen Unterricht und speziell Berufsvorbildung, auf die bessere Ausstattung und Pflege der Strafen, auf die Einrichtungen zur Bekämpfung der Feuergefahr, auf die sanitären Einrichtungen u. s. w. Schon allein diesen realen, der Bevölkerung unmittelbar zu gute kommenden Vorteilen gegenüber müßten die lediglich vermeintlichen Rücksichten auf die bisherige Selbständigkeit des kleineren Gemeinwesens zurücktreten, welche in der Frage solcher Zusammenlegungen zuweilen in den Vordergrund gerückt werden. Ist doch die Sachlage die, daß die Bürgerschaft nicht nur das Recht der Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten nach wie vor behält, sondern es fortan in einem größeren und reicheren Gemeinwesen als Teil der Gesamtbürgerschaft zur Geltung bringen kann. Wie sehr aber der großstädtische Volksorganismus die Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten steigert, ergibt sich im vorliegenden Falle schon daraus, daß Stuttgart seinen vielfältigen und intensiven Aufwand bisher mit einer geringeren Gemeindebesteuerung zu bestreiten vermocht hat, als die Stadt Cannstatt den ibrigen.



Denn während die Verbrauchssteuern in beiden Städten die gleichen Sätze haben, sind auf 1 Mk. Staatssteuer aus Grundeigentum, Gebäuden und Gewerben durchschnittlich (d. h. ohne Beachtung etwaiger Ueberwälzung) entfallen:

im Jahre:	in Cannstatt	in Stuttgart
	an Amts- und Gemeindefschaden:	an Gemeindefschaden (und damit zugleich Amtschaden):
1886/87	2 Mk. 50,79 Pf.	1 Mk. 91,97 Pf.
1887/88	2 " 01,11 "	1 " 45,72 "
1888/89	1 " 92,59 "	1 " 49,71 "
1889/90	2 " 09,88 "	1 " 78,23 "
1890/91	2 " 18,58 "	1 " 80,68 "
1891/92	2 " 00,96 "	1 " 87,62 "
1892/93	2 " 17,85 "	2 " 06,26 "
1893/94	2 " 14,60 "	2 " 03,72 "
1894/95	1 " 98,48 "	1 " 85,93 "
1895/96	2 " 01,65 "	1 " 89,57 "
1896/97	2 " 10,99 "	1 " 89,80 "
1897/98	1 " 96,82 "	1 " 90,38 "
1898/99	1 " 93,76 "	1 " 91,01 "

Im Durchschnitt der 13 Jahre 1886/99 sind damit auf 1 Mk. Staatssteuer in Cannstatt 2,08 Mk., in Stuttgart aber nur 1,83 Mk. Amts- und Gemeindefschaden gekommen. Die Einwohnerschaft Cannstatts darf sonach mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie die materiellen und idealen Vorteile, welche die Angehörigkeit zu einem großstädtischen Gemeindeverband in sich schließt, auf keinen Fall mit einer Erhöhung ihrer bisherigen Steuer erkaufen muß, vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach einer namhaften Erleichterung ihrer Steuerlast teilhaftig wird.

Damit sind aber die allgemeinen Vorteile, welche der Cannstatter Bürgerschaft erwachsen würden, noch keineswegs erschöpft.

Jedermann kennt die ungeheuren Unterschiede im Verkauf- und Nutzungswerte der bebauten wie unüberbauten Grundstücke, je nachdem sie in einem großstädtischen oder in einem kleinstädtischen Verbands gelegen sind. Es ist insbesondere bekannt, — um ein Beispiel aus der Nähe zu nehmen — welche Höherwertung der Grundbesitz in Gaisburg erfahren hat, sobald die Eingemeindung dieses Ortes in sichere Aussicht gerückt wurde. Handelte es sich dort um Hunderttausende, so würde es sich für die Cannstatter Grundbesitzer um viele Millionen handeln und ihnen schon allein damit eine Quelle von Wohlstand erschlossen werden, die kein anderer Glücksstand und kein noch so großer Fleiß ihnen zu sichern vermöchte. Insbesondere würden auch die Erweiterungsgebiete auf der unteren Prag, im Störzbache, in der Eckhartshalde, Judenbeide u. s. w., welche von dem heutigen Cannstatt aus nie in gehöriger Weise erschlossen werden können, mit einem Schlage zu wertvollstem, großstädtischem Grundbesitz erhoben werden.



Diesen, nach Millionen zu schätzenden Interessen gegenüber sind einzelne technische Vorteile, die für Cannstatt aus der Vereinigung erwachsen würden, nur von untergeordneter Bedeutung, wenn sie auch an sich schätzbar genug sind. Zu diesen gehört u. a. die Möglichkeit, im Anschluß an die von Stuttgart geplante Fortführung des Schmutzwasserkanals, von dessen derzeitigem Ende am Schwanenplage in Berg bis unterhalb Cannstatt bei Münster seine eigene Kanalisation den modernen Anforderungen entsprechend durchführen zu können. In der Note des Rgl. Medizinalkollegiums an die Rgl. Regierung des Neckarkreises vom 17. Dezember v. J., die das Projekt jenes Schmutzwasserkanals begutachtet, ist am Schlusse den beteiligten Behörden und Verwaltungen der dringende Wunsch nahegelegt worden, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Durchführung des Stuttgarter Abwasserkanals auch eine geordnete Entwässerung des linksufrigen Teiles von Cannstatt verbunden werde, welcher später diejenige des rechtsseitigen Teiles sich anzuschließen hätte. Es ist auch ganz klar, daß, wenn Stuttgart aus Rücksicht auf die Interessen von Cannstatt mit großen Kosten einen Kanal eine große Strecke neckarabwärts führt, auch Cannstatt seine Abwasser nicht mehr direkt in den Fluß einführen kann und darf, und es ist weiterhin selbstverständlich, daß eine gemeinsame Abführung und Reinigung der vereinigten Abwasser in einem Kanale und an einer Stelle nicht nur in technischer und hygienischer Beziehung das Richtige wäre, sondern auch für Cannstatt eine namhafte Ersparnis bedeuten würde, die bei seiner gegenwärtigen verhältnismäßig hohen Gemeindebesteuerung um so angezeigter erscheint. Daß aber die Gemeinsamkeit des Vorgehens bei der bestehenden getrennten Gemeindeverwaltung nahezu aussichtslos erscheint und jedenfalls mit den größten Unzuträglichkeiten verbunden wäre, ist außer Zweifel.

Ähnliche Vorteile würden sich für Cannstatt durch die Vereinigung hinsichtlich des Elektrizitätswerkes und der Versorgung der Straßenbahn mit elektrischer Kraft ergeben.

Im Falle des Anschlusses könnte die besondere Stromerzeugungstation in Cannstatt entbehrt werden und der Strom entweder von der Neckarstation im Stöckach oder direkt durch die Fernleitung von Marbach aus gegeben werden.

Da weiterhin auch das neue Stuttgarter Schlachthaus, ob es nun auf der unteren Prag oder in Gaisburg errichtet werden will, jedenfalls in unmittelbarer Nähe der Cannstatter Markung gerückt werden wird, so könnte von diesem Schlachthaus und dem damit zu verbindenden Viehmarkt aus auch die Einwohnerschaft Cannstatts ohne irgend eine wesentliche Vermehrung der Betriebskosten eine großstädtische Fleischversorgung mit allen ihren Vorteilen hinsichtlich Preis, Qualität und Gesundheit erhalten, während das bisherige Cannstatter Schlachthaus aufgelassen werden könnte.

Schließlich ist noch hervorzuheben, daß bei der Rgl. Flußbauverwaltung, um den großen Gefahren, welchen das Ueberschwemmungsgebiet bei Cannstatt durch Hochwasser und Eisgänge ausgesetzt ist, wirksamer zu begegnen, der Plan besteht, die beiden festen Wehre am Wasserhause und bei der Wilhelmsbrücke in „bewegliche“ umzuwandeln, um dem Abflusse der Hochwasser freies Profil



zu verschaffen. Zu den hiebei entstehenden beträchtlichen Kosten soll die Stadtgemeinde Cannstatt ziemlich stark herangezogen werden. Eine vorherige Anlehnung an Stuttgart würde nicht nur die Ausführung dieser Projekte vereinfachen, sondern vor allem auch durch die Umlegung auf viele Tausende weiterer Steuerzähler finanziell ganz bedeutend erleichtern. Diese Stromregulierung in Verbindung mit der notwendigen Kanalisation und der Verbesserung der Strafen würde allein Aufwand genug verursachen, um die Steuerlast des derzeitigen Cannstatt noch ganz wesentlich zu erhöhen, während bei Verbindung mit Stuttgart etwa 200 000 Einwohner, statt gegenwärtig 20 000, sich darein zu teilen hätten und die Mehrbelastung sonach nur geringfügig sein könnte.

Was nun die Vorteile betrifft, die für Stuttgart aus der Vereinigung mit Cannstatt erwachsen würden, so sind sie selbstverständlich nicht finanzieller Natur, und sie würden insbesondere nicht, wie dies für Cannstatt zutrifft, der Einwohnerschaft direkt und unmittelbar durch Erhöhung der Grundstücks- und Häuserwerte und durch Erschließung des Genusses besonderer öffentlicher Einrichtungen zu gute kommen. Im Gegenteil werden Opfer nötig sein, um der angeschlossenen Gemeinde allmählich dieselben Vorteile einer Großstadt zu verschaffen, in deren Besitz sich Stuttgart schon befindet. Die Stadt wird ja alsdann allerdings nicht mehr „am Neesenbach“ liegen, sie wird auch — und das wäre ein gewiss nicht zu unterschätzender Vorteil — freies Feld für ihr Schlachthaus und wesentlich vereinfachte Bedingungen für die Einführung ihrer Schmutzwasser in den Neckar erhalten. Aber die Hauptvorteile liegen für die Landeshauptstadt doch auf anderen Gebieten, wobei freilich zu bemerken ist, daß nach der Vereinigung der beiden Städte weder die eine noch die andere einen Gewinn erzielen könnte, der nicht der gesamten Einwohnerschaft zu gute käme. Es giebt dann eben keine gesonderten oder gar gegensätzlichen Interessen mehr, sondern alles, was durch die Vereinigung erreicht wird, ergiebt auch gemeinsamen Nutzen für alle.

Um nun einen Ausblick auf die Entwicklung des vereinigten Stuttgart-Cannstatt zu erhalten, ist es vor allem notwendig, sich ein Bild von den beiderseitigen Marktungsverhältnissen zu machen. Dieses ist aus der nachfolgenden Zusammenstellung zu entnehmen. Beigefügt sind zu weiterer Orientierung zugleich auch die entsprechenden Zahlen für das einzugemeindende Gaisburg.

	Gaisburg	Cannstatt	Stuttgart	
			jetzt	künftig
Gesamtfläche der Markung . . .	ca 254 ha	1740 ha	2980 ha	4974 ha
hievon Gemeindeeigentum . . .	„ 64 „	126 „	870 „	1060 „
Unüberbaubare Fläche . . .	„ 120 „	440 „	1465 „	2025 „
Fläche für Fabrikviertel . . .	„ 42 „	650 „	15 „	707 „
Gemischte Viertel	„ 24 „	170 „	550 „	744 „
Wohnviertel	„ 44 „	300 „	320 „	664 „
Bereits überbaute Fläche . . .	„ 24 „	180 „	630 „	834 „



Nach Maßgabe dieser Zusammenstellung hat die immer weiter sich ausdehnende Großstadt mit ihren bald 200 000 Einwohnern ein Erweiterungsgebiet von nur 885 ha zur Verfügung gegenüber Cannstatt, welches bei etwa 20 000 Einwohnern 1120 ha überbaubare Fläche besitzt. Dabei ist jenes beschränkte hauptstädtische Ueberbauungsgebiet so ungünstig beschaffen, daß es nach doppelter Richtung den Bedürfnissen nicht zu genügen vermag. Als meist in intensivster Gartenkultur stehender, dabei aber höchst uneben gestalteter Grundbesitz bedingt er einmal ein überaus teures Bauen, so daß er den Bevölkerungszuwachs einer Stadt, die nach der letzten Berufszählung zu 54 % industrielle und zu 24,4 % dem Handel und Verkehrsgewerbe angehörige Personen zählt, nur unter höchst erschwerenden Bedingungen aufzunehmen vermag, Bedingungen, welche von Jahr zu Jahr ungünstiger werden und schließlich geradezu repressiv wirken. Zum anderen aber ist dieses Erweiterungsgebiet so gelegen, daß es den gesamten Bevölkerungszuwachs, in welchem die Weiterentwicklung der Stadt verkörpert ist, statt ihn an die Verkehrslinien der Bahnen, der Hauptlandesstraßen und des Flußlaufes anschließen zu können, auf die entgegengesetzte Seite zusammendrängt, die dem industriellen Leben höchst ungünstige Verhältnisse aufweist. So kam es, daß die Umgehungsbahn Kornwestheim-Untertürkheim, so notwendig sie für die Entlastung des Stuttgarter Bahnhofes sein mochte, in keiner Weise dem industriellen Aufschwung Stuttgarts förderlich war und sein wird, sondern im Gegenteil bei den gegebenen Marktverhältnissen die Wirkung haben muß, daß sie die größeren Fabriken, Lagerhäuser u. dgl. aus dem Gemeindeverband der Hauptstadt herauslockt und neue vollends nicht hereinkommen läßt. Dieselbe Wirkung würde der neuprojektierte Bahnhof der linksufrigen Neckarthalbahn bei Gaisburg haben, welcher vollständig auf Cannstatter Markung zu liegen kommen soll.

Durch die Vereinigung der Landeshauptstadt mit Cannstatt aber würde der alsdann gebildeten neuen Landeshauptstadt ein etwa 1100 ha umfassendes Erweiterungsgebiet zuwachsen, das nicht nur für die Aufnahme des zur gesunden Weiterentwicklung erforderlichen Bevölkerungs-Massen-Zuwachses geeignete Bebauungsbedingungen geben würde, sondern welches auch geographisch so gelegen wäre, daß es den industriellen Verkehrsbedürfnissen, welche unmittelbaren Anschluß an die großen Linien der Landesbahnen und Straßen und später vielleicht auch des schiffbar gemachten Flusses verlangen, durchaus entsprechen und damit die Stadt in die Lage versetzen würde, den industriellen Konkurrenzkampf mit den anderen großen Städten Deutschlands besser, als dies in den letzten Jahren der Fall war, zu bestehen.

Diese Entwicklung aber, so glauben wir, liegt nicht nur im Interesse der Stadt Stuttgart, sondern des ganzen Landes, dessen Vorort sie ist. Ist doch eine große blühende Hauptstadt an sich der Stolz eines jeden Staates. Der Reichtum des Landes schafft in der Hauptstadt kulturelle Faktoren, die von dort wieder anregend und vorbildend auf das Land zurückwirken. So vollzieht sich ein steter Kreislauf, der seinen Impuls von der Hauptstadt empfängt. In einem Land aber, das wie Württemberg in seiner Residenzstadt



zugleich die einzige Großstadt besitzt, ist dieser Vorgang von besonderer Wichtigkeit. Die Annahme, der man zuweilen begegnet, daß ein durch seine beschränkten Markungsverhältnisse etwa bedingter industrieller Rückgang Stuttgart für Württemberg gleichgültig sein könne, da die Industrie sich alsdann auf das Land verteile, was nur im Interesse des Landes läge, ist ein gefährlicher Irrtum. Sie ist ein Irrtum schon deshalb, weil durchaus nicht jede Industrie, welcher durch teure Wohnungs- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft die Weiterentwicklung in der Stadt oder der Einzug in dieselbe verschlossen wird, alsdann das platte Land aufsucht. Vielmehr findet eine ganze Anzahl wichtiger Industrien — es sei beispielsweise nur an das gesamte typographische und an das Kunstgewerbe mit allen ihren Hilsgewerben erinnert — einen geeigneten Nährboden nur in der Großstadt, vermag nur in einer solchen lebensfähige Wurzeln zu schlagen. Dasselbe trifft für alle diejenigen Industrien zu, die höher qualifizierte berufsmäßig vorgebildete Arbeiter brauchen. Hier versagt das ländliche Menschenmaterial vollständig. Der Fabrikant, der einen Betrieb eröffnet oder erweitert, ist vielmehr darauf angewiesen, sich aus dem Arbeiterstand der Großstadt seine Arbeiter und Werkführer herauszuheben und durch möglichst vorteilhafte Lohnbedingungen in seinem Betrieb zu halten, während die geringeren Fabrik- und Handwerksbetriebe mit Lehrlingen und minderqualifizierten, meist vom Lande Kommenden Arbeitern sich behelfen müssen. Nicht minder bedeutsam ist der Umstand, daß alle diejenigen Unternehmer, welche Besitzer großer Kapitalien sind oder höhere geistige Interessen haben, auch für ihre Person in der Großstadt domiziliert sein wollen, und daß die leitenden Beamten, die insbesondere bei Aktienunternehmungen von größter Wichtigkeit sind, bei weitem lieber für den Wohnsitz in einer großen Stadt als für den Aufenthalt auf dem Lande sich gewinnen lassen. Wenn daher die Arbeitsbedingungen der Industrie vermöge hoher, insbesondere auch durch übermäßig teures Wohnen bedingter Lohnspesen und ungünstiger Verkehrsverhältnisse in der einzigen Großstadt Württembergs immer schwieriger sich gestalten, so wird diese Industrie in zahlreichen Fällen eben das Land überhaupt meiden und die benachbarten Großstädte München, Karlsruhe, Frankfurt u. auffuchen. Es liegen leider hinlänglich Anzeichen dafür vor, daß diese betrübende Entwicklung schon seit geraumer Zeit im Gange ist.

Diese Erwägungen haben anderwärts, beispielsweise in München, Nürnberg, Frankfurt, Leipzig die Landesregierungen veranlaßt, dem Eingemeindungsbedürfnis ihrer großen Industriestädte in jeder Weise Vorschub zu leisten. Wir vertrauen der Einsicht unserer hohen Regierung, daß auch sie diese Gründe würdigen werde und somit nicht nur im Interesse der beiden zu gegenseitiger Ergänzung aufeinander angewiesenen Städte, sondern insbesondere auch in dem des gesamten Landes die angestrebte Vereinigung in die Wege leiten wolle.

Ehrendietig

Stadtschultheiß Gauß.



Nicht minder weitsichtig als von seiten des Stuttgarter Stadtvorstands wurde die Notwendigkeit der Vereinigung auch von dem der Stadt Cannstatt, Oberbürgermeister Nast, erkannt. Es ist erklärlich, daß in solchen Fragen in den kleineren Gemeinwesen mancherlei Zweifel und Bedenken auftauchen. Es ist das nicht genug zu schätzende Verdienst des Cannstatter Stadtvorstands, in Wort und Schrift die weitaus überwiegenden Vorteile, die für die Bewohner Cannstatts aus der Vereinigung entspringen würden, mutvoll und überzeugend dargelegt zu haben. Er brachte den erwähnten Bericht sofort zur Kenntnis der bürgerlichen Kollegien und hernach durch den Druck vor die gesamte Einwohnerschaft. In einer umfassenden, „Zur Frage der Vereinigung der beiden Städte Stuttgart und Cannstatt“ betitelten Denkschrift vom 17. November führte er sodann den rechnungsmäßigen Nachweis dieser Vorteile und skizzierte zugleich die Grundbedingungen, die im Interesse seiner Stadt zu stellen wären. Gleichzeitig stellte er die Einberufung einer allgemeinen Bürgerversammlung im Kurssaal in Aussicht, um in derselben seine Stellungnahme zu der Frage zu begründen.

So stand diese wichtige Angelegenheit um die Jahreswende.



3. Die Stadterweiterung.

Noch mehr als die Frage der Markungserweiterung beschäftigte die Frage der sog. Stadterweiterung, d. h. der Gestaltung der Pläne und Ortsvorschriften für die Angliederung des Häuserzuwachs, die Verwaltung der Stadt wie auch die Bevölkerung. Hiefür war schon im Jahre 1895 von dem Vorstand des städtischen Tiefbauamtes, Stadtbaurat Bölle, ein generelles Projekt ausgearbeitet und von hervorragenden Bauachverständigen — Professor Baumeister in Karlsruhe und Baurat Frey in Stuttgart — technisch begut-



achtet worden. In demselben war weiträumigste, durch zahlreiche Bauverbote, Häuserabstände und Höhenbeschränkungen zu erzielende Bauweise in Aussicht genommen. Hiergegen erhoben sich schwerwiegende volks- und finanzwirtschaftliche Bedenken, denen insbesondere der damalige Gemeinderat, jetzige Stadtvorstand Gauß wiederholt Ausdruck verliehen hatte. Er formulierte und begründete dieselben u. a. in der u. S. 170 wiedergegebenen programmatischen Rede zur Einführung des neuen Bürgerausschusses am 19. Januar d. Js. Auf seine Veranlassung wurde auch der Vorstand des Statistischen Amtes der Stadt, zweiter besoldeter Gemeinderat Dr. Kettich, mit einem Gutachten über die volkswirtschaftliche Seite der Stadterweiterung beauftragt. Dasselbe verlangte auf Grund eingehender statistischer Nachweise erhebliche Beschränkungen der geplanten Weiträumigkeit, weil diese eine weitere Steigerung der ohnedies hohen Mietpreise in Stuttgart und ein unverhältnismäßiges Anschwellen des Tiefbauetats der Stadt und damit ihrer Steuerlast zur Folge haben würde. In gleichem Sinne wie dieses in der Presse vielfach umstrittene Gutachten sprach sich eine von dem Stadtschultheißenamtssekretär Amtmann Dr. Abele verfaßte und von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Landesuniversität Tübingen als Promotionschrift gedruckte Untersuchung aus. Thatsächlich ist die Frage die, ob Stuttgart nach den Bedürfnissen und Vorgängen einer kleinen Bäderstadt mit durchaus wohlhabender Bevölkerung, bei welcher die Mietpreise keine Rolle spielen, seine bauliche Entwicklung leiten, oder ob es wie andere Großstädte Handel und Industrie in seinen Mauern zu halten und damit dauernden, nicht von der Mode und den Fremden abhängigen, sondern aus eigener Kraft seiner Bürger entspringenden Wohlstand erstreben solle. Hat man doch in dem benachbarten Cannstatt längst eingesehen, daß die Industrie, die sich dort niedergelassen hat, zum Wohlstand der Bewohner in einer einzigen Woche nachweislich mehr beiträgt als die gesamten Badfremden in einem ganzen Jahr der früheren Entwicklungsperiode der Stadt. Daß aber auch der eigentliche sog. Fremdenverkehr, den ein gewerbereicher Platz an sich zieht, mit demjenigen einer Luxusstadt sich nicht annähernd messen kann, zeigt ein Vergleich des Fremdenverkehrs in Stuttgart mit dem-



jenigen in den verschiedenen annähernd gleich großen Industrie-
städten. Vgl. hiezu unten S. 157, 158.

Stehen solcherweise aber die Lebensinteressen des zukünftigen
Stuttgart, der einzigen Großstadt Württembergs, auf dem Spiele,
so darf man wohl hoffen, daß die verantwortlichen Faktoren in
Gemeinde und Staat die Frage sorgfältig prüfen und zu einem
guten Ende führen werden.



Inzwischen nahmen die regelmäßigen Erweiterungsarbeiten
ihren Fortgang. Folgende Straßenbauten wurden im Jahr 1899
ausgeführt:

	Länge	Aufwand
Landhausstraße zwischen Werastraße und Rotenbergstraße	925 m	36 000 Mk.
Kanonienweg, von der Wagenburg- bis zur Urachstraße, etwa zur Hälfte	840 "	120 000 "
Bopferwaldstraße, von der Bopferanlage bis auf Höhe des Reichelensbergwegs	675 "	40 000 "
Rotenwaldstraße, bergseitige Verbreiterung nebst Pflasterung der ganzen Straße und Einlegung der Straßenbahn bis zum West- bahnhof	1000 "	200 000 "
Thürlestraße, von der Birkenwald- bis zur Tunzhofenstraße	140 "	14 000 "
Mozart-, Bopfer-, Christophstraße, Einmün- dung in die Olgastraße nebst freiem Platz	125 "	10 000 "
Rosenbergstraße, von der Johannes- bis zur Hasenbergstraße	330 "	9 500 "
Azenbergstraße, vom Herdweg bis zur Gäu- bahn, teilweise fertig	350 "	26 300 "
Süd- und Ostendstraße, von der Negstraße bis zur Bergkaserne	350 "	9 000 "
Waldeck- und Kaisemerstraße	250 "	8 000 "
Rieschweg auf der alten Hasenbergstraße, vom Sandweg bis zum Parkeingang	1100 "	4 800 "

Insgesamt wurden 6085 m neue Straßen ausgeführt mit
einem Aufwand von zusammen 477 600 Mk.

Dazu kamen Kanalbauten in der Gablenberger Hauptstraße, im
Kanonienweg, Calwerstraße, Hohenheimerstraße, Herdweg, Silberburgstraße,
Gutenbergstraße, sowie Tiesenbachüberwölbungen in der Burgstallstraße zwischen
Bdheim- und Müllerstraße und in den Bürgerhalden außerhalb des neuen



Schießhauses. Insgesamt wurden 4981 m Kanäle ausgebaut und hierfür 492 300 Mk. verwendet.

Erstmalig angeführt werden in dem Ende 1899 erschienenen Adressbuch für 1900 7 neue Straßen, die Adolfs-, Bopserwalds-, Claudius-, Spitta- und Stuißenstraße, in Gablenberg die Klingens- und Pflasterackerstraße, sowie von Plätzen der Bismarckplatz. Dagegen kam infolge des Rathausneubaus die Metzgerstraße in Wegfall.

Zu verzeichnen als ein nach den Plänen des städtischen Tiefbauamtes bezw. dessen Vorstandes, Stadtbaurats Adlle, vollendetes Werk wäre an dieser Stelle noch die Fertigstellung der Fernleitung der Stuttgarter Elektrizitätswerke für die elektrische Kraftübertragung von Marbach a. N. nach Stuttgart. Bei der versuchsweisen Inbetriebsetzung zeigte es sich, daß alle Teile tadellos funktionierten. Die Kraft wird auf die ca. 22 Kilometer weite Entfernung mittelst Drehstrom von 10000 Volt primär übertragen und in Stuttgart in Gleichstrom umgewandelt. Näheres darüber und über die großartige Kraftanlage in Marbach selbst wird der nächste Jahrgang der Chronik zu berichten haben.



4. Die Bauhätigkeit im allgemeinen.

Die eigentliche Bauhätigkeit in Stuttgart im Jahr 1899 war für die Stadt insofern von besonderer Bedeutung, als mit der viel besprochenen Sanierung der Altstadt, wenn auch noch nicht durch Regulierung der engen Gassen, so doch wenigstens durch zahlreiche Neubauten an Stelle alter meist ärmlicher Gebäude, ein ernstlicher Anfang gemacht wurde*). Seit den beiden großen Bränden am Hafensmarkt im Jahr 1716 und an der Hirschgasse im Jahr 1761, bei denen 45 bezw. 41 Gebäude der Zerstörung anheimfielen, sah

*) Vgl. hiezu auch den „Stuttgarter Brief“ in der Schwab. Chronik vom 12. Januar 1900.



man in Stuttgart nie mehr so große und weite Trümmerfelder. Erst der Bauhätigkeit im Jahre 1899 war es vorbehalten, ähnliche Bilder zu bieten und für Zwecke von Neubauten eine so ziemlich ebenfogroße Zahl von Gebäuden zum Abbruch zu bringen. Nicht weniger als 47 Wohngebäude an Straßen kamen im Laufe des Jahres zum Abbruch. Der bei weitem größte Teil entfiel auf die eigentliche Altstadt, in der neben einer ganzen Straße, der Metzgerstraße, noch weitere zahlreiche Gebäude an Hirsch- und Eichstraße dem bis jetzt in Angriff genommenen Rathausbau weichen mußten. Trotz des Abbruchs so zahlreicher Häuser blieb die Zahl der erstellten Wohnungen gegenüber den vorhergehenden Jahren und wenn man den bedeutenden Bevölkerungszuwachs in Betracht zieht, zurück. Allerdings war die Zahl der Neubauten an sich eine größere als im Vorjahr, aber das Wohnungsergebnis war nur für die kleinen Wohnungen ein günstiges, wenn auch noch lange nicht genügendes. Es wurden erstellt:

327 Neu- und 74 Umbauten gegen
239 " " 71 " " im Jahre 1898.

Diese Neubauten lieferten Wohnungen

	mit 1	2	3	4	5	6-7	8-10	11	und mehr	Zimmern
	31	330	586	182	78	48	13	5		
zusammen	1273									Wohnungen, im Vorjahre dagegen
	30	278	426	184	98	101	23	14		
Sonach 1899 +	1	52	160	—	—	—	—	—		
	—	—	—	2	20	53	10	9.		

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen betrug Ende

Oktober	1	2	3	4	5	6	7-8	9-10	11	und mehr	Zimmer
	1	20	50	55	45	38	13	0	0		
Dezember	0	11	43	31	28	21	9	0	0		
											Zusammen Oktober: 222
											" Dezember: 143.

Es waren also in einer Stadt mit bald 200 000 Einwohnern und mitten im Winter keine einzige Wohnung mit 1 und nur 11 mit 2 Zimmern frei. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Ergebnisse der Wohnungsstatistik bei der Leitung der Stadterweiterung dringend Berücksichtigung heißen, wenn schließlich die Stadt nicht geradezu für den Arbeiter und damit für die



Arbeit und die weniger bemittelte Bevölkerung überhaupt gesperrt werden soll.

In diesem Zusammenhang ist zu verzeichnen, daß der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, der sich durch den Bau seiner Kleinwohnungen ein hervorragendes Verdienst um die Stadt erworben hat, den Bau der Kolonie Südheim — als Gegenstück zu Ostheim — mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf aufgegeben hat, daß es bei den in Aussicht genommenen erschwerenden Baubedingungen nicht möglich sei, seine Absicht, die Erstellung billiger Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung, zu erreichen.

Andererseits hatte die vorgesehene weiträumige Bebauung infolge ihres großen Platzverbrauches die Folge, daß die Güterspekulation, welche sich auf weitabgelegene Gelände warf, die bei normalen Bauvorschriften noch für lange Jahre nicht gebraucht worden wären, um so viel baldiger Ernte hoffen durfte, deshalb Aktionen in größtem Stile unternehmen und einen Umfang erreichen konnte, wie seit den 70er Jahren nicht mehr erlebt wurde. So wurden in dem benachbarten Gaisburg Gelände im Werte von vielen Hunderttausenden von der Spekulation erworben. Ebenso wurde das ganze große Areal des Weißenhofs für über eine Million Mark von einem Konsortium erstanden. Heftige Spekulation entbrannte auch um das Gelände am Westbahnhof. Es liegt im Interesse dieser Spekulanten, wenn der eigentliche Stuttgarter, meist kleineren Leuten, Bürgern, Gärtnern, Beamten gehörige Baugrund durch weiträumige Bebauung möglichst dem Bauzweck entzogen und die Ueberbauung mit der dadurch bedingten Wertsteigerung jenen Spekulationsländerlein zugetrieben wird.

Was die Bebauung im einzelnen betrifft, so waren im Berichtsjahr zwar viele bemerkenswerte profane öffentliche Gebäude im Bau begriffen, jedoch wurde nur eines, die Pragschule, vollendet. Dagegen brachte das Jahr der Stadt einen Zuwachs von 3 neuen Gotteshäusern.

Zunächst die Gedächtniskirche in der Hölzlerlin- und Lessingstraße. Ueber die Entstehung und Einweihung dieser Kirche s. oben Seite 114. Mit dem Entwurfe, berichtete s. St. das Neue Tagblatt, und der Ausführung des Baues hat der



Gedächtniskirche.

(Zu S. 158.)



Stifter den Meister der Brenz-Kirche zu Weil der Stadt, Oberbaurat Professor Reinhardt, betraut, und diesem ist es gelungen, in malerischer, nur durch ein unschönes Nachbarhaus beeinträchtigter Lage ein wahres Kleinod der Frühgotik zu erstellen, das den Vorübergehenden durch edle Maße und Formen, den am Gottesdienst Teilnehmenden durch einen lichten, stimmungsvollen, traulichen und erbaulichen Raum vollkommen zu befriedigen im Stande ist. Erwägt man, wie der Baumeister durch die kleine Tiefe und nur mäßige Länge des Platzes, den stumpfen Winkel der Ecke, das Nachbarhaus zc. gehemmt war, so muß anerkannt werden, daß er seine erschwerte Aufgabe glänzend gelöst hat. Er wählte die weniger übliche Form einer zweischiffigen Langhauskirche, gab dem Hauptschiff einen polygonen Abschluß, schuf bequeme Zugänglichkeit der Orgel- und der einzigen Seitenempore durch einen kleinen Westturm und die Treppe des Hauptturms, baute zur besseren Ausnützung des Raumes auf der Nordseite im Erdgeschoß zwischen den weit vorspringenden Strebeböckeln einen Gang für weitere Sitzplätze aus, schloß den Vorplatz vor der reichen Westfassade gegen das störende Nachbarhaus eigenartig schön durch eine mit den Formen der Fassade übereinstimmende Kulisse ab, so daß der Platz nun, zumal wenn das Gesträuch der Anlagen heraufgewachsen sein wird, die wohlthuende Ruhe eines Klosterkruzgangs atmet. Durch die großen schönen Fenster des Langhauses flutet in den ganzen, auch in der zarten Malerei erfreulich hell gehaltenen Innenraum reiches Licht, das nur wenig gedämpft wird durch die einfache Musterung der Gläser und die Malerei des über dem Altar angebrachten Chorfenslers. In den einheitlichen Ständen richten sich bei der nur zweischiffigen Anlage von selbst aller Augen auf den Chor und die in ihm angebrachten Altar, Kanzel und Taufstein, die, in edler Einfachheit und besonderer Sorgfalt behandelt, allen Andächtigen entsprechend nahegerückt sind. Der Orgelraum befindet sich über einer schönen Vorhalle und ist mit der Orgel selbst der ganzen Architektur trefflich angepaßt. Die an das Chorpolygon mit erkerartiger Erweiterung angebaute Sakristei birgt wertvolle Kirchengeräte: die Abendmahlsgesäße, gestiftet von Frau Alara Zorn, geb. Jobst; Taufbecken von Frau Generalkonsul Dörten;



bach; Taufkanne von † Frau Kommerzienrat Jobst Witwe, Frau Alfred Jobst, Frau Emma Schady, geb. Jobst, Frau Mar Jobst; gestickte Altardecken von Frau Geh. Kommerzienrat Hummel. Das gemalte Chorfenster ist eine Stiftung des Fräulein Alara Löffler; den Altar hat Hofrat Keller gewidmet.

Im Herbst 1896 begonnen, war die so schön vollendete Ausführung des Baues dem Werkmeister Klingler unterstellt; die Maurer- und Steinhauerarbeiten hatte Hofwerkmeister Krauß übernommen, sämtliche Bildhauerarbeiten nebst Altar, Kanzel und Taufstein die Firma Erfort und Wüst, die Zimmerarbeiten Werkmeister Rebmann, Schreinerarbeiten A. Zundler, Schlosserarbeit Stern d. J. und Wöhr, die Schieferdeckung A. Pohl, Flaschnerarbeit Aug. Miller, die Bemalung Kämmerer, die Verglasung Dürr in Berg, das Chorfenster ist in der Zettlerschen Hofglasmalerei zu München hergestellt, die Glocken hat das Gußstahlwerk Bochum geliefert.

Das zweite evangelische Gotteshaus, das im Jahre 1899 erstellt wurde, ist die Lukaskirche in Ostheim. Ueber die Einweihung vgl. oben S. 112. Die Erbauer waren die Architekten Wiermann & Stahl in Stuttgart.

Die Kirche liegt an der Kreuzung der Landhaus- und Rotenbergstraße bequem zugänglich von den bestehenden Hauptstraßen und im Mittelpunkte Ostheims. Seitlich und rückwärts ist sie von dem städtischen Friedhof begrenzt, wodurch ihr wohl für alle Zeiten eine freie Lage gewahrt bleibt. Der Bau ist eine symmetrische Kreuzkirche; seine Hauptachse liegt in der Halbierungslinie des Winkels, den die Straßensuchten der Landhaus- und Rotenbergstraße bilden. Infolge dieser Anpassung mußte der Chor nach Norden gelegt werden. Von der Straße aus gelangt man durch eine Freitreppe in die Vorhalle unter dem Turm und sodann in das 12,4 m breite Langschiff, welches durch den Chor geschlossen wird. Dem Langschiff sind seitlich die beiden 11,0 m breiten und 6 m tiefen Querschiffe angegliedert; unter der Empore des westlichen Querschiffes ist ein Bettsaal mit 100 Sitzplätzen untergebracht, im östlichen Querschiff die Sakristei und das Konfirmandenzimmer. Gegen das Langschiff sind sowohl Bettsaal als Konfirmandenzimmer durch Glaswände mit Fenstern abgeschlossen, die bei Gottesdiensten geöffnet werden können, damit der Prediger auch von diesen Räumen aus gesehen und gehört werden kann. Im Langschiff sind auf drei Seiten hölzerne Emporen eingebaut, an der Schmalseite 5 m breite Sängerempore vor der Orgel, an den Langseiten schmalere Emporen, welche die Verbindung mit den Querschiffen ermöglichen. Die Kanzel steht am rechtsseitigen Pfeiler des Chorbogens. Kanzel und Altar



Էւսեփոյ.

(Ճ. 5. 160.)



Nikolauskirche.

(**Tab. 5. 161.**)



sind so angeordnet, daß der Prediger von sämtlichen 800 Sitzplätzen aus gesehen werden kann.

In der Hauptachse des Langschiffes hat der Taufstein vor dem Altar Aufstellung gefunden. Ueber dem Haupteingang im ersten Stock des Turmes ist die Orgel mit 22 klingenden Stimmen, darunter drei mit Hochdruckluftspeisen untergebracht. Außer dem Hauptportal sorgen vier Treppenhäuser mit Separat-eingängen für rasche Entleerung der Kirche. Betsaal, Sakristei, Konfirmandenzimmer und Turm haben direkte Eingänge. Um einen möglichst freien, einheitlichen Raum zu schaffen, wurde auf Säulen und Stützen verzichtet. Langhaus und Querschiffe sind mit Gewölben in Kabizkonstruktion überspannt; Wände und Decken in hellen Tönen bemalt. Die Fenster erhielten teils Kathedralverglasung, teils ornamentale Malerei, nur drei gestiftete Chorfenster haben figurlichen Schmuck. Der Turm, mit drei Balkonen für Posaunenmusik versehen, ist ca. 60 m hoch und weithin sichtbar.

Die Außenarchitektur, sowie die innere Einrichtung sind unter Vermeidung von jedem reicheren Schmuck in frühgotischem Stile gehalten. Zum Sockel und zu allen architektonischen Gliedern ist weißer Stubensandstein verwendet, die Wandflächen sind — das erste Mal an einer Stuttgarter Kirche — mit roten, weiß ausgefugten Ziegeln bekleidet.

Zum Hauptdach wurden gemusterte Salzziegel, zum Turmhelm und den Treppentürmchen Schiefer verwendet. Die erwähnten Farbtöne in Verbindung mit den bewegten Gliederungen der Flächen und dem grünen Hintergrund des Friedhofes verleihen dem Bauwerk ein freundliches, lebhaftes Aussehen.

Vom Neckarthal und der Praggegend aus weithin sichtbar, bildet die Kirche den Mittelpunkt des zwischen grünen Hügeln gebetteten Stadtteils Ostheim.

Die Baukosten betragen einschließlich gärtnerischer Anlage des Kirchenplatzes und der inneren Einrichtung ca. 308 000 Mark.

Die dritte der im Jahre 1899 erstandenen Kirchen, die Nikolauskirche, ist dem katholischen Kult gewidmet. Vgl. hiezu oben S. 116. Der Entwurf stammt von Regierungsbaumeister Pohlhammer.

Die Kirche ist in dem bisher in Stuttgart nicht vertretenen Uebergangsstil gebaut. Die Wahl des Baustils mußte bei den knappen Mitteln und bei einem Raumbedürfnis für 850 Sitze ganz besonders ins Auge gefaßt werden, wenn der Bau auch nur einigermaßen neben den rein praktischen Anforderungen bezüglich bequemer Benutzung, Weiträumigkeit, Lichtzuführung, auch ästhetischen Anforderungen entsprechen sollte.

Der frühe Stil der französischen Nordprovinzen ist hier von der in normännischer Ornamentik beeinflussten Färbung gewählt. Die Kirche erhebt sich auf einer Terrasse über dem erst tracierten Teil der verlängerten Werastraße. Sie zeigt im Grundriß die Gestalt des Kreuzes, bestehend aus dem Langhaus mit Chor und aus zwei kurzen Seitenflügeln; über der Vierung erhebt sich ein hohes schlanke Turmchen (Dachreiter). Die Gliederung der auf



der Westseite liegenden Giebelseite mit dem Hauptportale verrät, daß die Kirche dreischiffig ist; entsprechend der Breite des Mittelschiffs hat die Giebelseite zwei starke Strebepfeiler. Das zwischen diesen stehende hohe Hauptportal hat Bogen und Gewände aus fünf sich abtreppenden Gliedern.

Links und rechts von den Strebepfeilern sind große Blenden in Fensterform mit Kämpfern, welche die Bogen tragen. Auch beim Hauptportal hat das Gewände oben Kämpfer, da der Einfachheit halber keine Säulen eingefügt sind. Ueber dem Portal sind zwei Paar schmale Fenster mit Rundbogen; zu beiden Seiten je eine Säule; darüber folgen der der Höhe des Dachrandes entsprechende Konsolenfries und weiter oben im Giebel zwei Spitzbogenfenster; ganz oben noch ein kleineres von Säulen flankiertes Fenster; eine Steinkreuz krönt den Giebel.

Die beiden Langseiten haben je ein Portal ähnlich dem Hauptportal, aber kleiner, außerdem je drei hohe Fenster, zu den Seitenschiffen gehörend; über ihnen, der Höhe des Mittelschiffs entsprechend, befinden sich vier kleinere gekuppelte Fenster mit dem niedrigen einfachen Spitzbogen des Uebergangsstils. Die Querflügel zeigen in der Fassade je eine mächtige Fensterblende mit flachem Spitzbogen, beide mit abgetrepten Gewänden geschmückt; innerhalb dieser Blende sind je drei schmale miteinander verbundene Fenster; über dem Blendenbogen ist ein Rundfenster.

Der Chor, zu welchem vom nördlichen Querflügel die einfach gehaltene Sakristei und ein angefügtes Schnecken türmchen überleiten, ist anfangs geradlinig mit je zwei hohen Fenstern, geht dann in den Halbkreis über, der drei mit gewertelten Säulen geschmückte Fenster derselben Art hat. Das Hauptgesims des Chors ist dasselbe wie dasjenige der anderen Teile der Kirche. Der Chor ist mit verhältnismäßig einfachen Mitteln schön gegliedert entsprechend der ihm gegenüberliegenden Westseite, deren ganze Gliederung ebenso lebendig als harmonisch ist und einen würdigen und wohlthuenden Eindruck macht, obgleich die Flächen des Gemäuers und der Gewände nur Kunstbackstein zeigen und Haussteine (weiß aus Sechselberg und Dachswald) nur bei einzelnen Fenstergesimsen, sowie bei den Friesen, den Hauptgesimsen und der Giebeleinfassung verwendet sind.

Wie das Äußere, so trägt auch das Innere der Kirche das Gepräge einfacher Schönheit und harmonischer Gliederung. Die beiden Seitenschiffe werden vom Mittelschiff durch je vier schlanke Pfeiler geschieden. Der Triumphbogen, der aus dem Mittelschiff zum Chor überleitet, zeigt wieder einen flachen Spitzbogen, das Kreuzgewölbe des Chors schließt mit einem gefälligen Kuppelgewölbe; das Innere der beiden Querflügel der Kirche, die zu Kapellen bestimmt sind, zeigt, parallel mit dem Triumphbogen, je eine Apsis mit Kuppelgewölbe zur Aufstellung von Altären. Die innere Länge der Kirche, welche 1500 Personen faßt, beträgt 42,6 m; die ganze Schiffbreite im Innern 20,4 m; die Mittelschiffweite 11,4 m; die Schifflänge ist 28,7 m; die Chorbreite 9 m; und die Chorklänge 12,7 m; die Dachreiterspitze liegt 41 m über dem Kirchenboden.

Die Praggegend erhielt durch die Fertigstellung eines Volksschulgebäudes einen besonderen Schmuck (mit Abbildung). Wir



Prag(Prate).

(311 5. 162.)



geben im laufenden Jahrgang die Baubeschreibung und lassen im nächsten den Bericht über die Einweihung folgen, welche im Frühjahr 1900 erfolgen soll.

Das Schulhaus liegt mit seinem Areal am Zusammentreffen der Bahnhof- und Friedhofstraße. Es steht mit der Hauptfront gegen Osten an der Bahnhofstraße und gewährt freien Ausblick bis auf den fernen, das Neckarthal vom Remsthal trennenden Bergzug. An die Friedhofstraße ist mit einem Vorgarten von 5 m die Turnhalle gestellt. Eine die beiden Gebäude verbindende Terrasse trennt den Hofraum in einen unteren Hof, der den Mädchen, und einen oberen, der den Knaben als Schulhof dienen soll. Die Hofräume haben zusammen eine Fläche von etwa 2200 qm. Das Schulhaus ist ohne die Vorhalle 29,4 m lang und 19,9 m tief und doppelbündig angelegt. Bei der inneren Ausstattung sind einige Neuerungen eingeführt. Als Belag der Schulzimmerböden ist erstmals ein Versuch mit Linoleum gemacht, durch den ein geräuschloses Gehen, leichtere Reinigung und namentlich Verminderung des Staubs erzielt werden soll. Die Wandbrüstungen sind in den Zimmern, Korridoren und im Treppenhaus an Stelle der seither üblichen Holzvertäfelungen mit Zementputz versehen. Die Wände der Schulzimmer wurden über den Brüstungen nicht mit Leimfarbe gestrichen, sondern mit einer blasgrünlichen satinierten Unitapete tapeziert. Für die Unterbringung der Leberkleider, Kopfbedeckungen u. s. w. sind in den Korridoren Kleiderablagen eingerichtet. Für die Schirme sind an der Wand befestigte Schirmständer vorhanden. Im Schülerbad sind die seither üblichen Fußbadewannen durch zwei 4,11 m lange, 1,16 m breite und ca. 30 cm tiefe Bassins ersetzt, statt der Einzelbrausen sind zwei Brauseröhren angeordnet, die, auf ihrer ganzen Länge mit Öffnungen versehen, über die Länge des Bassins sich erstrecken. Bei dieser Einrichtung kann eine größere Kinderzahl gleichzeitig gebadet werden als bei den früher eingerichteten Schulbädern. Das Äußere der Gebäude ist in frei behandeltem spätgotischem Charakter gehalten, die Sockel sind am Schulhaus mit Granitplatten verkleidet und darüber mit Blossensteinen, sogen. abgestemmtten Mauersteinen, gemauert. Die architektonische Gestaltung ist im allgemeinen eine einfache. Nur die südliche Nebenseite des Schulhauses, die für den von der Stadt herkommenden Beschauer besonders ins Auge fällt, ist reicher gestaltet. Ferner erhielt der gegen die Bahnhofstraße gerichtete Giebel der Turnhalle durch Anbringen des Stadtwappens in einem freier komponierten Giebelaufsatz einen plastischen Schmuck. Nach den noch nicht abgeschlossenen Abrechnungen wird sich der Bauaufwand auf 233 300 Mk. belaufen.

Die Projektbearbeitung und Bauleitung war unter Oberleitung des Stadtbaurats Mayer dem städtischen Bauinspektor Pantle übertragen. Die Ausführung besorgte Werkmeister Weber.





5. Denkmäler.

Die Renovierung des Ecke der Reinsburg- und Mariens-
straße befindlichen, von Architect Prof. Wagner ent-
worfenen Stuttgardia-Brunnens wurde im Berichts-
jahr vollendet. An Stelle der verwitterten Steine sind
in den Säulenaufbau neue eingefügt und die übrigen Teile des
Brunnens dementsprechend aufgefrischt worden.

Sodann wurden mit den Denkmälern berühmter ehemaliger
Angehöriger zwei hiesige Institute geschmückt. Am 17. Januar
wurde im Parterresaal des Kgl. Naturalienkabinetts die Büste des
verstorbenen Direktors Dr. Oskar v. Fraas feierlich aufgestellt.
Der „Merkur“ schrieb hiezu:

Gleich nach dem Tode des um die Wissenschaft und sein Vaterland hoch-
verdienten Forschers vereinten sich Freunde und Verehrer desselben, ihm ein
bleibendes Denkmal zu stiften. In einer Wandnische der geologisch-paläonto-
logischen Landesammlung, dem eigensten Wirkungs- und Schaffenskreis des
heimgegangenen Forschers, erhebt sich nun seine von des jüngeren Donndorfs
Meisterhand hergestellte wohlgetroffene Marmorbüste. Zu der Feier schmückten
Lorbeerkränze, der eine von der Frau Herzogin Wera, der andere von Freunden
des Verstorbenen gestiftet, den Platz. Im Namen des Komitees ergriff zunächst
Prof. Dr. Alunzinger das Wort; er dankte allen, die beigetragen, dem un-
vergesslichen Freund ein Denkmal zu stiften. Dem Forscher, dem trefflichen
Redner, dem Freunde gilt dies äußere Zeichen. In warmen Worten gab der
Redner ein Lebensbild des Dahingegangenen, der heute vor 75 Jahren im Pfarr-
haus zu Lorch das Licht der Welt erblickte, zuerst die theologische Laufbahn
ergriff, um dann zur Geologie überzugehen und einer ihrer bedeutendsten Ver-
treter zu werden. Eine Skizze der wissenschaftlichen Bedeutung des Gefeierten
gab sodann Prof. Dr. v. Branco; in hochpoetischen einzelnen Bildern führte
er die umfassenden grundlegenden Arbeiten von Fraas an den geistigen Augen
der Zuhörer vorüber: den jungen Studenten der Theologie, der sich in Tübingen
den Preis einer geologischen Arbeit holt; die beiden Freunde Fraas und Desser,
den den Scholleneinbruch des Jura studierenden Geologen Fraas auf der Wander-
schaft nach Frankreich und Spanien und nach dem gelobten Land; die Exkur-
sionen, die ihn die vulkanischen Erhebungen des Hegau und die Eiszeit Ober-
schwabens studieren ließen. Im Namen und in Stellvertretung der Direktion
der wissenschaftlichen Sammlungen des Staats, sowie des Kgl. Naturalien-
kabinetts übernahm sodann Prof. Dr. Lamper die Büste und versprach sie
in treuer Obhut zu halten. In kurzen Zügen wies der Redner noch hin auf
die 40jährige Thätigkeit von Fraas als Vorstand der paläontologisch-geologischen



Sammlung, die er aus kleinen Anfängen zu einer Muster Sammlung gestaltet und in der er sich selbst ein Denkmal gesetzt. Das Denkmal, das nun den Charakterkopf des Gefeierten für immer festhält, soll den Beamten des Naturalienkabinetts stets ein leuchtendes Beispiel glänzender Pflichterfüllung sein. In bewegten Worten sprach der Sohn, Prof. Dr. E. Fraas, den Dank der Familie aus, indem er in seiner Stellung als Sohn den liebevollen Vater und zu gleicher Zeit als Nachfolger im Amt den treuen Kollegen und Lehrmeister feierte.

Am 5. März sodann fand die feierliche Uebergabe der vom Akademischen Architekten-Verein dem Andenken an den verstorbenen Baudirektor v. Leins gewidmeten Büste statt, welche im Treppenhause der Kgl. Technischen Hochschule, Ecke See- und Alleenstraße, an hervorragender Stelle ihren Platz fand.

Ein zahlreiches Auditorium hatte sich, wie das Tagblatt berichtete, zu dieser Feier eingefunden, darunter die Witwe des Gefeierten mit ihren Angehörigen, das Direktorium und Lehrerkollegium der Hochschule, sowie die alten Herren und aktiven Mitglieder des Architektenvereins mit dem neuen Banner und Vertretern der Kartellvereine Aachen und Dresden. Unterhalb der von reichem architektonischen Schmuck umgebenen Nische, in welcher die Büste steht, war entlang der Treppe ein prächtiges Arrangement von Pflanzen und Guirlanden aufgebaut. Die Brüstung war rings mit schwarz-rottem Fahmentuch drapiert.

Den Festsakt eröffnete Prof. Halmburger durch eine Ansprache, in welcher er der Bedeutung Leins' gedachte, dessen Bauwerke den Ruhm ihres Schöpfers weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus getragen. Insbesondere um seine Heimatstadt Stuttgart habe sich Leins große Verdienste erworben durch eine Reihe von Bauten, die sich durch ihre plastische Ruhe und Vornehmheit auszeichnen und die er in wundervollen Einklang gebracht mit den landschaftlichen Schönheiten. In allem habe sich Leins eine große Originalität gewahrt, die ihm einen Platz in der Kunstgeschichte sichere als einem der Führer, welche die neueren Epochen eingeleitet. Auch als Lehrer der Hochschule habe Leins mit Fleiß gewirkt und eine Saat gestreut, die seinem Namen größte Ehre gebracht. Und wie er ein Meister der Kunst war, so sei er auch ein vollendeter Mensch gewesen. So stehe das Bild des Verewigten vor seinen Freunden und Schülern unvergesslich.

Kedner übergab das Denkmal der Hochschule mit dem Wunsche, daß bei seinem Anblick die Alten sich stärken an diesem getreuen Eckehard der Baukunst, die Jungen aber sich zur Begeisterung entflamment. Als derzeitiger Vorstand der Hochschule übernahm Prof. Dr. Hell das Denkmal in Obhut und sprach dem Architektenverein dafür Dank aus, daß er es ermöglicht, das Andenken an einen der bedeutendsten Lehrer der Hochschule, der mit den Grund zu ihrem Ansehen gelegt, im Bilde festzuhalten. Möge das Denkmal — schloß Kedner — namentlich den jüngeren Architekten ein Sporn sein, dem großen Meister nachzueifern für jetzt und alle Zeiten!



In der Höhenheimerstraße, wo diese sich im Bogen um die Bopferbrunnenanlage hinzieht, wurde an der Stützmauer der alten Bopfersteige eine Erinnerungstafel angebracht, welche von der Frau Herzogin Wera von Württemberg gestiftet wurde und die Inschrift trägt: „Hier haben schwäbische Kreistruppen die Hauptstadt von Melacs Ueberfall befreit. 23. Dezember 1688.“ Diese Schrift ruft eine kriegerische Episode aus rüben Zeiten wach, die sich in den Dezembertagen des Jahres 1688 oder kurzweg „zur Franzosenzeit“ auf dem ehemaligen Bopferhügel zutrug.

Der General Montclar hatte am 20. Dezember genannten Jahres nach heftigem Widerstande der Bürger Stuttgart besetzt und geplündert. Zu seiner Unterstützung zog der gefürchtete General Melac mit einer Bande von 500 Mann aus Eßlingen herbei, um Stuttgart in Brand zu stecken. Seine Absicht sollte er aber nicht verwirklichen. Am 23. Dezember morgens trafen, über den Bopfer kommend, 3000 Mann schwäbische Kreistruppen mit 8000 bewaffneten Bauern vor den Thoren der geängstigten Stadt ein und stießen auf die Franzosen, die in Eile den Rückzug antraten und die beiden Bürgermeister Gütler und Fischer als Geiseln mitschleppten.

Die Erinnerung an dieses Ereignis soll durch die Tafel dem Gedächtnis erhalten bleiben.





6. Feuerlöschwesen und Brände in der Stadt.

Die Stärke der Berufsfeuerwehr unter Branddirektor Jakoby blieb unverändert. Am 23. April besichtigte der Minister des Innern von Pischek, und am 16. Mai Sr. Maj. König Wilhelm II. die Berufsfeuerwehr. Letzterer verweilte 2 Stunden auf der Hauptfeuerwache, um genaues Einblick von der Einrichtung zu nehmen, worauf Exercier- und Angriffsübungen beider Wachen, sowie Alarmfahrt stattfand.

873 Sanitätsfahrten wurden ausgeführt und 187 verletzten Personen auf den Wachen Verbände umgelegt.

Die Berufsfeuerwehr hatte 108mal zum Feuer auszurücken, gegen 76 im Vorjahr. Insgesamt fanden 203 Feuer statt, wovon 5 als Großfeuer, 12 als Mittelfeuer, 181 als Kleinf Feuer, und 5 als blinde Alarme, zus. 203 Feuer zu bezeichnen sind.

In 112 Fällen ist Fahrlässigkeit als Entstehungsursache anzunehmen.

Auch in diesem Jahr ist der Brandschaden infolge der schnellen Hilfe ein geringer, indem bei einer Mobilienversicherungssumme von 2 150 775 Mk. nur 12 530 Mk. 12 Pf. Brandschadenentschädigung zu zahlen war; hiezu kommen noch 11 425 Mk. 5 Pf. Gebäudeentschädigung, in Summa 23 955 Mk. 17 Pf., was auf den einzelnen Brandfall 118 Mk. ergiebt.

Von den größeren, gefährlicheren Feuern ist zu bemerken:

1. Der Auwärterische Dachstuhlbrand Marktstraße 2.
2. Dachstuhlbrand Traubenstraße 10 und
3. Stall- und Wohngebäude Kriegsbergstraße 22.





I. Bewegung der Bürgerschaft; Stadtvorstandswahl; Bildung der bürgerlichen Kollegien.

Schon im Vorjahr war die Zahl der Bürgerrechtserwerbungen infolge der Ermäßigung der Bürgerrechtsgeldgebühr eine bedeutende gewesen. Im Jahre 1899 aber erreichte sie, jedenfalls im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Stadtvorstandes und der im Herbst erfolgten Neuwahl von 8 Gemeinderatsmitgliedern, die Höhe von 1720. Insbesondere die Deutsche Partei hatte eine rege Agitation für den Erwerb des Bürgerrechts durch ihre Mitglieder entfaltet. Angesehene Einwohner der Stadt, die schon seit Jahrzehnten in ihren Mauern lebten, ließen sich in diesem Jahr zu Bürgern machen.

Der sozialen Berufsstellung nach waren denn auch 1180 der Neubürger Selbständige und nur 540 Unselbständige. Von der Gesamtzahl waren geboren in Stuttgart 140, im übrigen Württemberg 1354, im Reich 208, im Ausland 18. Der Religion nach waren evangelischen oder reformierten Be-



Kenntnisses 1404, katholischen Glaubens 278, jüdischen 36, anderen Bekenntnisses 2, darunter 1 „ohne Konfession“. Ledig waren 155 gegen 1538 Verheiratete und 27 Witwer.

Wahlberechtigte Bürger waren es bei der Bürgerauschufswahl am 9. Dezember vorigen Jahres 12785 gewesen. Bei der diesjährigen Gemeinderatswahl am 11. Dezember betrug die Zahl der Wahlberechtigten 14555; bei der Stadtschultheißenwahl am 19. Mai 13547.

Am Donnerstag den 19. Januar fand die feierliche Beerdigung der am 9. Dezember v. Js. neugewählten Mitglieder des Bürgerauschusses statt. In der Sitzung waren je 25 Mitglieder beider Kollegien anwesend. Stadtschultheißenamtsverweser Gemeinderat Gauß leitete den Beerdigungsakt mit einer Ansprache ein, in der er zunächst des Krankseins des Oberbürgermeisters v. Rümelin mit folgenden Worten gedachte: Ehe wir zur Beerdigung der neugewählten Mitglieder des Bürgerauschusses schreiten, gestatten Sie mir, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß dem Manne, der sonst an dieser Stelle stand, es nicht, wie er so sehr gewünscht hätte, vergönnt war, diesen Akt vorzunehmen; zugleich möchte ich dem Wunsch Ausdruck verleihen, in dem wir uns einig wissen, daß er bald wieder in den Vollbesitz seiner Kräfte gelangen möge, um sein Amt wieder aufnehmen zu können.

Sodann erwähnte der Vorsitzende, indem er über die wesentlichsten Daten der letzten Bürgerauschufsergänzungswahl berichtete, die Namen der aus dem Bürgerauschuf ausschheidenden Mitglieder: Georgii, Huber, Schäfer, Rau, Jäger, Ferzer, Steinle, Kreglinger, Heim, Sigmund, Kraut, Ebni und Burkhardt und der in dieses Kollegium neu bzw. wiedergewählten Herren: Schramm, Schmid, Bessy, Enchelmayer, Kraut, Redmann, Lüpfe, Fischer, Arnold, Schäufelin, Frech, Ströckle, Schnell und Löhnner.

Im weiteren wies Redner darauf hin, daß unmittelbar nach dem Beerdigungsakt eine Neuwahl des Obmanns des Bürgerauschusses und seines Stellvertreters stattzufinden habe, unter Leitung desjenigen Mitglieds der älteren Hälfte des Bürgerauschusses, das bei der Wahl in dieses Kollegium die meisten



Stimmen erhielt, nämlich des Herrn Stahl. Hierauf warf er einen Rückblick auf die wichtigsten Angelegenheiten, mit denen sich die Stadtverwaltung in den letzten zwei Jahren beschäftigt hatte, und fuhr nach Aufzählung derselben in seinem Vortrag wie folgt fort:

Die Aufzählung der Gegenstände, mit denen sich der Bürgerausschuß in den letzten zwei Jahren beschäftigt hat, ist nun aber leider nicht so zu verstehen, als ob diese Gegenstände alle damit auch erledigt wären. Bei der Kompliziertheit unserer Gemeindeverwaltung ist es vielmehr nicht zu vermeiden, daß die Arbeit an größeren und kleineren Gegenständen sich nicht selten über Jahre hinzieht, und so sind nicht wenige der erwähnten Materien zwar in Angriff genommen, aber noch nicht definitiv gestaltet. Kann doch nicht einmal die Frage des Rathhausneubaus, die so lange Jahre die Gemüter beschäftigt und erregt hat, als abgethan betrachtet werden! Zwar steht es fest, daß das neue Rathaus sich an der Stelle des alten nach den Plänen der Herren Vollmer und Jaffoy, mit denen die Stadt einen festen Vertrag abgeschlossen hat, erheben wird; aber noch sind nicht alle Verträge über die zur Beschaffung des Bauplatzes für den Abbruch bestimmten Häuser vollzogen (wegen der gegen die Verlegung der darauf ruhenden Wirtschaftskonzessionen erhobenen Schwierigkeiten), und noch ist das definitive Projekt nicht zur baupolizeilichen Genehmigung eingereicht, ganz zu schweigen davon, daß das Bauwesen selbst noch jahrelang die bürgerlichen Kollegien in Anspruch nehmen wird und deren einmütiges Zusammenwirken erfordert. Noch weniger ist die Stadtverwaltung am Ziel in der Angelegenheit des Schlachthausneubaus. Bekanntlich ist dessen Ausführung auf der Prag beschlossen und sind die Grundstücke dafür größtenteils erworben. Die Bedenken aber, die gegen diesen Platz erhoben worden sind, und die Vorteile eines anderen auf der Markung Gaisburg gelegenen Platzes andererseits haben es erwünscht und zweckmäßig erscheinen lassen, Schritte zur Erwerbung auch dieses Platzes zu thun, um, wenn es sich demnächst um die Ausführung dieser wichtigen städtischen Einrichtung handelt, die Auswahl zwischen verschiedenen Plätzen zu haben und nicht unter Umständen gezwungen zu sein, mit großen Kosten eine doch nicht allseits befriedigende Anlage zu erstellen. Freilich ist die Errichtung eines Schlachthauses auf fremder Markung nicht thunlich oder doch nicht wünschenswert, und es ist die Aufnahme der Gemeinde Gaisburg in den Stuttgarter Gemeindeverband zwar von beiden Gemeinden als zweckmäßig erkannt, aber doch nicht sichergestellt; denn noch erheben die Gemeinde Gaisburg sowohl, als die Amtskorporation Stuttgart als Entgelt gewissermaßen für ihre Zustimmung zu der Einverleibung Ansprüche, die die Stadt Stuttgart nicht für billig ansehen und nicht bewilligen kann. Aber wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, die maßgebenden Behörden werden sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Interesse Gaisburgs noch viel mehr als dasjenige Stuttgarts auf eine Vereinigung der beiden Gemeinwesen hindrängt, und daß darum Stuttgart, das ohnedies einen Aufwand von mehr als 600 000 Mk.



infolge der Einverleibung auf sich zu nehmen hätte, keine weiteren, durch die Billigkeit nicht gerechtfertigten Opfer auferlegt werden dürfen. Denn wohl hat Stuttgart ein Bedürfnis nach Ausdehnung seiner Markung insbesondere nach der Seite des Neckarthals hin und ein Bedürfnis nach Beschaffung von Raum zu seiner Ausdehnung und insbesondere auch zur Erstellung industrieller Anlagen; aber noch viel zwingender ist für Gaisburg die Notwendigkeit der Schaffung von Einrichtungen wie Kanalisation, Wasserleitung, Gasleitung und vor allem der Verbindung mit Stuttgart durch neue Straßen und durch eine Straßenbahn, was alles Gaisburg aus eigener Kraft nicht leisten kann. Diese Frage führt uns zu derjenigen der Markungsgrenzregulierung zwischen Stuttgart und Cannstatt, von der leider nichts Günstiges zu berichten ist. Eine Einigung mit der Stadt Cannstatt ist nicht näher gerückt, und es wird, nachdem eine Aenderung der Grenze als im Interesse des Staats ebensowohl als in demjenigen der Gemeinde Stuttgart gelegen anerkannt ist, denen ein gegensätzliches Interesse Cannstatts jedenfalls nicht gegenübersteht, zunächst Sache der Regierung sein, festzustellen, ob Stuttgart für die Abtretung eines Markungsteils unter dem Titel einer „Entschädigung“ einen Preis zu bezahlen hat, während doch der Stadt Cannstatt in Wirklichkeit ein pekuniärer Schaden infolge der Abtretung nicht zugehen wird. Auf den Stand der Markthallefrage, sowie demjenigen der Angelegenheit des Südfriedhofs werde ich heute nicht einzugehen brauchen, nachdem erst vor wenigen Wochen, bezw. heute erst öffentlich darüber verhandelt, bezw. auf Anfrage Auskunft darüber gegeben worden ist. Ueber die Erbauung einer neuen Realschule und die damit zusammenhängende Verlegung der gewerblichen Fortbildungsschule möchte ich nur kurz bemerken, daß eine definitive Erklärung der Staatschulverwaltung über die zu erwartenden Staatsbeiträge für diese Schulbauten beziehungsweise Umbauten, wovon der letzte Beschluß der bürgerlichen Kollegien abhängig gemacht worden ist, noch nicht erfolgt ist. Vielleicht dürfte die eine oder die andere dieser Angelegenheiten, von denen diejenige der Verlegung der gewerblichen Fortbildungsschule als sehr dringlich bezeichnet werden muß, einen neuen Anstoß erhalten durch die angebahnte Erwerbung des Garnisonlazarets, dessen Gebäude für Schulzwecke Verwendung finden können. Bekanntlich ist die Thatsache, daß auf der langen Strecke von der Rotebühlstraße bis zur Kasernenstraße keine fahrbare Verbindung zwischen Weimarstraße und Gartenstraße besteht, schon lange als ein zu beseitigender Mißstand empfunden worden, und der Brand in dem Garnisonlazaret, das der Ausführung einer Verbindung entgegenstand, hat den Anstoß gegeben, einer Verbesserung der bestehenden Verhältnisse näher zu treten, und es ist mit dem kgl. Kriegsministerium ein Abkommen über den Verkauf des Garnisonlazarets getroffen worden, das nur noch der Festsetzung der Einzelbedingungen und der schriftlichen Abfassung bedarf. Hier und in einer Reihe anderer Fälle wird die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beträchtliche Opfer bringen müssen. So sind die Einleitungen zur Erbreiterung der Sporerstraße, die als ein auf die Dauer unabweisbares Bedürfnis längst anerkannt ist, durch Ankauf einzelner



Käufer, die aber die Durchführung des Plans für sich allein noch nicht ermögli-
chen, getroffen worden. Ebenso ist die durch die Straßenbahn notwendig ge-
machte Erweiterung der Gartenstraße zwischen dem Postplatz und der Kote-
straße durch Ankauf eines für diesen Plan wichtigen Anwesens angebahnt. Die
Durchführung dieser und ähnlicher Projekte wird die Aufmerksamkeit der bürger-
lichen Kollegien in den nächsten Jahren nicht selten in Anspruch nehmen. Es
wird häufig schwer sein, die berechtigten Wünsche nach Verbesserung der be-
stehenden Zustände zurückzudrängen, und doch wird dies da und dort geschehen
müssen im Hinblick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt, und es
wird gerade auf diesem Gebiet der neue Bürgerausschuß eine wichtige und
verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen haben, wenn es sich darum handelt,
die richtige Mitte zu halten zwischen der Befriedigung gerechtfertigter Wünsche
und Bedürfnisse der Zeit und der notwendigen Schonung der Steuerkraft.
Bekanntlich hat man sich im Gemeinderat und in der Bürgerschaft mit weit-
ausschauenden Projekten befaßt, durch die in der Altstadt nicht bloß zur Hebung
des Verkehrs einige Straßendurchbrüche vorgenommen würden, sondern durch
die einem großen Teil der Altstadt überhaupt sein noch auf das Mittelalter
zurückgehender Charakter abgestreift und ihm, rascher und gründlicher als es
sonst geschehen würde, ein modernes Gewand verliehen würde. Es wird eine
unabweisbare Aufgabe der bürgerlichen Kollegien sein, sorgfältig und vor-
urteilslos zu prüfen, einerseits welche Vorteile davon zu erwarten sind hin-
sichtlich des Verkehrs, der sanitären Verhältnisse, der ästhetischen Wirkung,
der wirtschaftlichen Interessen der Grundbesitzer und, nicht zuletzt, hinsichtlich
der Frage, ob dadurch das Tempo, in dem die Erneuerung der Altstadt vor-
sich geht, beschleunigt oder verlangsamt wird, andererseits aber, welche Auf-
wendungen die Erreichung dieser Vorteile notwendig macht. Noch wichtiger
werden bei der lebhaften Bauhätigkeit, die das Wachstum der Bevölkerung
erheischt, die Fragen sein, von welchen Grundsätzen man sich bei der Bebauung
des die Stadt umgebenden Terrains leiten zu lassen habe. Bekanntlich hat
man früher für Quartiere, die dem Anbau erschlossen werden sollten, die Stadt-
baupläne stückweise festgesetzt und sich wenig darum gekümmert, wie bei einer
späteren Erweiterung der Stadt die dann erforderlichen Pläne sich an die be-
stehenden anschließen. Mit Recht hat man diese Praxis verlassen und der That-
sache Rechnung getragen, daß namentlich in hügeligem Terrain, wie in Stuttgart,
auch nicht das kleinste Stück Stadtbauplan richtig festgesetzt werden kann,
wenn man sich nicht zuvor Rechenschaft darüber giebt, wie seine Fortsetzung
und Erweiterung zu denken ist. Das hat zur Ausarbeitung eines generellen,
fast die ganze Markung umfassenden Stadterweiterungsprojekts durch das
städtische Tiefbauamt geführt, über das die bürgerlichen Kollegien, wenn auch
nicht hinsichtlich des Details, das den einzelnen Stadtbauplansfeststellungen vorzu-
behalten sein wird, sich womöglich im Laufe dieses Jahres noch schlüssig zu
machen haben. Bei jenem generellen Stadterweiterungsprojekt wurde neben
der Rücksicht auf zweckmäßige Vermittlung des Verkehrs und bessere Anpassung
der Straßen an das Terrain namentlich die möglichste Erhaltung des jetzigen



landschaftlichen Charakters des Stuttgarter Thals und insbesondere der Thalhänge angestrebt, indem man durch eine im Verhältnis zu der Entfernung von dem Stadttinnern immer weiträumigere Bebauung einen allmählichen Uebergang von der städtischen zur ländlichen Wohnweise herstellen wollte. Erhebt sich hiegegen aber schon das Bedenken, daß Straßen, die heute noch in der That den Uebergang von der Stadt auf das Land darstellen, bei der raschen Ausdehnung der Stadt vielleicht schon in wenigen Jahren — man denke an die Zufahrtsstraße zum Westbahnhof — inmitten des eigentlichen städtischen Verkehrs liegen und diesen zu vermitteln haben und daß die daran gelegenen Häuser dann jedenfalls nicht mehr mit Recht einen landhausartigen Charakter tragen, daß vielmehr die Forderung hierauf als die Forderung einer Unwahrheit, eines Widerspruchs zwischen Zweck und Bedeutung der Straße und ihrer äußeren Gestaltung erscheint, so sind noch viel gewichtiger die Bedenken, die sich vom Standpunkt der finanziellen Interessen der Stadt wie der Einwohnerschaft aus erheben. Die von dem Stadterweiterungsprojekt angestrebten Zwecke erreichen zahlreiche, einschneidende Bauverbote, große Gebäudeabstände, starke Beschränkungen der Gebäudehöhe und der Stockwerkszahl, und Hand in Hand damit geht auch die Forderung reicherer architektonischer Ausgestaltung. Das alles bringt mit sich neben einer Vergrößerung des abzutretenden Straßenplatzes, einer Steigerung der von den Anliegern zu zahlenden Planierungskosten und Trottoirherstellungskosten und der von ihnen zu leistenden Kanalbeiträge für den Hausbau die Verwendung eines Mehrfachen, nicht selten eines Vielfachen, desjenigen Areals, das unter anderen Bedingungen zur Erstellung einer gleichen Anzahl von Wohnungen erforderlich wäre, und, da der Wert des Grunds und Bodens überhaupt und insbesondere in dem Stuttgarter Thal keineswegs allein von der Möglichkeit baulicher Ausnutzung abhängt, die Inanspruchnahme eines viel größeren Anlagekapitals, was mit Notwendigkeit zu einer allgemeinen Steigerung der Mietpreise führt. Da ferner jene Bebauungsart für die gleiche Anzahl von Wohnungen viel größere Straßenstrecken erforderlich macht und die Leistungen der Anlieger an Straßenplatzabtretungen, Planierungskosten, Kanalbeiträgen, Trottoirherstellung zuzüglich der regelmäßig von ihnen verlangten, sog. freiwilligen Straßenbeiträge zu den Straßenbauten lang nicht zureichen, so folgt daraus ferner ein starkes Anschwellen der Straßen-, Kanal-, Wasserleitungs- und Gasleitungsbaukosten der Stadt und die immer größere Schwierigkeit, ohne Steuererhöhung den Etat zu balancieren. Mit der Verteuerung des Bauens und mit der Neigung, bei der Stadterweiterung ausschließlich oder vorwiegend das Augenmerk auf ein gefälliges architektonisches oder landschaftliches Aussehen zu richten, steht im Zusammenhang die Tatsache, daß das Baugewerbe, das ohnedies aus naheliegenden Gründen wenig Neigung hat, die Wohnungsbedürfnisse der weniger bemittelten Klassen zu befriedigen, sich dessen fast ganz enthält und sich der Beschaffung von Wohnungen für die wohlhabenderen Klassen, wofür die Stadtbaupläne vorwiegend berechnet sind und wozu sie geradezu einladen, nahezu ausschließlich zuwendet. Das ist sicher nicht ohne Einfluß auf die bestehende Wohnungsnot, die in Stuttgart



noch fühlbarer ist als anderwärts. Es wird die Aufgabe der Stadtverwaltung sein, die Unternehmer dazu zu animieren, daß sie sich jener Aufgabe widmen, und nicht, sie davon abzuschrecken. Freilich wird niemand gern und ohne zwingenden Grund die landschaftlichen Schönheiten unseres Thales preisgeben wollen; das wäre ebenso ungerechtfertigt, als wenn man lediglich aus ästhetischer Neigung sich gegen die Forderung der Beschaffung geeigneter Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten je nach deren besonderen Bedürfnissen und Verhältnissen verschließen wollte. Auch hier wird es einer vorsichtigen Abwägung der in Betracht kommenden Gesichtspunkte bedürfen, um zu einem Ausgleich der widerstreitenden Interessen zu gelangen, der die einen möglichst wenig auf Kosten der anderen befriedigt. Die Stadtverwaltung wird sich je länger desto weniger der Verpflichtung entziehen können, der sogenannten Wohnungsfrage ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Sie wird über kurz oder lang zu der vielfach erhobenen Forderung Stellung nehmen müssen, daß sie als Arbeitgeberin ihren Arbeitern billige Wohnungen beschaffe und durch Verminderung der Nachfrage nach solchen die Wohnungskalamität vermindere. Die Stadtverwaltung wird überhaupt der Thatsache, daß die unteren Volksklassen vielfach menschenunwürdig wohnen, nicht auf die Dauer ruhig zusehen dürfen. Auf polizeilichem Weg wird freilich den bestehenden Mißständen nicht beizukommen sein; denn diese bestehen hier vorwiegend nicht darin, daß die Wohnungen an sich den sanitären Anforderungen nicht genügen, sondern darin, daß sie überfüllt sind, und das ist eine Folge der hohen Mietpreise. Die Stadtverwaltung ist also immer wieder darauf hingewiesen, ihrerseits nach Möglichkeit dazu beizutragen, um deren Steigerung hintanzuhalten. Jedenfalls hat sie alles Interesse daran, dem Wohnungsmarkt Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist darum der in manchen Städten schon verwirklichte Vorschlag höchst beachtenswert, die Stadt solle nach Analogie des Arbeitsamts ein Wohnungsamt gründen, das einerseits der Stadtverwaltung fortlaufend alle auf dem Gebiet des Wohnungswesens bemerkenswerten Erscheinungen vermittelt, andererseits durch Zentralisation des Wohnungsnachweises in der Stadt eine wirtschaftliche Funktion übernimmt, wodurch Mietern und Vermietern nicht wenig Zeit und Geld erspart werden könnte. Auch wer sozialpolitische Forderungen, deren unsere Zeit fast täglich neue hervorbringt, skeptisch und mit Vorsicht aufzunehmen gewohnt ist, wird sich nicht verhehlen können, daß jener Vorschlag so viel praktische Zweckmäßigkeit für sich hat und so wenig ungünstige wirtschaftliche Nebenwirkungen mit sich bringt, daß er allermindestens einer ersten Prüfung wert ist. Ueber eine andere Angelegenheit von sozialpolitischer Bedeutung, die Straßenbahnfrage, glaube ich mich heute nicht weiter aussprechen zu sollen, nachdem sie in der letzten Zeit eingehende Erörterungen erfahren hat. Ich möchte aber konstatieren, daß Aussicht darauf besteht, eine Lösung der schwebenden Angelegenheit in der Weise herbeizuführen, daß die längst angestrebte Vervollständigung des Straßenbahnnetzes in kurzer Zeit ausgeführt und auf dem Gebiet des Tarifwesens zwar nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt, immerhin aber eine namhafte Verbesserung des bestehenden Zustands, d. h. eine erhebliche Verbilligung der jetzt



geltenden Tarife eintritt. Es wird wohl eine der ersten Aufgaben des neu zusammentretenden Bürgerausschusses sein, bei der vertragmäßigen Regelung dieser wichtigen Frage mitzuwirken. Ebenso ist Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die nunmehr über 4 Jahre schwebende Differenz über die rechtlichen Verhältnisse am Neesenbach abwärts vom Waisenhaus und über die Erneuerung des Neesenbachgewölbes demnächst eine vergleichsweise Erledigung findet. Auch der Vertrag, der den am 1. November d. J. erfolgenden Uebergang des Gaswerks auf die Stadt regelt und vorbereitet, ist entworfen und soll demnächst abgeschlossen werden. Mit diesem Uebergang, der der Stadt einen umfangreichen Gewerbebetrieb bringt, wird eine ganz neue Aufgabe an die Stadtverwaltung heranreten. Die Frage einer verbesserten Beseitigung und womöglich Verwertung der Fäkalien und in einem gewissen Zusammenhang damit eine anderweitige Einführung des Abwassers in den Neckar wird in den nächsten Jahren nicht ruhen, sondern auf eine Lösung hindrängen; noch viel mehr aber ist dies der Fall mit der Beseitigung des Kehrichts. Es ist kaum begreiflich, wie eine Zeit, die so viel von ihren Fortschritten auf dem Gebiet der Hygiene hält, es duldet, daß in nächster Nähe großer Städte die übelriechendsten, ekelhaftesten, in Säulnis übergegangenen Stoffe in Masse aufgehäuft werden, während es Mittel giebt, sie ohne große Opfer und ohne nennenswerte Belästigungen der Nachbarschaft zu vernichten und unschädlich zu machen. Nur dem Umstand, daß man sich bisher nicht dazu aufraffen konnte, einem Stadtteil die Aufnahme einer solchen wenig belästigenden Anlage zuzumuten, ist es zuzuschreiben, daß eine Reihe von Stadtteilen einen viel lästigeren Zustand dulden muß. Es ist zu hoffen, daß noch in diesem Jahr Hand angelegt wird, diesem nachgerade unerträglich gewordenen Uebelstand ein Ende zu machen. Zu behandeln wird ferner sein die Erbauung eines neuen Schulhauses für den westlichen Stadtteil, die Erweiterung der städtischen Wasserwerksanlagen und die Frage der Gewinnung weiteren Trinkwassers. Nur anführen möchte ich weiterhin, daß die Vorarbeiten für eine neue Armenordnung so weit gefördert sind, daß ihre definitive Feststellung von den bürgerlichen Kollegien in deren jetziger Zusammensetzung zu beschließen sein wird. Ebenso wird über kurz oder lang Stellung genommen werden müssen zu einer etwaigen anderen Regelung der Wasserzinsfrage, wie auch eine Neuweisung der Gehälter der städtischen Beamten, nachdem diesen Hoffnungen darauf gemacht worden sind, nicht mehr lange aufgeschoben werden kann. Eine Uebersicht über die der Erledigung harrenden wichtigeren Gemeindeangelegenheiten, wenn sie auch nur eine flüchtige Auswahl bietet, würde ein falsches Bild geben, wenn nicht auch auf den Stand der Gesetzgebung, soweit sie die Gemeinden unmittelbar berührt, ein Blick geworfen würde. Hier steht in erster Linie die Gemeindesteuerreform. Es ist ein alter Wunsch der württembergischen Gemeinden und der hiesigen Gemeindevertretung insbesondere, daß eine gesetzliche Neuregelung des Gemeindesteuerewesens den Gemeinden neue Steuerquellen öffne, namentlich diejenige einer allgemeinen, die individuelle Leistungsfähigkeit berücksichtigenden Einkommenssteuer. Man ist zwar in Stuttgart bisher mit den vorhandenen Steuermitteln aus-



gekommen, aber nur, indem man von außerordentlichen Ausgaben mehr, als meiner Ansicht nach dauernd gerechtfertigt ist, aus Anlehen bestritten und damit auf die Schultern kommender Generationen abgewälzt hat, und indem man ferner Steuern aufrechterhalten und forterhoben hat, die von der hiesigen Gemeindevertretung nach wiederholter reiflicher Prüfung längst als unbillig und der Ersetzung durch andere Steuern bedürftig erkannt worden sind, wie die Fleischsteuer und die Wohnsteuer. Es ist daher im Interesse der Gemeinden dringend zu wünschen, daß, nachdem das bei den Ständen eingebrachte Einkommenssteuergesetz nicht zur Verabschiedung gelangt ist, diese Frage nicht ruhen bleibt, sondern so bald als möglich von neuem in Angriff genommen wird. Auch die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird die Aufmerksamkeit der Gemeindegremien in Anspruch nehmen. Es wäre ein Fortschritt des württembergischen Gemeindefwesens und im Interesse der Gemeindeautonomie selbst gelegen, wenn den Gemeinden der sog. übertragene Wirkungskreis, innerhalb dessen sie nicht autonom, sondern Ausführungsorgane des Staates sind, nach Möglichkeit eingeschränkt würde. Dieses Bedürfnis tritt am stärksten hervor in den großen Städten, wo die Gemeindeverwaltungsorgane mehr als genug mit ihrer eigenen Aufgabe zu thun haben und die bestehende Organisation kaum ausreicht, diese zu bewältigen. So ist es z. B. ein nahezu unerfüllbares, jedenfalls nicht berechtigtes Verlangen, der Stadtvorstand von Stuttgart solle mehrere Tage in der Woche den Sitzungen der waisengerichtlichen Deputation, in Zukunft Nachlassgericht genannt, anwohnen, was nichts anderes hiesse, als er solle so lange die eigentlichen Geschäfte der Gemeindeverwaltung liegen lassen. Sache der Gemeindegremien von Stuttgart wird es sein, die Interessen der hiesigen Gemeindeverwaltung geltend zu machen, die übrigens vielfach nur scheinbar von denjenigen der übrigen Gemeinden abweichen. Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches werden auch die Gebühren wegfallen, die bisher die Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder für ihre Zeitverfümmis gebildet haben, und es wird die nicht leicht zu beantwortende Frage beantwortet werden müssen, ob und wie ein Ersatz dafür beschafft werden soll. Sollte die Einführung der Magistratsverfassung bei den größeren württembergischen Städten in Aussicht stehen, so würde dieser Gegenstand, der für Stuttgart und seine Stadtverwaltung von ganz besonderer Wichtigkeit wäre, die lebhafteste Aufmerksamkeit der hiesigen bürgerlichen Kollegien verdienen. Meine Herren! Ich habe in dem Ausgeführten verhältnismäßig nur wenig von dem, was die nächsten Jahre an Arbeit bringen werden, erörtert, bloß das nach dem augenblicklichen Stand der Gemeindeangelegenheiten Nächstliegende und Wichtigste. Bringt man dazu die alltäglich neu entstehenden Geschäfte in Anschlag, so werden Sie eine lebhaftere Vorstellung davon haben, welch reiches Feld verdienstlicher Arbeit für die Gemeinde Sie erwartet. Wir begrüßen Sie als Mitarbeiter in unserer Mitte und hoffen, daß mit dem Ablauf Ihrer Wahlperiode die Aufgaben der Gemeindeverwaltung um einen beträchtlichen Schritt gefördert sein mögen. Schließlic habe ich den auscheidenden Herren, insbesondere dem Herrn Obmann, der die Verhandlungen



des Bürgerausschusses ruhig und sicher geleitet und nicht selten durch sein konzilianthes Wesen die erwünschte Verständigung zwischen den beiden Kollegien herbeigeführt hat, den Dank der zurückbleibenden Mitglieder der bürgerlichen Kollegien für ihre Mitwirkung auszusprechen. Wenn wir am Schluß Ihrer Wahlperiode manche Angelegenheit nicht so weit gefördert sehen, wie es wohl erwünscht wäre, so trifft Sie hieran keine Schuld: der Bürgerausschuß hat stets prompt alles erledigt, was der Gemeinderat an ihn gelangen ließ; das ist um so verdienstlicher, als die Arbeit im Bürgerausschuß ganz von den Mitgliedern selbst ohne Unterstützung durch Beamte zu bewältigen und als sie überdies weniger dankbar ist, schon darum, weil sie sich größtenteils hinter verschlossenen Thüren vollzieht. Nehmen Sie unseren aufrichtigen Dank für das, was Sie für unsere Vaterstadt gethan!

Nach Beendigung dieses Vortrags erfolgte der eigentliche Beerdigungsakt. Zunächst wies der Vorsitzende den Herrn Kraut, der bisher schon dem Bürgerausschuß angehört hatte, auf den von demselben früher abgelegten Diensteid hin und nahm sodann die förmliche Beerdigung der in dieses Kollegium erstmals eintretenden Herren: Schramm, Schmid, Bessy, Enchelmayer, Rebmann, Lüpke, Fischer, Arnold, Schäufelin, Frech, Stöckle, Schnell und Löhner vor.

Hierauf ergriff der bisherige Bürgerausschußobmann, Rechtsanwalt Georgii, das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren! Der Herr Vorsitzende hat mit freundlich anerkennenden Worten der Thätigkeit des scheidenden Bürgerausschusses und speziell auch meiner Wirksamkeit gedacht; ich danke ihm herzlich dafür. Wenn unser „Abgangszeugnis“ nicht ungünstig lautet, so ist es mindestens, was Eifer und Pflichterfüllung betrifft, wohlverdient; das glaube ich für alle meine Kollegen in Anspruch nehmen zu dürfen. Die Arbeitsleistung der einzelnen Mitglieder des Bürgerausschusses ist ja eine wesentlich größere, als äußerlich zu Tage tritt. Der Schwerpunkt unserer Thätigkeit liegt in den vorbereitenden Sitzungen, und dem kurzen Ja, das so häufig am Donnerstag verkündet wurde, ist am Dienstag stets ein gründliches Referat, vielfach aber auch eine heisse und langwierige Schlacht vorausgegangen, freilich ohne daß auch nur ein Wörtchen zurückgeblieben wäre. Denn jene Verhandlungen — dies hier auszusprechen, ist mir eine willkommene Pflicht — sind durchweg sachlich und im Geiste echter Kollegialität geführt worden; wir haben denn auch, wie uns soeben von berufener Seite bezeugt wurde, die gleichen Grundsätze dem Gemeinderat gegenüber bethätigt, wenn wir dessen Beschlüssen ein Nein entgegenzusetzen hatten. Rückhaltlos sei aber auch anerkannt, daß ebenso der Gemeinderat stets freundnachbarliches Entgegenkommen gezeigt hat, und daß wir seinen beiden Vorsitzenden, dem Herrn Oberbürgermeister (dem auch der Bürgerausschuß von Herzen wünscht, daß ihm die ersehnte Rückkehr ins Amt bald vergönnt sein



möge), wie seinem Stellvertreter für die allezeit gerechte, allseitig unparteiische und förderliche Leitung der gemeinsamen Verhandlungen lebhaften Dank schulden. Meine Herren! Es gehört nicht zu den leichtesten Aufgaben und Sorgen des Stadtvorstands, die Beziehungen zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß auf den richtigen Ton zu stimmen. Zwischen beiden Kollegien besteht ein natürlicher Gegensatz: ein Bürgerausschuß, der vor allen Beschlüssen des Gemeinderats sich kopfnickend verneigt, hat seinen Beruf verfehlt; aber das andere Extrem wäre noch mehr vom Uebel; wie unheilvoll ein rücksichtslos durchgeführter „Antagonismus“ zweier Vertretungskörper werden kann, davon sind uns in diesen Tagen erst überaus schmerzliche Beispiele gegeben worden. Die Möglichkeit und Gefahr unfruchtbarer Konflikte besteht auch für die Gemeindefollegien; sie ist bisher noch immer glücklich vermieden worden, aber es wird stets ein Anliegen beider Teile bleiben müssen, bei Meinungsverschiedenheiten die Mittellinie der Verständigung, welche positive Resultate zeitigt, nicht aus dem Auge zu verlieren. Einmal — in der Rathausauftrage — war jene Gefahr vorübergehend ernstlich nahe gerückt: heute ist diese Frage erledigt durch Beschlüsse von imposanter Einmütigkeit, und man mag über die einzelnen Phasen des Kampfes so oder so denken, schon diese Thatsache, sowie der schließliche Sieg des großen Projekts übers kleine dürfte nunmehr in den weitesten Kreisen als ein erfreuliches Ergebnis der Opposition des Bürgerausschusses anerkannt sein; ich glaube, die Thränen, die dem kleinen Rathaus nachgeweint wurden, haben sich „mit einem Taschentuch trocken“ lassen! Doch — es ist nicht meine Sache, eine Rückschau zu halten über unsere Beschlüsse; bei jedem einzelnen derselben waren wir bestrebt, das Richtige zu treffen, und wir sind zufrieden, wenn sie ein bescheiden Teil zum Wohl der Allgemeinheit beigetragen haben. Wir treten heute zurück von vierjähriger Mitarbeit an der Verwaltung und Entwicklung Stuttgarts mit dem Bewußtsein redlicher Pflichterfüllung, bereichert an Kenntnissen, Erfahrungen und neuen Gesichtspunkten und erfüllt von den aufrichtigsten Wünschen für das Blühen und Gedeihen unserer Stadt.

Nach kurzen weiteren Dank- bezw. Begrüßungsworten der Bürgerausschußmitglieder Stahl und Schramm konstituierte sich der Bürgerausschuß; als Obmann wurde gewählt: Rechtsanwalt Dr. Kraut, als Obmann-Stellvertreter: Professor Dr. Herzog, als 1. Schriftführer: Privatier v. Gerlach, als 2. Schriftführer: Kaufmann Fischer.

Wahl des neuen Stadtvorstandes.

Durch das am 24. März erfolgte Hinscheiden des Oberbürgermeisters v. Rümelin (vgl. oben S. 10) war die Bürgerschaft vor die Wahl eines neuen Stadtvorstands gestellt. Am 8. April wurde ein Bewerberaufruf erlassen. Die Wahl war auf



19. Mai festgesetzt. Die Wahlbewegung war namentlich gegen das Ende zu sehr lebhaft. Gleich zu Beginn der Bewegung hatte eine aus den verschiedenen in den bürgerlichen Kollegien vertretenen Richtungen zusammengesetzte Deputation, bestehend aus den Gemeinderäten Fischer, Gunders, Hangleiter, Bloß, Stübler, den bisherigen I. besoldeten Gemeinderat Gauß aufgefördert, als Bewerber aufzutreten. In der Folge richtete ein aus den Herren Prof. Dr. Diez, Gemeinderat Feil, Rechtsanwalt Georgii, Werkmeister Höfer, Landgerichtsrat Landauer, Privatier Lotter, Kammerpräsident Payer, Kaufmann Hans Schickhardt, Weingärtner und B. A. M. Stöckle, Gemeinderat Stübler, Privatier Wulle und Gemeinderat Vöhringer bestehendes Komitee das Ersuchen an den Gemeinderat Gauß, die Kandidatur formell anzunehmen. Hierauf gab Herr Gauß eine zusagende Antwort und erwiderte dabei auf die Ansprache des früheren B. A. M. Georgii folgendes:

Zunächst habe er zu danken für das Vertrauen, das ihm geschenkt werde und das für ihn um so wertvoller und ehrenvoller sei, als es von angesehenen Männern fast aller Parteirichtungen und Berufsstellungen ihm entgegengebracht werde. Er selbst habe das verantwortungsvolle Amt nie gesucht und suche es auch heute nicht. Nachdem aber jetzt aus der Mitte der Bürgerschaft diese Aufforderung ergehe, mache sich bei ihm auch die Empfindung geltend: Seit Jahren, und namentlich seit Uebernahme der Stellvertretung für den verstorbenen Oberbürgermeister, sei er ohne sein Zuthun mehr und mehr ver wachsen mit den Aufgaben, die dem hiesigen Stadtvorstand gestellt seien. Die Sorgen, die dieses Amt mit sich bringe, insbesondere die Sorge um die Weiterentwicklung der Stadt, die immer rascher zu einer Großstadt sich auswachse, seien für ihn allmählich seine Sorgen geworden. Er habe sich mit Plänen, die zum Teil noch nicht einmal das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben, zu befassen gehabt, und so würde es, wie er gestehen müsse, eine Entsagung, einen Verzicht auf etwas Liebgewordenes bedeuten, wenn er alle jene Angelegenheiten in fremde Hände legen müßte und sie nicht mehr in erster Linie fördern und betreiben dürfte. Er glaube daher, bei der jetzigen Sachlage seine persönlichen Bedenken und auch die Erwägung zurücktreten lassen zu müssen, daß er manche Eigenschaft nicht besitze, die für einen Stadtvorstand wünschenswert sei, und er sehe es gewissermaßen als eine Konsequenz seiner bisherigen Stellung an, sich einem Ruf nicht zu entziehen, der so, wie geschehen, an ihn ergehe; somit erkläre er, daß er eine auf ihn fallende Wahl annehmen werde.

Außer Gauß traten späterhin noch als Kandidaten auf: Oberbürgermeister Dr. Mülberger in Bßlingen, der schließlich



seine Kandidatur aber wieder zurückzog; Rechtsanwalt Laurentzschlager, der die Frage der Stadterweiterung vom Standpunkt der sogen. weiträumigen Bauweise aus zum Ausgangs- und Mittelpunkt programmatifcher Ausführungen machte, sodann Ministerialrat v. Mosthaf und außerdem Oberbürgermeister Hegelmaier von Heilbronn. Die politischen Wählergruppen beteiligten sich nicht durchaus geschlossen an der Wahl. Für die Kandidatur des G.-R. Gauß traten die Volkspartei, ein Teil der deutschen, der Konservativen und der sozialdemokratischen Partei und die Zentrumspartei ein. Für Mosthaf sprach sich die Leitung der deutschen und der Konservativen Partei, für Laurentzschlager die sozialdemokratische Partei aus.

Es erhielten nun Stimmen:

Wahlbezirke	Gauß	Laurentzschlager	Mosthaf	Hegelmaier	Wahlberechtigte
1. Schulhaus, Neckarstr. 36 . . .	431	354	306	—	1 338
2. Jakobeschule	484	240	308	—	1 238
3. Alter Schloßplatz 2	390	226	228	—	1 023
4. Schulhaus, Thorstr. 8	462	243	236	—	1 109
5. Rathausaal	362	132	204	—	875
6. Karlogymnasium	466	254	393	—	1 322
7. Johanneschule (Mädchen) . . .	367	364	233	—	1 197
8. Johanneschule (Knaben) . . .	436	270	300	1	1 242
9. Städtische Reithalle, Forststr. .	457	294	286	—	1 312
10. Kath. Schulhaus, Schloßstr. . .	432	137	333	—	1 185
11. Gemeindehaus Berg	112	85	28	—	271
12. Gemeindehaus Gablenberg . . .	160	186	43	—	481
13. Schulhaus in Heslach	251	420	82	—	954
	4810	3205	2980	1	13 547

Dazu kamen 10 ungültige bezw. zersplitterte Stimmen.

Die programmatifche Ansprache, mit der sich G.-R. Gauß in seiner ersten Wahlversammlung im großen Saal des Bürgermuseums den Wählern vorgestellt hatte, ist nach seiner nunmehr erfolgten Wahl von ganz besonderer Bedeutung. Sie hatte folgenden Wortlaut:



„Meine Herren! Es ist eine alte Sitte, daß die Bewerber um ein Amt, das durch Wahl der Bürgerschaft zu besetzen ist, Aug in Auge den Wählern gegenübertreten, damit diese eine Vorstellung von der Persönlichkeit dessen, dem sie ihr Vertrauen schenken sollen oder wollen, bekommen. Indem ich diesem berechtigten Wunsch entspreche, stelle ich mich Ihnen als Bewerber um die hiesige Stadtschultheißenstelle vor. Ehe ich nun auf das eingehe, was meiner Auffassung nach bei diesem Anlaß mit den Wählern zu besprechen ist, ist es mir ein persönliches Bedürfnis, zunächst zu sagen, wie ich überhaupt zu dieser Bewerbung komme. Ich muß dabei an meine bisherige Stellung anknüpfen. Wie Sie wissen, bin ich seit einer Reihe von Jahren sogenannter befohdeter Gemeinderat, d. h. es sind mir ortstatutarisch diejenigen Geschäfte zur Erledigung an Stelle des Inhabers des Stadtschultheißenamts zugewiesen, die einen vorzugsweise juristischen Charakter haben. Die Verhältnisse haben sich aber schon bald nach meinem Amtsantritt so gestaltet, daß mein Wirkungskreis nicht auf diese Aufgabe beschränkt geblieben ist, und er hat sich rasch auch auf eigentliche Verwaltungsaufgaben ausgedehnt. Ich darf sagen, daß schon seit Jahren kaum etwas Wichtiges in der Gemeindeverwaltung geschehen ist, mit dem ich mich nicht schon vor der offiziellen Verhandlung im Gemeinderat zu befassen gehabt hätte. Dazu kam, daß ich immer von Zeit zu Zeit und seit ungefähr $\frac{1}{4}$ Jahren ständig die Stellvertretung für den verstorbenen Herrn Oberbürgermeister zu führen gehabt habe.

So bin ich ohne mein Zuthun und eigentlich wider meinen Willen mehr und mehr mit den eigentlichen Aufgaben des Stadtschultheißenamts, und zwar auch mit denjenigen, die nach dem hiesigen Ortsstatut dem Inhaber dieses Amts selbst vorbehalten sind, betraut worden, und als nun dieses Amt in Folge des beklagenswerten Todes des Herrn Oberbürgermeisters v. Kümelin verwaist war, habe ich an mir selbst erfahren, daß es etwas anderes ist, eine Stellung, die einem bisher fremd war, anstreben oder eine solche, die man schon thatsächlich innehat, wieder aufgeben, um wieder in eine andere mit geringerem Wirkungskreis zurückzutreten. Das erstere hätte ich nie gethan, das letztere glaubte ich aber auch nicht thun zu dürfen. Das ist der Grund, warum ich trotz meiner Abneigung, öffentlich aufzutreten, und trotz meiner lebhaften Vorstellung von der Größe und Schwere der Verantwortlichkeit dieses Postens dem an mich ergangenen Ruf Folge geleistet habe, einem Ruf, der an mich ergangen ist hauptsächlich auch aus der Mitte der bürgerlichen Kollegien, die meine bisherige Amtsführung kennen. Die Verantwortung, die mit dem Amt verbunden ist, wird kaum jemand besser kennen als ich. Ich habe sie jahrelang theils aus nächster Nähe beobachtet, theils habe ich sie selbst getragen. Ich weiß, welches Maß von unablässiger Arbeit derjenige zu bewältigen hat, der diesen Posten wirklich ausfüllen will. Ich weiß, wie verschiedenartig die Arbeitsstoffe sind und welche Vorkenntnisse sie voraussetzen. Ich weiß aber namentlich, wie gering der rechtliche Einfluß ist, den der Inhaber des Stadtschultheißenamts in den bürgerlichen Kollegien hat, und welches Aufgebot von persönlichem Einfluß darum notwendig ist, wenn er seiner Aufgabe gewachsen sein soll. Denn



für die Regel hat er in den bürgerlichen Kollegien nicht einmal ein Stimmrecht, und dieses Stimmrecht will überdies in Kollegien von 27 bezw. mehr als 50 Köpfen nicht viel heißen. Der Stadtvorstand darf sich auch nicht auf die Rolle eines Vorsitzenden, eines unparteiischen Leiters der Verhandlungen beschränken. Denn die Bürgerschaft erwartet mit Recht von ihm, daß er wenigstens in den wichtigsten Fragen dem Gang der Gemeindepolitik die bestimmende Richtung giebt. Er hat daher durch Sachkenntnis und Erfahrung, durch besonnenes, nüchternes Urtheil und durch Vorurteilslosigkeit sich so viel Vertrauen bei den bürgerlichen Kollegien zu erwerben, daß es ihm nicht zu häufig passiert, in wichtigen Fragen von ihnen im Stich gelassen zu werden. Dieses Vertrauen, ohne das er nicht wirken kann, und ohne das er zur Unfruchtbarkeit verurtheilt ist, hat er sich täglich neu zu erwerben. Er muß durch seine ganze Amtsführung seine Kollegen immer von neuem wieder davon überzeugen, daß in seiner Hand die Geschäfte gut aufgehoben sind. Glaubt er je einmal, jetzt gewonnenes Spiel zu haben und über eine sichere Majorität in den bürgerlichen Kollegien zu verfügen, so pflegt die nächste Gemeinderats- oder Bürgerausschuwahl dafür zu sorgen, daß er die Arbeit von neuem aufzunehmen hat. Und das ist sein Glück! Denn wäre das nicht, so könnte es kaum ausbleiben, daß er über kurz oder lang die Fühlung mit der Bürgerschaft verliert, und das wäre schlimmer, als wenn er sich mit der Mehrheit in den bürgerlichen Kollegien zeitweilig nicht versteht und dort nicht die nöthige Unterstützung findet.

Meine Herren! Nach diesen Ausführungen werde ich kaum nötig haben, Ihnen zu sagen, was ich über die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher denke. Ich bin (und zwar schon seit langen Jahren) ein überzeugter Gegner des Prinzips der Lebenslänglichkeit und würde aus dieser Anschauung die Konsequenz ziehen, wenn die Gesetzgebung nicht dieses Institut beseitigen sollte.

Meine Herren! Die Eigenschaften, die nach dem vorhin Ausgeführten von dem hiesigen Stadtschultheißen verlangt werden müssen, wäre ich nicht so unbescheiden gewesen, ohne weiteres bei mir vorauszusetzen. Ich habe sie mir nicht zugetraut und hätte mich darum auch nicht um das Amt beworben, wenn ich nicht ermutigt worden wäre aus den verschiedensten Kreisen der Bürgerschaft und aus allen Parteilagern, insbesondere auch durch diejenigen, die meine Leistungen und meine Leistungsfähigkeit kennen. Unter diesen Umständen hätte ich den Vorwurf der Bequemlichkeit und geradezu der Feigheit gefürchtet, wenn ich so bald als möglich die Angelegenheiten, denen ich mich bisher in erster Linie gewidmet, einfach hätte liegen lassen, um mich auf den immerhin ruhigeren und weniger verantwortungsvollen, meiner persönlichen Neigung allerdings mehr zusagenden Posten eines rechtlichen Beraters der Stadtverwaltung, des städtischen Syndikus, zurückzuziehen.

Ich durste mir auch sagen, daß mir etwas zu statten komme, was andere nicht in die Waagschale werfen können: die Vertrautheit mit der hiesigen Gemeindeverwaltung und mit den hiesigen Verhältnissen. Denn davon bin ich überzeugt: gerade in den nächsten Jahren ganz besonders hat der Stuttgarter Stadtvorstand die genaue Kenntnis der besonderen Verhältnisse von Stuttgart



gegenüber dem Land und den übrigen, auch städtischen Gemeinden nötig. Denn allem nach wird sich die Gesetzgebung der nächsten Jahre mit der Regelung von Gemeindeangelegenheiten besonders zu befassen haben, und zudem wird ohnedies fast bei jedem Gesetz, das der Landtag verabschiedet, das Interesse von Stuttgart berührt, und dieses Interesse ist vielfach nicht identisch mit demjenigen der Landgemeinden und auch der mittleren städtischen Gemeinden. Bei der unglücklichen Zusammensetzung der Kammern aber, bei der die Präponderanz von Stuttgart über das übrige Land, seine wirtschaftliche und intellektuelle Bedeutung in keiner Weise berücksichtigt ist, ist es kein Wunder, wenn die Interessen von Stuttgart manchmal nicht nur nicht befriedigt, sondern nicht selten zu Gunsten derjenigen des Landes geradezu geopfert werden, und wenn auch die Regierung, die mit der Kammer zu rechnen hat, auf die Interessen des Landes, dessen Vertreter in der Kammer entscheiden, mehr Rücksicht nimmt als auf diejenigen von Stuttgart, dessen Vertretung in der Kammer verschwindend klein ist. Als Beispiel hiefür braucht nur auf die bekannte Thatsache hingewiesen zu werden, daß Stuttgart in 20 Jahren $4\frac{1}{4}$ Millionen Mark Brandschadensbeiträge in die staatliche Brandversicherungskasse bezahlt und nicht einmal $\frac{1}{2}$ Million als Brandschadensersatz zurückbekommen hat; es hat 10 bis 11 % der gesamten Beiträge des ganzen Landes geleistet, dagegen nicht viel über 1 % der gesamten von der Kasse bezahlten Brandentschädigungen erhalten. Dieses handgreiflich ungerechte Verhältnis, wonach Stuttgart derzeit eine jährliche Extrasteuer von ungefähr 300 000 Mark zu entrichten hat, ist schon oft und schon lange gerügt worden und besteht trotzdem heute noch fort.

Derartige Unbilligkeiten finden sich in den verschiedensten Gesetzen neueren und älteren Datums. Bei dieser Sachlage wird die Gemeinde Stuttgart allen Anlaß haben, unablässig ein wachsameres Auge auf die Thätigkeit der Gesetzgebung zu haben; denn — wie erwähnt — weder die Kammer, noch die Regierung, die auf die Kammer Rücksicht zu nehmen genötigt ist, geben eine Gewähr dafür, daß das, was für Stuttgart frommt, Gesetz werde, überhaupt in der Kammer Beachtung finde. Stuttgart wird darauf angewiesen sein, seine Interessen selbst zu wahren. Freilich wird es, namentlich solange ihm die ihm gebührende Vertretung in den Kammern vorenthalten wird, stets zu schwach sein, seine berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Aber doch wird es manche Schädigung dadurch abwenden können, daß es deren Ungerechtigkeit bei Zeit ins Licht setzt, und jedenfalls wird es um so mehr geschädigt werden, je weniger seine Verwaltung sich bemüht, die öffentliche Meinung über diese Dinge aufzuklären und dadurch wenigstens einen moralischen Eindruck zu erzielen.

Um das zu können, ist eine genaue Kenntnis nicht bloß der württembergischen Gemeindeverwaltung überhaupt, der diese regelnden Rechtsnormen nötig, sondern eine solche der praktischen Gestaltung der hiesigen Gemeindeverwaltung, ihrer besonderen Verhältnisse, ihrer Interessen und Bedürfnisse nötig, wie man sie nur durch jahrelange Beschäftigung mit ihr erwirbt, und es ist ferner diejenige Freimütigkeit nötig, die sich nicht scheut, einen Gegensatz zu mächtigen Faktoren im Staatsleben laut werden zu lassen und das



Interesse der Gemeinde mit Nachdruck insbesondere auch der Regierung und der obersten Gemeindeaufsichtsbehörde, dem R. Ministerium des Innern, gegenüber zu vertreten. Das kann geschehen in aller Bescheidenheit und aller Ehrerbietung, ohne Rechthaberei und Besserwissenwollen; denn es findet seine Begründung und seine Berechtigung darin, daß es sich um Dinge handelt, die derjenige am besten zu verstehen pflegt, der am meisten damit zu thun hat und dessen pflichtmäßiger Sorge sie anvertraut sind. Vorzugsweise geeignet dafür ist jedenfalls ein Mann, der sich mit dem öffentlichen Recht, mit Staats-, Verwaltungs- und Gemeinderecht schon eingehend befaßt hat und andererseits die besonderen Verhältnisse der Gemeindeverwaltung von Stuttgart nach allen Richtungen hin übersieht und sie nicht erst allmählich kennen lernen muß.

Nicht selten wird es sich dabei um die Frage des Umfangs der Gemeinde-Autonomie handeln. Denn bei unserer Gemeindeverfassung, nach der die Gemeindeorgane in weitem Umfang die unterste, schlechthin zum Gehorsam verpflichtete Instanz bilden, eine Instanz, die den sogen. Bezirksbehörden untergeben ist, ist es begreiflich, daß von den staatlichen Aufsichtsbehörden manchmal die Grenzen, innerhalb deren die Gemeinden autonom und nicht einfach untergeben sind, nicht streng eingehalten werden, um so mehr, als diese Grenzen bei dem Fehlen fast jeder wissenschaftlichen Behandlung des Gemeinderechts vielfach unsicher und zweifelhaft sind. Es kommt daher manchmal vor, daß die Gemeinden Anstrengungen machen müssen, sich in der ihnen — nach ihrer Rechtsauffassung — gesetzlich gewährleisteten Rechtsstellung zu behaupten. Das erfordert einen Mann, der gewöhnt ist, die Dinge vom Standpunkt der Gemeinden, von unten herauf, und nicht vom Standpunkt der Gemeindeaufsichtsbehörden, sozusagen von oben herunter, anzusehen.

Ueberhaupt ist es eine Ehrenpflicht der Stuttgarter Gemeindeverwaltung, den übrigen württembergischen Gemeinden bezw. den größeren Städten bei Wahrung gemeinsamer Interessen voranzugehen. Bisher schon mußten fast alle wichtigen, das Gemeindeleben betreffenden Anregungen von Stuttgart gegeben werden; von den mittleren Gemeinden und deren Vorständen ist hier nichts oder so gut wie nichts geschehen. Es braucht nur erinnert zu werden an die Frage der Schaffung einer Städteordnung, an die Stellungnahme der Gemeinden zur Regelung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, an die Anstellung von Militärärzten im Gemeinbedienst, an die Entschädigung der Gemeinderäte für Zeitversäumnis nach Wegfall der jetzigen Gebühren, an das Gemeindesteuerwesen, insbesondere an die Gemeinde-Autonomie im Steuerwesen, an die Brandschadensbeiträge von Stadt und Land u. s. w. In Zukunft aber, die auf dem Gebiet des Gemeindelebens jedenfalls große Veränderungen bringen wird, wird diese Aufgabe des Stuttgarter Stadtvorstands noch wichtiger werden, als sie bisher war.

Dazu ist genaue Kenntnis des bestehenden Rechts, der Praxis und der Gemeindeverwaltung nötig.

Wenn ich nun — soweit das nicht schon geschehen ist — im einzelnen die Gedanken auseinandersetzen soll, die mich im Fall meiner Wahl leiten



würden, so kann ich zunächst nur verweisen auf meine bisherige Amtsführung. Anders und besser als ich gethan, ist es mir nicht möglich, das Amt zu führen. Wie ich es geführt, ist auch öffentlich bekannt. Ich bin seit mehr als $4\frac{1}{2}$ Jahren ununterbrochen in der Lage gewesen, meine Auffassung von städtischen Dingen in den bürgerlichen Kollegien und damit größtentheils auch vor der Öffentlichkeit auszusprechen. Viel Neues werde ich also darüber nicht sagen können, ich kann höchstens einige Fragen herausgreifen und meine Meinung in abstrakterer Form, als es in den bürgerlichen Kollegien geschieht, zusammenfassen.

Die vornehmste Aufgabe eines Stadtvorstands neben der Leitung der laufenden Verwaltung ist, mitzuwirken und die nötigen Initiativen dazu zu geben, daß der Entwicklung der Stadt die Bahn geebnet wird. Diese Entwicklung kann und soll nicht stillstehen; vielmehr ist es wünschenswert, daß die Stadt sich ausdehnt. Das ist anzustreben nicht der Kleinlichen Eitelkeit wegen, die in der möglichst raschen Einreihung in die Städte mit 200 000 Einwohnern an sich einen Erfolg sieht. Aber die Zunahme ist ein Symptom für das Gedeihen von Gewerbe und Handel. Bleibt Stuttgart einmal stehen in seiner äußeren Entwicklung oder nimmt es gar ab, so ist das ein sicheres Zeichen, daß das Erwerbsleben erlahmt ist, daß es dem Gewerbe nicht gut geht und daß darum die hiesigen Erwerbsverhältnisse ihre Anziehungskraft verloren haben. Allerdings, die Großindustrie wird nach Stuttgart nicht gezogen werden; eine eigentliche und ausgesprochene Fabrikstadt wird es nicht werden und braucht es nicht zu werden. Trotzdem ist es besorgniserregend, in welchem Maß die industrielle Entwicklung von Feuerbach, Zuffenhausen, Untertürkheim u. s. w. auf Kosten Stuttgarts zunimmt, und diese Thatsache ist für Stuttgart eine ernste Mahnung, das Erwerbsleben aus seinen Mauern nicht zu vertreiben. Soll man etwa, wie manche Leute thun, sagen: Mit der Industrie in Stuttgart ist es nichts, also verzichten wir eben auf die Förderung von Handel und Gewerbe; freuen wir uns unserer schönen Spaziergänge und gönnen wir Rauch und Ruß und Proletariertwohnungen und solche unbequeme Dinge andern; spekulieren wir auf Rentiers, auf solche, die in Landhäusern mit Gärten wohnen können, und halten wir diejenigen, die durch Arbeit ihr Brot verdienen müssen und die so unangenehme Dinge mit sich bringen, vom Leib. Eine solche Meinung hat Sinn für eine Bäderstadt wie Wiesbaden oder Baden, aber nicht für Stuttgart. Stuttgart bietet Raum und Gelegenheit für eine Menge von Industrien, Gewerben und Zweigen der Handelsthätigkeit, und auf diese ist es angewiesen. Sie brauchen aber namentlich auch nicht zu teure Arbeitskräfte.

Wenn Stuttgart gedeihen soll, dann muß es konkurrenzfähig sein mit den andern großen deutschen Städten. Diese Konkurrenzfähigkeit ist wesentlich bedingt durch die Preise der unentbehrlichen Lebensbedürfnisse. Sind diese ungewöhnlich hoch, so muß das zurückwirken auf die Lebenshaltung der weniger bemittelten Klassen, aber auch auf das Gedeihen von Handel und Gewerbe, die dann erhöhte Speesen zu tragen haben. Nun ist bekannt und in neuerer Zeit durch dankenswerte Untersuchungen des städtischen statistischen Amtes des näheren festgestellt, daß die Lebensmittel- und Brennmaterialienpreise hier höher



sind als durchschnittlich in den deutschen Städten, daß sie in einzelnen wichtigen Artikeln sogar zu den höchsten in ganz Deutschland gehören, daß ferner die Wohnungspreise, namentlich für kleine (1–3zimmerige) Wohnungen, ganz ungewöhnlich hoch sind, und daß endlich auch die Kommunalsteuern hier erheblich höher sind als anderwärts (wenn auch zuzugeben ist, daß wegen der verschiedenen Besteuerungsarten und wegen der Verschiedenheit der Kommunalaufgaben eine Vergleichung in diesem Punkt schwer ist). Angesichts dieser Thatfachen ist es für eine ihrer Verantwortung bewußte Stadtverwaltung eine sehr ernste Frage, was sie thun und was sie lassen will, um diese Verhältnisse zu bessern oder wenigstens zu verhüten, daß sie sich weiter zu Ungunsten Stuttgarts verschlechtern.

Mir steht fest, daß alle diejenigen Faktoren mit großer Sorgfalt und vorichtigster Ueberlegung behandelt werden müssen, die von Einfluß sind auf den notwendigen Aufwand der Bevölkerung und insbesondere der arbeitenden Klassen. Darum ist von der Stadtverwaltung besondere Aufmerksamkeit zu widmen z. B. dem Lebensmittelmarkt, zweckmäßiger Einrichtung von Schlachthaus und Märkten, die durch Vermeidung unnötiger Kosten, insbesondere des Zwischenhandels, eine möglichst billige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gewährleisten kann. Es wird weiter das Augenmerk darauf zu richten sein, bei Feststellung des Stadtbauplans und Erlassung haupolizeilicher Vorschriften nicht durch Erschwerung und damit Verteuerung des Bauens, soweit dies nicht durch hygienische und — in gewissem Umfang auch — ästhetische Rücksichten geboten ist, die Mietpreise künstlich zu steigern.

Im Hinblick auf die Presseerörterungen über diesen Punkt ist es vielleicht gestattet, auf diese wichtige Frage mit ein paar Worten näher einzugehen.

Es ist dem Gemeinderat und mir der Vorwurf gemacht worden, daß bei Stadtbauplänen das ästhetische Moment außer acht gelassen werde. Das ist ein Irrtum, in dem nur solche befangen sein können, die die Stadtbaupläne und das, was beschlossen und was für die Zukunft geplant ist, nicht kennen. Ich selbst glaube für die ästhetische Seite der Sache so viel Interesse zu haben wie irgend jemand. Meine Meinung geht dahin: die landschaftliche Schönheit des Stuttgarter Thals soll erhalten werden, soweit es irgend möglich ist, nur soll ihr nicht die Entwicklungsfähigkeit der Stadt zum Opfer gebracht werden. Im Stadtbauplan sind eine ganze Anzahl von sogen. Panoramastrafen, d. h. an der Thalseite nicht anbaubaren Straßen, die fortlaufend einen freien Blick über das ganze Thal gewähren, vorgesehen, und niemand hat sich dagegen ausgesprochen, insbesondere ich nicht. Ich habe ferner schon oft mein volles Einverständnis damit erklärt, daß landschaftlich hervortragende Punkte als Villenquartiere behandelt werden. Aber dagegen habe ich mich allerdings ausgesprochen, daß aus jeder Gegend, wo das Terrain ansteigt, ein Villenquartier gemacht werde. Man macht sich gewöhnlich gar nicht klar, was man mit der „Erhaltung des landschaftlichen Charakters“ in Wirklichkeit fordert. Nichts anderes als das völlige Verbot der Ueberbauung der Thalhänge. Vom rein ästhetischen Standpunkt aus, muß ich gestehen, hätte ich gegen ein solches Verbot nichts



einzuwenden. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und lege das Gesändnis ab, daß mir Stuttgart um die Mitte dieses Jahrhunderts, wie man es auf alten Abbildungen sieht, landschaftlich viel besser gefallen hat als heute. Wer aber hat den Mut, den damaligen Zustand zurückzuvünschen und das seither Gewonnene dranzugeben? Wer wollte sich der Erkenntnis verschließen davon, was seit dieser Zeit in Stuttgart gewonnen worden ist an Wohlhabenheit, Lebensbequemlichkeit, Keinlichkeit, kurz an Verbesserung aller Lebensbedingungen? Das ist errungen worden u. a. auch auf Kosten der landschaftlichen Schönheit des Thals; denn jede Ausdehnung der Stadt verändert das Landschaftsbild, namentlich wenn sie an den Thalhängen stattfindet, und diese Thalhänge müssen angebaut werden, wenn man nicht auf jedes Wachstum der Stadt verzichten will. Das Wohnungsbedürfnis der minder bemittelten Klassen, d. h. der großen Masse des Volks, läßt sich nicht auf ästhetisch befriedigendem Weg erzielen. Dürfen wir darum auf die Herstellung billiger Wohnungen überhaupt verzichten und den ganzen noch verfügbaren Baugrund, der mehr und mehr an den Hängen gesucht werden muß, für die Vermöglichen oder vielmehr ausschließlich für die Reichen reservieren? Mit der Stellung dieser Fragen sind sie auch beantwortet. Niemand hat den Mut, die bisherige Entwicklung von Stuttgart wegzuvünschen, und jedermann wünscht eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Wenn man sie wünscht, muß man auch Mittel und Wege suchen, um sie zu ermöglichen. Vorsichtig wird es dabei sein, wenn man ähnliche Wege wandelt, die die bisherige Entwicklung ermöglicht haben. Denn es handelt sich nicht etwa darum, wie vielfach geglaubt wird, daß gegenwärtig etwas ganz Neues inaugurirt wird, sondern vielmehr umgekehrt darum, neue — erst seit einigen Jahren — auftretende Bestrebungen sich nicht realisieren zu lassen, die ohne jede Erwägung der wirtschaftlichen Folgen lediglich ästhetischen und etwa noch wirklich oder vermeintlich hygienischen Rücksichten Raum geben wollen. Nur um die notwendige Reaktion gegen diese ganz unzweifelhafte Einseitigkeit handelt es sich; darum, einen verständigen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen zu finden. Es ist das gute Recht jedermanns, über städtische Angelegenheiten sich sein Urtheil zu bilden und dabei die Sache bloß von einer Seite aus zu betrachten. Eine Gemeindeverwaltung aber, die so zu Werk ginge und die blind wäre gegen eine der mehreren Seiten einer Maßregel, die sich nicht bemühen würde, die Tragweite ihrer Handlungen nach allen Richtungen hin sich möglichst klar zu machen, würde das Zeugnis gewissenhafter Pflichterfüllung sicherlich nicht verdienen.

Redner gab sodann eine längere polemische Auseinandersetzung mit den auf die Wohnungspolitik bezüglichen Ausführungen des R. A. Lautenschlager in dessen Kandidatenrede und fuhr dann fort:

Eine wichtige, für die Entwicklung Stuttgarts bedeutsame Angelegenheit ist sodann die Erweiterung der Stuttgarter Markung. In dieser Richtung ist der erste Schritt gethan durch die Anbahnung der Einverleibung von Gais-



burg. Es ist klar, daß die Ausdehnung von Stuttgart vor allem in der Richtung nach dem Neckarthal sich bewegen muß. Denn durch das Neckarthal geht der große Verkehr, und an ihn muß Stuttgart Anschluß suchen. Die Angliederung von Gaisburg genügt aber nicht; das Ziel muß sein, eine Vereinigung von Stuttgart und Cannstatt zu erreichen. Es ist das keine Utopie, sondern es stellt sich auf dem Boden nüchternen Erwägung der Thatsachen als erreichbar dar. Das Bedürfnis Stuttgarts hienach bedarf keiner Erörterung. Aber auch Cannstatt kann nur gewinnen, wenn es einem größeren und leistungsfähigeren Gemeinwesen angehört und es darf darauf vertraut werden, daß einsichtsvolle Männer in Cannstatt sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. Es ist also nicht einzusehen, warum beide Gemeinden, deren beiderseitige Interessen auf diese Lösung hindrängen, nicht schon in Bälde dieses Ziel, das beide nicht aus den Augen verlieren dürfen, erreichen sollten.

Je mehr Stuttgart und seine Umgebung ein wirtschaftliches Ganzes werden — und das ist mit jedem Jahr mehr der Fall —, wächst das Bedürfnis nach günstigeren Verkehrsverbindungen und Verkehrsmitteln. Die Staats-eisenbahn, die vorgugsweise den Fernverkehr im Auge haben muß, kann den Nahverkehr nicht auf die Dauer in der wünschenswerten Weise bewältigen. Namentlich für die sogenannten arbeitenden Klassen wird es — in gewissem Umfang wenigstens — mehr und mehr Bedürfnis, auf den Landorten zu wohnen und in Stuttgart ihrer Arbeit nachzugehen, und diese Gestaltung der Dinge liegt aus zahlreichen Gründen auch im Interesse der Stadt. Das setzt voraus, daß die Arbeiter möglichst billig und möglichst rasch von ihrer Wohnung in möglichste Nähe ihrer Arbeitsstätte fahren können. Das kann mit der Staats-eisenbahn nicht geschehen; dazu bedarf es der Vorortsbahnen. Auf die Erbauung solcher wird der künftige Stadtvorstand hinzuwirken haben; mindestens wird er dahingehenden Bestrebungen nach Möglichkeit Vorschub leisten müssen. Kaum zu sagen brauche ich übrigens, daß auch durch ein entwickeltes System von Vorortsbahnen die Ausdehnung der Stadt selbst keineswegs überflüssig gemacht wird.

Aus ähnlichen Gründen habe ich mein möglichstes gethan, um eine Erweiterung des hiesigen Straßenbahnnetzes und eine Verbilligung der Tarife, die ja am 1. Juli d. J. in Kraft treten soll, zu erreichen. Wenn dabei nicht mehr erreicht worden ist, als geschehen, so bin ich daran, wie die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien wissen, nicht schuld.

Kedner wandte sich hier gegen Ausführungen des Rechtsanwalts Lautenschlager und bemerkte dann weiter:

Unablässige Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung und damit auch des Stadtvorstandes verdienen die Fragen der Besteuerung. Bis jetzt war die Gemeinde Stuttgart, die wenig rentierendes Vermögen besitzt, genötigt, zur Deckung ihres Bedarfs neben Gebühren alle gesetzlich vorgesehenen Steuern zu erheben, namentlich Wohnsteuer, Liegenschaftsacciszuschlag, die drei Konsumsteuern: Gassteuer, Biersteuer und Fleischsteuer, und das noch übrigbleibende



Defizit gesetzlicher Ordnung gemäß auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe umzulegen. Es bestehen alte Klagen gegen den ungleichmäßigen Druck dieser letztgenannten Steuern, die einen Abzug der Schuldzinsen, die Steuerfreiheit eines Existenzminimums, die Progression und die Zusammenrechnung der Einnahmen aus verschiedenen Quellen nicht zulassen. Diesen Klagen abzuwehren, ist die Gemeindeverwaltung nicht in der Lage; sie kann und muß aber immer und immer wieder das Verlangen der Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer stellen, die die Leistungsfähigkeit der Steuerträger gehörig berücksichtigt und die weiterhin die Mittel gewährt, um die ungerecht wirkende Kopfsteuer, die Wohnsteuer, und weiterhin die Fleischsteuer, die ein notwendiges Lebensmittel verteuert und die Unvermögligen verhältnismäßig härter trifft als die Vermöglichen, zu beseitigen.

Wenn von der Vermögenslage der Stadt, von ihrer Nötigung zur Anspannung der Steuerkraft die Rede ist, so ist es kaum zu vermeiden, daß einer freilich selbstverständlichen Pflicht und notwendigen Eigenschaft eines Stadtvorstands Erwähnung gethan wird: der Sparsamkeit. Das Versprechen dieser Tugend pflegt freilich regelmäßig vor allen Wahlen wiederzukehren. Kein Versprechen ist auch leichter zu geben und leichter zu brechen: denn sobald man in einem einzelnen Fall daran erinnert wird, erklärt man, Sparsamkeit sei nur nützlich am richtigen Ort, man sei aber jetzt gerade nicht am richtigen Ort. Ich würde aus diesem Grund meinerseits darauf verzichten, davon zu reden, wenn ich nicht glauben würde, praktisch in meiner ganzen Amtstätigkeit schon gezeigt zu haben, daß es mir damit ernst ist und daß ich als Mitglied des Gemeinderats, an führender Stelle oder nicht, entschlossen bin, jenes Versprechen unverbrüchlich zu halten. Nicht wenige meiner Kollegen glauben sogar, daß ich in diesem Punkt des Guten zu viel thue, worüber ich jetzt nicht rechten will. Uebrigens will ich mir diesen Vorwurf noch lieber gefallen lassen als den entgegengesetzten.

Wenn man sodann meine Meinung über soziale Fragen kennen zu lernen wünscht, so weiß ich nicht, wo ich anfangen soll. Denn unter diesem Titel läßt sich schließlich fast alles zusammenfassen, was ein Stadtvorstand neben der laufenden Verwaltung zu thun hat: im letzten Ende läuft der Zweck der ganzen Gemeindeverwaltung darauf hinaus, neben der Pflege der idealen Interessen die wirtschaftlichen Interessen der im Gemeindeverband Vereinigten zu fördern. Es ist darum gewiß auch die Pflicht einer Gemeindeverwaltung, den wirtschaftlich Schwachen zu Hilfe zu kommen und sie möglichst zu kräftigen. Beispielsweise wird sie nach Kräften dafür zu sorgen haben, Aleingewerbetreibenden billige Energie zu verschaffen. Ich darf in diesem Zusammenhang wohl auch, ohne die Bescheidenheit zu verletzen, daran erinnern, daß ich mich im Jahr 1897 um eine Verbilligung des Tuggases bemüht habe, und daß es damals gelungen ist, auf Grund der von mir mit der Gasbeleuchtungs-gesellschaft geführten Unterhandlungen unter Zuhilfenahme eines teilweisen Vergichts auf die Gassteuer den effektiven Preis für Tuggas von 16 Pfg. auf 12 Pfg. pro cm herabzusetzen, wodurch die übrigens noch lange nicht genügend be-



kannten und gewürdigten Vorteile des Kuggases auch Unbemittelten zugänglich gemacht worden sind.

Ich bin ferner der Meinung, daß sich die öffentlichen Arbeitsnachweiskstellen bewährt haben, und daß die Stadt ähnliche Vorteile, wie sie hiedurch den Arbeitgebern und den Arbeitern verschafft worden sind, den Mietern und Hausbesitzern verschaffen kann, wenn sie daran geht, ein Wohnungsamt mit der Aufgabe der Wohnungsvermittlung zu schaffen.

Ich will mir an diesen paar Beispielen genügen lassen und möchte nur wiederholen, was ich schon in anderem Zusammenhang gesagt habe: Aufgabe der Stadtverwaltung kann es nicht sein, einzelnen Bevölkerungsklassen zu Lasten der anderen Geschenke zu spenden, wohl aber ist es ihre Pflicht, jede Maßregel, die sie zu treffen beabsichtigt, zuvor sorgfältig und vorsichtig nach der Richtung hin zu überlegen und zu prüfen, wie sie auf die Erwerbsverhältnisse und auf die Lebensgestaltung aller Klassen und insbesondere auch der minder bemittelten Klassen wirkt. Ich hatte schon vorhin von der Anwendung dieses Grundsatzes auf die Wohnungsfrage, auf den Lebensmittelmarkt, auf die Verbrauchssteuern, auf Vorortsbahnen und Straßenbahnen überhaupt zu sprechen.

Eines aber möchte ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen: Ich halte es für eine schöne Aufgabe eines Stadtvorstands, im Fall von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Anrufen eines Teiles vermittelnd eingreifen und so unter Umständen dazu beitragen zu können, zu verbüten, daß Kämpfe die Bürgerschaft zerfleischen, von denen nicht selten beide kämpfende Teile vorwiegend Nachteile haben.

Was das Verhältnis des Stadtvorstandes zur Bürgerschaft betrifft, so ist es selbstverständlich seine Pflicht, jede Anregung und jedes Anliegen, das städtische Angelegenheiten betrifft, woher es auch komme, vorurteilslos zu prüfen und daher auch für jedermann zugänglich sein.

In seinem Verhältnis zu den bürgerlichen Kollegien steht es ihm, wie schon erwähnt, nicht zu, sich vornehm auf die Rolle eines Vorsitzenden, der die Verhandlungen nur zu leiten hat, zu beschränken. Man verlangt mit Recht, daß er alle wichtigen Gegenstände durcharbeitet, dazu Stellung nimmt und Farbe bekennet. Man verlangt von ihm Initiative nicht nur in dem Sinn, daß er Anregungen giebt, sondern auch in dem Sinn, daß er sich bemüht, sie durchzusetzen, selbstverständlich nicht gewaltthätig, sondern dadurch, daß er andere von der Richtigkeit seiner Anschauung zu überzeugen sucht.

Daneben aber hat er wachsam und unparteiisch dafür zu sorgen, daß die Erörterung vollständig und allseitig ist, und daß namentlich alle abweichenden Meinungen unverkürzt und unbeschränkt zur Aussprache kommen. Diese Doppellstellung des Leiters der städtischen Verwaltung und des Vorsitzenden der bürgerlichen Kollegien birgt unzweifelhaft ihre Gefahren in sich.

Wenn ich aber die Probe dieser Sätze auf meine Amtsführung mache, glaube ich sagen zu dürfen: Die Bürgerschaft wird sich darüber nicht beschweren können, daß ich jemals leifetreterisch einem Meinungsbekenntnis aus dem Wege



gegangen wäre. Wenn ich mir in diesem Punkte einen Vorwurf zu machen hätte, so wäre es eher der, daß ich manchmal klüger gethan hätte, mit meiner Meinung zurückzubalten, statt sie ohne zwingenden Anlaß auszusprechen, womit ich aber nicht gesagt haben will, daß ich das irgendwie bereue. Die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien andererseits wissen, daß ich bei Führung des Vorsitzes niemals den Versuch gemacht habe, eine gegnerische Anschauung zu unterdrücken, sondern daß ich in den Formen des Gesetzes und der Geschäftsordnung stets unparteiisch bestrbt war, jede in den Kollegien vertretene Auffassung zum Wort und zur Geltung kommen zu lassen.

Ich habe sodann noch einige Bemerkungen zu machen über das Verhältnis des Stadtvorstands und des Gemeinderats zu dem städtischen Beamtenkörper. Es ist das ein einigermaßen heikles Kapitel. Die Stadt verfügt nicht wie der Staat über eine althergebrachte, festgefügte Aemterorganisation. Die ihrige ist vielmehr in ihrem heutigen Zustand neuesten Datums. In den letzten fünf Jahren sind nicht wenige Aemter teils neu errichtet, teils von andern abgezweigt und selbständig gemacht worden; andere haben sich in außerordentlicher Weise rasch entwickelt, manchmal in wenigen Jahren von einem auf drei oder vier Beamte. Mit dem Umfang verschiebt sich die Bedeutung der einzelnen Aemter fortwährend. Die Aufgabe, den daraus sich ergebenden Ansprüchen gerecht zu werden, ist eine nie versiegende Quelle von Konflikten und von Unzufriedenheit.

Dazu kommt ein zweites: Die städtischen Behörden haben in weitem Umfang nicht mit eigener Verantwortung nach außen zu handeln, sondern nur die Geschäfte des Gemeinderats und der bürgerlichen Kollegien vorzubereiten. Diese haben darüber Beschluß zu fassen und die Verantwortung zu übernehmen. Sie müssen sich aber bei dem Umfang des Stoffs und bei der ihnen nicht selten fehlenden Sachkenntnis in weitestem Umfang auf die Beamten verlassen, ohne auch nur in allen Teilen eine wirksame Kontrolle üben zu können. Auch der Stadtschultheiß und die besoldeten Gemeinderäte können nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Geschäfte selbst behandeln oder deren Behandlung durch Beamte von Anfang bis zu Ende kontrollieren. So gestaltet sich die Sache dahin, daß die geistige Arbeit, die geistige Durchdringung des Stoffs bei nicht wenigen Materien ganz oder vorzugsweise bei der Beamtenschaft und nur die formelle Genehmigung, die äußerliche Verantwortlichkeitsübernahme, bei den bürgerlichen Kollegien ist. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen sich bei den Beamten, denen durch die Gemeindeverfassung in der That eine weitgehende Entfugung und Selbstbescheidung auferlegt ist, das Bestreben geltend macht, auch nach außen zu größerer Geltung zu gelangen und für das, was sie gearbeitet haben, auch einzutreten, zu diesem Zweck bei Fassung der Beschlüsse der bürgerlichen Kollegien mitzuwirken u. s. w. So begreiflich dieses Bestreben ist, so darf sich doch der Gemeinderat nicht in seiner gesetzmäßigen Stellung beschränken lassen, wonach er allein die Geschäfte zu erledigen, die Beamtenschaft aber sie regelmäßig bloß vorzubereiten hat. Es ist klar, daß auch dieses Verhältnis den Keim von Konflikten in sich birgt.



Von Bedeutung ist ferner noch ein dritter Punkt: Jedes Gemeinderatsmitglied ist nicht in allen, sondern nur in einer oder in einigen Gemeinderatsabteilungen thätig und er lernt infolgedessen auch nur die mit dieser Abtheilung arbeitenden Beamten näher kennen. Naturgemäß pflegt er diejenigen Beamten höher zu schätzen, deren Leistungen er kennt, als diejenigen, von deren Thätigkeit er keine genaue Vorstellung hat. So giebt es Beamte, die Gelegenheit haben, eine Anzahl von Gemeinderäten für sich einzunehmen und ihnen eine große Vorstellung von ihren Leistungen beizubringen. Diese genießen im Gegensatz zu andern Beamten, die solche Gelegenheit nicht haben, im Gemeinderat eine zuverlässige Unterstützung, wenn es sich um Beförderungen, um Gehaltsaufbesserungen, Gehaltszulagen, Remunerationen für außerordentliche Leistungen u. s. w. handelt. Daraus entstehen leicht Ungleichheiten und Unbilligkeiten, denen entgegenzuwirken eine Hauptaufgabe des Stadtvorstands ist. Es ist das allerdings eine höchst undankbare Aufgabe schon darum, weil derjenige Beamte, dem z. B. eine unbegründete Remuneration vom Gemeinderat verweigert wurde, gegen den, auf dessen Anregung hin das geschehen ist, mehr eingekommen zu sein pflegt, als diejenigen Beamten erkenntlich sind, denen durch Gewährung der Remuneration an den andern, also durch einen gegenseitigen Beschluß, unrecht geschehen wäre. Allseitige Gerechtigkeit wird in diesen Dingen bei einem vielköpfigen Kollegium, worin sich die Majorität manchmal so und manchmal anders bildet, nie herzustellen sein; aber das unablässige Bestreben des Stadtvorstandes muß dahin gehen, möglichste Konsequenz und Ordnung in diesen Dingen herzustellen und Willkür und persönliche Einflüsse möglichst auszuschließen, um den Glauben an die Objektivität und Unparteilichkeit der Gemeindevertretung möglichst wenig zu erschüttern. Niemand kann den Wert eines pflichttreuen Beamtentums höher schätzen als ich, aber niemand kann auch mehr durchdrungen sein von der Erkenntnis, daß, um gerecht gegen alle zu sein, eine klare und sichere Ordnung notwendig ist.

Ich glaube, mit diesen Andeutungen eine gewisse Erklärung für Erscheinungen gegeben zu haben, die in der gegenwärtigen Wahlagitation hervorgetreten sein sollen.

Und nun, meine Herren, noch ein Wort über meine Stellung zu den Konfessionen und zu den politischen Parteien:

Die völlige Gleichberechtigung der Konfessionen ist für mich selbstverständlich. Ich führe diesen Punkt überhaupt nur an, weil es in solchen Fällen allgemein üblich ist, davon zu reden, und weil es auffallen könnte, wenn ich es unterließe. Meine Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche und vor allem die Würdigung der Eroberung der Gewissensfreiheit durch die Reformation, deren Wert und Verdienst niemand höher anschlagen kann als ich, sie haben mich nie dazu verführt, die katholische Kirche und deren altherwürdige Institutionen zu hassen. Das Bestreben, das historisch Gewordene zu begreifen, wird auch hier vor jedem Fanatismus, vor jeder Ungerechtigkeit bewahren. Dieses Bestreben, das ich mir zeitlebens habe angelegen sein lassen, ist, wie



ich glaube, allein im Stande, ein friedliches, auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenleben der Konfessionen zu ermöglichen.

Einer politischen Partei gehöre ich nicht an; ich bin weder sogenanntes eingeschriebenes Mitglied einer solchen, noch fühle ich mich einer Partei zugehörig — nicht aus Mangel an Interesse für politische Fragen. Ich darf vielmehr sagen, daß ich seit 20 Jahren die politischen Ereignisse und Bestrebungen mit Aufmerksamkeit verfolgt und mir ein Urtheil darüber gebildet habe. Ein Bedürfnis, mich einer Partei anzuschließen, habe ich aber noch nie gefühlt, und zu agitatorischem Auftreten habe ich ohnedies nie Neigung gehabt, um so weniger, als ich aus dem Richterstand hervorgegangen bin, dem ich ein Jahrzehnt angehört habe.

Selbstverständlich habe ich mit der einen Partei mehr gemeinschaftliche Anschauungen als mit der andern. Aber auf keine habe ich Rücksichten zu nehmen und brauche mich nicht zu scheuen, auf Anschauungen von Parteien einzugehen, deren Grundsätze ich sonst nicht theile. Jedenfalls fühle ich mich jeder Partei gegenüber innerlich völlig frei und in keiner Weise gebunden. Ich habe übrigens auch dankbar anzuerkennen, daß in diesem Wahlkampf keine Partei auch nur den Versuch gemacht hat, mich zu irgend einer verpflichtenden Erklärung in Betreff meiner politischen Haltung zu veranlassen.

Nicht versäumen möchte ich aber, ausdrücklich zu erklären, daß ich mich als dem liberalen, unterschieden freisinnigen Bürgertum angehörig fühle, daß ich insbesondere tief durchdrungen bin von der Ueberzeugung der Verwerflichkeit bürokratischer, insbesondere polizeilicher Bevormundung. Soweit dem Stadtschultheißenamt eine Einwirkung auf die Leitung der hiesigen Gemeindepolizei möglich ist, würde ich die Vermeidung jeder Belästigung des einzelnen Bürgers anstreben, soweit sie durch die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung von Ordnung und öffentlicher Sicherheit nicht geboten ist; etwaigen Mißgriffen oder Uebergreifen der Polizei würde ich zu steuern suchen. Daß bürokratischen Anschauungen bei dem städtischen Beamtentum durch mich kein Voranschub geleistet würde, brauche ich wohl kaum zu sagen.

So viel, meine Herren, von meinen Anschauungen, die ich bisher bethätigt habe und die ich deshalb nicht ändern kann, um etwa der einen oder andern Wählergruppe besser zu gefallen.

Falls Sie mich mit der Führung der Geschäfte des Stadtvorstandes betrauen würden, würde ich meinen Stolz und meine Lebensaufgabe darin sehen, dazu beizutragen, daß die schöne Hauptstadt des Schwabenlandes würdig eingereiht bleibe in dem Kranz der blühenden Städte unseres großen Vaterlandes."

In einer Besprechung des Wahlergebnisses war im „Neuen Tagblatt“ folgendes ausgeführt: „Durch die gestrige Wahl hat die Mehrheit der Stuttgarter Bürgerschaft ausgesprochen, daß sie zu dem Manne, der stellvertretend seit geraumer Zeit den



Vorstez auf dem hiesigen Rathhause innehatte, das feste Vertrauen hegt, daß er auch fürder die Geschäfte unserer Stadt mit derselben bewährten Sachkenntnis und Gewandtheit, mit derselben Besonnenheit und Energie leiten werde, die seine bisherige Amtsführung auszeichnet. Möge der 19. Mai 1899 ein würdiger Gedenktag sein und bleiben in der Geschichte unserer guten Stadt Stuttgart!"

Mit keinem besseren Wunsche wüßte der Chronist seinen Bericht über das bedeutungsvolle Ereignis abzuschließen. Hinzugefügt sei noch, daß sich die Gaußschen Wähler am Abend des Wahltages in großer Zahl im Bürgermuseum zur Entgegennahme des Wahlergebnisses eingefunden hatten, wobei die Herren Rechtsanwalt Georgii, Schulrat Dr. Frohnmeyer und Kammerpräsident Payer zündende Ansprachen hielten.

Amtseinfegung des neuen Stadtvorstandes.

Nachdem der König die Wahl unter dem 13. Juni bestätigt hatte, fand am 22. desselben Monats die feierliche Beerdigung und Amtseinfegung des neuen Stadtvorstandes in öffentlicher gemeinschaftlicher Sitzung des Gemeinderats und des Bürgerausschusses statt. Derselbe betrat in Begleitung des Stadtdirektors, Oberregierungsrats v. Kläiber, und des Gemeinderats Stockmayer den Sitzungsaal, in welchem die bürgerlichen Kollegien versammelt und zahlreiche Bürger anwesend waren.

Der Herr Stadtdirektor eröffnete die Amtshandlung mit folgender Ansprache:

Verehrte Versammlung! Als ich vor 7 Jahren hier stand, um Herrn Stadtschultheiß Kümelin in sein Amt einzusetzen und zu beedigen, hätte niemand von uns geglaubt, daß ich so bald wieder in die gleiche Lage käme und mir dieselbe Aufgabe gegeben wäre. Wer, der damals den anscheinend von Kraft strotzenden Mann mit dem lebhaftesten Geiste sah, hätte ahnen können, daß wir so bald wieder in die Lage versetzt werden würden, ihm einen Nachfolger bestimmen zu müssen! Und doch sollte es so weit kommen! Gar bald, nur zu bald nach seiner



Einsetzung, hatte sich gezeigt, daß sein Körper nicht von derjenigen Elastizität war, daß derselbe für längere Zeit dem Druck des schweren Amtes den nötigen Widerstand hätte leisten können, und so kam es, daß er von Zeit zu Zeit sich beurlauben lassen mußte. Mit der Zeit wurde dieser Urlaub häufiger und länger nötig, bis endlich sein Körper unter der Last der Aufgaben, die ihm gestellt waren, zusammenbrach und er gebrochen an Körper und Geist von uns scheiden mußte. Die hervorragenden Eigenschaften, welche Rümelin besonders befähigten, die Stelle eines Ortsvorstehers auszufüllen, wurden schon bei seiner Beisetzung von den dazu berufenen Personen in pietätvoller Weise hervorgehoben. Ich kann mich deshalb enthalten, des näheren darauf einzugehen; aber zwei menschliche Tugenden, die ihn besonders auszeichneten, möchte ich doch hervorheben: seine große Herzensgüte und Liebenswürdigkeit. Sie werden sich erinnern, daß die Wahl Rümelins sehr bestritten und schwer angefochten wurde. Ich hatte in meiner Stellung häufig sowohl amtliche als auch außeramtliche Unterhaltungen nachher mit ihm zu führen, aber nie habe ich ein Wort des Unmutes über seine früheren Gegner von ihm gehört. Das war gewiß ein Beweis der außerordentlichen Herzensgüte, die ihn beselte. Und seine Liebenswürdigkeit, mit der er uns oft gefangen hielt, ja manchmal nur zu sehr gefangen hielt, kennen wir ja alle. Wegen dieser menschlichen Tugenden allein schon, welche er in sich vereinigte, wird ihn, das bin ich überzeugt, keiner je vergessen, und wir alle werden ihm ein liebevolles Andenken bewahren.

Schwer war es, die Lücke, welche durch den Tod des hervorragenden Mannes entstanden, auszufüllen; denn schwer und groß sind die Aufgaben, die des Ortsvorstehers warten. Diese Pflichten sind kurz zusammengefaßt in § 14 des Verwaltungsedikts. (Redner bringt diesen Gesetzesparagrafen zur Verlesung und fährt sodann in seiner Rede fort:) Meine Herren! Wenn ein Mann dies alles zu vollziehen gedenkt, wenn er allen diesen Aufgaben gerecht zu werden gedenkt, gehört dazu ein großer Entschluß. Sie sehen, daß die Pflichten des Ortsvorstehers außerordentlich schwierig sind. Es war deshalb von größtem Inter-



esse, den richtigen Mann zu finden. Und ich glaube, wir haben ihn gefunden. Der neue Ortsvorsteher ist, wie wir alle wissen, ein Mann von hervorragender wissenschaftlicher Bildung. Dies ist natürlich die erste Bedingung in einer Stadt von der Bedeutung wie Stuttgart. Ohne hervorragende Leistungen kann ein Ortsvorsteher den Anforderungen, die die Verwaltung eines so großen Gemeinwesens an seinen ersten Beamten stellt, nicht gerecht werden und seine Autorität gegenüber den Kollegien und der Bürgerschaft nicht in dem erwünschten Maße behaupten. Der neugewählte Stadtvorstand ist aber nicht bloß ein Mann von hoher wissenschaftlicher Bildung, sondern er ist auch ein Mann von ernstlichem Willen und von offenem, geradem Charakter, welcher, davon bin ich überzeugt, über den Parteien stehen, sein neues Amt ohne Parteileidenschaft, ohne Haß und ohne Menschenfurcht: furchtlos und treu! erfüllen und durch keine Rücksicht sich bewegen lassen wird, von dem geraden Wege, welchen das Gesetz vorschreibt, abzuweichen. Er hat ja von Anfang an, soviel mir bekannt, nicht im Sinne gehabt, um die Stadtvorstandsstelle sich zu bewerben, sondern sich dazu erst auf Drängen seiner Freunde bereit erklärt, welche im Hinblick auf seine mehrjährige Thätigkeit im Kollegium den rechten Mann für die Stelle in ihm zu finden glaubten. Von dem Augenblick an aber, in dem er sich entschloß, als Bewerber um die Stelle aufzutreten, war er sich auch klar, welche Anforderungen an ihn gestellt würden, welches hochwichtiges Amt seiner harte, wenn die Wahl auf ihn falle. Es geht dieser Ernst, mit welchem er den Beruf eines Stadtvorstandes auffaßt, aus der Ansprache hervor, die er damals an die Deputation richtete, welche ihm die Kandidatur antrug, und worin er betonte, daß er sich so mit der Stadt verwachsen fühle, daß ihre Sorgen auch seine Sorgen geworden seien und daß er seine ganze Kraft einsetzen werde für die Aufgaben und Ziele der Stadtverwaltung.

Nachdem nun Seine Majestät der König die Wahl vom 19. Mai durch Allerhöchste Entschließung vom 13. ds. bestätigt haben, lade ich Herrn Stadtschultheißen ein, zur Bestätigung seines ernstlichen Willens, sein neues Amt nach Gesetz und Recht zu führen, den vorgeschriebenen Dienstzeit abzulegen.



Stadtschultheiß Gauß leistete sodann den Diensteid auf den vorschriftsmäßigen, ihm vorgelesenen Eidesvorhalt, worauf der Herr Stadtdirektor ihm die Glückwünsche zu seinem neuen Amte ausdrückte und noch weiter bemerkte: Man habe allen Grund, der Bürgerschaft zu der Wahl zu gratulieren; er wünsche von Herzen, daß es dem neuen Stadtvorstande gelingen möge, seiner schweren Aufgabe in Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Kollegien gerecht zu werden. Soweit die Mitwirkung der Kgl. Stadtdirektion in Betracht komme, solle es an Entgegenkommen nicht fehlen.

Hierauf richtete Stadtschultheiß Gauß folgende Worte an die Versammlung:

Ich habe zunächst dem Herrn Vertreter des Kgl. Ministeriums des Innern zu danken für die freundlichen und wohlwollenden Gesinnungen gegenüber der Stadtverwaltung und meiner Person, denen er soeben Ausdruck gegeben hat. Ich brauche kaum zu sagen, wie wertvoll es für die städtische Verwaltung ist, wenn sie sich der Förderung ihrer Interessen und der Unterstützung ihrer Bestrebungen durch die königliche Staatsregierung versichert halten kann, wie sie das nach der soeben gehörten Erklärung und nach ihren eigenen Erfahrungen thun darf.

Sodann habe ich mich an Sie, meine Herren Kollegen, zu wenden mit der Bitte um Ihre Unterstützung. Es bedarf des einmütigen und thatkräftigen Zusammenarbeitens aller Gemeindevvertreter, wenn die Aufgaben gelöst werden sollen, die an die Verwaltung unseres emporstrebenden Gemeinwesens gestellt werden. Ich sage: an die Verwaltung. Denn, soviel an mir liegt, werde ich darauf hinwirken, daß das, was in den kommenden Jahren geleistet werden wird, das Produkt unserer gemeinsamen Arbeit ist und daß es nicht erscheint als das Sonderverdienst eines einzelnen. Ich meinerseits werde mich als Ihr Kollege fühlen, auch nachdem mir im Verein mit den besoldeten Gemeinderäten und dem städtischen Beamtenkörper die Pflicht der Vorbereitung unserer gemeinschaftlichen Arbeiten und die Pflichten des Vorsitzes bei unseren Beratungen zugefallen sind.



Meine Herren! Ich habe eine ausgeprägte Vorstellung von der Verantwortlichkeit desjenigen, der an einen Platz tritt, den vor ihm so hervorragende Männer eingenommen haben, Männer, die trotzdem ihre ganze Kraft aufzubieten gehabt haben, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Ich verspreche meinerseits, alles zu thun, was in meinen Kräften steht, um den Anforderungen dieses Amtes zu genügen, und ich werde für jede Unterstützung dankbar sein, die mir dabei zu teil wird, woher sie auch kommen möge. Nötig habe ich diese Unterstützung insbesondere von zwei Seiten: von den bürgerlichen Kollegien und von dem städtischen Beamtentum, auf das sich jeder Stadtvorstand muß verlassen können.

Ich kann in diesem Zusammenhang den Wunsch nicht unterdrücken, es mögen alle Hindernisse verschwinden, die einem einträchtigen Zusammenwirken im Dienste der Stadt entgegenstehen, es möge insbesondere verschwinden, was etwa an Mißhelligkeiten und Verstimmungen von der Wahlzeit her noch zurückgeblieben sein mag.

Meine Herren! Wir sind im Begriff, das alte ehrwürdige Rathaus niederzulegen und an seiner Stelle ein neues, helles, geräumiges, modernen Anforderungen genügendes Rathaus zu erbauen und zugleich der Altstadt Luft und Licht zuzuführen. Ich sehe darin ein Sinnbild des kräftigen Wachstums unserer Stadt und der Aufgaben der Stadtverwaltung. Diesem Wachstum die Bahn zu ebnen, neue Anforderungen zu verstehen und zu befriedigen, ohne die alten zu vergessen und zu vernachlässigen, uns den Bedürfnissen einer modernen, großen Stadt von bald 200 000 Einwohnern ohne Ueberstürzung, aber auch ohne Rückständigkeit anzupassen, das ist eine so große und so schwere Aufgabe, daß wir sie nur gemeinsam und nur verbunden durch Gemeinssinn lösen können. In den Dienst dieses Gemeinssinns mich zu stellen, das ist mein Entschluß, dem ich treu bleiben werde, solange ich mein Amt bekleide. (Lebhafter Beifall.)

Gemeinderat Stockmayer: Verehrter Herr Stadtschultheiß! Nachdem Sie durch den Akt der Beerdigung in Ihr neues Amt durch den Herrn Vertreter der Kgl. Regierung eingeführt worden



sind, ist es meine angenehme Aufgabe, Ihnen namens des Gemeinderats, als der Vertreter der Bürgerschaft, Gruß und Glückwunsch entgegenzubringen. Die Aufgabe ist um so angenehmer, als das Amt für Sie nur in der äußeren Form und Würde, nicht aber der Sache nach ein neues ist. Sonst muß man sich mit der Hoffnung begnügen, daß der Mann der Wahl den nötigen Charakter, das nötige Können und den nötigen Willen mitbringen werde; bei uns aber handelt es sich nicht bloß um ein Hoffen, sondern um ein auf Grund der seitherigen Erfahrung geschöpftes Wissen. Ihre seitherige Amtsführung, die, ausgehend von der kritischen und sichtenden Thätigkeit des juristischen Syndikatsgeschäftes mehr und mehr, insbesondere seit der Erkrankung unseres in dauerndem Andenken stehenden Herrn Oberbürgermeisters v. Rümelin die eigentliche Verwaltung ergriffen und umfaßt hat, hat bewiesen, daß Sie mit weitem Blick die Aufgaben eines in lebendiger Entwicklung begriffenen Gemeinwesens erfaßt und mit energischem und zielbewußtem Willen unter Beachtung und Abwägung aller historischen Bedingnisse angegriffen haben. In diesem Bestreben will der Gemeinderat gerne Hand in Hand mit Ihnen gehen, und ich kann Sie freudig versichern, daß wir mit ganz denselben Gefühlen, denen Sie soeben Ausdruck verliehen haben, auch Ihnen entgegenkommen werden, sowohl in der Auffassung der uns bevorstehenden gemeinsamen Aufgaben und in dem Bewußtsein, daß der Leitstern aller die Sorge fürs Ganze ist, als auch in dem persönlichen Wunsch nach gegenseitiger Achtung unserer wohlwogenen Anschauungen. Und so begrüße ich Sie, verehrter Herr Stadtschultheiß, nochmals von ganzem Herzen und spreche die gewisse Zuversicht aus, daß aus dem vertrauensvollen Zusammenarbeiten, wie Sie es soeben in Aussicht gestellt haben, und wie wir es gleichfalls zusichern, das Beste für das Wohl unserer guten Stadt erwachsen möge.

Bürgerausschuß-Obmann, Rechtsanwalt Kraut: Namens des Bürgerausschusses gestatte ich mir, Sie, verehrter Herr Stadtvorstand, in Ihrer neuen Würde zu begrüßen und Ihnen die Versicherung zu geben, daß unsere besten Wünsche und unsere kräftige Unterstützung Sie in Ihre jetzige Stellung, deren



große Schwierigkeiten und Dornen Sie selbst am besten kennen, begleiten.

Auch uns bietet Ihre Vergangenheit, die mehrjährige treue und treffliche Amtsführung als I. Gemeinderat und Stellvertreter des Oberbürgermeisters, die Gewähr dafür, daß Sie Ihren Beruf als Stadtvorstand voll zu erfüllen und die Ihnen anvertrauten Interessen nach jeder Richtung entschieden zu wahren bestrebt sein werden.

Da auch wir vom Bürgerschaftsausschuß es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, die Rechte und Interessen der Stadt im ganzen, wie unserer einzelnen Mitbürger im besonderen, nach Kräften zu vertreten und in Einklang miteinander zu bringen, so dürfen wir auf ein gedeihliches Zusammenwirken mit Ihnen nach dem gleichen Ziele hoffen und gehen frohen Mutes mit Ihnen und unter Ihrer Führung an die kommende Arbeit. Möge reicher Segen für unser liebes Stuttgart aus Ihrer Amtsführung erwachsen. Gott der Herr lasse Sie lange Jahre in Kraft und Gesundheit Ihres Amtes walten!

Stadtschultheiß Gauß erwiderte auf diese ebenfalls beifällig aufgenommenen Ansprachen, indem er bemerkte: Er danke für die freundlichen Gesinnungen, die ihm von den beiden Kollegien entgegengebracht worden seien. Er dürfe sagen, daß er bisher mit den Kollegien in freundlichem Verkehr gestanden sei und hoffe, daß dies auch künftig der Fall sein möge. Es werde dies sehr dazu beitragen, ihm seine Amtsführung zu erleichtern und die gemeinsamen Arbeiten zu fördern.

Damit war der feierliche Akt beendigt.

In die durch die Stadtschultheißenwahl freigewordene Stelle des I. besoldeten Gemeinderats und Stellvertreters des Stadtvorstands wurde der bisherige II. besoldete Gemeinderat, Rechtsanwalt Eugen Stockmayer, früher Gewerberichter, gewählt, während als dessen Nachfolger der Direktor des städtischen Statistischen Amtes, Dr. jur. Heinrich Kettich, zum II. besoldeten Gemeinderat gewählt wurde. Demselben blieb bis auf weiteres auch die Leitung des Statistischen Amtes übertragen.



Gemeinderatswahl.

Aus dem Gemeinderat hatten in diesem Jahre 8 Mitglieder auszuscheiden.

Die Ergänzungswahl, bei welcher die Stadt wie bisher in 13 Wahlbezirke eingeteilt war, fand am 11. Dezember statt. Die auscheidenden Mitglieder waren die Herren Gundert, Hartmann, Kasert, Bihl, Vöhringer, Frey, Feil und Stumpf. Von ihnen hatten sich die fünf Erstgenannten wieder zur Wahl gestellt. Die Wahl ergab, nachdem wegen des geringen Stimmenunterschieds zwischen dem niederst bestimmten Gewählten und dem höchstbestimmten Nichtgewählten eine Nachzählung stattgefunden hatte, folgende Namen:

	mit Stimmen
1. Stapff, Karl Heinrich, Weingärtner . . .	6557
2. Vöhringer, Johann Georg, Kaufmann . . .	6088
3. Mezger, Karl, Obergeringieur a. D. . . .	6002
4. Hauser, Paul, Hofwerkmeister in Berg . . .	5051
5. Huber, Joseph, Feuerungstechniker	4904
6. Galler, Julius Oskar, Privatier	4804
7. Heim, Karl, Regierungsbaumeister	4783
8. Sink, Johannes, Kaufmann	4550

Eine Beschwerde gegen die Wahl dieser nunmehr auf 6 Jahre in das Kollegium berufenen Herren ging bei der Stadtdirektion nicht ein. Durch die Nachprüfung war der oben erwähnte Stimmenunterschied auf drei zurückgegangen. Hiernach war der höchstbestimmte Nichtgewählte der sozialdemokratische Redakteur L. Tauscher mit 4547 Stimmen, ihm folgte der gleichfalls der sozialdemokratischen Partei angehörige Handschuhfabrikant A. Sperka mit 4541 Stimmen.

Die Beteiligung an der Wahl war entsprechend dem namhaften Zuwachs an Wahlberechtigten gegenüber der vorjährigen Bürgerauschufswahl eine stärkere; sie blieb jedoch um über 11% hinter der letzten Gemeinderatswahl (1897) zurück, bei welcher der Entscheid über den Rathausbauplag eine besondere Zugkraft ausgeübt hatte. Es haben bei der diesjährigen Wahl im ganzen von 14,555 Wahlberechtigten 9813 abgestimmt (= 64,1%), bei der Bürgerauschufswahl 1898: 12,785 bezw. 7314 (= 57,2%), bei der Gemeinderatswahl 1897: 12,199 bezw. 9200 (= 75,34%). Seit der Stadtschultheissenwahl im Mai d. J. hat die Zahl



der Wahlberechtigten um 1008 zugenommen, damals stimmten von 13,547 Wahlberechtigten 11,000 (= 81,3%) ab. Die höchste bezw. niederste Stimmzahl, welche diesmal auf die gewählten Kandidaten entfiel, betrug 6557 bezw. 4550, 1898: 4880 bezw. 3669 und 1895: 4387 bezw. 4042.

Ueber das Stärkerverhältnis der einzelnen in die Wahl eingetretenen politischen Parteien und sonstigen Gruppierungen giebt nachstehende Zusammenstellung einen Ueberblick. Es wurden diesmal 8210 unabgeänderte Stimmzettel abgegeben, und zwar von der Deutschen Partei 1673 (1898 1704, 1897 677, 1896 1572, 1895 1922), Konservativen Partei 853 (687, 325, 496, 690), Volkspartei 1215 (953, 1030, 931, 1386), sozialdemokratischen Partei 2797 (2262, 1810, 1432, 1342), Zentrum 442 (415, 348, 365, 380), Vereinigte Bürgervereine 555 (1898 518, 1897 1244), Mittelstand 200, Gewerbetreibende 237 (1897 76, 1895 67), Parteilos 238 (1897 82, 1895 130).

Von den ausscheidenden Mitgliedern gehörten 6 der Konservativen bezw. Deutschen Partei und 2 dem Zentrum an; für diese traten nun in das Kollegium 3 Angehörige der Deutschen Partei (Hauser, Heim, Fink), 2 der Volkspartei (Stappf, Galler), und je 1 Konservativer (Vöhringer), Katholik (Huber), Parteilofer (Mezger) ein. Nach Berufsarten setzt sich der neue Gemeinderat zusammen aus: 7 Angehörigen des Bauachs bezw. Technikerstandes, 6 Kaufleuten, je 2 Weingärtnern, Buchbindern und Rechtsanwälten, je 1 Fabrikanten, Restaurateur, Schreiner, Gürtler.

Ueber den politischen Charakter der Wahl bemerkte eine hiesige Tageszeitung zutreffend, daß sie von keiner einzelnen Frage beherrscht werde, die wie etwa jene des Rathhausneubaus vor zwei Jahren, im Stande gewesen wäre, in den politischen Parteien selbst einen Zwiespalt hervorzurufen. Weder die Stellungnahme zur Frage der Gemeindeordnung oder der Magistratsverfassung, noch die Stellung zur Frage der Stadterweiterung scheint einen derartigen Einfluß ausgeübt zu haben. So waren es im großen Ganzen politische Gesichtspunkte, unter deren Einfluß die Wahlbewegung stand, soweit sich das überhaupt von einer Gemeindevahl sagen läßt, bei der ja persönliche Fragen und auch Sonderinteressen verschiedener Art immerhin eine, ja manchmal sogar eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es ließen sich zwei Gruppen von Wahlvorschlägen unterscheiden: auf der einen Seite die Wahlvorschläge der Volkspartei und Sozialdemokratie, die bis auf einen Namen übereinstimmten, auf der anderen Seite die Vorschläge der Deutschen und deutsch-konservativen Partei, denen auch die Bürgervereine und das Zentrum beizurechnen sind. Hier war die Zerspaltung eine größere, nur 4 Namen waren diesen 4 Zetteln gemeinsam, nur 5 Namen den beiden Wahlvorschlägen der Deutschen und Konservativen Partei. Gleichwohl hatten diese Parteien den größeren Erfolg zu verzeichnen, und zwar ist seltsamerweise gerade diejenige politische Partei, für die am wenigsten (853) unabgeänderte Wahlzettel abgegeben wurden, nämlich die Konservative, mit 7 Namen ihres Wahlvorschlags durchgedrungen, während die relativ weitaus stärkste Partei, die Sozialdemokratie (mit nahezu 2800 unabgeänderten Wahlzetteln), nur 3 Namen ihres Wahlvorschlags durchsetzte.



nämlich die, die sie im Austausch von der Volkspartei übernommen hatte; die Volkspartei selbst brachte 4, die Deutsche Partei 5 Namen ihrer Wahlvorschläge durch. Wesentlich anders stellt sich allerdings das Verhältnis, wenn man die wirkliche Parteirichtung der Gewählten ins Auge faßt. Von den 8 Gewählten gehört nur 1 der Konservativen Partei an, 3 der Deutschen Partei, 2 der Volkspartei, 1 ist Katholik und 1 parteilos. Bemerkenswert ist der starke Zuwachs, den die Sozialdemokratie auch diesmal erfahren hat; auch Volkspartei und Konservative haben, wenn auch nicht im gleichen Maß, gegen die vorjährige Bürgerauschufswahl zugenommen, während die Deutsche Partei um wenige Stimmen zurückgegangen ist.



2. Gestaltung des städtischen Haushalts.

In der nachfolgenden Uebersicht sind die verschiedenen Zweige der städtischen Verwaltung im einzelnen aufgeführt und jeweils die Beträge beigefügt, die für sie im laufenden und im Vorjahr in Einnahme und Ausgabe zur Verwendung kamen (vgl. Tabelle S. 204).

Die Ausgaben, auf den Kopf der (wahrscheinlichen) Bevölkerung umgelegt, sind sonach von 49,67 auf 51,10 Mk. gestiegen. Doch machten hierbei die Einnahmen aus der Steuerverwaltung mit 58,80% der gesamten Einnahmen einen geringeren Prozentsatz aus als im Vorjahr, wo er 59,30% betrug. Den größten Aufwand unter den städtischen Aufgaben beanspruchen wiederum die Etatstitel Tiefbau mit 27,66 und Erziehung und Bildung mit 13,66% des Ganzen. Zurückgegangen ist, der Bewegung der Armenziffern entsprechend, das Erfordernis für Armen- und Krankenanstalten, gestiegen um ein geringes, im Zusammenhang mit der stetigen Erweiterung der Gemeindeaufgaben, der Aufwand für die allgemeine Verwaltung.

Ueber den Stand und die Zusammensetzung des städtischen Vermögens geben die auf S. 205 folgenden Uebersichten Auskunft.



Titel	1897/98				1898/99			
	Einnahmen		Ausgaben		Einnahmen		Ausgaben	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
A	Allgemeine Verwaltung und Gemeindegewerblichkeit							
B	Verwaltung des Gemeindegewerbes							
C	Gemeinbetrieb							
D	Straßenverwaltung							
E	Polizeiverwaltung							
F	Feuerschutzwesen							
G	Öffentliche Gesundheitspflege							
H	Bergbauwesen							
I	Öffentliche Anlagen							
J	Landwirtschaft							
K	Gabel und Verlei							
L	Treiben							
M	Wasserwerkverwaltung							
N	Lärmminderungsanstalt							
O	Kirchenwesen							
P	Erziehung und Bildung							
Q	Zeremonien, Kranzen- und Wohlthätigkeitsanstalten							
R	Ertragungen							
S	Öffentliche Geschäfteten							
T	Allgemeine staatliche Zwecke							
U	Dispositionsfonds							
V	Zufuß der Mehrverwaltung							
W	Zufuß der Mehrverwaltung							
	Summe		Summe		Summe		Summe	
	53 452	0,58	643 191	7,80	54 586	0,56	702 998	8,04
	322 013	3,47	158 099	1,91	330 925	3,42	175 064	2,00
	18	0,0002	951 494	11,53	709	0,01	967 443	11,06
	5 497 444	59,30	277 661	3,37	5 695 115	58,80	309 303	3,54
	145 107	1,57	652 040	7,90	151 327	1,56	709 526	8,11
	50 807	0,55	611 718	7,57	35 042	0,36	184 470	2,11
	16 240	0,17	39 477	0,48	15 884	0,16	47 225	0,54
	120 372	1,30	158 905	1,93	121 226	1,25	103 919	1,19
	198	0,002	28 227	0,34	3 511	0,04	49 186	0,56
	19 792	0,21	117 880	1,43	7 853	0,08	100 601	1,15
	141 870	1,53	76 245	0,92	152 129	1,57	82 133	0,94
	749 844	8,09	160 149	2,01	796 404	8,22	2 419 090	27,66
	777 235	8,38	550 088	6,67	806 815	8,33	585 954	6,70
	536 732	5,79	536 732	6,51	543 429	5,61	543 429	6,22
	—	—	583	0,01	—	—	583	0,01
	174 907	1,88	1 120 948	13,59	181 002	1,87	1 194 803	13,66
	9 740	0,11	525 102	6,36	10 006	0,10	535 024	6,12
	—	—	2 131	0,03	1 517	0,02	1 162	0,01
	95	0,001	7 473	0,09	89	0,001	10 581	0,12
	2 545	0,03	10 950	0,13	10 723	0,11	21 152	0,24
	—	—	20 000	0,24	30	0,0003	2 000	0,02
	652 350	7,04	—	—	768 000	7,93	—	—
	Gesamtsumme: 9 270 761		8 249 093		9 686 322		8 745 666	
	Der Kopf: 55,82		49,67		56,60		51,10	



Aktiva.	1897/98	1898/99	1898/99
	MT.	MT.	+ oder —
1. Gebäude	14 570 503	15 730 513	+ 1 160 010
2. Güter und Baupläge	5 296 064	6 659 978	+ 1 363 914
3. Waldungen	2 255 073	2 256 153	+ 1 080
4. Mobilien	1 096 800	1 143 000	+ 46 200
5. } a) Verzinsliche } Forderungen	3 224 210	2 284 375	— 939 835
} b) Unverzinsliche }	994 672	836 872	— 157 800
6. Passivemanet des Rechners	916 476	212 994	— 703 482
7. Anlagekapitalien:			
a) des Neckarwasserwerks	3 033 864	3 056 460	+ 22 596
b) „ Seewasserwerks	866 283	866 283	—
c) „ Stadtröhrennetzes	1 589 255	1 677 327	+ 88 072
d) „ Gänshöhe-Wasserwerks und der Bopfer-Wasserleitung	109 367	112 333	+ 2 966
e) „ Feuerbacherheide-Wasser- werks	110 041	116 806	+ 6 765
Summa der Aktiva:	34 062 608	34 953 094	+ 890 486

Passiva.	1897/98	1898/99	1898/99
	MT.	MT.	+ oder —
1. Anlehenschulden	21 517 000	21 389 100	— 127 900
2. Güterkauffchillinge	286 231	782 576	+ 496 345
3. Ablösungskapitalien	15 515	15 515	—
4. Stiftungskapitalien	43 269	43 269	—
5. Zahlungsrückstände	63 410	1 005	— 62 405
6. Für künftige Verwendung vorbehal- tene Mittel	542 431	598 116	+ 55 685
Summa der Passiva:	22 467 856	22 829 581	+ 361 725
Also reines Vermögen:	11 594 752	12 123 513	+ 528 761


Die Zunahme des reinen Vermögens der Stadt betrug so- nach 528 761 MT. In den drei Vorjahren hatte sich die Ver- mehrung durchschnittlich auf 591 151 MT. belaufen. Ende des Etatsjahrs 1898/99 belief sich das gesamte reine Vermögen der Stadt auf 12 123 513 MT.





3. Sonstige Angelegenheiten der Stadtverwaltung

(soweit dieselben nicht in den übrigen Abschnitten der Chronik verzeichnet sind.)

 ufolge Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches auf 1. Januar 1900 war das Berichtsjahr das letzte, in welchem drei bisherige wichtige städtische Beamtungen, die Waisengerichtsratschreiberei, die Kaufs- und Pfandratschreiberei und das Güterbuchsamt bestanden. Die Ämter waren zur Zeit des Uebergangs an den Staat insgesamt besetzt mit 22 Personen, von denen 4 auf die Waisengerichtsratschreiberei, 15 auf die Kaufs- und Pfandratschreiberei und 3 auf das Güterbuchsamt entfielen. Die Beamten wurden größtenteils vom Staat übernommen. Der Stadt verblieb die Last der Stellung der Kanzleilokale und der Aufwärter.

Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hatte den Wegfall des Gebührenbezugs der Gemeinderatsmitglieder auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit zur Folge.

Im Auftrag der bürgerlichen Kollegien der Stadt Stuttgart stellte das Stadtschultheißenamt am 3. August 1899 an das kgl. Ministerium des Innern die Bitte, es wolle die Einleitung zur Verabschiedung eines Gesetzes getroffen werden, das den bürgerlichen Kollegien durch Erlassung eines Ortsstatuts die Entschädigung der von der Bürgerschaft gewählten Gemeinderäte für ihre Zeitversumnis ermögliche. Durch Erlass des kgl. Ministeriums des Innern vom 7. Oktober d. J. ist den bürgerlichen Kollegien eröffnet worden, dem Gesuch könne zur Zeit und jedenfalls insoweit keine Folge gegeben werden, als nicht genügende praktische Erfahrungen darüber vorliegen, daß durch den Wegfall des Gebührenbezugs der Gemeinderatsmitglieder sich für die Stadt Stuttgart und die größeren Städte überhaupt Mißstände von solcher Bedeutung ergeben, daß die in Aussicht genommene möglichst baldige Erlassung einer neuen, die Organisation der Gemeindeverfassung der größeren Städte in verschiedenen Beziehungen beeinflussenden Gemeindeverfassung nicht abgewartet werden könne.



Unter dem 12. Nov. richteten hierauf die im sog. Städtetag vereinigten Stadtvorstände von Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Esslingen, Cannstatt, Reutlingen, Gmünd, Göppingen, Tübingen, Ravensburg und Tuttlingen eine Bitte an die Kammer der Standesherrn um die Einkäumung des Rechts an die Gemeinden, den Gemeinderatsmitgliedern Entschädigungen für ihre Zeitverschämnis zu gewähren, sowie um die Erlassung einer Gemeindeordnung. In diesem Gesuche wurde die Notwendigkeit der Gewährung von Entschädigungen und deren gesetzliche Zulässigkeit eingehend begründet. (Für Stuttgart wurde nachgewiesen, daß die Gemeinderäte durchschnittlich reichlich ein Drittel ihrer Arbeitszeit opfern müssen.)

Mit der Anstellung weiblicher Schreibgehilfen bei der hiesigen Gemeindeverwaltung ist nach dem Beispiel anderer Großstädte im Jahre 1899 der Anfang gemacht worden. Die erste Angestellte wurde bei der Straßenbauinspektion beschäftigt; weitere folgten alsbald nach. Als Anfangsgehalt werden 900 Mk. bezahlt, der sich bis auf 1100 Mk. steigert.

Am 15. August 1899 waren es 50 Jahre, daß die „Kessenzpolizei“ vom Staat an die Stadtgemeinde Stuttgart überging, daß die Geschäfte der hauptstädtischen Polizeiverwaltung, welche bisher von Organen der Agl. Stadtdirektion besorgt worden waren, einem städtischen Polizeiamt und seinen Beamten und Offizieren überwiesen wurden. In diesem halben Jahrhundert hat die städtische Polizeiverwaltung mit der Zunahme der Stadt und ihrer Bevölkerung eine ganz erhebliche Erweiterung erfahren.

Die Bevölkerung zählte 1849 rund: 47800 Einwohner, 1852: 50000, 1867: 75000, 1871: 91600, 1875: 107300, 1885: 126000, 1895: 158400 und ist wohl 1899 auf 175000 angewachsen. Die Zahl der Gebäude hat sich allein in den letzten 25 Jahren von 4200 Haupt- und 4500 Neben- auf 7500 Haupt- und 7800 Nebengebäude vermehrt, die Länge der städtischen, von der Schutzmannschaft regelmäßig zu begehenden Straßen ist von 43 auf über 90 km angewachsen. Das Personal des Stadtpolizeiamts betrug neben einem Vorstand im Jahre 1849: 5 Beamte für den Innendienst und 34 Beamte und Mannschaften für den Außendienst; im Jahre 1873: 11 Beamte für den Innendienst und 115 Beamte und Mannschaften für den Außendienst (letztere seit 1873 Schuzmänner genannt) und beträgt jetzt: 45 Beamte, Assistenten und Gehilfen



für den Kanzleidienst, 3 Obertelegraphisten, 11 Amtsdienere u. und 251 Beamte und Mannschaften für den Außendienst. Die Polizeiamtsvorstände führten die Bezeichnung „Polizeiamtmann“ (Müller 1849/50, Zeyher 1850/52 prov., Göz 1852/73), „Stadtpolizeidirektor“ (Göz 1873/79), „Oberamtmann“ Schmidhäuser 1879/84), „Stadtpolizeirat“ (Gilbert 1884/90, Wurster seit 1890). Die Diensträume des Stadtpolizeiamts waren 1849–60 in dem Gebäude alter Schloßplatz Nr. 2, früher Gasthof „König von England“, 1860–95 in Breitestraße 7 und sind seither in Büchsenstraße 37 untergebracht. Die Zuschüsse der Stadtkasse zu dem Aufwand, welchen die Polizeiverwaltung verursachte, betrugen 1848/49 rund 13400 Mk., stiegen nach der Uebernahme in städtische Verwaltung 1849/50 sofort auf 32540 Mk., betrugen 1867/68: 102550 Mk., 1872/73: 155600 Mk. und stiegen infolge der damaligen durchgreifenden Neuorganisation 1873/74 sofort auf 279520 Mk., also um über 100000 Mk. in einem Jahr, und erhöhten sich bisher stetig auf heuer 569000 Mk. Als besondere Neuerungen verdienen erwähnt zu werden die Einführung der eigenen städtischen Telegraphen und Telephone in den Dienst der Polizei (1880/86), der berittenen Schutzmannschaft (1889), der Dienstfahräder (1897), der Bertillonischen Messungen (1898), der Sanitätswagen (1892) und der Gefangenenwagen (1881/86), ersterer seit 1895, letzterer seit 1893 mit eigenem städtischen Personal bedient und eigenen städtischen Pferden bespannt. Als technische Berater stehen dem Stadtpolizeiamt zur Verfügung 2 Stadttärzte, 2 Baukontrollere, 1 Feuerwacher, ein chemisches Laboratorium mit 3 Beamten, 7 städtische Tierärzte, 1 Telegraphenverwalter mit 10 Angestellten. Die Dienstkleidung und Bewaffung des Polizeipersonals hat mehrfache Aenderungen erfahren. So finden sich u. a. 1850: areihiger grüner Waffenrock mit schwarzsamtenen Besäzen, niederer preussischer Hut, 1855: Hirschfänger statt Säbel, 1859: für die Werkstage Dienstmützen mit Wappenblech, 1860: Faschinenmesser als Waffe, 1867: statt der Hüte militärische Käppis mit Koshhaarbüschen, Stadtwappen, Wachstuchüberzügen, 1873: Einführung der gegenwärtigen Dienstkleidung und Bewaffung, wozu heuer neu der areihige blaue Sommerrock (10g. Litewka) kam. Das Jahr 1900 wird eine vollständige Neuerung der Uniformierung bringen, indem an die Stelle der grünen areihigen Waffenröcke blaue areihige Ueberröcke mit weißen Besäzen, leichtere Helme mit weißem Beschlag und kurze Säbel, unter dem Rock zu tragen, statt der bisher über dem Rock getragenen Seitengewehre zur Einführung gelangen werden.



Für den Rathausneubau wurden im ganzen 22 Gebäude erworben, wovon bis Ende 1899 20 zum Abbruch kamen. Die Kosten der Grunderwerbung betrugen zusammen: 1901500 Mk. Zu der letzteren wurden von den Umwohnern des Marktplazes Beiträge in Höhe von ca. 102000 Mk. geleistet.





4. Städtische Personalien.



Die nachfolgenden Personalmeldungen erstrecken sich im wesentlichen auf solche Beamte, welche als Amtsvorstände funktionieren oder sonst einen eigenen, direkt dem Gemeinderat oder dem Stadtschultheißenamt unterstellten Wirkungsbereich haben.

1. Neuanstellungen.

Beck, Steuereinnahmer, Kanzleivorstand der Steuereinnahmerei, wurde am 9. November zum Stadtkassier gewählt. Amtsantritt: 1. Dezember 1899.

Debach, Direktor des städt. Gaswerks, ist am 1. November — Tag der Uebernahme des Gaswerks in städt. Verwaltung — in städt. Dienste getreten.

Hortmann, Ratschreiber, am 9. November zum Kanzleivorstande des für das Jahr 1900 neuerrichtenden städtischen Steueramtes bestellt.

Lendner, technischer Direktor der städtischen Gasfabrik in Gaisburg, ist am 1. November in städtische Dienste übernommen.

Mattes, Dr. jur., Rechtsanwalt, am 16. März 1899 als jurist. Stadtschultheißenamtssekretär angestellt.

Sigel, zum Gewerbe- und Gemeinderichter gewählt, am 31. August zunächst auf 1 Jahr. Amtsantritt: 1. Oktober 1899.

2. Zur-Ruhe-Setzungen.

Hartmann, Ratschreiber, wurde unter Vorbehalt seiner Wiederanstellung im Falle seiner späteren Genesung auf 1. Juli zur Ruhe gesetzt.

Nägele, Stadtkassier, wurde auf 1. Januar 1900 in den bleibenden Ruhestand versetzt.

Sigel, Gemeinderichter, wurde auf 15. August 1899 in den bleibenden Ruhestand versetzt.

3. Dienstjubiläen.

Dobel, Bauinspektor, Vorstand der Kanalbauinspektion, feierte das 25jährige Dienstjubiläum am 12. November.



Desgleichen **Edz**, Rekrutierungsakruar, am 26. Oktober.

Desgleichen **Löble**, Inspektor, Vorstand der Latrineneentleerungsanstalt, am 7. April.

Desgleichen **Widmann**, Obergeometer, Vorstand des Vermessungsamts, am 4. Mai.

4. Todesfälle.

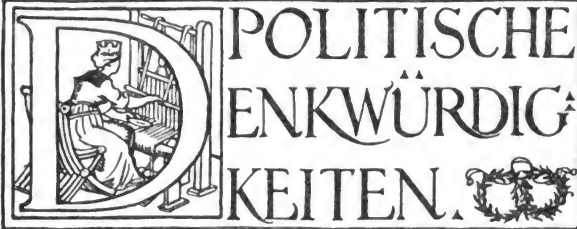
Honold, Polizeioberkommissär, II. Beamter des Stadtpolizei-Amtes, am 11. August.

Lang, Obergeometer, I. Geometer für Katastervermessungen, am 23. Dezember.

Ragg, Hausmeister des Rathauses, am 25. April.

Unkel, Verwalter des Bürgerhospitals, des Armenhauses und der Beschäftigungsanstalt, am 27. Mai.





POLITISCHE
ENKWÜRDIG
KEITEN.

Das politische Interesse des Jahres vereinigte sich, da Reichs- oder Landtagswahlen nicht stattfanden, im wesentlichen auf die Landesversammlungen der verschiedenen Parteien.

6. Januar. Landesversammlung der Volkspartei in der Liederhalle. Gemeinderat Eßf eröfnet die Versammlung. L. Sonnenmann aus Frankfurt begrüßt die Versammlung namens des Ausschusses der Deutschen Volkspartei. Kammerpräsident Payer referiert über die Lage im Reiche. Abgeordneter Konrad Hausmann behandelt die Verfassungsrevision. Abgeordnete Schmidt, Galler und St. Hausmann erörtern Parteiorganisationsfragen.

15. Januar. Landesversammlung der Deutschen Partei im Stadtpark. Die Versammlung eröfnete der Vorstand Rechtsanwalt Dr. Schall. Professor Mezger erstattete den Parteibericht. Landtagsabgeordneter v. Geß referiert über den Stand der Landtagsarbeiten. Professor Dr. Hieber berichtet über die Lage im Reich. Die hierauf vorgenommene Wahl in den engeren Landesausschuß ergab folgende Namen:

Kaufmann Jr. Chevalier, Rektor Dr. Egelhaaf, Dr. A. Elben, Dr. R. Elben, Gemeinderat Hartmann, Professor Dr. Herzog, Uhrmacher Laupmann, Gerichtsnotar Mayer, Professor Mezger, Rechtsanwalt Dr. Milczewsky, Kaufmann G. Müller, Dr. Kaydt, Landgerichtsrat Dr. Rupp, Rechtsanwalt Dr. Schall, Rechtsanwalt Scheurlen, Kommerzienrat Schiedmayer, Redakteur Dr. Schönleber, Rechtsanwalt R. Schott, Lithographiebesitzer W. Seeger, Geh. Kommerzienrat Widenmann.



Im Laufe des Jahres legte der langjährige Vorstand der hiesigen Deutschen Partei, Herr Gustav Müller, sein Amt nieder. An seiner Stelle wurde Professor Dr. Herzog gewählt; als zweiter Vorsitzender verblieb Rechtsanwalt Scheurle, als Schriftführer Dr. Schönleber und Professor Metzger, als Kassier Kaufmann Seizer.

3. April. Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei im Saale der Arbeiterhalle. Der Landesvorstand Genosse Dietrich erstattete den Jahresbericht. Reichstagsabgeordneter Blos sprach über die Lage im Reich. Die Neuwahl des Landesvorstandes ergab die Genossen Fischer als Vorsitzender, Belli Kassier, Durst Schriftführer, Schulz und Priglaß Beisitzer.

29. Juni. Landesversammlung der konservativen Partei im Herzog Christoph. Die Versammlung eröffnete der Vorstand Rechtsanwalt Dr. Kraut, der auch den Kassenbericht vortrug. Abgeordneter Schrempf sprach über: Unsere Aufgabe angesichts der Lage in Land und Reich.

Anlässlich der Landesversammlung fand eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen Gemeindevertreter statt, welche sich mit den Aufgaben dieser Vertreter und den von der Partei zunächst an die Gemeinden aufzustellenden Forderungen befaßte. Referent hiefür war Dr. Lindenmann, Degerloch. Weiter standen auf der Tagesordnung der Antrag auf eventuelle Schaffung einer Zentrale für Gemeindefachen, sowie die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung eines Gemeindeprogramms. Die Besprechungen der Gemeindevertreter sollen künftig eine ständige Einrichtung bilden.

Zur Feier des 1. Mai hielten die Arbeiterorganisationen durch verschiedene Straßen der Stadt einen Umzug.

Hierzu hatten sich die einzelnen Gruppen auf dem Gewerbehallevorplatz versammelt und von dort aus in Begleitung mehrerer Musikkorps den Weg durch die Linden-, Stift-, Dorotheenstraße über den Charlottenplatz, die Wflingerstraße, Leonhardsplatz, die Hauptstätter- und Sängelsbachstraße angetreten. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 6-7000, darunter sehr viele Frauen. Am stärksten vertreten waren das Baugewerbe und das graphische Gewerbe; diesen folgten die Arbeiter der Metalle, Bekleidungs-, Nahrungs- und Genussmittel-, sowie der Holzindustrie. Im Zuge wurden die Porträts von Lassalle



und Marx, sowie zahlreiche Embleme mit Inschriften mitgeführt; den verschiedenen Gewerben wurden ihre Abzeichen vorgetragen. Der Vorbeimarsch nahm etwa eine halbe Stunde in Anspruch. In den Straßen hatte sich ein zahlreiches Zuschauerpublikum aufgestellt. Vor der Dinkelacker'schen Brauerei teilte sich der Zug; die einzelnen Gruppen begaben sich in die für sie bestimmten Lokale von Dinkelacker, in der Arbeiterhalle und in der Frank'schen Brauerei, in welchen von den aufgestellten Referenten über die Bedeutung der Maiafeier als Agitation für die Erringung des Achstundentages gesprochen wurde.

2. September. Sedanstag. Die von den bürgerlichen Kollegien zur Erinnerung an die Schlacht von Sedan alljährlich veranstaltete Totenfeier fand auch heuer wieder an dem mit Blattpflanzen geschmückten Kriegerdenkmal auf dem Sangelobachfriedhof statt. Zur Einleitung des Aktes erklangen die Glocken von allen Türmen der Stadt; inzwischen hatten die offiziellen Teilnehmer auf dem großen Platz vor dem Friedhof Aufstellung genommen. Den Zug zum Denkmal eröffnete Stadtpfarrer Dölker, begleitet von Gemeinderat Stähle. Es waren ferner anwesend: Prinz Herrmann von Sachsen-Weimar, Oberhofmarschall Srhr. v. Wöllwarth mit den Präsidialmitgliedern des Württ. Kriegerbundes, zahlreiche Offiziere, Stadtdirektor Kläiber und Beamte verschiedener Departements, Stadtschultheiß Gauß mit Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien, sämtliche militärischen Vereine einschließlich der Sanitätskolonne mit umflorten Fahnen; Abordnungen der Turnvereine und der Stadtgarde zu Pferd. Der Geistliche warf in seiner Ansprache einen Rückblick auf die Befreiungskriege zu Beginn unseres Jahrhunderts und stellte diesen die Erfolge des Feldzugs 1870/71 gegenüber. Nach der Rede wurden Kränze — darunter einer von den bürgerlichen Kollegien gestiftet — an den Stufen des Denkmals niedergelegt; patriotische Gesänge des Krieger- und Sängerbundes umrahmten die Feier, die ein sehr zahlreiches Publikum herbeigezogen hatte.

Gleichfalls zur Feier des Sedanstages hatte sich eine größere Anzahl Damen und Herren im Konzertsaal der Liederhalle vereinigt. Professor Dr. Herzog als Vorsitzender hieß die Erschienenen willkommen. Die heutige Feier gelte der Einigung Deutschlands und der Dankbarkeit gegen die Kämpfer von 1870/71. Die Festrede hielt Archivrat Dr. Schneider. Eine weitere Ansprache hielt



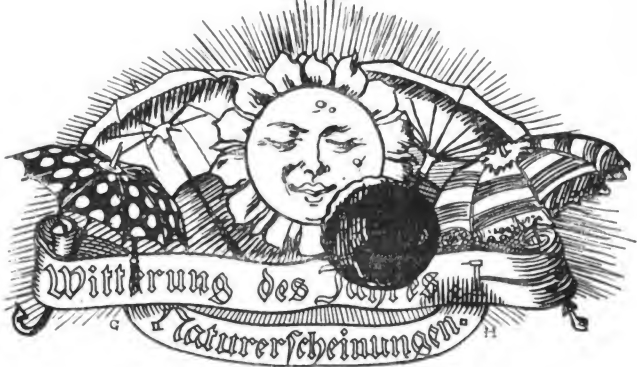
Seldpropst Blum. Es folgten Gesänge und Musikvorträge der Cannstatter Kurkapelle und patriotische Deklamationen.

Dem Aufruf der deutschen Studentenschaft, an den hervorragendsten Punkten unseres Vaterlandes Bismarcksäulen er stehen zu lassen, leistete auch die hiesige Studentenschaft Folge.

Ein vom Akademischen Liederkranz für diese Zwecke veranstaltetes Konzert ergab einen Reinertrag von 1100 Mk. Am 21. Juni fand auf dem Gähkopf, dem Aufstellungsort für die künftige Bismarcksäule, die erste der alljährlich auf den Sommer-Sonnwendtag geplanten Bismarck-Gedächtnisfeiern statt, wobei der erste Vorsitzende der Studentenschaft, stud. Lenz, eine Ansprache hielt. Außerdem wurden für die Zwecke des Baues im Monat Februar verschiedene Vorträge und Rezitationen von Prof. Dr. Weitbrecht und Hofchauspieler Schruppf gehalten.

Die Bismarck-Eiche, welche jenseits der Hasenbergstation an der großen Achse der verlängerten Kotenwaldstraße stand, da, wo der Fußweg zum Jägerhause abzweigt und ein Holzpavillon steht, mußte im Januar gefällt werden. Der dem Andenken Bismarcks geweihte Baum wurde seinerzeit von nichtswürdiger Hand verletzt und in seinem weiteren Wachstum unrettbar geschädigt, indem ein breiter Gurt seiner Rinde ringsherum ausgeschält wurde, ein Bubenstück, das leider noch nicht gesühnt ist.





I. Allgemeine Uebersicht.

Die ziemlich milde Witterung des Spätherbstes 1898 hatte sich bis tief in den Dezember hinein verlängert. Winterliches Wetter, Frost und Schnee war erst vom 21. Dez. an auf eine Woche zur Herrschaft gekommen, aber schon in den Schlußtagen des alten Jahres wieder von mildem, regnerischem Wetter abgelöst worden. Dieses setzte sich dann fast den ganzen Januar 1899 hindurch fort. Der 2. Januar brachte sogar ein Gewitter mit starkem Regen, womit der niedrigste Barometerstand des ganzen Jahres 735.5 mm (bei 0° und auf Meeresoberfläche umgerechnet) verbunden war. Ein zweites Gewitter, ebenfalls von Sturm begleitet, folgte am 12. Januar. Am 13. fiel dann ziemlich Regen. Die Stürme vom 12. und 13., ferner am 16. und 17. führten einen Strom warmer Luft aus Südwest bei, der eine weitere starke Erhöhung der Temperatur zur Folge hatte. Man glaubte sich in die erste Hälfte des April versetzt. Es waren daher ernstliche Regungen des Pflanzenlebens, insbesondere am Haselnußstrauch, zu bemerken. Ein Umschlag am



24.—26. Januar brachte zunächst wieder viel Schnee, dann neue Kälte, die bis 7. Februar fort dauerte. Am 24. Januar bildete sich eine neue Schneedecke, die erst am 5. Februar sich wieder ganz auflöste.

Die Niederschläge hörten Ende Januar auf und es herrschte nun Trockenheit bis Ende März. In der zweiten Februarwoche traf eine neue Wärmewelle, noch stärker als die des Januar, bei uns ein. Am 11. Febr. stieg in Stuttgart nachmittags die Temperatur bis auf 20.4° , den höchsten seit dem Beginn genauer und gleichmäßiger Messungen (1825) je in Stuttgart im Februar vorgekommenen Grad. Nur einmal, am 28. Febr. 1846, ist mit 20° in so früher Jahreszeit eine annähernd so hohe Temperatur eingetreten. Dem frühlingmäßigen Verhalten der Witterung entsprach ein Gewitter, das dritte dieses Winters, am 12. Februar, wieder verbunden mit Sturm und mit etwas Regen. Da die mittlere Temperatur vom 9.—15. Februar der von Mitte Mai gleichkam, so begannen im Unterland Dirlizen, ja auch frühe Aprikosen und Pfirsiche in Blüte zu treten.

In der zweiten Hälfte des Monats herrschte heiteres Wetter und entwickelten sich nachts merklich kühlere und kühlere Temperaturen, vom 22. an sogar Fröste, die die Frühblüte verdarben. Am letzten Februar trat bei Nordnordostwind der höchste Barometerstand des Jahres mit 778.1 mm ein (bei 0° und auf Meeresebene umgerechnet). Der März brachte am 6. wieder einen scharfen Frühfrost, vom 9.—16. aber von neuem frühlingmäßig mildes Wetter, das neue Blüten hervorlockte, die von der nachfolgenden Kälte in der zweiten Märzhälfte vernichtet wurden. Der Rückschlag vom 16. auf den 18., der einen Temperatursturz um $18\frac{1}{2}^{\circ}$ brachte, hatte sehr rauhe bis zum 26. sogar geradezu kalte Temperaturen im Gefolge und am 21. den glücklicherweise letzten Wintertag (Temperatur während des ganzen Tags nie über 0°). Am 20. und 22. März ist auch etwas Schnee gefallen, der eine Schneedecke bildete, die sich bis zum 23. erhielt.

Trotz seines rauhen Abschlusses ist der Winter 1898/99 mit nur 13 Wintertagen und mit einer Kälte, die in unserem Stuttgart im stärksten Fall nur -9.8° betrug, einer der mildesten Winter gewesen, der vierte in der Reihe der milden Winter seit



1895/96. Frosttage wurden es schließlich zusammen 43, um 9 weniger als im Winter 1897/98, der 52mal Frost hatte. Die diesmal erreichte Zahl ist kaum mehr als die Hälfte der langjährigen Durchschnittsziffer. Dagegen trat die Kälte 1898/99 doch etwas strenger auf als 1897/98. Am 26. Dezember 1898 sank nämlich das Thermometer auf -9.8° , während es 1897/98 nur bis -7.2° herabgegangen ist.

Nach Abschluß des März begannen wieder Niederschläge und es folgte im April und Mai nasses, vorwiegend kühles Wetter, nur von wenigen Anläufen zu warmem Frühlingwetter unterbrochen. Der 3. April brachte das erste große ausgebreitete Gewitter des Frühjahrs. Vom 8.—13. herrschte geradezu nasskaltes Wetter. In hohen Lagen fiel während dieser Zeit sogar Schnee, namentlich am 8. und 13. Am 13. sank dann in der Frühe die Temperatur auf nur 0.8° ; auf dem Land gab es Frost. Glücklicherweise war die Kirschenblüte erst in der Entwicklung begriffen. In den milden, wenigstens zeitweise heiteren Tagen vom 13.—18. entfaltete sich vom 15. an die Kirschen- und bald auch die Pflaumen- und Zwetschgenblüte. Da aber nun wieder nasses und kühles Wetter einsetzte, so verzögerte sich die Birnenblüte bis zum 20. (Palmisch-Birnen) und 25. (Welsche Bratbirnen). Auch die Apfelblüte, die bei den Jakobi-Äpfeln am 25. April, bei den Goldparmanen am 7. Mai, bei den späten Luiken am 17. Mai begann, fiel in eine sehr ungünstige Zeit. Regenfrei blieben im April nur wenige Tage, und den für günstigen Verlauf der Blüte notwendigen anhaltenden Sonnenschein brachten nur der 23. und 24. und der 28. März, dann der 10., der 13. und 14. und der 17.—19. Mai. Einzelne Sorten in einzelnen Lagen konnten allerdings befriedigend Früchte ansetzen. Im großen Ganzen aber verlief die Obstblüte traurig.

Recht kalt wurde es wieder in der ersten Maiwoche. In mittleren und hohen Lagen kam es am 4. und 5. zu Schneefällen, am 5. zu einem Nachtfrost. In Stuttgart sank die Temperatur in geschützten Lagen aber nur bis auf 3.0° .

Ziemlich warm sind die Tage vom 10.—12., die Tage der sogenannten Eisheiligen, ausgefallen. Ueberhaupt brachte der Mai vom 8.—18. eine ziemlich trockene und warme Zeit, am 14.



sogar einen sehr warmen Tag, in Stuttgart den ersten Sommertag (Mittagswärme mindestens 25°). Der Eintritt des ersten Sommertags erfolgte annähernd zur normalen Zeit (s. unten).

In der letzten Maiwoche ließen infolge trockener Nordwinde die Niederschläge nach. Zunächst trat allerdings sehr kühles Wetter ein. Am 30. ging die Temperatur sogar bis auf 4.0° zurück. Doch kam es im übrigen Württemberg nur in besonders rauhen Albthälern zu Frösten. Die anschließende erste Junihälfte fiel dann trocken aus. Bei reichlichem Sonnenschein entwickelte sich warmes, jedoch nicht hervorragend heißes Wetter. Vom 2.—6. folgten sich 5 Sommertage, aber nur mit Temperaturen bis zu 27.4° (6.).

Das schöne Wetter wurde wieder abgelöst durch eine regnerische, ziemlich gewitterreiche Zeit vom 13. Juni bis 6. Juli. Auf dem Land verregnete die Heuernte, die in der Regel in der zweiten Junihälfte, nur von wenigen Landwirten früher vorgenommen wird, und in unserem Thal, wie im ganzen Unterland, litt die Rebenblüte noth. Es begann nämlich am 24. die allgemeine Blüte des Frühburgunder, am 26. die des Portugieser, am 28. und 29. die von Gutedel, Silvaner und Trollinger. Am besten kamen späte Sorten in rauheren Lagen weg, deren Blüte nicht mehr in diese nasse Zeit fiel. Gewitter kamen vor allem vom 17.—19., am 25. und 29. Juni zum Ausbruch. Der 29. brachte in den Oberämtern Leonberg und Neresheim viel Hagel. In Stuttgart fielen am 24. nur unschädliche Schlossen, am 29. nur Regen, freilich die beträchtliche Menge von 27.6 l pro qm . Gegen Schluß dieser Regenzeit wurde es immer kühler, und vom 1.—5. Juli herrschte ein für den Juli ungewöhnlich nasskaltes Wetter. Die Kälte war so empfindlich, daß vielfach eingeheizt wurde.

Nun aber folgte vom 7. Juli an ein schöner, trockener, warmer Hochsommer, der einem guten Einbringen der Getreidernte auf dem Lande sehr günstig war. Große Hitze herrschte vom 19.—23. Juli, namentlich am 22., dem heißesten Tag des ganzen Jahres mit 34.0° nachm. in Stuttgart. Vom 21.—23. waren auch die Nächte sehr warm und drückend. Eine neue Hitzeperiode trat vom 1.—7. August, mit der höchsten Steigerung am 5. bis zu 31.6° , ein. Schwere Gewitter brachten der 17. und 24. Juli. Am 17. wurden hauptsächlich Kornwestheim, Tazens-



hausen und Mühlhausen, OÄ. Cannstatt, am 24. vor allem der Göppinger Bezirk betroffen. Im Stuttgarter Thal fiel an diesen Tagen kein Hagel, am 24. aber viel Regen (20,4 l pro qm). Weitere Unwetter kamen am 4.—7. August zum Ausbruch. Am 4. August hagelte es auf der Alb und im oberen Neckargebiet. Stuttgart hatte am 7. und 8. August starke Schlagregen, die aber der Trockenheit wenig Abbruch thaten. Am 15. und 16. August bildeten sich neue, aber weniger ausgebreitete Unwetter, am 15. im Spaichinger, am 16. im südlichen Teil des Münsinger Bezirks.

Im September wurde es zunächst sehr schwül. Vereinzelt Regenfälle steigerten die Schwüle, die am 7. nahezu unerträglich wurde. An diesem und am 8. entlud sich dann endlich die hochgradige Feuchtigkeit in schweren Gewittern und Wolkenbrüchen. Es war der Gehalt der Luft an aufgelöstem Wasserdampf auf 14—15 g pro cbm gestiegen, was einem Niederschlagspunkt von 16½ bis 17½° entspricht. Am 7. September erfolgte schon morgens ein leichtes Gewitter mit Regen; die Hauptentladung aber kam abends, verbunden mit Blitz und Donner und auch etwas, jedoch unschädlichem, Hagel. Die im Anschluß daran niedergegangene Regenmasse (35.2 l pro qm) war dann die größte im Lauf des Jahrgangs innerhalb 24 Stunden in Stuttgart gemessene Menge. Der Betrag erreichte gleichwohl nur die Hälfte des bisher höchst beobachteten (70.2 l pro qm am 1. Juli 1889).

An diesen Wolkenbruch schloß sich dann Regenwetter, gefolgt von allmählich immer weiter schreitender Abkühlung an. Am 24. und 25. September war es sogar empfindlich kühl. Die Trauben, die in dem warmen August sehr vielversprechende Fortschritte gemacht hatten, blieben in ihrer weiteren Entwicklung nahezu stehen.

Gegen Schluß des September wurde es allerdings besser. Die Niederschläge ließen sehr erheblich nach. Im Oktober kehrte dann das vorwiegend trockene Wetter des Hochsommers zurück. Die Temperatur wurde aber nicht allzu warm, da die Nächte ziemlich kühl ausfielen. Schon in der Nacht vom 8./9., dann vom 14./15. und wieder vom 20.—22. kamen in mittleren und höheren Lagen Fröste vor, die nicht unbedeutenden Schaden, namentlich auch am Weinlaub, anrichteten.



Es wurde deshalb, und weil bei dem trockenen Wetter ein Rückgang in der Menge des erhofften Weines befürchtet wurde, die Weinlese verhältnismäßig früh vorgenommen. In Stuttgart wurde der Beginn auf 19. Oktober festgesetzt, im größten Teil des Unterlandes noch einige Tage früher, meist auf den 16. Wer seine Trauben länger hängen ließ, konnte dann allerdings die sonnigen Tage der zweiten Oktoberhälfte zu weiterer Verbesserung seines Ertragnisses benutzen. Das Ertragnis war an Menge kleiner als ursprünglich veranschlagt worden war und sehr säurereich, aber doch gehaltvoll.

Ende Oktober kamen leichte Regenfälle, die aber bald wieder aufhörten. Sehr mild und lau gestalteten sich die Tage vom 28. Oktober bis 8. November. Am 4. November stieg die Temperatur nachmittags bis auf 21.6° , einen Grad, der im November in Stuttgart seit 1825, dem Beginn genauer Feststellungen, überhaupt noch nie erlebt worden ist. Vom 7.—12. November fiel vereinzelt etwas Regen; sonst aber blieb der November wie der Oktober sehr trocken. Die Temperatur blieb im November nach dem 8. mäßig mild, frostarm. Der 17. November brachte bei Ostwind den zweithöchsten Barometerstand des Jahrgangs, 777.2 mm (bei 0° und wie üblich auf Meeresoberfläche umgerechnet). Gegen Ende November entwickelte sich eine Nebeldecke, die sich allmählich tiefer senkte und nun die Höhen frei ließ, so daß über das Nebelmeer hinweg Schwarzwald und Alb sich gegenseitig sehen konnten.

Winterliches Wetter trat dann, nicht allzufrüh, aber doch erheblich früher als in den letzten Wintern, am 8. Dezember ein. Das Frostwetter hielt sich ziemlich lang, ohne jedoch hervortragend strenge Kälte zu bringen, bis zum 23. Dezember, um dann auf etwa 14 Tage milderem Wetter Platz zu machen. Die nun abgeschlossene Reihe der Wintertage umfaßte 14 Tage. Eine so lange Reihe hat seit 1879 nie ein Dezember gebracht. Seit 1879 sind überhaupt noch längere Reihen von Wintertagen nur zweimal, vom 24. Dezember 1892 bis 9. Januar 1893, 17 Tage lang, und vom 27. Januar bis 18. Februar 1895, 23 Tage lang, vorgekommen. Da die am 12. und 15. entstandene Schneedecke sehr dünn war, so froz während der Frostzeit der Boden ziemlich tief zu. Nach der Wiederkehr milden Wetters entstand zunächst Glatteis, und



ging das Auftauen des Erdreichs langsam vor sich, erfolgte aber noch vor Jahresluß. Der letzte Tag des alten Jahrgangs brachte noch 26.8 l pro qm Regen, eine für den Dezember ungewöhnliche Menge. Eine Durchfeuchtung des vom Spätherbst her ausgetrockneten Bodens trat erst recht im neuen Jahre ein.

Kurz: auf den milden Winter 1898/99 folgte unmittelbar ein sehr milder und trockener Vorfrühling, dann aber ein kühles, nasses Frühjahr. Auch der Frühsummer war teilweise feucht und kühl. Der Hochsummer war trocken und warm, der September naß; der Spätherbst wieder sehr trocken. Im Dezember kam früher als in den Vorjahren, aber nicht allzubald, Frostwetter.

Nach den Aufschreibungen der Kanalbau-Inspektion hat es in Stuttgart 798,9 Stunden lang, also etwas weniger als im Vorjahr, geregnet, in etwa 9% der Zeit, im Vorjahr in etwa 10%; pro Niederschlagsstag dauerte der Regen 5.1 Stunden lang, also ungefähr ebenso lang wie im Vorjahr. Die Gesamtniederschlagshöhe betrug 669.7 l pro qm, d. h. pro Tag 1.8 l. Pro Niederschlagsstunde fielen in der warmen Jahreshälfte (April bis September inbegr.) 1.0 l, in der kalten (Januar bis März und Oktober bis Dezember inbegr.) 0.5 l. Die Niederschläge in der warmen Jahreszeit waren also etwas weniger ergiebig als im Vorjahr (1898 1.2 l). Tage mit mehr als 12 Stunden Niederschlagsdauer gab es 1899 nur 16: 2 im Januar, 4 im April, 2 im Mai, 2 im Juni, je einen im Juli, August und September und 3 im Dezember. Bemerkenswert ist die viertägige Reihe stark verregneter Tage, vom 19.—23. April, mit 20.5, 13.3, 11.2 und 12.0 Niederschlagsstunden.

Die Berechnung der Beobachtungen an der Stuttgarter Beobachtungsstation im Dienstgebäude des Kgl. Statistischen Landesamts (Büchsenstr. 51) lieferte folgende Zahlen:

Beobachtungsergebnisse von Stuttgart im Jahr 1899.

(Meereshöhe 269 m.)

Höchster Barometerstand	778.1 mm	den 28. Febr. bei NO.	} zur Beobachtungs-
Tiefster	738.0 mm	" 2. Jan. bei W.	
Jahresschwankung	40.1 mm		
Mittlerer Barometerstand	763.6 mm,	zu hoch um 0.6 mm.	



Größte Wärme: 34.0° C. den 22. Juli
 Kleinste " - 13.0° C. " 14. Dezember
 Jahreschwankung 47.0° C.

Mittlere Wärme:

1899	7. ²³ Uhr	2. ²³ Uhr	9. ²³ Uhr	Mittel
Jahr	7.7	13.5	10.2	10.4° C.
50jähr.	7.9	13.2	9.1	9.8° C.
zu groß um	—	0.3	1.1	0.6° C.
zu klein um	0.2	—	—	—° C.

Von den einzelnen Monaten waren

zu warm:		zu kühl:	
Januar	um 4.5°	April	um 0.4°
Februar	" 2.9°	Mai	" 1.2°
März	" 0.8°	Juni	" 0.6°
August	" 1.4°	Juli	" 0.5°
November	" 2.8°	September	" 0.4°
		Oktober	" 0.2°
		Dezember	" 2.2°

Frosttage: 52 (normal 82.3)

Wintertage: 23 (normal 22.6)

Sommertage: 44 (normal 46.0).

Letzter Frost im Frühjahr: 26. März; durchschnittlich letzter Frost in den Jahren 1874/1899: 10. April.

Erster Frost im Herbst: 17. November; durchschnittlich erster Frost in den Jahren 1874/1899: 28. Oktober.

Letzter Wintertag des alten Winters: 21. März; durchschnittlich letzter Wintertag in den Jahren 1874/1899: 23. Februar.

Erster Wintertag des neuen Winters: 9. Dezember; durchschnittlich erster Wintertag in den Jahren 1874/1899: 5. Dezember.

Erster Sommertag der heißen Zeit: 14. Mai; durchschnittlich erster Sommertag in den Jahren 1874/1899: 17. Mai.

Letzter Sommertag der heißen Zeit: 7. September; durchschnittlich letzter Sommertag in den Jahren 1874/1899: 13. September.

Mittlere Feuchtigkeit: 81 (normal 76) %

Kleinste " 35 % den 1. März

Mittlere Bewölkung: 5.9 (normal 6.4) Zehntel.

Zahl der klaren Tage: 64 (normal 34.6)

" " schönen " 185 (" 165.2)

" " trübem " 124 (" 131.8).

Dauer des wirksamen Sonnenscheins pro Tag 4.4 Stunden, im ganzen Jahr zusammen 1591.3 Stunden bei zusammen 4452.2 Stunden Tageslänge oder 36 % der Tageslänge.



Luftbewegung:

N	8	SO	39	W	416
NO	112	S	1	NW	144
O	316	SW	54	windstill	5
windige Tage: 27					
stürmische " 3.					

Höhe des Niederschlags: 669.7 mm (normal 653.1 mm), davon Schnee 26.7 mm (normal 53.9 mm).

Der Niederschlag war zu groß = 102 % des normalen. Der Schneefall war zu gering = 50 % des normalen.

Größter Niederschlag innerhalb 24 Stunden: 35.2 mm den 7. September.

Tage mit Niederschlag:	157 (normal 157.5)
" " Schnee:	18 (normal 30.3)
" " Graupen:	1
" " Hagel:	2
" " Gewitter:	23 (normal 21.4)
" " Wetterleuchten:	5
" " Eisglätte:	2
" " Schneedecke:	27
" " Nebel:	102 (normal 117.3)
" " Reif:	30.

Legter Reif im Frühjahr: 24. April; durchschnittlich letzter Reif in den Jahren 1874/1899: 29. April.

Legter Schnee im Frühjahr: 12. April; durchschnittlich letzter Schnee in den Jahren 1874/1899: 16. April.

Erster Schnee im Spätjahr: 13. Dezember; durchschnittlich erster Schneefall in den Jahren 1874/1899: 11. November.

Erstes Gewitter im Frühjahr: 3. April; durchschnittlich erstes Gewitter in den Jahren 1874/1899: 21. April.

Letztes Gewitter im Herbst: 8. September; durchschnittlich letztes Gewitter in den Jahren 1874/1899: 12. September.

(Ueber die Vergleichung mit früheren Jahrgängen s. Tabelle S. 224.)



Vergleichung mit früheren Jahrgängen:

Jahrgang	Temperatur			Großtage	Wintertage	Sommertage	Durchschnittl. Feuchtigkeitsgehalt %	Mittlere Bewölkung Sehtel	Schöne Tage (bis zu 1/3 bewölkt)	Sonnenschein Stunden pro Tag	Stürme	Niederschlags-höhe mm	davon Schnee (Schmelzwasserhöhe) mm	Nieder-schlag	Tage mit			Nebel
	Mittel	Schlechte	Lied-												o. C.	o. C.	o. C.	
1899	10.4	34.0	-13.0	52	23	44	81	5.9	185	4.4	3	67.0	26.7	157	18	2	23	102
1898	10.7	32.4	-9.8	42	8	43	82	6.3	165	3.9	2	63	34.3	170	18	2	19	131
1897	10.2	32.0	-7.2	50	11	40	83	6.7	144	3.6	3	65.5	19.4	161	25	2	26	114
1896	9.5	30.4	-11.8	58	10	23	82	7.2	126	3.2	—	74.4	24.8	173	23	—	20	119
1895	9.3	34.6	-21.0	88	39	49	74	6.2	192	4.5	2	70.1	86.4	163	43	2	29	97
1894	9.9	33.6	-16.0	59	15	31	70	6.7	147	3.4	—	69.8	21.8	150	12	—	15	115
1893	10.1	32.0	-25.0	70	25	38	69	6.2	175	4.7	3	58.2	33.4	151	17	—	20	101
1892	9.6	36.2	-14.0	84	30	45	74	6.5	164	3.6	1	67.9	79.9	155	45	—	23	123
1891	9.0	34.0	-20.8	90	29	23	76	6.5	170	3.4	1	59.6	37.6	157	30	1	18	129
1890	8.9	31.2	-13.0	89	45	22	74	6.6	168	3.0	6	56.4	20.5	145	15	1	19	116
1889	9.0	31.2	-13.4	95	49	38	76	7.0	144	2.5	3	78.1	74.6	163	37	2	29	103
1888	8.7	31.8	-18.8	101	24	25	77	6.5	175	·	1	67.2	64.2	172	35	2	18	140
1887	8.6	31.8	-16.0	113	37	46	73	6.3	176	·	2	54.6	46.1	142	37	1	16	136
1886	9.9	32.4	-11.0	89	25	49	77	6.3	180	·	4	73.8	140.1	155	33	1	26	90
1885	9.5	30.5	-15.0	84	22	43	76	6.0	187	·	1	71.1	49.3	157	23	—	20	134
1884	10.3	35.0	-7.5	61	9	53	75	6.3	162	·	1	53.3	30.4	158	30	3	17	94
1883	9.7	30.6	-15.0	78	12	39	75	6.4	145	·	5	65.2	31.5	161	20	1	20	30
1882	10.0	30.6	-8.4	63	11	25	77	6.3	158	·	19	85.1	27.7	187	21	1	23	59
1881	9.6	33.7	-18.0	74	26	41	75	6.0	181	·	18	64.0	31.1	159	17	2	31	44
1880	10.2	32.0	-20.0	65	18	45	76	6.3	172	·	16	79.7	3.8	174	12	1	23	60

2. Besondere Einzelheiten.

Neben das schon oben in der allgemeinen Uebersicht erwähnte Unwetter am 12. Januar sind aus den Zeitungen noch folgende Einzelheiten zu entnehmen: Schon seit dem 26. Dezember war in der Luft eine große Unruhe zu verspüren. Zunächst zeigte der Luftdruck eine ungewöhnliche Lust zu Veränderungen, bald einen halben Tag hindurch zunehmend, dann wieder abnehmend. Am Samstag den 31. um 10 Uhr vormittags hatte er 762 $\frac{1}{2}$ mm erreicht. Nun aber erfolgte ein unregelmäßiges Fallen bis Montag den 2. Januar auf 737 mm, d. h. auf 26 mm unter Mittel. Hiemit ging ein starker und rascher Wechsel zwischen hell und trüb, zwischen trocken und naß, zwischen Regen und Schnee, zwischen mild und rauh Hand in Hand. Das eigentliche Unwetter wurde zunächst angekündigt durch lebhaften Wind und starken Barometerfall, welcher letzterer tags zuvor um 9 Uhr begann und innerhalb 13 Stunden eine Abnahme des Luftdrucks um 14 mm ergab. Am Wendepunkt erfolgte eine beinahe hüpfende Bewegung um beinahe 4 mm nach oben, verursacht durch das Gewitter, das um 10 Uhr 35 Minuten losbrach. Starke Blitze und Donnerschläge, später auch ergiebige Regengüsse mit Hagel untermischt, folgten. Gegen 11 Uhr wurde der letzte Donner vernommen. Nicht wie sonst, namentlich im Sommer, schloß sich an dieses Gewitter unmittelbar eine empfindliche Abkühlung an, dafür aber ein schwerer Sturm, der in unserm Thal zwar gemäßigt, auf den Gildern aber um so heftiger auftrat, Bäume umriß und Kamine umwarf.

Aber auch in der Stadtmarkung war der Schaden, den das Unwetter anrichtete, nicht unerheblich. In vielen städtischen und den Bgl. Anlagen wurden starke Bäume entwurzelt und Aeste in Menge herabgerissen. Das Gehen in den Straßen war geradezu lebensgefährlich. Leider hat der Sturm auch ein Menschenleben gefordert. An dem Neubau Danneckerstraße Nr. 28 wurde zwischen 11 und $\frac{1}{4}$ 12 Uhr ein Maschinengerüst umgeworfen,



durch dessen herabstürzende Balken der 63jährige Apotheker Zwick wenige Schritte von seiner Wohnung erschlagen wurde. An dem gegenüberliegenden Gebäude Danneckerstraße Nr. 23 A wurden durch das einstürzende Gerüst Fenster zertrümmert, sowie das Hofthor und die Hausstafel stark beschädigt. Glücklicherweise fielen die schweren Teile der Maschine auf den daneben befindlichen freien Platz. Die mannsdicken Ständenbäume waren durch die Gewalt des Einsturzes wie Ruten geknickt. Auch an Gebäuden hat der Sturm vielfache Beschädigungen angerichtet; ebenso wurden viele Telephonleitungen zerstört. Auch im Bahnbetrieb traten außerordentliche Störungen ein. Zwischen Untertürkheim und Eslingen, sowie auf der Strecke Tuffenhausen—Kornweiskheim waren beide Geleise von nachts 2³/₄ Uhr an bis 4¹/₂ Uhr früh durch umgeworfene Telegraphenstangen gesperrt. Der 1 Uhr 10 Min. aus der Richtung Ulm hier eintreffende Pariser Schnellzug erlitt durch das Unwetter eine Verspätung von nahezu 1¹/₂ Stunden. An den Läutwerken der Betriebsinspektion auf dem Hauptbahnhof zeigten sich während der Dauer des Unwetters starke elektrische Erscheinungen; infolge der Einwirkung des Gewitters wurde die in der rechten Einfahrtshalle befindliche Drehscheibe unbrauchbar und mußte von Hand betrieben werden.

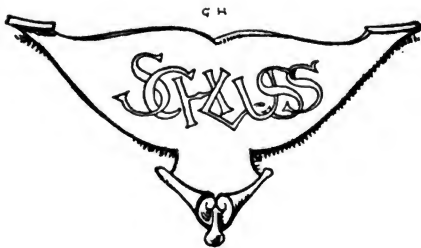
Die Mondfinsternis am 17. Dezember war in Stuttgart unter sehr günstigen Verhältnissen zu beobachten. Das Neue Tagblatt berichtete darüber:

Der Himmel, welcher in den ersten Abendstunden mit einer dichten Dunstmasse bedeckt war, hellte sich gegen Mitternacht derartig auf, daß der Mond zu Beginn seiner Verfinsternung (12 Uhr 44 Min.) im hellsten Lichte strahlte. Außerdem wurde die Beobachtung des Phänomens durch die Stellung des Mondes erleichtert, der nahe seiner Kulmination stand und zudem, wie immer zur Wintervollmondzeit, sich in seinem höchstmöglichen Stande überhaupt befand. Schon einige Minuten vor Anfang der Finsternis sah man am linken Rande einen leichten Schatten den Mond berühren, ohne daß, wie man früher öfters beobachtete, der Halbschatten eine blaue Färbung annahm. In den ersten Phasen der Verfinsternung war der beschattete Teil der Mondscheibe viel dunkler als später; er erschien in schwarzgrauer Färbung. Kurz vor Eintritt der Totalität — um eine solche handelte es sich für den Beobachter bei der diesmaligen Finsternis, obwohl sie theoretisch nur eine partielle war — wurden die Farben am verdunkelten Mond lebhafter, zuerst dunkelbraun mit einem



Stich ins Gelbliche, dann rostbraun und zuletzt purpurot. Sehr auffallend war die große Helligkeit, die auch nach Eintritt der Totalität (2 Uhr 26 Min.) den unteren Mondrand umspielte und die selbst um die Mitte der totalen Verfinsterung noch deutlich sichtbar blieb. Trotz dieser Lichtquelle war der Anblick des gestirnten Himmels zur Zeit der stärksten Finsternis völlig verändert. Wie in mondscheinlosen Nächten leuchteten die schwächsten Sterne, auch in unmittelbarer Nähe des Mondes, hell auf, darunter — allerdings nur dem bewaffneten Auge sichtbar — der Planet Neptun als Stern achter Größe. Mit dem Austritt des Mondes aus dem Erdschatten verblassten allmählich die Sterne in seiner Umgebung, und um 4 Uhr 8 Min., mit dem Ende der Finsternis überhaupt, erhielt der Himmel sein früheres Aussehen wieder; nur am unteren Westrande des Mondes huschten noch wenige Minuten lang die letzten Halbschatten vorüber.

Der Perseiden, oder Laurentius, Sternschnuppen schwarm war wiederholt prächtig zu beobachten. Einzelne Beobachter zählten in kurzer Zeit 40—60 Sternschnuppen.





Berichtigungen zur Chronik 1898.

Allgemeine Bemerkung. Soweit in einem neuen Jahrgang der Chronik vergleichshalber Zahlen aus früheren, insbesondere dem letzten Jahrgang wiederholt werden, diese wiederholten Ziffern aber Abweichungen zeigen, sind letztere als die richtigen anzusehen. Die Verschiedenheiten erklären sich für gewöhnlich daraus, daß oftmals, um die Herausgabe der Chronik nicht aufzuhalten, nur die vorläufigen, nicht aber die endgültigen Zahlen gegeben werden können.

Berichtigungen für 1898. Zu lesen

Seite 3 Großzeile 6 statt Rölller: Koller.

" 8 " 3 " 29. Oktober: 28. Oktober.

" 9 " 22 " September: Oktober.

" 10 " 1 " Nachmittag: 29. September.

" 12 " 19 " Eger: Egner.

" 70 " 13 " Hell: Hammer.

" 104 " 3 Die Bildwerke wurden ausschließlich von Fremd geschaffen.

" 112 " 9 statt Levy: Levi.

" 127 " 28 " Minister: Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

" 128 " 9 " 35 205: 35 165.

Berichtigungen für den vorliegenden Jahrgang 1899 bittet man an die „Chronikkommission des Gemeinderats“ richten zu wollen.



Personen-Verzeichniss.

- Abele 154.
 Albany, Herzogin 91. 113.
 Albany, Prinzessin 113.
 Albrecht 29.
 Altvater 21.
 Andler 91.
 Ankele 29.
 Arnold 169. 177.
 Arp 98.
 Auberlen 90.
- Badé 117.
 Bantlin 132.
 Bauer 91.
 Baumeister 36. 153.
 Bausch 90.
 Beck 209.
 Beckh 26.
 Belli 212.
 Benedikt 45.
 Benzinger-Wahlmann 105.
 Bessy 169. 177.
 Berthe 129.
 Bihl 201.
 Bilfinger 86. 129.
 Binder 22.
 Blesinger 46.
 Blöß 82.
 Bloss 212.
 Blum 3. 21. 129. 214.
 Böcklen 91.
 Bohn 22.
 Branco 164.
 Brand 95.
 Brandauer 29.
 Brandt 82. 84.
 Brauer 52.
- Braun 100. 114. 119. 121. 128.
 Brenner 119.
 Bretschneider 3.
 Breuninger 120.
 Bruler 110.
 Buchner 101.
 Bücheler 91. 128.
 Bürkert 9.
 Burk 115. 118.
 Burkhart 169.
 Cämmerer 15.
 Carl 21. 106.
 Chevalier 211.
 Christaller 52.
 Cieß 211.
 Cranz 96. 101.
- Debach 46. 209.
 Diefenbach 98.
 Diergardt 140.
 Dieter 121.
 Dietle 29.
 Dietrich 36. 212.
 Diez 179.
 Dillmann 38.
 Döbel 99. 209.
 Dölfer 213.
 Dörtenbach 59. 159.
 Doeshourgh 91.
 Dollfuß 45.
 Dolmetsch 99.
 Donndorf 90. 91.
 Dreher 82.
 Drück 3. 90.
 Dürr 160.
 Eurst 212.
- Eckstein & Stähle 142.
 Edelmann 94.
 Effenberger 86. 108. 109.
 Ege 113. 114. 115. 116. 119.
 Egelhaf 35. 96. 211.
 Eggle 23.
 Egner 97. 228.
 Ehmann 99. 127.
 Ehni 169.
 Ehrenspiel 23.
 Eibach 60.
 Eichler 94. 97.
 Eiben 25. 106. 211.
 Ulrichshausen 82.
 Eichelmayr 169. 177.
 Epple 90.
 Erdert 99.
 Erfort & Wüst 160.
 Ernst 98.
 Esser 92.
 Euting 111.
- Faber 22.
 Faulhaber 116. 119.
 Feil 179. 201.
 Fezer 100. 169. 212.
 Feucht 52.
 Findeisen 99.
 Fink 201. 202.
 Fischbach 22.
 Fischer 36. 45. 59. 70. 169.
177. 178. 179. 212.
 Flach 45.
 Föhr 21.
 Förstler 16. 86. 105. 107.
 Fraas 101. 164. 165.
 Frank 131.



- Frech 169. 177.
Fremd 228.
Frey 72. 153. 201.
Fricke 82.
Frohnmeyer 21. 97. 128. 194.

Gänfle 96.
Galler 201. 202. 211.
Gansfer 100.
Gaupp 129.
Gaufß 2. 3. 13. 15. 19. 34.
36. 58. 66. 91. 107. 128.
129. 130. 144. 152. 154.
169. 179. 180. 197. 213.
Gebhardt 99.
Gemmingen 113. 115. 119.
Georgii 169. 177. 179. 194.
Gerlach 86. 108. 178.
Gessler 130.
Geyr = Schweppenburg 75.
77.
Göb 208. 210.
Gradmann 96. 97.
Grammer 94.
Graner 101.
Grethe 132.
Griefinger 24.
Grimminger 97.
Gros 100. 120.
Grog 93.
Grünenwald 91.
Güntter 105. 129.
Gugenhan 98. 99.
Gumbert 14. 179. 201.
Gutekunst 89.

Habermaas 87. 91.
Hänel 111.
Härlein 91.
Häußermann 98.
Haller 98.
Halmhuber 2. 52. 99. 110.
111. 165.
Hamm 91.

Hammer 228.
Hangleiter 36. 45. 179.
Hartenstein 83.
Hartmann 14. 97. 107. 201.
209. 211.
Hafert 201.
Hastert 82.
Hausmann 72.
Hausmeister 96.
Häußer 201. 211.
Häußmann 22. 211.
Heddel 9.
Hedinger 93. 94.
Hegelmaier 180.
Heim 169. 201. 202.
Hell 111. 165.
Hermann 129.
Herrig 91.
Herrmann 38. 128.
Herterich 132.
Herzog 178. 211. 212. 213.
Heuser 82.
Hieber 211.
Hilbert 208.
Hiller 15. 105. 107.
Hils 87.
Hirn 52.
Höfer 109. 179.
Högg 111.
Hofacker 72.
Hoffmann 109.
Hohl 27.
Holländer 109. 110.
Honold 210.
Horn 140.
Hottmann 209.
Huber 90. 169. 201. 202.
Hummel 160.

Jacob 88.
Jäger 169.
Jähmig 88.
Jakoby 38. 167.
Jaffoy 131.

Jmle 27.
Jobst 50. 115. 160.
John 100.
Jordan 23.
Jung 90.

Kälberer 128.
Kämmerer 160.
Kaiser, Majestät 3. 4.
Kaldreuth 132.
Kapff 82.
Kappis 90.
Katharina, Prinzessin 140.
Kaufmann 101.
Kaufmann 100.
Kaula 24.
Keeser 100.
Keller 90. 160.
Kercher 14.
Kern 129.
Kessler 74. 96.
Kieser 82.
Kiemlen 90.
Kieser 52. 91. 133.
Kirchhof 88.
Kirchner 9.
Klaiber 119. 194.
Kleber 99.
Klein 80. 133.
Klingler 115. 160.
Kloß 179.
Klunginger 3. 101. 164.
Knauß 36.
Koch 91. 101.
Köhler 59.
Kölle 21. 98. 99. 153. 156.
König, Majestät 2. 3. 75. 76.
77. 89. 91. 107. 113. 115.
132. 167.
Königin, Majestät 3. 75. 76.
90. 113. 128. 139.
Königsmark 75.
Köstlin 14. 107.
Kolb 3. 91.



Koller 228.
Kopp 90. 116.
Krauskopf 91.
Krauß 160.
Kraut 2. 3. 13. 14. 15. 20.
46. 83. 169. 177. 178. 199.
212.
Kreglinger 169.
Kroner 94.
Kübel 50.
Künste 91.
Künzel 87.
Kuhn 118.

Lachenmayer 74.
Lampert 164.
Landauer 179.
Landesen 99.
Lang 210.
Lange, de 86. 87. 88.
Lautenschlager 180. 187.
188.
Laumann 211.
Leins 165.
Leipart 64.
Leipheimer 105.
Lendner 209.
Lent 91.
Lenz 214.
Levi 29. 228.
Leypoldt 104.
Lieb 97.
Linden 91.
Lindenmann 212.
Löble 210.
Löchner 36. 125. 169. 177.
Lößler 160.
Losch 33.
Lottter 96. 179.
Ludwig 119.
Lueger 99.
Lüpfe 169. 177.
Lump 121.
Lutz 28. 127.

Mäule 3.
Malsacher 33.
Marz 29.
Mattes 209.
Mauch 15. 22.
Maurer 3.
Mayer 21. 50. 52. 59. 110.
131. 163. 211.
Meißner 92.
Merz 72. 94.
Mezger 201. 202. 211. 212.
Milczewsky 211.
Müller 101. 160.
Mittnacht 56.
Mohn 91.
Mosfer 91.
Moshaf 180.
Mülberger 179.
Müller 3. 37. 100. 110. 121.
208. 211. 212.
Mügele 209.
Mast 153.
Meudrffer 82.
Mordin 29.

Obriß 85. 88.
Oesterlen 22.
Osthoff-Hartmuth 91.

Pantle 163.
Pauer 88.
Payer 15. 50. 179. 194. 211.
Penas 29.
Peters 90. 91.
Pfeiffer 34.
Pfiger 72. 73.
Pischof VII. 3. 38. 50. 77. 167.
Pland 22. 94. 96. 120.
Pleuer 90.
Plieninger 119.
Pögelberger 132.
Pohl 160.
Pohlhammer 161.

Prem 109.
Priglass 212.
Probst 25. 91.
Putzlig 83.

Ragg 210.
Rau 169.
Raydt 211.
Rebmann 160. 169. 177.
Reibel 27.
Reihling 98.
Reinhardt 111. 115. 159.
Remolt 82.
Renner 140.
Rettich 34. 50. 91. 154. 200.
Rimmele 111.
Ritter 130.
Robert, Herzog 75. 76.
Rommel 91.
Roth 94.
Rumelin 10. 28. 49. 169.
178. 194.
Rupp 21. 97. 211.

Salzmann 128.
Sandberger 100.
Sarwey 113. 115. 128.
Sauter 117.
Schady 160.
Schäfer 47. 169.
Schäufelin 169. 177.
Schairer 108.
Schall 211.
Schanzbach 96.
Schapig 88.
Scheurlen 101. 211. 212.
Schickhardt 21. 90. 179.
Schiedmayer 88. 211.
Schilling 83.
Schinkel 72.
Schleicher 111.
Schmid 169. 177.
Schmidhäuser 208.
Schmid-Sonneß 28.



Schmidt 211.
Schneider 73. 213.
Schnell 169. 177.
Schnitzler 72.
Schön 90.
Schönleber 211. 212.
Scholl 91.
Schott 15. 24. 91. 211.
Schott-Bieber 91.
Schott v. Schottenstein 119.
Schramm 169. 177. 178.
Schrempf 212.
Schrumpf 214.
Schübel 9.
Schulz 50. 212.
Schumann 132.
Schweitzer 91.
Schweizer 130.
Seeger 97. 111. 211.
Seitz 87. 88.
Senfft 50.
Seyffardt 86. 109.
Sigel 209.
Sigmund 169.
Singer 87. 88.
Soden 97.
Sorge 67.
Speidel 27. 107.
Spemann 21.
Sperka 201.
Stähle 36. 138. 213.
Stahl 14. 29. 113. 170. 178.
Stapff 201. 202.
Statler 90.
Steidle 21. 106. 108.
Steinbrenner 67.
Steinhart 28.
Steinle 169.
Stellner 107.
Stern 29. 160.

Steudel 91.
Stier 50.
Stoeker 98.
Stockmayer 14. 38. 88. 123. 127. 128. 194. 198. 200.
Stockmayer-Drück 91.
Stöckle 169. 177. 179.
Stoß 27. 52. 113. 114.
Ströhmfeld 95.
Stübler 179.
Stumpf 201.
Strumpp 109.

Tauscher 201.
Tertor 91.
Tonndorf 109.
Treibler 90. 111.
Tritschler 111.
Trüdinger 47. 96.

Ulrich 72.
Ulrich, Herzog 75. 76.
Umfried 94. 104.
Unkel 210.
Urach, Herzogin 91.
Urkull 129.

Valois 15.
Vellnagel 27. 29. 75.
Vetter 83.
Vdhringer 179. 201. 202.
Vdter 104.
Voffeler 101.

Wächter 91.
Wächter-Spittler 91.
Wälde 128.
Wagner 107. 164.
Walz 52.
Weber 52. 163.

Weimar, Prinz 38. 75. 76. 113. 115. 213.
Weimar, Prinzessin 91. 104.
Weißer 91.
Weitbrecht 16. 109. 111. 121. 214.
Wera, Herzogin 91. 113. 115. 166.
Werlig 50.
Westenholz 132.
Widenmann 211.
Widmann 108. 210.
Wied, Erbprinzessin 1.
Wied, Prinz 1.
Wien 87.
Wiest 91.
Wildermuth 52.
Winkler 100.
Winter 91.
Wirths Bühne 52.
Wirtmann & Stahl 139. 160.
Wdhr 160.
Wdßfel 52.
Wdßffing 132.
Wdßwarth 15. 50.
Wolfer 46.
Wulle 179.
Wunderlich 128.
Wundt 91.
Wurfster 208.

Zanders 91.
Zehrfeld 109.
Zeyher 208.
Zilling 50.
Zorn 159.
Zumsteeg 91. 106.
Zundler 160.
Zwied 216.



٢١

